

Teichert, Volker

Working Paper

Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft: Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens

WZB Discussion Paper, No. P 00-524

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Teichert, Volker (2000) : Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft: Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens, WZB Discussion Paper, No. P 00-524, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50296>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN
FÜR SOZIALFORSCHUNG

P00-524

**Die informelle Ökonomie als
notwendiger Bestandteil der
formellen Erwerbswirtschaft**

**Zu den ökonomischen, sozialen und ökologi-
schen Wirkungen informellen Arbeitens**

Volker Teichert

Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

Im WZB sind auf Initiative des Präsidenten „Querschnittsgruppen“ zu Themen eingerichtet worden, die in mehreren Abteilungen bearbeitet werden und abteilungsübergreifend besondere Aufmerksamkeit verdienen. Bestehende Forschungsansätze und Forschungsarbeiten werden neu ausgerichtet auf wissenschaftliche Zusammenhänge hin, deren Erforschung von der Verknüpfung unterschiedlicher abteilungsspezifischer Kompetenzen profitieren kann. In Querschnittsgruppen werden auf Zeit problembezogene Forschungs Kooperationen organisiert.

Die Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie konzentriert ihre Aktivitäten in den Jahren 1998 und 1999 auf ein Forschungsprojekt, das soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zum Untersuchungsgegenstand hat. Es wird in einem Forschungsverbund mit den Kooperationspartnern Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) gefördert. An dem Projekt „Arbeit + Ökologie“ beteiligen sich seitens des WZB Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus sechs Forschungseinheiten. Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit“) und Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt“) koordinieren die Querschnittsgruppe und leiten das Forschungsprojekt, an dem auch externe Experten beteiligt sind.

Über die Arbeitsergebnisse wird fortlaufend in WZB-discussion-papers informiert. Eine Übersicht der bisher erschienenen Papiere findet sich am Ende des vorliegenden papers.

Weitere Projektinformationen sind im Internet unter <http://www.wz-berlin.de/aoe/> und <http://www.a-und-oe.de> erhältlich.

Verbundprojekt „Arbeit + Ökologie“

Die Gewerkschaften haben im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Ihre Suche nach einer sozial-ökologischen Reformstrategie steht unter der Prämisse, daß ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele gleichwertig verfolgt werden müssen, wobei erhebliche Defizite bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeitskonzepten konstatiert werden.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei Forschungsinstitute DIW, WI und WZB mit ihren jeweils spezifischen fachlichen Kompetenzbereichen zum Forschungsprojektverbund „Arbeit + Ökologie“ zusammengetan. Dessen Hauptziel ist es, soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zu untersuchen. Damit soll die Diskussion in Deutschland mit neuen Aspekten belebt und den Gewerkschaften eine fundierte Grundlage für ihren Strategiebildungsprozeß geboten werden.

Dabei wird sich das Forschungsprojekt auf drei Leitfragestellungen konzentrieren: (1) das Verhältnis zwischen den sozialen Implikationen von Nachhaltigkeitsstrategien und gewerkschaftlichen Zielen, (2) die Bausteine einer sozial-ökologischen Reformstrategie und (3) die Rolle der deutschen Gewerkschaften in einem gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs.

Das Projekt ist in die folgenden drei, zeitlich gestaffelten Phasen gegliedert:

Querschnittsanalysen: Sie dienen der Erfassung und Klärung der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Nachhaltigkeit und Arbeit, die sich aus ökonomischer, sozialer und ökologischer Sicht ergeben. Hierbei wird es auf der Makroebene etwa um Fragen von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung, sozialer Sicherheit und Ressourcenverbrauch gehen; auf der Mikroebene werden neue Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten, das Verhältnis von formeller und informeller Arbeit sowie sozial-ökologische Innovationspotentiale untersucht. Die Analyseergebnisse sollen Grundlagen für die Beurteilung von Szenarien schaffen und der Formulierung von Strategien dienen.

Szenarioanalysen: Um dem Spektrum verschiedener Positionen in der Nachhaltigkeitsdiskussion gerecht zu werden, sollen zwei unterschiedliche Nachhaltigkeitsszenarien entwickelt und analysiert werden. Das sogenannte ökonomisch-soziale Szenario (DIW) geht von der ökonomischen Kritik an der vorherrschenden Wirtschaftspolitik aus, während das sogenannte ökologisch-soziale Szenario (WI) auf der ökologischen Kritik vorherrschender umweltrelevanter Politikmuster basiert. Als Hintergrundfolie für die Beurteilung dieser beiden Nachhaltigkeits-szenarien dient ein sogenanntes angebotsorientiertes Kontrastszenario (DIW), das auf einer Fortschreibung bisher dominierender wirtschaftspolitischer Konzepte beruht.

Erarbeitung von Strategieelementen: Die Bewertung der Szenarien nach (aus den Querschnittsanalysen gewonnenen) ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien der Nachhaltigkeit soll Zielkonflikte und -synergien aufdecken und damit der Strategieformulierung dienen. Diese können – gemeinsam mit weiteren Strategien, die aus der Analyse von Konfliktpotentialen und aus den Querschnittsanalysen gewonnen wurden – einen Beitrag für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen sozial-ökologischen Reformstrategie liefern.

Arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalysen

Der Versuch, soziale Interessenlagen und gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken mit ökologischen Anforderungen in Verbindung zu bringen, stößt unmittelbar auf die tiefe Trennung der gesellschaftlichen Systemlogiken (Ökologie, Ökonomie, Soziales), die in den gültigen Regelungssystemen, den Strategien und Maßnahmen der gesellschaftlichen Akteursgruppen in den jeweiligen Politikfeldern und auch in den Köpfen der Wissenschaftler eingeschrieben ist. Obwohl immer wieder Initiativen zur Verknüpfung von Arbeit und Ökologie gestartet werden, sind diese bisher punktuell und widersprüchlich geblieben. Das Beispiel der Beschäftigungswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen ist hier das prägnanteste. Eine systematische Analyse der Vielfalt und der Vielschichtigkeit der Zusammenhänge steht bisher aus.

Zur Überwindung dieser Segmentierung, und um die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Ökologie zu erfassen, führt das WZB für den arbeitspolitisch-sozialen Teil des Forschungsvorhabens eine breite Überblicksanalyse zu den Berührungspunkten zwischen Arbeit und Ökologie durch, die durch drei Politikfelder geprägt werden: den Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit (Wettbewerbsmodelle), der Stellung der Arbeit in Nachhaltigkeitskonzepten bzw. ihre arbeitspolitischen Folgen und den Zukunftserwartungen an Arbeit, wie sie von der Arbeitsbevölkerung und ihren Interessenvertretungen gesehen werden (Wohlstandsmodelle).

Mit dieser Vorgehensweise soll (a) die ganze Breite arbeitspolitischer Gestaltungsfelder durchgeprüft werden, um sicherstellen, daß auch die eher indirekten ökologischen Voraussetzungen und Folgen arbeitspolitischer Strategien erfaßt werden, (b) die verschiedensten Wechselwirkungen analysiert werden, ohne sie aus den arbeitspolitischen Bewertungszusammenhängen zu lösen, sowie (c) durch die breite Überblicksanalyse alle für eine gewerkschaftliche Nachhaltigkeitsstrategie relevanten Felder und Strategien ausfindig gemacht werden, d. h. sowohl Bereiche hoher Synergie wie auch Bereiche absehbarer Konflikte.

Aufgrund der Wahl eines breiten, überblicksanalytischen Ansatzes ergab sich notwendigerweise das Problem der Strukturierung und Bündelung der zahlreichen Themenbereichsanalysen. Hierzu wurden fünf Themenfelder konstruiert, in denen Detailanalysen anzufertigen waren, die um Überblicksanalysen ergänzt werden. Die Themenfelder lauten:

- I. Arbeit im und durch Umweltschutz
- II. Risiken und Chancen in der Erwerbsarbeit, neue Arbeitsformen und Arbeitsverhältnisse
- III. Gesundheitsschutz – Arbeitsschutz – Umweltschutz
- IV. Neue Formen der Arbeit und der Versorgung
- V. Neue Regulierungsformen

Die arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalyse des WZB stellt mit ihrer Vielzahl von Bereichsanalysen durch die analytische Erschließung des Zusammenhangs von Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit mit den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung unter Einbeziehung der subjektiven Wertvorstellungen zu Arbeit einen eigenständigen Forschungsschritt dar. Mit der Veröffentlichung der einzelnen Studien werden die Resultate der arbeitspolitisch-sozialen Querschnittsanalysen einer breiten Diskussion zugänglich gemacht.

P00-524

Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft

**Zu den ökonomischen, sozialen und ökologi-
schen Wirkungen informellen Arbeitens**

Volker Teichert*

* Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)
Institut für interdisziplinäre Forschung, Heidelberg

Zusammenfassung

Erwerbsarbeit hat nach wie vor ihren wirtschaftlichen Stellenwert. Sie ist notwendige Voraussetzung für die personale und soziale Anerkennung, sie gewährleistet ein Einkommen, und sie garantiert durch ihre enge Anbindung an die Sozialpolitik soziale Sicherheit. Dennoch ist sie bereits heute kein bestimmender Faktor mehr für das Leben der Menschen, wenn man bedenkt, dass durch längere Bildungszeiten, verkürzte Arbeitszeiten und entsprechende Unterbrechungen aufgrund von Arbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit und Phasen der Nicht-Erwerbsarbeit ihre tatsächliche Bedeutung rückläufig ist – eine Entwicklung, die sich in der individuellen und gesellschaftlichen Wahrnehmung noch nicht gleichermaßen niedergeschlagen hat.

Eine notwendige Abkehr von dieser Erwerbszentriertheit wird erst dann gelingen, wenn auf breiter Ebene deutlich wird, dass es eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen formeller und informeller Ökonomie gibt und sich die Erwerbsarbeit stärker den Bedürfnissen im informellen Bereich anzupassen hat. Eine solche Debatte ist gegenwärtig (noch) nicht erkennbar, muss aber in allen gesellschaftlichen Gruppen intensiv geführt werden. Nach wie vor zählt in dieser Gesellschaft allein die Erwerbsarbeit. Die Alternative für die Zukunft wird sein, dass sich Männer und Frauen sowohl in der formellen als auch in der informellen Ökonomie bewegen; die Erwerbsarbeit wird nur noch *eine* Quelle der Einkommenserzielung sein, die je nach Lebensphase eine unterschiedlich starke Bedeutung für den Einzelnen haben wird.

Abstract

Employment still has its economic importance. It is the necessary condition for personal and social recognition and it guarantees income as well as social security, which is based on the tight relations between employment and social politics. But today employment has already lost its dominant role in life, due to the extension of education time, shortened working time and interruptions such as unemployment, part-time work or phases of non-employment. Nevertheless, this development has not yet influenced individual and social perceptions.

This fixation on employment can only be repealed if it becomes clear on wide scale that there is an interdependence between formal and informal economies and that employment must be further adjusted to the requirements of the informal sector. Nowadays such a debate has not yet emerged, but this subject should be discussed intensively by all social groups. This society is still dominated by the principle that the only thing that counts is employment. However, the alternative for the future should be that men and women are involved in both formal and informal economies, and regular employment being only one of many different sources of income. The importance of employment will vary during the different phases of everyone's life.

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	1
1.1	Aufbau der Expertise	1
1.2	Ausblick: Forschungsperspektiven	3
2	Zum Stand der Debatte	5
2.1	Genese der Debatte	5
2.2	Modelle und Konzepte der informellen Ökonomie	6
2.2.1	Einleitung	6
2.2.2	Entwicklungstheoretische Modelle	6
2.2.3	Duale Modelle	12
2.2.4	Schattenwirtschaftliche Modelle	19
2.3	Definitionen, Abgrenzung und Erscheinungsformen der informellen Ökonomie	21
2.3.1	Definitionen	21
2.3.2	Abgrenzung	23
3	Sektoren der informellen Ökonomie in der Bundesrepublik Deutschland	27
3.1	Haushaltswirtschaft	27
3.1.1	Einleitende Bemerkungen	27
3.1.2	Zum Umfang der Frauenarbeit im Haushalt	28
3.1.3	Zum Umfang der Männerarbeit im Haushalt	33
3.1.4	Die Entwicklung der Hausarbeit seit Mitte der 50er Jahre in Europa und den Vereinigten Staaten	35
3.1.5	Ökologische Wirkungen der Haushaltswirtschaft	38
3.2	Selbstversorgungswirtschaft	40
3.2.1	Die Bedeutung von Do-it-yourself-Aktivitäten	40
3.2.2	Wohnungsrenovierung und Haus(um)bau mit Hilfe von Do-it-yourself- Aktivitäten der privaten Haushalte	41
3.2.3	Handwerkliche Eigenleistungen	44
3.2.4	Gartenarbeiten	45
3.2.5	Ökologische Wirkungen der Selbstversorgungswirtschaft	46

3.3	Selbsthilfeökonomie	48
3.3.1	Die Bedeutung der Selbsthilfeökonomie	48
3.3.2	Nachbarschaftshilfe	49
3.3.3	Selbsthilfevereinigungen	52
3.3.4	Ehrenamtliche Tätigkeiten	55
3.3.5	Bürgerinitiativen und politische Organisationen	60
3.3.6	Ökologische Wirkungen der Selbsthilfeökonomie	61
3.4	Auslagerung von formeller Erwerbsarbeit in die informelle Ökonomie und umgekehrt	61
4	Umfang und Entwicklung der informellen Ökonomie in der Bundesrepublik Deutschland	64
4.1	Methoden zur Erfassung der informellen Ökonomie	64
4.1.1	Der Ansatz des Statistischen Bundesamtes	64
4.1.2	Kritische Anmerkungen zum Ansatz des Statistischen Bundesamtes	65
4.2	Die Bereiche der informellen Ökonomie und der Versuch ihrer Erfassung und Bewertung	66
4.2.1	Schätzungen zur Wertschöpfung privater Haushalte in der Haushaltswirtschaft	66
4.2.2	Schätzungen zur Wertschöpfung privater Haushalte in der Selbstversorgungswirtschaft	70
4.2.3	Schätzungen zur Wertschöpfung privater Haushalte in der Selbsthilfeökonomie	71
4.2.4	Arbeitsvolumen und Wertschöpfung der informellen Ökonomie	73
5	Ausbau der informellen Eigenversorgung	74
5.1	Geldliche Unterstützungssysteme	74
5.1.1	Bedarfsorientierte Mindestsicherung	74
5.1.2	Negative Einkommensteuer	76
5.1.3	Erziehungsgehalt und Familienversicherung als Modelle zur Aufwertung von Erziehungsarbeit	77
5.1.4	Grundrente	83
5.1.5	Job-Rotations-Modelle für den flexiblen Übergang zwischen informeller und formeller Ökonomie	84
5.2	Geldwerte Systeme zur Unterstützung informeller Aktivitäten	86
5.2.1	Einführung einer Spezialwährung am Beispiel von Tauschringen	86
5.2.2	Freiwilligen-Agenturen	88
5.2.3	Dienstleistungskonten	90

5.3	Infrastrukturelle Förderung der informellen Ökonomie	91
5.3.1	Öffentliche Einrichtungen als Ort der Eigenarbeit	91
5.3.2	Nutzung von Gemeinschaftswaschmaschinen und Einküchenhäusern	94
5.3.3	Konsumgüter-Sharing	95
5.4	Neue Formen der Kooperation („Soziale Netze“)	97
5.4.1	Mütterzentren	97
5.4.2	Seniorenbüros	99
5.4.3	Nachbarschaftsläden	102
6	Perspektiven der informellen Ökonomie	104
6.1	Die Notwendigkeit von Standards („Professionalisierung“) in der informellen Ökonomie	104
6.2	Informelle Eigenversorgung als Grundlage für eine nachhaltige Gesellschaft	105
	Literaturverzeichnis	115
	Anhang 1: Projekt zur Job-Rotation bei einem Elektronikunternehmen	132
	Anhang 2: Das „Dyslexie-Projekt“	134
	Anhang 3: Adressen und zusätzliche Informationen	136
	Tauschringe	136
	Freiwilligenagenturen	136
	Dienstleistungskonten	136
	Öffentliche Einrichtungen als Ort der Eigenarbeit	137
	Gemeinsame Nutzung von Gebrauchsgütern und Waschmaschinen	137
	Mütterzentren	137
	Seniorenbüros	138
	Nachbarschaftsläden	138

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abb. 1: Übersicht über die entwicklungstheoretischen Modelle	12
Abb. 2: Vergleich von Definitionen	22
Abb. 3: Unterschiede zwischen formeller, informeller und Schattenwirtschaft...	24
Abb. 4: Bereiche der informellen Ökonomie	25
Abb. 5: Typologie von Selbsthilfevereinigungen (Auswahl einiger Beispiele)	53
Abb. 6: Übersicht über verschiedene Modelle zur Grundsicherung	78
Abb. 7: Varianten des Erziehungsgehaltes	80
Abb. 8: Finanzierung des Erziehungsgehaltes	81
Tab. 1: Zeitaufwand erwerbstätiger (et) und nicht-erwerbstätiger (net) Frauen für die Haushaltswirtschaft in Stunden pro Woche	32
Tab. 2: Zeitaufwand der Männer für die Hausarbeit, mit erwerbstätigen (et) und nicht-erwerbstätigen (net) Partnerinnen (in Stunden pro Woche) ..	33
Tab. 3: Täglicher Zeitaufwand der Frauen für materielle Hausarbeit und Erziehungsarbeit zwischen 1953 und 1991/92 (in Stunden)	35
Tab. 4: Zeitaufwand der Frauen für die Kinderbetreuung zwischen 1953 und 1992 nach Erwerbsstatus (in Stunden pro Tag)	37
Tab. 5: Entwicklung der Zahl der Heimwerker (in Mio.)	43
Tab. 6: Erhaltene Hilfeleistungen der Haushalte Anfang der 90er Jahre aus dem privaten Netzwerk nach Art der Hilfeleistung, Bezahlung und Regelmäßigkeit	50
Tab. 7: Ehrenamtlich Tätige in Ost- und Westdeutschland von 1985 bis 1996 (in Prozent)	56
Tab. 8: Anzahl der Ehrenämter Mitte der 90er Jahre, nach Aufgaben aufgeschlüsselt	57
Tab. 9: Auslagerung von formellen Tätigkeiten in die informelle Ökonomie und umgekehrt	62
Tab. 10: Schätzungen zum zeitlichen Aufwand für die informelle Haushaltswirtschaft und die formelle Erwerbsarbeit 1992 in Ost- und Westdeutschland (in Mrd. Stunden)	68
Tab. 11: Schätzungen des Arbeitsaufwandes und der Bruttowertschöpfung privater Haushalte in der Haushaltswirtschaft	69
Tab. 12: Wertschöpfung ehrenamtlicher Tätigkeiten für einzelne Sportvereine in den alten Bundesländern	72
Tab. 13: Arbeitsvolumen und Wertschöpfung in der informellen Ökonomie Mitte der 90er Jahre (Schätzungen)	73

1 Einführung

1.1 Aufbau der Expertise

Einleitend wird im zweiten Kapitel eine Übersicht über Modelle und Theorien zur informellen Ökonomie gegeben, die analysierend und vergleichend interpretiert werden. Insgesamt werden drei Theorierichtungen unterschieden: Mit den entwicklungstheoretischen Modellen wird versucht, den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess von einer Stufe zur Nächsten zu erfassen. Die dualen Modelle sind faktisch eine Ergänzung der entwicklungstheoretischen Entwürfe. Während Erstere den gesellschaftlichen Wandel abbilden, werden mit den dualwirtschaftlichen Theorien die Beziehungen zwischen den formellen Institutionen, nämlich von Markt und Staat, und den informellen Institutionen, d.h. den privaten Haushalten, wiedergegeben und analysiert. Auf die Schattenwirtschaft bezogene Theorieentwürfe weisen zwar deutliche Parallelen zu den dualökonomischen Theorien auf, indem auch hier die Volkswirtschaft in zwei Bereiche unterteilt wird; doch verglichen mit den dualwirtschaftlichen Konzepten werden mit dem Begriff der Schattenwirtschaft sowohl legale als auch illegale Tatbestände erfasst.

Die Evaluation der Modelle dient als Grundlage für die Entwicklung eines eigenen Ansatzes zur informellen Ökonomie, die sich in drei Sektoren unterteilen lässt, nämlich in

- die Haushaltswirtschaft,
- die Selbstversorgungswirtschaft und
- die Selbsthilfeökonomie.

Die einzelnen Bereiche weisen eine unterschiedliche Distanz zum „Zentrum“ der Haushaltstätigkeiten auf und lassen sich auch nach geschlechtstypischen Kriterien unterscheiden.

Im dritten Kapitel werden die einzelnen Sektoren der informellen Ökonomie näher beschrieben und erörtert. Mit der Haushaltswirtschaft wird der gesamte Bereich der Hausarbeit erfasst, der von der materiellen Hausarbeit über die Kindererziehung bis hin zur Pflege und Betreuung von Kranken, Alten und Behinderten reicht.

Die Arbeit im Haushalt ist immer noch eine Domäne der Frauen. Die Männer konzentrieren sich im Haushalt auf Reparatur- und organisatorische Arbeiten, die Kinderbetreuung sowie auf Einkäufe. Für die materielle Hausarbeit wenden sie nur wenig Zeit auf. Historisch gesehen geht seit Mitte der 50er Jahre der Zeitaufwand für die materielle Hausarbeit kontinuierlich zurück; der Zeitaufwand für die Kinderbetreuung hat indessen in den letzten vierzig Jahren nicht abgenommen.

Die Selbstversorgungswirtschaft gibt Aufschluss über das gesamte Spektrum der Do-it-yourself-Aktivitäten, die zur Wohnungsrenovierung, zum Hausumbau und zur Reparatur von Haushaltsgeräten eingesetzt werden. In aller Regel reagiert sie auf Ver-

änderungen in der formellen Ökonomie: So ist etwa die Bedeutung der handwerklichen Eigenarbeiten und der Arbeit beim Haus(um)bau auf die gestiegenen Lohn- und Lohnnebenkosten sowie die Unzufriedenheit mit dem handwerklichen Service zurückzuführen. Im Rahmen der Selbsthilfeökonomie werden die Leistungen aufgezeigt, die die Haushalte überwiegend für andere erbringen. Diese umfassen neben den Aktivitäten in Selbsthilfevereinigungen auch ehrenamtliche Tätigkeiten und die Mitarbeit in Bürgerinitiativen und politischen Organisationen. In den vergangenen zwanzig Jahren ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger stetig gewachsen, an Selbsthilfevereinigungen mitzuwirken, von denen es, hochgerechnet auf das Bundesgebiet, Mitte der 80er Jahre etwa 23.000 gab. 1995 existierten bereits 60.000 in den alten und 7.500 Selbsthilfevereinigungen in den neuen Bundesländern. Ihre Zahl hat sich damit in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Ebenso hat auch das ehrenamtliche Engagement – trotz anderer Behauptungen – seit Mitte der 80er Jahre beständig zugenommen: Waren 1985 noch 12,5 Mio. Bundesbürger ehrenamtlich tätig, so sind es gut zehn Jahre später (1996) bereits 16,7 Mio. Der Anteil ehrenamtlich Aktiver liegt damit im Vergleichszeitraum um fast zehn Prozent höher.

Neben den sozialen und ökonomischen Bedingungen werden in jedem der Teilkapitel, entsprechend der Fragestellung nach den Zusammenhängen zwischen Arbeit und Nachhaltigkeit, auch jeweils die ökologischen Wirkungen der informellen Ökonomie untersucht. Daran anschließend wird im vierten Kapitel versucht, auf der Grundlage bereits vorhandener empirischer Untersuchungen das Volumen der informellen Ökonomie zu erfassen und zu bewerten. Dabei wird deutlich, dass es noch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, ein relativ objektives Bild vom Volumen der informellen Ökonomie nachzuzeichnen. Besonders auffällig ist, dass bisher noch keine Längsschnittdaten darüber vorliegen, ob die informelle Ökonomie gewachsen, konstant geblieben oder rückläufig ist und ob sich in den einzelnen Sektoren Abweichungen über die Jahre ergeben haben.

Im fünften Kapitel wird es darüber hinaus um den Ausbau der informellen Ökonomie durch geldliche Unterstützungssysteme gehen. In der wissenschaftlichen Literatur und in der politischen Öffentlichkeit werden seit längerem verschiedene Modelle diskutiert, die von der risikounabhängigen Mindestsicherung über die negative Einkommensteuer bis hin zu lebensphasenspezifischen Einkommensentwürfen reichen. Auch der Aufbau von geldwerten Systemen könnte das informelle Wirtschaften stärken, indem der Austausch von Leistungen zwischen den privaten Haushalten (z.B. über Tauschringe, Freiwilligenagenturen und Dienstleistungskonten) geregelt wird. Eine zusätzliche Maßnahme bestände darin, die infrastrukturellen Voraussetzungen für die informelle Ökonomie zu verbessern. Spezielle Einrichtungen wie das „Haus der Eigenarbeit“ in München oder das „Kreativ-Zentrum“ in Wolfen könnten die Eigenarbeit öffentlich machen. Des Weiteren tragen die gemeinschaftliche Nutzung von Gebrauchsgütern oder das Konsumgüter-Sharing dazu bei, die informelle Ökonomie nachhaltig zu fördern. Schließlich könnten neue Varianten der Kooperation zwischen den privaten Haushalten in Form von informellen Netzen helfen, die Auswirkungen demografischer und sozialer Veränderungen abzufedern, indem z.B. Mütter- oder Nachbarschaftszentren, Seniorenbüros und Nachbarschaftsläden die informell erbrachten Leistungen für die privaten Haushalte organisatorisch strukturieren.

Der Notwendigkeit sozialer Standards für die informelle Ökonomie wird im sechsten Kapitel nachgegangen. Hauptsächlich die haushaltsbezogenen Dienstleistungen sind bisher nur wenig geregelt und sollten mit Blick auf das vorhandene Arbeitszeitvolumen und die weiter wachsende Erwerbstätigkeit von Müttern aus ihrem „Schatten“-Dasein gelöst werden. Weiter könnten die Tätigkeiten in der informellen Ökonomie durch eine angemessene Berücksichtigung in der Rentenversicherung sozialpolitisch abgesichert werden. Was nun die Perspektiven der informellen Eigenversorgung in einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Gesellschaft angeht, so ist diese als komplementäres System der formellen Ökonomie anzuerkennen, durch entsprechende finanzielle Hilfeleistungen zu unterstützen und durch veränderte infrastrukturelle Rahmenbedingungen attraktiver zu machen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Haushaltswirtschaft, die Selbstversorgungswirtschaft und die Selbsthilfeökonomie quasi als industrielle Reservearmee für den formellen Erwerbsektor dienen. Erst wenn diese Grundlagen geschaffen worden sind, lässt sich die informelle Ökonomie als integraler Bestandteil eines Wohlfahrtsmix verstehen: Sie wäre demnach nicht mehr nur Appendix der formellen Ökonomie, sondern ansatzweise in deren Strukturen integriert, wobei die informell erbrachten Tätigkeiten nicht ausschließlich aus einem Erwerbsinteresse erfolgen; denn erstens werden die erbrachten Arbeiten finanziell in aller Regel geringer oder gar nicht honoriert, und zweitens dienen sie dazu, das Wohlbefinden der Familie, anderer Haushaltsmitglieder, einer Gruppe oder der Gesellschaft zu verbessern. Drittens unterscheiden sich die Motive und Motivationen der informell Tätigen von denen der Erwerbstätigen darin, dass Erstere sich sehr viel stärker mit ihren Arbeitsergebnissen identifizieren.

Teile der Expertise gehen auf eine frühere von mir veröffentlichte Publikation¹ zurück und wurden entsprechend modifiziert, überarbeitet und in wesentlichen Teilen erweitert und ausgebaut. Zu danken habe ich nicht zuletzt dem Wissenschaftszentrum Berlin, das mir im August/September 1998 die Möglichkeit gab, als Gastwissenschaftler Teile des Manuskripts zu erstellen.

1.2 Ausblick: Forschungsperspektiven

Die in den einzelnen Abschnitten dieser Expertise zusammengetragenen Fakten zur informellen Ökonomie machen deutlich, dass eine Reihe von Fragen nicht abschließend beantwortet werden kann. *Erstens* mangelt es bei der Betrachtung der Haushaltswirtschaft, und hier besonders in einzelnen Bereichen (wie etwa der materiellen Hausarbeit, der Konsumarbeit und der Erziehung der Kinder), an entsprechenden Längsschnittanalysen. *Zweitens* liegen zu den ökologischen Wirkungen der informellen Ökonomie bisher nur für die Haushalts- und die Selbstversorgungswirtschaft erste Erhebungen und Analysen vor. Für die Selbsthilfeökonomie gibt es dagegen überhaupt noch keine Befunde zu deren ökologischen Folgen. Ebenso sind *drittens* bislang die Arbeitsbedingungen und gesundheitlichen Belastungen in der Haushaltswirt-

1 Teichert, Volker (1993): Das informelle Wirtschaftssystem. Analyse und Perspektiven der wechselseitigen Entwicklung von Erwerbs- und Eigenarbeit. Opladen: Westdeutscher Verlag

schaft, Selbstversorgungswirtschaft und Selbsthilfeökonomie nicht untersucht worden. *Viertens* wird es darum gehen, angesichts der aktuellen finanziellen Handlungsspielräume die sozialpolitischen Strategien einer möglichen Verknüpfung von formeller und informeller Ökonomie auszuloten.

Hierzu kann erst auf einzelne Mosaiksteine zurückgegriffen werden, ohne dass ein in sich geschlossenes Modell für die drei Sektoren des informellen Wirtschaftens vorliegen würde, aus dem hervorgeht, auf welche Weise das informelle Wirtschaftssystem mit der formellen Ökonomie verzahnt werden kann. Alle bisherigen Entwürfe von einer „Bürgergesellschaft“ (Dettling 1998a), „Tätigkeitsgesellschaft“ (Mutz 1998; Mutz/Kühnlein 1998), „Verantwortungsgesellschaft“ (Etzioni 1997) oder vom „Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft“ (Vobruba 1998) bleiben vage und vermeiden konkretere Ausführungen dazu, wie verhindert werden kann, dass die informelle Ökonomie zum „Lückenbüßer“ für das formelle Erwerbssystem wird. *Fünftens* fehlen Antworten darauf, wie angesichts neuer Aktions- und Kooperationsformen von Selbsthilfe, Selbstorganisation und möglicher Mischformen unter Beteiligung selbstorganisatorischer Potentiale die Entwicklungs- und Gestaltungschancen der informellen Eigenversorgung im Rahmen einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Gesellschaft überhaupt aussehen könnten. Welche Aktivitäten sind auszubauen und welche sind aus der Perspektive der privaten Haushalte aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Gründen einzuschränken?

Mit dieser Expertise werden auf einige der angesprochenen Fragen erste Antworten gegeben; womöglich werden aber auch weitere Probleme aufgeworfen, die es in den kommenden Jahren noch aus verschiedenen Blickwinkeln zu untersuchen gilt.

2 Zum Stand der Debatte

2.1 Genese der Debatte

In den zurückliegenden Jahrzehnten gab es unterschiedliche Anlässe, das Thema der informellen Ökonomie immer wieder aufs Neue zu behandeln und zu erörtern. Gegen Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre wurde es vor allem von der Frauenbewegung erstmalig zum Gegenstand einer breiten wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion gemacht. Feministinnen kritisierten schon damals den zu hohen Stellenwert der Erwerbsarbeit im öffentlichen Bewusstsein und die damit verbundene mangelnde Anerkennung der Hausarbeit. Die Ausweitung des Arbeitsbegriffes spiegelte sich schließlich in neuen Begriffsbildungen wie „Konsumarbeit“, „Beziehungsarbeit“ oder „Reproduktionsarbeit“ und „Erziehungsarbeit“ wider (vgl. u.a. Ostner 1978; Kettschau 1982; Rapin 1988; Tornieporth 1988; Resch 1991; Wolf 1998).

Die seit Anfang der 80er Jahre wachsende Arbeitslosigkeit, der zunehmende Rückgang der Erwerbsarbeitszeiten und die steigenden Steuer- und Abgabenbelastungen haben dazu geführt, dass neben Markt und Staat der private Haushalt als Stätte der Produktion entdeckt wurde (u.a. Burns 1975; Gershuny 1981, 1983; Glatzer/Berger-Schmitt 1986; Glatzer u.a. 1991; Heinze/Offe 1990; Pahl 1984, 1988; Skolka 1976). Die Thematisierung der „Arbeit nach der Arbeit“ (Jessen u.a. 1988) machte deutlich, welche Nutzen stiftenden Tätigkeiten tagtäglich von den privaten Haushalten erbracht werden. Als Folge der empirischen Studien (z.B. Niessen/Ollmann 1987; Jessen u.a. 1988; Jessen/Siebel 1989; Haarland u.a. 1990; Glatzer u.a. 1991) führte das Statistische Bundesamt eine Zeitbudgeterhebung durch (Blanke u.a. 1996), in der erstmals auf amtlicher Grundlage die Tätigkeiten der privaten Haushalte gemessen und erfasst wurden.

Neu belebt wurde die Diskussion um die informelle Ökonomie Mitte der 90er Jahre durch den Bericht der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997, 146ff.), in dem gefordert wird, die Erwerbsarbeit durch eine Stärkung der Bürgerarbeit zu ergänzen. Deren gezieltere Berücksichtigung und Ausweitung solle die Erwerbsarbeit entlasten und Erwerbslosigkeit verringern. Die Vorstellung, dass der Übergang zur Bürgergesellschaft die Probleme auf dem Arbeitsmarkt beseitigen werde, stößt allerdings auch auf Kritik: „Man trägt die Mode der Bürgergesellschaft, um Blößen zu verbergen. Die neuen Kleider sollen vergessen lassen, daß der Kaiser nackt ist. Die ‚Bürgergesellschaft‘ wird gefeiert als Mittel zum Zweck; als Reparaturbetrieb; als Billigangebot. (...) Seit aber die Wirtschaft nicht mehr jedem einen Erwerbsarbeitsplatz zur Verfügung stellen kann; seit der Staat nicht länger immer mehr soziale Güter, Dienste und Leistungen bezahlen kann; seit die Familien(frauen!) nicht mehr wie seit Bismarcks Zeiten als freie soziale Ressource betrachtet werden können, rühren sich allenthalben Denker und Macher, die das soziale Haus der Bundesrepublik reparieren und erweitern, anbauen oder um eine Etage aufstocken wol-

len; und über dem Ganzen wird dann die ‚Bürgergesellschaft‘ aufgepflanzt“ (Dettling 1998a, 23).

Die Diskussionen der zurückliegenden Jahrzehnte haben sich oftmals nur auf einen Bereich der informellen Ökonomie konzentriert, nämlich in den 70er Jahren auf die Hausarbeit und in den 90er Jahren auf die ehrenamtlichen Aktivitäten der privaten Haushalte zur Entlastung und Ergänzung des öffentlichen Dienstleistungssektors („Bürgerarbeit“). Nur in den 80er Jahren bezog sich die Debatte auf das gesamte Spektrum der informellen Ökonomie.

Als informell werden im Weiteren nur solche Bereiche der Volkswirtschaft charakterisiert, in denen gesetzlich erlaubte Aktivitäten stattfinden, nicht-monetäre Austauschprozesse dominieren, in denen die Autonomie und Motivation der menschlichen Arbeit betont wird und das Subsistenzwirtschaftliche Kriterium überwiegt.

2.2 Modelle und Konzepte der informellen Ökonomie

2.2.1 Einleitung

Die vorliegenden Modelle und Konzepte zur informellen Ökonomie lassen sich grob in drei Theoriestränge unterteilen: in die entwicklungstheoretischen, dualen und schattenwirtschaftlichen Modelle. Mit den *entwicklungstheoretischen Modellen* wird versucht, das Entstehen der informellen Ökonomie als inneren Prozess von industrialisierten Gesellschaften zu beschreiben. Die *dualwirtschaftlichen Modelle* konzentrieren sich indes auf den Wandel der Industriegesellschaften, der zu einer Trennung der Gesamtwirtschaft in die beiden voneinander abhängigen Bereiche der formellen und informellen Ökonomie geführt hat. Entwicklungstheoretische und duale Modelle sind faktisch aufeinander bezogen. Während Erstere den gesellschaftlichen Wandel von einer Entwicklungsstufe zur anderen zu erklären versuchen, werden mit den dualwirtschaftlichen Theorien die Beziehungen zwischen Markt, Staat und Haushalt auf den verschiedenen Entwicklungsstufen verglichen und analysiert.

Die *schattenwirtschaftlichen Modelle* greifen einerseits auf eine enge Definition zurück, mit der lediglich die unrechtmäßigen Aktivitäten wie etwa Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung erfasst werden. Daneben zählen einige Autoren außer den illegalen Tätigkeiten auch die legalen Selbstversorgungsaktivitäten in den privaten Haushalten zur Schattenwirtschaft. Wie oben bereits angedeutet, wird im Rahmen dieser Expertise auf die engere Definition schattenwirtschaftlicher Aktivitäten abgehoben; folglich werden diese außerhalb der informellen Ökonomie angesiedelt.

2.2.2 Entwicklungstheoretische Modelle

(a) *Die Drei-Sektoren-Hypothese von Jean Fourastié*

Betrachtet man die wirtschaftlichen Entwicklungstrends in den industrialisierten Volkswirtschaften, so ergeben sich in den verschiedenen Wirtschaftszweigen recht unterschiedliche Verläufe: Einzelne Sektoren haben – gemessen am Anteil an der

Bruttowertschöpfung oder an der Zahl der Beschäftigten – in den zurückliegenden Jahrzehnten erheblich an Bedeutung verloren, wieder andere konnten expandieren. Deutlich werden diese Veränderungen, wenn das Drei-Sektoren-Schema herangezogen wird, das mit dem Namen von Jean Fourastié verbunden wird.

Fourastié teilte die wirtschaftlichen Aktivitäten in drei Sektoren ein: in den primären, sekundären und tertiären Sektor. Schon in den 40er Jahren vertrat er die These, dass die durch den technischen Fortschritt im primären und sekundären Sektor freigesetzten Arbeitskräfte im tertiären Sektor neue Beschäftigung finden würden (vgl. Fourastié 1954, 138). Zur Kennzeichnung des tertiären Sektors benutzte er die Arbeitsproduktivität als Maß für den technischen Fortschritt, was jedoch zur Folge hatte, dass bestimmte Berufe oder bestimmte Tätigkeiten nur schwer einzuordnen waren.

Der tertiäre Sektor umfasste demnach die Bereiche Handel, Verwaltung, Unterrichtswesen, freie Berufe und eine große Zahl von Handwerksberufen, wobei sich Fourastiés Aussagen primär auf personenbezogene Dienstleistungen konzentrierten. Trotzdem blieben in seinem Gesamtwerk die Umrisse des tertiären Sektors unklar und seine Ausführungen zur künftigen Entwicklung moderner Gesellschaften eher spekulativ: Der Trend zu tertiären Dienstleistungen äußere sich darin, dass der Mensch „bei der Einteilung seiner Ausgaben eine Dienstleistung einem nicht unmittelbar nützlichen materiellen Gut vor(zieht), weil die Dienstleistung ihm Zeit spart. Er läßt sich die Waren lieber ins Haus bringen, als selbst den Gang zum Krämer zu machen. Er wäscht seine Wäsche lieber nicht selbst, sondern gibt sie in die Wäscherei. Und sehr bald verlangt er, daß die Wäsche bei ihm abgeholt und acht Tage später wieder zurückgebracht wird. Mit dem durchschnittlichen Reichtum des Menschen steigt auch sein Bedarf an Dienstleistungen, weil er nach einem Kompromiß zwischen den ihm angebotenen Freuden aller Art und der ihm zur Verfügung stehenden Zeit sucht. Sekundärer Verbrauch erfordert Zeit, tertiärer Verbrauch spart Zeit“ (Fourastié 1954, 275).

Trotz dieser Ungenauigkeiten gelang es Fourastié (1954, 137), ein Entwicklungsmodell zu entwerfen, demzufolge der tertiäre Sektor immer mehr an Bedeutung gewinnt. Nach seiner Prognose führt die Ausweitung der Dienstleistungen in ein Stadium der „tertiären Zivilisation“, in dem ca. 80 Prozent der Erwerbstätigen im Tertiärsektor und die übrigen 20 Prozent in Industrie und Landwirtschaft beschäftigt sind.

(b) *Daniel Bells „Informationsgesellschaft“*

Die Drei-Sektoren-These war das theoretische Fundament für das Bild einer postindustriellen Gesellschaft, das Daniel Bell (1976) gut zwanzig Jahre später entworfen hat. Nach seinen Überlegungen (Bell 1976, 129ff.) gründet sich die nachindustrielle Gesellschaft weniger auf Muskelkraft oder Energie, wie noch die vorindustrielle Agrar- oder industrielle Warengesellschaft, sondern auf Information und Wissen. An Stelle des Erbrechts und des Besitzes von Grund und Produktionsmitteln entscheiden vor allem Bildung sowie die Fähigkeit zur Mobilität und Kooperation über den Zugang zu den Eliten und zur Macht in der Dienstleistungsgesellschaft. Der Lebensstandard der nachindustriellen Gesellschaft bemisst sich also an der Dienstleistungsproduktion: Diese führt zu neuartigen Bedürfnissen und Wünschen, die ihrerseits eine

zunehmende Zahl von Beschäftigten im Dienstleistungsbereich erfordert. Mehr Dienstleistungsarbeiter haben aber nicht unbedingt ein Wachstum des Dienstleistungssektors zur Folge: Obgleich die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsberufen stark gestiegen ist, hat die Zahl der Arbeitsplätze im tertiären Sektor nicht im gleichen Maße zugenommen. Durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ist es vielmehr zu einer „Tertiärisierung des sekundären Sektors“ gekommen, die freilich der Tertiärisierung nach der Drei-Sektoren-Hypothese von Fourastié entgegensteht.

In den vorindustriellen Gesellschaften war die Bevölkerung vor allem im primären Sektor, d.h. im Bergbau, in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Fischerei beschäftigt. Das Leben glich einem „Spiel gegen die Natur“. In den warenproduzierenden Industriegesellschaften war es dagegen ein „Spiel gegen die technisierte Natur“: „Die Welt ist technisiert und rationalisiert, die Maschinen geben den Ton an, und da das Leben in gleichmäßige Zeiteinheiten aufgeteilt ist, läuft es in mechanischen Rhythmen ab. Anstelle der Muskelkraft bildet nun Energie die Basis der Produktivität (...) und führt damit zu dem für die Industriegesellschaft kennzeichnenden Massenausstoß an Gütern“ (Bell 1976, 133). Die nachindustrielle Gesellschaft dagegen beruht auf Dienstleistungen, ist also ein „Spiel zwischen Personen“. Mit diesem Modell gelang es Bell, die Entwicklung von der Agrar- über die Industrie- hin zur Dienstleistungs- oder Informationsgesellschaft zu beschreiben.

(c) *Auf dem Weg in die „Selbstbedienungsgesellschaft“?*

Gershuny (1981, 90ff.) hat die von Fourastié und Bell vertretenen Annahmen teils verworfen, teils modifiziert. Für ihn ergibt sich ein Substitutionsprozess in der Weise, dass immer mehr Dienstleistungen wie Waschen, Reinigen, Kochen, Reparieren, Transportieren und Unterhaltung durch die Eigenproduktionen der privaten Haushalte verdrängt werden, wobei langlebige Haushaltsgüter zum Einsatz kommen, die vom sekundären Sektor angeboten werden.

Warum kommt es zu diesem Wandel? Bell (1976) und andere Theoretiker der Dienstleistungsökonomie haben vorausgesagt, dass mit steigendem Einkommen der Dienstleistungskonsum zunehmen würde. Das erhöhte Einkommen wird – so Bells Schlussfolgerung – in der nachindustriellen Gesellschaft weniger für die „final production of services“ als zur Ausstattung der Privathaushalte mit Marktgütern benutzt. Während der Preis für materielle Güter aufgrund der gestiegenen Arbeitsproduktivität im sekundären Sektor gesunken ist, sind Dienstleistungen mit (annähernd) konstanter Produktivität relativ teurer geworden. Steigt also der Preis für Dienstleistungen, so müsste der Dienstleistungsnachfrager mehr Zeit in der formellen Ökonomie verbringen, um sich das Dienstleistungsangebot leisten zu können. Deshalb wird der Konsument seine vorhandenen Gebrauchsgüter für die Eigenarbeit einsetzen, um gewisse Dienstleistungen selbst realisieren zu können; auf diese Weise verbessert sich das Haushaltseinkommen, und gleichzeitig wird ein höheres Konsumniveau erreicht. Weiterhin führt auch die technische Entwicklung zu einer ständigen Zunahme der „Selbstbedienungs“-Alternativen gegenüber den traditionellen konsumbezogenen Dienstleistungen. Nicht zuletzt hat die Selbstbedienung den Vorteil, in der Privatsphäre der Haushalte, außerhalb starrer Strukturen abgewickelt werden zu können.

Auch Skolka (1976) stellt einen Trend zur „Selfservice“-Gesellschaft fest, der hauptsächlich von drei Faktoren bestimmt wird: von der Höhe der Nominaleinkommen im Dienstleistungssektor, vom Grad der Einkommens-Angleichung und von der Höhe der gesamtwirtschaftlichen Abgaben. Die privaten Haushalte entwickeln sich so zu Produktionseinheiten, die in Kapitalgüter investieren, Materialien kaufen, einen wachsenden Energieanteil konsumieren und einen beträchtlichen Teil der Gesamtarbeitszeit für die Eigenarbeit verwenden. Skolka (1976, 292) sieht in der steigenden Attraktivität des „Selfservice“ den Vorteil, dass bestimmte Leistungen vom Dienstleistungsnachfrager zum gewünschten Zeitpunkt ad hoc erstellt werden können, ohne dass Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen.

Newson (1988, 312ff.) konnte für Großbritannien in den 80er Jahren eine andere Entwicklung feststellen, die nach wie vor anhält: Als Folge der gestiegenen Arbeitslosigkeit ist es dort wieder einfacher geworden, billige Arbeitskräfte für den Haushalt zu finden. Diese werden zumeist bar bezahlt, melden ihre Tätigkeit nicht an, beanspruchen aber staatliche Unterstützungsleistungen. Der von Gershuny (1981) beschriebenen „Konvergenz der Lebensstile“ wird so entgegengewirkt, denn der wohlhabende Teil der Bevölkerung kann sich nun beides leisten: sowohl die langfristigen Gebrauchsgüter als auch die Arbeitskräfte für den privaten Haushalt. Diesen Trend charakterisierte Pahl (1984; 1988) als „Überlebensstrategie“ für die Arbeitslosen und Gorz (1989) als Entwicklung zur „Dienstbotengesellschaft“.

(d) *Die „Prosumenten-Ökonomie“ als Verbindung von formeller und informeller Wirtschaft*

Alvin Toffler (1980, 272ff.) prophezeit für die nachindustrielle Gesellschaft die Entstehung einer neuen Klasse von Konsumenten: Die „Prosumenten“ produzieren Güter und Dienstleistungen für den Eigenbedarf, indem sie ihre Kleidung selbst herstellen, ihre Autos selbst reparieren und heimwerken.

Die wirtschaftliche Entwicklung erklärt Toffler (1980) anhand von drei Innovationswellen: Im vorindustriellen Zeitalter („Erste Welle“) war die Landwirtschaft die dominante Wirtschaftsform. Zu dieser Zeit konsumierten die Menschen überwiegend das, was sie auch selbst produzierten; sie waren also – nach Toffler – archetypische Prosumenten. Mit der industriellen Revolution, der „Zweiten Welle“, wurden die Konsumenten und Produzenten voneinander getrennt; es folgte der Übergang von der agrargesellschaftlichen „Produktion für den Eigenverbrauch“ zur industriellen „Produktion für den Markt“. Die Fabrik wurde in dieser Phase zur zentralen Institution, in der an Maschinen gearbeitet und das Geld zum Leben verdient wurde. Die meisten Menschen produzierten jetzt nicht mehr für den Eigenverbrauch, sondern für den Tausch.

Nach Toffler (1980, 139ff.) wird im nachindustriellen Zeitalter („Dritte Welle“) die formelle Ökonomie nicht mehr allein im Vordergrund stehen. Der bestimmende Ort werden die eigenen vier Wände sein, wo die meisten Menschen als Folge der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien gleichzeitig produzieren und konsumieren können. Die Dritte Welle wird damit weder der Ersten noch der Zweiten Welle ähneln, sondern sich als historische Synthese beider Phasen erweisen.

Warum verfolgt die Bevölkerung heutzutage immer mehr Prosumenten-Aktivitäten? Dafür sind nach Toffler verschiedene Gründe verantwortlich: Erstens hat sich die Arbeitszeit im formellen Erwerbsektor ständig verringert. Zweitens sind die Beschäftigten immer besser qualifiziert, so dass sie monotone und routinisierte Arbeiten nur bedingt akzeptieren und im informellen Sektor eine entsprechende Ausgleichstätigkeit suchen. Drittens sind in der Vergangenheit die Lohnkosten so stark gestiegen, dass durch Eigenarbeit Geld gespart werden kann. Viertens haben sich die persönlichen Ansprüche an Güter und Dienstleistungen verändert, d.h., der Einzelne hat eine hohe Sensibilität für deren Qualität und Verarbeitung entwickelt. Ebenso nimmt die Zahl von Kursen zu, in denen (Grund-)Wissen darüber vermittelt wird, wie bestimmte informelle Leistungen besser ausgeführt werden können.

(e) *Harry Bravermans „universelle Marktgesellschaft“*

Eine stark marxistisch geprägte Sichtweise wird schließlich von Braverman (1977, 207ff.) vertreten. Seiner Ansicht nach ergibt sich eine notwendige Entwicklung zum „universellen Markt“, indem viele ursprünglich in den privaten Haushalten oder von der Familie geleistete Formen der Zusammenarbeit und Selbsthilfe in die formelle Ökonomie integriert werden. Diese „Kapitalisierung“ äußert sich auf drei Ebenen:

- der Eroberung der Güterproduktion durch die Warenform;
- der Umwandlung eines Teils der Dienstleistungen in Waren;
- der Schaffung neuer Produkte und Dienstleistungen.

So werden die Menschen in ein Netz verwoben, aus dem es nur geringe Rückzugsmöglichkeiten gibt. Gleichzeitig verkümmern im Verlauf der Zeit auch deren Fähigkeiten, so dass ihnen nichts anderes übrig bleibt, als die Güter über den Markt zu beziehen. Für Braverman (1977) stellt sich die Expansion des tertiären Sektors also ganz anders dar, als für die zuvor genannten Autoren, die in jedem der historischen Abschnitte eine höhere Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung voraussahen. Für ihn haben die Dienstleistungen, die eigentlich das gesellschaftliche Leben erleichtern sollen, nur negative Effekte: Sie zerstören die persönlichen Beziehungen unter den Menschen, lösen die Formen von Gemeinschaft auf und setzen an deren Stelle den monetären Nexus.

Auch Scharpf (1985, 29ff.) will sich den relativ einfachen und geradlinigen Entwicklungstheorien nicht anschließen, in denen ein Wandel von der Agrar- zur Dienstleistungs- (Bell 1976) oder Selbstbedienungsgesellschaft (Gershuny 1981) beschrieben wird. Die Entwicklungslinien scheinen vielmehr seiner Ansicht nach in den einzelnen Industrieländern sehr unterschiedlich zu verlaufen. Vermutlich am stabilsten wird in der nachindustriellen Gesellschaft die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe und im produktionsbezogenen Dienstleistungssektor sein. Bei den verbraucherbezogenen Dienstleistungen wird die Beschäftigungsentwicklung dagegen von einer eingeschränkten Konsum-Nachfrage bestimmt. Nach Scharpf (1985, 32) wird sich nur durch differenzierte Lohnsätze oder höhere Abgaben die Dienstleistungsbeschäftigung in der Bundesrepublik noch stärker ausweiten lassen. Er prognostiziert daher eine dichotomisch verlaufende Wirtschaftsentwicklung: Einerseits findet die Produktion von Industriegütern und Informations-Software überwiegend in der formellen

Ökonomie statt, andererseits werden immer mehr Tätigkeiten von den Konsumenten informell erledigt, und zwar durch Selbstbedienung, Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe und in Selbsthilfegruppen.

(f) *Die Dritte Industrielle Revolution nach Jeremy Rifkin*

Rifkin (1995, 45ff.) sieht in dem Aufkommen der Informationsgesellschaft eine „*dritte industrielle Revolution*“, die ihren Anfang bereits nach dem Zweiten Weltkrieg genommen hat, deren Folgen sich aber erst heute richtig bemerkbar machen. Durch rechnergesteuerte Roboter und hochentwickelte Computer wird Erwerbsarbeit immer überflüssiger: „Mit den richtigen Programmen versehen, können diese ‚Denkmaschinen‘ alle möglichen Planungs-, Steuerungs- und Verwaltungsaufgaben übernehmen, und sie können Produktionsabläufe von der Gewinnung der Rohstoffe bis hin zur Vermarktung und Verteilung der Endprodukte und Dienstleistungen überwachen“ (Rifkin 1995, 49). Die *erste industrielle Revolution* markiert Rifkin mit dem Übergang zum Maschinenzeitalter: Im späten Mittelalter wurden neue Handelsrouten erschlossen, die Bevölkerung und die Städte expandierten und die Marktwirtschaft weitete sich immer mehr aus. Die Folge war die Zerstörung der natürlichen Ressourcen, indem ganze Wälder für den Schiffs- und Hausbau und als Heizmaterial verbraucht wurden. Zwischen 1860 und 1914 kam es dann zur *zweiten industriellen Revolution*: Die Kohle wurde durch das Erdöl abgelöst, die Elektrizität wurde effektiv genutzt und der Strom ermöglichte neue Dimensionen der zwischenmenschlichen Kommunikation. Die menschliche Arbeitskraft wurde noch stärker durch Maschinen ersetzt.

Anhand zahlreicher Beispielen aus der Landwirtschaft, dem produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor zeichnet Rifkin die Entwicklung zur dritten industriellen Revolution für alle industrialisierten Länder plastisch nach. Mit ihr ist seiner Auffassung nach eine tiefgreifende technologische und soziale Umstrukturierung der Arbeitswelt verbunden, die nicht nur zu erhöhtem Stress an den automatisierten Arbeitsplätzen, sondern auch zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer führt. Nicht zuletzt haben die destabilisierenden Wirkungen der dritten industriellen Revolution auch Folgen für die Länder der sogenannten Dritten Welt. „In allen Entwicklungsländern werden Menschen durch Maschinen ersetzt. (...) Die Vorstellung, daß die Verlagerung von Produktionsanlagen in ärmere Länder diesen höhere Beschäftigung und größeren Wohlstand brächte, ist obsolet geworden“ (Rifkin 1995, 152).

Nach Rifkins Prognose (1995, 189) werden die Menschen zukünftig immer weniger Zeit mit Erwerbsarbeit verbringen und mehr Zeit für informelle Tätigkeiten haben (vgl. auch Gorz 1998). Dabei stellt sich für ihn die Frage, wie diese „Frei-Zeit“ reguliert wird: Führt die Arbeitslosigkeit zu wachsender Armut, bestände die Gefahr von sozialen Unruhen, massiver Gewalt und offenem Krieg. Werden die Arbeitnehmer aber durch kürzere Arbeitszeiten und entsprechender Entlohnung (etwa in Form eines staatlich garantierten Mindesteinkommens) an den Produktivitätszuwachsen beteiligt, so kann damit langfristig der Übergang zu einer Gemeinwirtschaft eingeleitet werden. Der „Dritte Sektor“ hätte also quasi die Funktion eines Auffangbeckens für all jene, die im Erwerbsbereich freigesetzt werden. „Dieser Bereich, der den Ma-

schinen weitgehend verschlossen bleiben wird, wird zwangsläufig zum Zufluchtsort für die Opfer der Dritten Industriellen Revolution. Dort werden sie ihrem Leben einen neuen Sinn geben können und ebenso ihrer Arbeit, die im marktwirtschaftlichen Sektor nichts mehr wert ist“ (Rifkin 1995, 218). In diesem Sektor können Solidarität und Verantwortung übernommen sowie menschliche Beziehungen und Einfühlungsvermögen gelebt werden. Ähnlich wie Gorz (1989; 1998a) sieht auch Rifkin (1995) die Tendenz zur Spaltung der Gesellschaft in einen kleinen Teil von gut verdienenden und abgesicherten Arbeitnehmern und einen großen Teil von Beschäftigten, die Phasen der ungesicherten und minder bezahlten Erwerbsarbeit sowie Phasen der Arbeitslosigkeit erfahren. Diese Entwicklung wird auch als Trend zur Zweidrittel- oder Dreiviertel-Gesellschaft umschrieben.

Abb. 1: Übersicht über die entwicklungstheoretischen Modelle

AUTOR	ENTWICKLUNGSPHASEN		
Fourastié (1954)	Agrarische oder primäre Zivilisation	Übergangsphase	Tertiäre Zivilisation
Bell (1976)	Vorindustrielle Agrargesellschaft	Industriegesellschaft	Nachindustrielle Dienstleistungsgesellschaft
Gershuny (1981); Skolka (1976; 1984)	Agrargesellschaft	Industriegesellschaft	Selbstbedienungsgesellschaft (Selfservice society)
Toffler (1980)	„Erste Welle“: Archetypische Prosumenten-Ökonomie	„Zweite Welle“: Trennung von Produktion und Konsum	„Dritte Welle“: nachindustrielle Prosumenten-Ökonomie
Braverman (1977)	Agrargesellschaft	Industriegesellschaft	Zerstörung der menschlichen Beziehungen durch den Aufbau der Dienstleistungsgesellschaft
Scharpf (1985)	Agrargesellschaft	Industriegesellschaft	Mischform aus Industrie- und Selbstbedienungsgesellschaft
Rifkin (1995)	Erste industrielle Revolution	Zweite industrielle Revolution	Dritte industrielle Revolution
Gorz (1989)	Agrargesellschaft	Industriegesellschaft	Dienstbotengesellschaft

Quelle: eigene Zusammenstellung

2.2.3 Duale Modelle

(a) *Zum Ursprung des Begriffes der „informellen Ökonomie“*

Eigentlich geht das Konzept des informellen Sektors auf die Soziologie der Entwicklungsländer zurück (vgl. u.a. Hart 1973). Es sollte ausdrücken, dass neben dem formalen, industrialisierten noch ein informeller (Rand-) Sektor existiert, der den Slum-

und Squatterbewohnern in den Ländern der „Dritten Welt“ das Überleben sichern hilft (vgl. etwa Mattera 1985, 98ff.; Märke 1986). In den 90er Jahren konzentrierte sich die Diskussion auf die Frage, welche Kompetenzen im informellen Sektor benötigt und vermittelt werden sollten, damit die „Kleinunternehmer“ wirtschaftlich überleben können (vgl. zum Überblick Karcher/Overwien 1998).

(b) *Jonathan Gershunys Übertragung der informellen Ökonomie auf industrielle Gesellschaften*

Gershuny (1979) hat den Begriff der „informellen Ökonomie“ erstmals auf entwickelte Industrieländer übertragen und ihn populär gemacht. In einem sehr einfachen Modell erklärt er die formelle Ökonomie als den Austausch von Geld und Gütern zwischen den Haushalten und dem Erwerbssystem: Die Haushaltsmitglieder verkaufen ihre Arbeitskraft gegen Lohnzahlungen und kaufen sich dafür im formellen Erwerbssystem Güter und Dienstleistungen. Gershuny (1979, 5; 1983, 33) beschreibt diese Austauschverhältnisse als typisch für Industrieländer: Jedem Güterstrom steht ein Geldstrom entgegen.

Ein von Gershuny erweitertes Modell berücksichtigt außerdem die Beziehungen zwischen der formellen und der informellen Wirtschaft sowie den privaten Haushalten. Die informelle Ökonomie setzt sich dabei aus drei verschiedenen ökonomischen Sektoren zusammen (vgl. auch Pahl 1980; Berger 1982):

- der Haushaltswirtschaft (household production system),
- der Gemeinschaftswirtschaft (communal production system) und
- der Untergrundwirtschaft (underground, hidden oder black economy).

Zwar werden in der Haushalts- und Gemeinschaftswirtschaft bestimmte Leistungen geldlich entlohnt, jedoch gilt allgemein: „What distinguishes this category of production is that real money is not used as an indicator of exchange of value for value“ (Gershuny 1983, 35). Der dritte Bereich, die Untergrundwirtschaft, hängt dagegen eng mit der formellen Ökonomie zusammen. „In fact it exists in the interstices of the formal economy, consisting largely of economic activities also undertaken in the formal economy, often by the same people“ (ebenda, 36). Gershuny (1983, 38ff.) stellt schließlich zwischen jedem der vier Sektoren, also zwischen der formellen Ökonomie, der Haushalts-, Gemeinschafts- und der Untergrundwirtschaft, zweiseitige gegenläufige Ströme fest.

Im Folgenden sollen noch weitere Modelle vorgestellt werden, die seinen Überlegungen entweder vorausgingen oder von ihm beeinflusst wurden.

(c) *Institutionalisierte Formen der informellen Ökonomie*

Neben Gershuny (1983) hat vor allem Stuart Henry (1981; 1982; 1986) die angelsächsische Debatte zur Dualökonomie angeregt. Allerdings lassen sich in seinen Arbeiten über die Jahre unterschiedliche begriffliche Abgrenzungen feststellen: Folgt man seinen neueren Ausführungen (1986), so unterscheidet er zwischen irregulärer, heimlicher und sozialer Wirtschaft. Diese drei Teilbereiche bilden zusammen die informelle Ökonomie.

Zur Schattenwirtschaft („irregular economy“) zählt die Schwarzarbeit, die entweder als einzige Tätigkeit (sole job) oder als Nebenbeschäftigung (moonlighting) ausgeführt wird. Der typische „moonlighter“ ist zwischen 25 und 45 Jahren alt und arbeitet hauptsächlich aus finanziellen Motiven „schwarz“. Die „schwarzen“ Leistungen werden gegen Entgelt erbracht, aber nicht versteuert. Unter die Schwarzarbeit fallen folglich solche Tätigkeiten, denen entweder ausschließlich oder nebenbei nachgegangen wird, um ein steuerfreies Einkommen zu beziehen.

In der formellen Ökonomie werden vereinzelt Aktivitäten heimlich vorgenommen, die Henry (1981, 11ff.; 1986, 6) unter dem Begriff „hidden economy“ zusammenfasst. Er zählt hierzu Diebstähle, Unterschlagungen und Betrügereien am Arbeitsplatz, mit denen drei Viertel der Beschäftigten zusätzliche Nebeneinnahmen erzielen können.

Den eigentlichen informellen Bereich bezeichnet Henry (1981) als „soziale Ökonomie“. Diese gliedert sich in Anlehnung an Gershuny/Pahl (1979; 1980) in die Haushaltswirtschaft, die Güter- und Dienstleistungsproduktion, die entweder in Selbsthilfe, über die Nachbarschaftshilfe oder aus Gefälligkeit erfolgt, und den Tausch gebrauchter Konsumgüter (Gemeinschaftswirtschaft).

(d) Parallele und formelle Wirtschaft

Skolka (1984; 1985b) zählt zur informellen Ökonomie die unentgeltlich geleisteten Tätigkeiten, die auch von Dritten gegen Bezahlung erledigt werden könnten (vgl. Hawrylyshyn 1977). Auf diese Weise lassen sich die informellen von den Freizeitaktivitäten abgrenzen. Kommen die Resultate des informellen Sektors hauptsächlich der ausführenden Person oder den anderen Haushaltsmitgliedern zugute, so werden sie von Skolka (1984) als Eigenleistungen bezeichnet. Diese umfassen z.B. die Haushaltsarbeit, die Do-it-yourself-Aktivitäten und die Selbstbedienung. Zusätzliche Tätigkeiten, die vor allem anderen Haushalten nützen, definiert er als Freiwilligenarbeit (vgl. Badelt 1984; 1985), die von den Individuen überwiegend unbezahlt geleistet wird (vgl. hierzu Badelt 1988; 1990).

Die informelle und die Schattenwirtschaft, zu denen die Schwarzarbeit der Unselbstständigen („Pfusch“), die „Schwarzwirtschaft“ der Selbstständigen, verbotene illegale Tätigkeiten und versteckte Naturaleinkommen zählen, bilden zusammen die parallele Wirtschaft. Die produktive geldlich entlohnte Erwerbsarbeit, bei der Güter und Dienstleistungen erzeugt und deren Produktionsergebnisse statistisch erfasst werden, wird von Skolka (1984) als formelle Wirtschaft definiert.

(e) Informelle Ökonomie als „Überlebensstrategie“?

Von ihrer ursprünglichen Position haben sich Pahl (1984; 1988) und Pahl/Wallace (1985a; 1985b) mittlerweile distanziert. Sie betonen, dass der Rückzug von Arbeitslosen und armen Leuten in den informellen Sektor nicht freiwillig, sondern zwangsweise erfolgt, weil sie sich die Dienstleistungen im formellen Bereich nicht leisten können.

Grund für diese Revision war die von Pahl (1984, 143ff.) in den Jahren 1981 und 1982 durchgeführte empirische Untersuchung zu den Haushaltsstrategien auf der britischen Insel Sheppey. In seiner Studie unterscheidet er drei Arten von informeller Ar-

beit, nämlich die Selbstversorgung, die Schwarzarbeit und die unbezahlten Aktivitäten außerhalb des Haushalts. Die Selbstversorgung besitzt insgesamt die größte Priorität auf Sheppey, der Austausch von Leistungen zwischen den Haushalten ist dagegen nur sehr schwach entwickelt. Ebenso gibt es für „informelle“ Zweitjobs und Schwarzarbeit kaum Belege. Generell wird nach Pahl/Wallace (1985a, 220) die Entscheidung für die Selbstversorgung von verschiedenen Kriterien bestimmt: von wirtschaftlichen Motiven, von höheren Standards, die erreicht werden sollen, oder vom Gefühl der Selbstverwirklichung, wenn man erkennt, dass die Arbeit gelungen ist. Daneben ist für die Selbstversorgung auch die häuslich-zentrierte Wertorientierung und die Frage von Wahlfreiheit oder von Zwang entscheidend (vgl. Pahl/Wallace 1985a, 218f.).

Trotz ihrer Tendenz, sich selbst zu versorgen, besteht nach Ansicht von Pahl/Wallace (1985a, 223) bei den privaten Haushalten auf Sheppey eine „dependent domesticity“: „The more capital goods and equipment they own, the more they are dependent on market services to maintain them“. Dieser Gedanke weist gewisse Parallelen zu der These von der „Kolonisierung des informellen Sektors“ (Huber 1984) auf, die im Folgenden diskutiert wird.

(f) Kolonisierung des informellen Sektors?

Die deutschsprachige Diskussion zur Dualwirtschaft wurde hauptsächlich von Huber und Gorz geprägt. Die theoretische Grundlage bei Huber (1984, 71ff.) bildet die These von der „Kolonisierung des informellen Sektors“ durch die ständige Ausdehnung des formellen Industriesystems. Historisch betrachtet ist mit dem Aufkommen des Industrialismus die Bedarfswirtschaft immer mehr zurückgedrängt und quasi von der Erwerbswirtschaft kolonisiert worden. Diese Kolonisierung hat für Huber gleichwohl positive Seiten, da durch sie nicht nur traditionelle Strukturen aufgelöst, sondern für die Menschen auch neue Möglichkeiten geschaffen werden.

Nach Huber (1984, 76ff.) basiert der informelle Sektor in hohem Maße auf der geldlichen Versorgung durch die formellen Institutionen. Moderne Eigenarbeit ist also – wie dies auch Gershuny (1981; 1983) deutlich gemacht hat – warenintensiv: Zuerst müssen Güter erworben werden, bevor die häusliche Produktion aufgenommen werden kann. Vor diesem Hintergrund warnt Huber (1984, 216ff.) vor übertriebenen Hoffnungen in die informelle Ökonomie, sofern sich an den gegenwärtigen Bedingungen nichts ändere. Stattdessen votiert er für eine besser ausbalancierte Dualwirtschaft unter industriellen Vorzeichen: In diesem Modell soll die Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzungen auf 20-25 Stunden pro Woche zurückgedrängt werden, so dass mehr Zeit für Eigenarbeit vorhanden ist. Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung des Modells sind Hubers knappe Ausführungen sehr vage. Ebenso bleibt er eine Antwort darauf schuldig, ob sich mit der Arbeitszeitverringerung eine „Dekolonisierung des Alltags“ ergeben wird.

(g) André Gorz' „Dienstbotengesellschaft“

Auch Gorz (1983; 1989) plädiert normativ dafür, das Erwerbssystem zu begrenzen und die Autonomiespielräume der Lebenswelt zu erweitern. Ähnlich wie der Ansatz von Huber (1984) sieht sein Konzept eine Arbeitszeitreduzierung auf 20.000 oder

30.000 Stunden pro Leben vor. Untermauert werden soll die Arbeitsumverteilung durch ein garantiertes Grund- oder Minimaleinkommen (vgl. Gorz 1983, 69ff.; 1989, 287ff.). In seinen neueren Veröffentlichungen spricht Gorz (1998) von einem zweiten Gehalt, das dazu dient, die Einkommenseinbußen aufgrund der periodischen Verkürzung der Arbeitszeit auszugleichen.

Im Modell von Gorz (1983, 81ff.; 1989, 235ff.) sollen alle Menschen sowohl im autonomen Sektor (Lebenswelt) als auch im heteronomen Sektor (Alltagswelt) tätig sein. In der Heteronomie-Sphäre werden demnach alle notwendigen Güter durch entfremdete und professionalisierte Erwerbsarbeit hergestellt. Dabei soll die Technik immer soweit eingesetzt werden, wie sie Arbeit und Zeit einsparen kann: „Dies ist ihr erklärtes Ziel – ein anderes hat sie nicht. Die Technik ist dafür da, die Menschen mehr und besser mit weniger Anstrengung und in kürzerer Zeit produzieren zu lassen“ (Gorz 1989, 131). Gorz spricht die Probleme des heteronomen Sektors zwar an; insgesamt akzeptiert er jedoch die geleistete Arbeit in ihrer Monotonie und Fremdbestimmtheit. Polemisch formuliert: Die Arbeit im „Reich der Notwendigkeit“ (Marx 1977, 828) soll durch die neuen Techniken in möglichst kurzer Zeit bewältigt werden; danach winkt das „Reich der Freiheit“. Heteronomie- und Autonomie-Sphäre lassen sich jedoch auf diese Weise nicht voneinander trennen, denn die Strukturen der heteronomen Erwerbsarbeit werden sich nach wie vor auf den autonomen Bereich auswirken. Trotz Arbeitszeitverkürzungen müssen auch im industrialisierten Sektor veränderte Arbeits- sowie Produktionsbedingungen (so z.B. über die Entdichtung der Erwerbsarbeit, die Reduktion des Arbeitstempos oder die Einflussnahme auf Rationalisierungs- und technologische Prozesse) durchgesetzt werden. Insgesamt bleiben die Vorstellungen von Gorz (1983; 1989) sehr utopisch und idealistisch.

Ende der 80er Jahre markiert Gorz (1989, 192ff.) einen neuen gesellschaftlichen Trend, der darin besteht, dass ein wachsender Teil der Beschäftigten an den Rand des Wirtschaftsprozesses oder ganz aus ihm herausgedrängt wird. Der andere Teil wird dagegen – der ökonomischen Vernunft folgend – immer mehr arbeiten und damit über eine zunehmende wirtschaftliche Macht verfügen. „Diese professionelle Elite wird es ablehnen, einen Teil ihrer Arbeit und der mit ihrem Arbeitsplatz verbundenen Vorrechte und Machtpositionen abzugeben. Sie kann daher ihre eigene Freizeit nur dadurch vergrößern, daß sie Dritte anstellt, um ihr verfügbare Zeit zu verschaffen“ (Gorz 1989, 19). Die „Rationalisierungsgewinner“ werden dabei von den „Rationalisierungsverlierern“ verlangen, im informellen Sektor bestimmte Aktivitäten auszuführen. Der Elite gelingt es also, Arbeitszeit billiger zu kaufen als sie ihre eigene verkaufen muss. Gorz sieht hierin die Wiedergeburt einer Dienstbotenklasse. Für die „Dienstboten“ ergeben sich zwar Arbeitsplätze in der informellen Ökonomie, allerdings zu Niedriglöhnen und auf instabiler Grundlage. Nach Gorz (1998) lässt sich nicht ausschließen, dass als Folge dieser Entwicklung die Kaufkraft zurückgeht, ohne dass er jedoch problematisiert, was dies für das kapitalistische Wirtschaften in Zukunft heißt.

(h) Die informelle Ökonomie als System von „Abwanderung“ und „Widerspruch“

Ein interessantes Modell zur informellen Ökonomie hat auch Heller (1987; 1988) vorgelegt, der das von Hirschman (1970) entwickelte Modell der Abwanderung („exit

option“) und des Widerspruchs („voice option“) auf das dualwirtschaftliche Konzept des formellen und informellen Sektors übertragen hat. Auf der Grundlage von vier Leistungsdefiziten der formellen Ökonomie, nämlich der Arbeitslosigkeit, der ständigen Veränderung der Arbeitsbedingungen und der mangelhaften Leistungserstellung durch private Unternehmen oder durch öffentliche Institutionen und Organisationen, untersucht Heller die Mechanismen der Abwanderung in die informelle Ökonomie.

Die Arbeitslosen können diesem Modell entsprechend einerseits mit Abwanderung in die Schattenwirtschaft oder in die Eigenarbeit reagieren und andererseits mit Widerspruch, der sich im politischen Protest artikuliert. Alle drei Bereiche der informellen Ökonomie, also die Schattenwirtschaft, die Eigenarbeit und die Alternativökonomie, lassen sich als Abwanderungsreaktionen infolge der veränderten Bedingungen in der formellen Ökonomie interpretieren (vgl. Heller 1987, 50ff.).

Die zuvor diskutierten Modelle beleuchten die informelle Ökonomie aus verschiedenen Blickwinkeln: Zum einen wird sie als mögliche Alternative zur heteronomen Arbeit im Erwerbsektor angesehen (Pahl 1980; Berger 1982; Gorz 1983; 1989), zum anderen als Reservoir, in dem die nicht nachgefragten Arbeitskräfte „aufbewahrt“ werden können (Handy 1984; Heller 1987; 1988), und drittens als Strategie, um über die Nachbarschafts- und Selbsthilfe die staatlichen Sozialausgaben senken zu können (Gershuny 1983; Skolka 1984).

(i) *Das „Mehrschichtenmodell der Arbeit“ von Orio Giarini und Patrick M. Liedtke*
Beim „Mehrschichtenmodell der Arbeit“ von Giarini/Liedtke (1998, 231ff.) werden produktive Tätigkeiten in drei Schichten aufgeteilt: Die „erste Schicht“ soll als Basiseinheit *jedem* Menschen ein Minimum an Erwerbsarbeit in Form einer Grundbeschäftigung von rund 20 Stunden pro Woche ermöglichen. Die „zweite Schicht“ würde ebenfalls bezahlte Arbeit umfassen bzw. die der ersten Schicht ersetzen. Abgesehen von entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen sollte sie frei von staatlichen Eingriffen sein. Die persönliche Identität des Einzelnen wird dabei nicht unbedingt von der Arbeit in der ersten Schicht bestimmt, sondern von seiner freien (unternehmerischen) Tätigkeit in der zweiten Schicht. Die „dritte Schicht“ produktiver Tätigkeiten bilden nicht-bezahlte freiwillige Tätigkeiten und Eigenleistungen. Alle drei Schichten können innerhalb der Lebensspanne zwischen 18 und 78 Jahren unterschiedlich organisiert sein.

Dieses neue Modell produktiver Tätigkeiten wird nach Ansicht von Giarini/Liedtke (1998, 233ff.) notwendig, da in unserer Dienstleistungsgesellschaft viele Tätigkeiten, die bisher auf der Grundlage von Erwerbsarbeit erfolgten, ausgemustert oder in andere Tätigkeitsformen überführt wurden, die außerhalb des monetarisierten Systems liegen. Der Staat sollte deshalb für die erste Schicht das Äquivalent einer Grundbeschäftigung anbieten, die rund 20 Stunden pro Woche umfasst; diese sollte auf vielfältige Weise in unterschiedlich großen Zeitabständen organisiert werden können. Die Tätigkeiten werden in vielen Fällen nicht den individuellen Wünschen des Einzelnen entsprechen und sollten mit einem garantierten Mindestgehalt (auf der Grundlage der negativen Einkommensteuer) vergütet werden, um absolute Armut zu verhindern.

Die Annahme dieser Arbeit wäre die Bedingung für den Bezug staatlicher Leistungen. Ein weiterer Vorteil der Basisarbeit liegt darin, dass Jugendliche die Gelegenheit erhalten, ihre Ausbildung mit praktischen Arbeitserfahrungen zu kombinieren. Ebenso könnten ältere Menschen ab etwa 60 Jahren in eine Phase des gleitenden Ruhestands einsteigen und dabei weiterhin für die Gesellschaft nützlich bleiben, wenn sie dies wünschen. Dieser gleitende Ruhestand würde auch die Belastung der jüngeren Generationen verringern. Als Finanzierungsgrundlage der ersten Schicht sollen alle Finanzquellen herangezogen werden, die gegenwärtig für zusätzliche Arbeitslosengelder, Einkommensunterstützungen und Sozialhilfe vorgesehen sind.

Die erste Schicht soll aber so wenig wie möglich die zweite Schicht der Arbeit beeinträchtigen, die gänzlich im monetarisierten privaten Bereich angesiedelt ist, zumal es dem Einzelnen überlassen bleiben soll, nach seinen eigenen Vorlieben eine Erwerbsarbeit anzunehmen. Verglichen mit unserer heutigen Wirtschaft muss die zweite Schicht der Arbeit flexibler sein. „Der einzelne kann frei entscheiden, ob oder wie viel er auf dieser Ebene arbeiten möchte. Das kann so wenig ausmachen wie eine zusätzliche Stunde zur Basisschicht der Arbeit, zum Beispiel in Form von bezahltem Privatunterricht, oder auch so viel wie 80 oder gar 100 Wochenstunden“ (Giarini/Liedtke 1998, 243).

Die dritte Schicht der Arbeit ist ihrem Wesen nach zwar freiwillig und unbezahlt, dennoch tragen die sie ausübenden Personen zum Wohlstand der Gesellschaft bei, ohne dass sie irgendeine monetäre Entschädigung dafür erhalten. Unter diesem Aspekt wird von Giarini/Liedtke (1998, 246) nochmals unterstrichen, dass eine Integration monetarisierter und nicht-monetarisierter Tätigkeiten zur Bestimmung des Wohlstands einer Gesellschaft unbedingt notwendig sei.

(k) Das Projekt „Neue Arbeit“ von Fritjof Bergmann

Fritjof Bergmann (1998a, b) hatte Mitte der 80er Jahre in Flint bei Detroit das erste „Center for New Work“ gegründet, als im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen die Hälfte der Arbeitskräfte in einem Werk von General Motors entlassen werden sollte. Auf Bergmanns Vorschlag hin wurde die Arbeitszeit der Belegschaft in sechs Monate Erwerbsarbeit und sechs Monate erwerbsfreie Zeit aufgeteilt. „Was die Menschen in dieser freien Hälfte des Jahres tun würden und die erforderlichen Mittel, sie zu dieser Tätigkeit in die Lage zu versetzen, wurde zum eigentlichen Inhalt und Aufgabe von ‚New Work‘“ (Bergmann 1998b, 55).

In Erweiterung seines ursprünglichen Modells hat Bergmann (1997, 1998a, b), ebenso wie Giarini/Liedtke (1998), die Arbeit einer Woche in drei Teile untergliedert: Zwei Tage wird einer Erwerbsarbeit nachgegangen, zwei Tage widmet man sich dem „High-Tech-Self-Providing“, einer Art Selbstversorgung auf hohem Niveau, und an den verbleibenden beiden Tagen tun die Menschen das, was sie wirklich wollen, von Bergmann als „Calling“ bezeichnet. Mit diesem von ihm als „Neue Arbeit“ charakterisierten Konzept wird die reguläre Erwerbsarbeit radikal auf zwei Tage verkürzt, so dass die entstehenden Arbeitsplätze auf mehr Personen verteilt werden können. Die Selbstversorgung soll dazu dienen, anspruchsvolle Konsum- und Gebrauchsgüter wie Kleidung, Nahrungsmittel bis hin zu Wohnhäusern selbst herzustellen. „Von Anfang

an waren Werkstätten in die Projekte miteinbezogen, in denen die Bewohner Eigenarbeit leisten konnten. Außerdem entwickelten wir eine ‚Urban Agriculture‘: Auf neu entwickelten, extrem ertragreichen Pflanzsubstraten werden mit vergleichsweise sehr geringem Arbeitseinsatz große Mengen von Lebensmitteln erzielt. Auf kleinstem Raum, mitten in der Stadt, gewissermaßen im nebenbei. Ganz besonders erscheinen mir auch die Möglichkeiten durch Benutzung von Computern – zum einen um das Handwerkliche zu erweitern (also z.B. sich mit ‚Computer Aided Manufacturing‘ selbst Kleider und Schuhe und Möbel zu machen), zum anderen aber auch, um sich in Angelegenheiten der Gesundheit und der Erziehung selbstständiger zu machen“ (Bergmann 1998b, 57). Das „Calling“ (Berufung) soll den Menschen die Gründung eines eigenen Betriebs oder die Schaffung neuer Produkte oder Dienstleistungen ermöglichen. Das können nach Auffassung von Bergmann z.B. Erfindungen oder auch soziale Leistungen sein.

Letztlich verbindet er mit seinem Modell der Neuen Arbeit die Hoffnung, dass sich die Menschen vom „Reich der Notwendigkeit“ ins „Reich der Freiheit“ vorarbeiten. Als Grundlage dienen ihm die „Zentren für Neue Arbeit“, in denen die Menschen ihre Fähigkeiten entdecken und kreativ an Veränderungen arbeiten können. In Deutschland sind solche Zentren bisher im „Haus der Eigenarbeit“ in München und im „Kreativ-Zentrum“ in Wolfen realisiert worden. Sie bilden damit erste Puzzleteile für die öffentliche Förderung und Unterstützung von Eigenarbeit.

In München soll in absehbarer Zeit ein Modellvorhaben umgesetzt werden, mit dem die Erwerbsgesellschaft in eine vielseitige Tätigkeitsgesellschaft mit vernetzten, unterschiedlichen Zeitsegmenten überführt werden kann (vgl. Mutz 1999). Das Münchner Modell sieht vor, Mitarbeiter von Unternehmen im bürgerschaftlichen Engagement weiterzuqualifizieren oder sie praktische Erfahrungen sammeln zu lassen. Die Unternehmen sollen ihren Mitarbeitern bis zu 20 Stunden im Monat für ihr bürgerschaftliches Engagement gewähren. Während dieser Zeit bleiben sie Beschäftigte und sollen bis zu 70 Prozent ihres aktuellen Nettolohns erhalten und sozialversichert bleiben. Der Einkommensunterschied soll von der „Stiftung Bürgerschaftliches Engagement“ gezahlt werden. „Das Modellvorhaben ist ein konkreter Vorschlag, die flexible Kombination unterschiedlicher Tätigkeitsfelder und die Gestaltung von verschiedenen Zeitsegmenten zu institutionalisieren und damit den Übergang von einer Erwerbsgesellschaft zu einer Neuen Arbeitsgesellschaft zu erleichtern. (...) In der Neuen Arbeitsgesellschaft kann der Wirtschafts- und Erwerbsmensch zum aktiven Bürger werden, der seine Lebenswelt sozial engagiert, ökologisch verantwortlich und kulturell kompetent mitgestaltet“ (Mutz 1999, 11).

2.2.4 Schattenwirtschaftliche Modelle

Aus der Modelldiskussion wird deutlich, dass – trotz einzelner kritischer Randbemerkungen – die außerhalb von Markt und Staat erbrachten Leistungen in den Sozialwissenschaften in aller Regel positiv bewertet werden. Dafür gibt es drei Gründe: Erstens hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass der formelle und der informelle Sektor aufeinander bezogen und durch ein wechselseitiges Verhältnis miteinander verbunden sind; sie bilden letztlich zwei zentral zusammenwirkende und zusammen-

gehörige Teile des gesamten Wirtschaftssystems. Zweitens bietet der informelle Bereich – wenn dies auch oft sehr idealistisch gesehen wird – Chancen der Selbstverwirklichung, und drittens können sich durch informelle Leistungen Wohlstand und Wohlfahrt der Wirtschaftssubjekte verbessern.

Die Wirtschaftswissenschaften interessiert dagegen insbesondere der Ausfall an Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen. Durch die außerhalb von Markt und Staat geleistete Eigen- und Schwarzarbeit würden der Volkswirtschaft erhebliche Finanzmittel entzogen; es entstünden wachsende Abgabenbelastungen für die Individuen in der offiziellen Wirtschaft. Beides würde sich negativ auf das Wachstum des Bruttosozialprodukts auswirken. Untersucht werden u.a. (vgl. Gretschmann 1984; Langfeldt 1984a; Schrage 1987)

- alloкатive Effekte, d.h. die Wirkungen der Schattenwirtschaft auf Output, Absatz und Preise,
- Verteilungswirkungen auf Individuen und (Einkommens-)Gruppen sowie
- Stabilisierungseffekte, also die Auswirkungen der Schattenökonomie auf konjunkturelle Größen wie Arbeitslosigkeit, gesamtwirtschaftliches Preisniveau und Wachstum.

Obgleich Parallelen zu schattenwirtschaftlichen Modellen unübersehbar sind, konnte sich der Begriff der informellen Ökonomie in den Wirtschaftswissenschaften bis heute nicht durchsetzen. Vielmehr wird hier zur Abgrenzung der ökonomischen Leistungen allein das Konzept der Schattenwirtschaft benutzt, das in der Bundesrepublik erstmals von Schmölders (1980) eingeführt wurde und das sich auf alle illegalen Finanztransaktionen wie schwarze Gelder aus Gelegenheitsgeschäften, Steuerhinterziehung, anonyme Auslandskonten, Bestechungs- und Schmiergelder bezieht. Schmölders konzentriert sich demnach auf Tatbestände, die faktisch im Verborgenen geschehen, also verhehlt oder nicht gemeldet werden, um einer eventuellen Strafe oder dem Finanzamt zu entgehen. Die meisten anderen Autoren hingegen (vgl. u.a. Cassel 1984, 1985; Cassel/Caspers 1984; Schrage 1984; Smith 1986; Petry/Wied-Nebbeling 1987; Schwarze 1990, Wolff 1991; Erlinghagen/Wagner 1998) zählen neben den illegalen auch legale Transaktionen zur Schattenwirtschaft: „Schattenwirtschaft (...) umfaßt (...) neben den illegalen Aktivitäten in der Untergrundwirtschaft auch die legalen Selbstversorgungsaktivitäten im Privatbereich“ (Wolff 1991, 22). Sie besteht somit aus

- der Selbstversorgungswirtschaft in privaten Haushalten;
- der gemeinschaftlichen Produktion und Selbsthilfe;
- der Untergrundwirtschaft.

In den meisten Modellen zur Schattenwirtschaft wird darüber nachgedacht, wie die nicht erfassten Transaktionen wieder in die offizielle Wirtschaft zurückgeführt werden können (vgl. Cassel 1985; Langfeldt 1984a, 113ff.; 1984b; Petersen 1984; Tuchteldt 1984; Miller 1985, 190ff.). Überwiegend werden die wachsenden schattenwirtschaftlichen Aktivitäten mit einem gestörten Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat begründet: Die Bürger würden auf den steigenden Abgaben- und Regulierungsdruck des Staates mit der Abwanderung in die Schattenwirtschaft reagieren, in der sie höhere „Schatten“-Gewinne erzielen können. „Daraus resultiert ein Verfall

gesellschaftlicher Normen, der auch die Grundlagen des marktwirtschaftlichen Systems und der demokratischen Gesellschaft gefährdet“ (Langfeldt 1984a, 136).

Die negative Charakterisierung der Schattenökonomie führt dazu, dass in der Nationalökonomie die legalen Tätigkeiten, die von den privaten Haushalten tagtäglich ausgeführt werden, in ihrer wirtschaftspolitischen Bedeutung nicht gebührend wahrgenommen werden. Zwar werden die unentgeltlich geleisteten Transaktionen der Haushalte als globale Größe behandelt, jedoch nicht zum eigentlichen Thema gemacht. Die Ökonomen konzentrieren sich nämlich nur auf die Güterkreisläufe des formellen Sektors, und diese gelten im Allgemeinen als abgeschlossen, wenn ein Gut in den Haushalt gelangt. Übersehen wird die haushaltliche Güterproduktion, aber auch eine Reihe von Dienstleistungen, die an die Haushaltsmitglieder oder andere Haushalte gerichtet sind.

Diese eher informellen Aktivitäten der privaten Haushalte sollten mit Blick auf den Einsatz neuer Haushaltstechnologien (vgl. dazu Zapf 1986; Zapf u.a. 1987; Kerber/Prinz 1988; Weber/Hampel 1989; Glatzer u.a. 1991; Dörr 1996; Glatzer u.a. 1998), die eine verstärkte Verknüpfung zwischen Produktionssphäre (Unternehmen) und Konsumsphäre (Haushalte) erlauben, in den Wirtschaftswissenschaften nicht länger vernachlässigt werden. Vielmehr gilt es, die Verflechtungs- und Komplementärbeziehungen zwischen formeller und informeller Ökonomie offen zu legen.

Auf diese Aspekte wurde in den sozialwissenschaftlichen Modellentwürfen von Gershuny (1983), Pahl (1984), Huber (1984), Henry (1986) und Gorz (1989) bereits hingewiesen. Die Autoren deuteten in unterschiedlicher Weise an, dass die formelle Ökonomie aufgrund der engen Wechselbeziehungen zu den informellen Wirtschaftsaktivitäten, die in Selbstversorgung, Konsumarbeit und Nachbarschaftshilfe sowie von Selbsthilfegruppen erbracht werden, gar nicht mehr existenzfähig wäre. Diese Interdependenz wird im Allgemeinen wegen der zu engen ökonomischen Ausrichtung des Konzepts von der Schattenwirtschaft übersehen.

2.3 Definitionen, Abgrenzung und Erscheinungsformen der informellen Ökonomie

2.3.1 Definitionen

Darüber, was als informelle Ökonomie bezeichnet werden kann, gibt es innerhalb der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften nach wie vor keine eindeutige Festlegung; vielmehr lassen sich durchaus größere Differenzen ausmachen. Das Statistische Bundesamt zählt zur informellen Ökonomie, im Sinne von unbezahlter Arbeit, hauswirtschaftliche Tätigkeiten, handwerkliche Tätigkeiten, die Pflege und Betreuung von Kindern und Erwachsenen sowie ehrenamtliche und soziale Hilfeleistungen (vgl. Blanke u.a. 1996).

Erlinghagen/Wagner (1998) untergliedern die informelle Ökonomie in Netzwerkhilfe und Haushaltsreproduktionsarbeit. Die Netzwerkhilfe setzt sich aus der vertraglich-formellen, vergüteten Netzwerkhilfe (nicht-gewerbliche Schwarzarbeit) und der

vertraglich-formellen Netzwerkhilfe ohne Vergütung (Tauschringe) zusammen; zur Haushaltsreproduktionsarbeit gehören die informelle Eigenarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten.

Abb. 2: Vergleich von Definitionen

Teichert (1993)	Blanke u.a. (1996)	Erlinghagen/ Wagner (1998)	Brandt (1998)
Haushaltswirtschaft – materielle Hausarbeit und Konsumarbeit – Erziehung und Betreuung von Kindern – Kranken- und Altenpflege – psychische Hausarbeit (= Beziehungsarbeit)	Hauswirtschaftliche Tätigkeiten Pflege und Betreuung von Kindern und Erwachsenen	Haushaltsreproduktionsarbeit – informelle Eigenarbeit – ehrenamtliche Tätigkeiten	Versorgungsarbeit (= Beziehungsarbeit) Daseinsarbeit – Altenpflege – Kinderpflege – Einkaufen – Haushaltsorganisationen – materielle Hausarbeit
Selbstversorgungswirtschaft – Do-it-yourself-Aktivitäten – handwerkliche Eigenleistungen – Gartenarbeiten	Handwerkliche Tätigkeiten	Informelle Eigenarbeit	Eigenökonomie – Do-it-yourself-Arbeiten – handwerkliche Eigenleistungen – Gartenarbeit – Selbstbedienung
Selbsthilfeökonomie – Nachbarschaftshilfe – Aktivitäten in Selbsthilfevereinigungen – ehrenamtliche Tätigkeiten – Mitarbeit in umweltpolitischen und politischen Bürgerinitiativen	Ehrenamt, soziale Hilfeleistungen	Ehrenamtliche Tätigkeiten – ehrenamtliche Eigenarbeit – altruistisches Ehrenamt Netzwerkhilfe – vertraglich-formelle Netzwerkhilfe mit Geld – vertraglich-formelle Netzwerkhilfe ohne Geld	Gemeinwesenorientierte private Ökonomie – Nachbarschaftshilfe – Selbsthilfegruppen – Tauschringe Gemeinwesenorientierte öffentliche Ökonomie – ehrenamtliche Tätigkeiten – Aktivitäten in politischen Organisationen

Quelle: eigene Zusammenstellung

Brandt (1998) unterteilt die Haushaltswirtschaft in die beiden Teilbereiche Versorgungsarbeit (Reproduktionsarbeit) und Daseinsarbeit (z.B. Altenpflege, Kinderpflege, Einkaufen, Haushaltsorganisation und materielle Hausarbeiten). Der Eigenökonomie entspricht die Selbstversorgungswirtschaft. Die Selbsthilfeökonomie besteht nach Brandt aus der gemeinwesenorientierten privaten (u.a. Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfegruppen und Tauschringe) und der öffentlichen Ökonomie (ehrenamtliche Tätigkeiten, Aktivitäten in politischen Organisationen).

Heinze/Keupp (1998, 123) unterscheiden die Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit grob in die Felder (1) Haushaltsproduktion und Subsistenzwirtschaft, (2) Freizeitaktivitäten, (3) Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft, (4) verpflichtende, unentgeltliche Arbeit (Dienste in der Hausgemeinschaft etc.), (5) Tausch von Naturalien und Dienstleistungen (Tauschringe etc.), (6) ehrenamtliches Engagement/Projektorganisation für Dritte und (7) Selbstorganisation in Vereinen, Initiativen und Selbsthilfegruppen.

Effinger (1992, 996) versteht unter informeller Arbeit all jene Tätigkeiten, die „nicht eindeutig dem formellen Sektor zugewiesen werden können oder weitgehend außerhalb des formellen Erwerbs- und Wirtschaftssystems, weder über den Markt noch über den Staat, erbracht und von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht unmittelbar erfaßt werden“.

2.3.2 Abgrenzung

Im Gegensatz zu anderen Autoren (Berger 1982; Gretschmann 1983, 1985; Niessen/Ollmann 1987; Evers 1987; Merz/Wolff 1994, 214ff.) wird im Folgenden die Schattenwirtschaft nicht zur informellen Ökonomie gerechnet. Die Schattenwirtschaft stellt insofern einen Teilbereich des formellen Sektors dar, als die Aktivitäten hier mit dem Ziel erfolgen, zum „normalen“ Einkommen steuerfrei ein zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften, mit dem das jeweilige Haushaltsbudget aufgebessert werden soll. Die Bezahlung solcher Tätigkeiten orientiert sich an marktlichen Bedingungen, jedoch mit dem Unterschied, dass die Abgaben für die Lohnnebenkosten gespart werden. Der „Schattenarbeiter“ erhält also seinen „Schattenlohn“ brutto für netto, der teils höher liegen kann als sein regulärer Stundenverdienst im formellen Sektor. Dennoch lassen sich der informelle und der schattenwirtschaftliche Sektor des Wirtschaftslebens nicht in eindeutig prägnanter Weise voneinander abgrenzen. Wie zwischen formeller und informeller Ökonomie ergeben sich auch zwischen der informellen und der Schattenwirtschaft vereinzelt Überschneidungen oder sogar fließende Übergänge. Dieser Tatbestand dürfte für die Selbstversorgungswirtschaft, bei der Schnittstellen zur Schattenwirtschaft unübersehbar sind, sowie für die Selbsthilfeökonomie gelten, wo ehrenamtliche und Selbsthilfe-Aktivitäten oftmals professionelle Züge zeigen, sofern sie durch die formelle Ökonomie alimentiert werden. Erlinghagen/Wagner (1998) haben hierfür den Begriff der nicht-gewerblichen Schwarzarbeit eingeführt. „Eine Form der formell-vertraglichen Netzwerkhilfe zeichnet sich dadurch aus, daß hier die geleistete Arbeit – ähnlich der Erwerbsarbeit – mit Geld entlohnt wird. Das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung ist vertraglich festgelegt, allerdings werden für die geleisteten Tätigkeiten weder Steuern noch Sozialversicherungsbeiträge gezahlt“ (Erlinghagen/Wagner 1998, 11f.).

Abb. 3: Unterschiede zwischen formeller, informeller und Schattenwirtschaft

	rechtlicher Status	VGR-Erfassung
Schattenwirtschaft	illegal	nein
informelle Ökonomie	legal	Satellitensystem
formelle Ökonomie	legal	ja

Quelle: eigene Zusammenstellung

Im Abbildung 3 werden anhand der Kriterien „Rechtlicher Status“ und „Erfassung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)“ nochmals die Unterschiede zwischen den einzelnen Sektoren aufgezeigt: Während die marktlichen Vorgänge in der formellen Ökonomie durch die VGR wiedergegeben werden können, kann der Umfang der Schattenwirtschaft noch nicht ermittelt werden. Die informelle Ökonomie wurde inzwischen durch die Erhebungen des Statistischen Bundesamtes (Blanke u.a. 1996) in ihrem zeitlichen Ausmaß und in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung weitgehend erfasst. Was den rechtlichen Status angeht, so sind formelle und informelle Leistungen legal, während die schattenwirtschaftlichen Aktivitäten in aller Regel illegal erfolgen.

Um die informellen Tätigkeiten von den Freizeitaktivitäten zu trennen, wird größtenteils auf Hawrylyshyns (1977) „Produktivitätskriterium der dritten Person“ zurückgegriffen. Danach werden nur solche Aktivitäten im Haushaltsbereich als produktiv angesehen, die auch von einer dritten Person durchgeführt werden könnten. Zu den unproduktiven Tätigkeiten zählen beispielsweise die Befriedigung persönlicher Bedürfnisse (u.a. Schlafen, Essen) und Freizeitaktivitäten aller Art, wie Sport treiben, Bücher lesen, Radio hören, Fernsehen, ins Kino gehen, Spaziergänge machen.

Das Dritt-Personen-Kriterium wird in vielen Untersuchungen (vgl. hierzu etwa Gershuny u.a. 1986; Gershuny/Jones 1987; Gretschmann/Schulz 1988; Erlinghagen/Wagner 1998, 16f.) herangezogen. Auch das Statistische Bundesamt (Blanke u.a. 1996, 23ff.) hat bei seinen Berechnungen des Satellitensystems der Haushaltsproduktion von diesem Merkmal Gebrauch gemacht.

Zur informellen Ökonomie werden insgesamt drei Bereiche (vgl. Abb. 4) gezählt, nämlich die

- Haushaltswirtschaft,
- Selbstversorgungswirtschaft,
- Selbsthilfeökonomie.

Die einzelnen Bereiche der informellen Ökonomie, auf die im nächsten Kapitel ausführlicher eingegangen wird, weisen eine relativ unterschiedliche Distanz zum „Zentrum“ der Haushaltstätigkeiten auf.

Die Haushaltswirtschaft umfasst die Hausarbeit im engeren Sinne (Einkaufen, Mahlzeiten zubereiten, Wohnung sauber halten, Wäsche waschen und Fenster putzen), die Kindererziehung und die Pflege von kranken und alten Personen. Sie wird in aller

Regel von Frauen geleistet und gehört quasi zum Standardrepertoire eines jeden (Familien-)Haushalts.

Abb. 4: Bereiche der informellen Ökonomie

HAUSHALTSWIRTSCHAFT	SELBSTVERSORGUNGS- WIRTSCHAFT	SELBSTHILFEÖKONOMIE
<p>– materielle Hausarbeit (z.B. Zubereitung von Mahlzeiten, Abwaschen, Aufräumen der Wohnung, Saubermachen und Bügeln)</p> <p>– Konsumarbeit (u.a. Kauf von Waren und Dienstleistungen auf dem Gütermarkt, Benutzung des eigenen Personenwagens oder öffentlicher Verkehrsmittel zum Erwerb dieser Güter)</p> <p>– psychische Hausarbeit (Dazu gehören die Schaffung eines harmonischen familiären Binnenklimas, die Gestaltung der häuslichen Atmosphäre, der Aufbau eines Beziehungsnetzwerkes zwischen der eigenen Familie und Verwandten, Freunden sowie Bekannten)</p> <p>– Erziehung und Betreuung der Kinder (Körperpflege, Füttern, Spielen, Hinbringen und Abholen vom Kindergarten und/oder von der Schule, Hilfe bei Schularbeiten, Spielen mit den Kindern)</p> <p>– Kranken- und Altenpflege</p>	<p>– Wohnungsrenovierung und Haus(um)bau durch Do-it-yourself-Aktivitäten (u.a. Maurer- und Elektroarbeiten, Verlegen von Teppichböden, Tapezieren und Streichen)</p> <p>– handwerkliche Eigenleistungen (z.B. Reparatur von Autos, Wartung und Reparatur von Haushaltsgeräten, Zusammenbau von Möbelteilen)</p> <p>– Gartenarbeiten (wie Anbau von Obst und Gemüse, Züchtung von Blumen, Rasenmähen)</p>	<p>– Nachbarschaftshilfe (Helfen beim Umzug, abwechselnde Betreuung von Kindern, gemeinsames Einkaufen, Babysitting)</p> <p>– Aktivitäten in Selbsthilfvereinigungen (Dazu zählen therapeutische und sachbezogene Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeprojekte, Initiativgruppen oder Selbsthilfeorganisationen)</p> <p>– ehrenamtliche Tätigkeiten (z.B. in kirchlichen, karitativen und anderen gemeinnützigen Organisationen, wie etwa Sportvereinen)</p> <p>– ehrenamtliche Mitarbeit (z.B. in umweltpolitischen und politischen Bürgerinitiativen wie etwa Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Robin Wood, Greenpeace, Friedensgruppen sowie berufsbezogenen und politischen Organisationen wie etwa Parteien und Gewerkschaften)</p>

Quelle: eigene Zusammenstellung

Die Selbstversorgungswirtschaft, zu der Do-it-yourself-Tätigkeiten, die Wartung und Reparatur der haushaltseigenen Güter sowie Gartenarbeiten zählen, wird dagegen vornehmlich von Männern durchgeführt. Mit ihr sollen Marktleistungen substituiert werden.

Die Selbsthilfeökonomie dient dem physischen und psychischen Wohlbefinden eigener und fremder Haushaltsmitglieder. Sie wird hauptsächlich außerhalb der privaten Haushalte betrieben und führt zur Korrektur marktlicher Dienstleistungen, die entweder zu teuer, zu knapp oder gar nicht angeboten werden.

Zwischen den einzelnen Subsystemen der informellen Ökonomie lassen sich durchaus Überlappungen feststellen; des Weiteren überschneiden sich Teile der informellen Ökonomie mit der Schattenwirtschaft und der formellen Ökonomie, was an einigen Beispielen verdeutlicht werden soll:

1. In der Haushaltswirtschaft gibt es deutliche Tendenzen zur Auslagerung bestimmter Tätigkeiten in die formelle Ökonomie, z.B. im Falle der Inanspruchnahme professionell geleisteter Dienste zur Pflege und Betreuung älterer Menschen oder der Nutzung von haushaltsbezogenen Unterstützungsleistungen durch Dienstleistungsagenturen zur Vermittlung von Hauspersonal. Solche Agenturen gibt es mittlerweile in verschiedenen Bundesländern auf privater Basis oder öffentlich finanziert. Zudem ist in diesem Bereich ein Übergang in die Schattenwirtschaft unübersehbar, denn viele Haushaltshilfen werden „schwarz“ beschäftigt, d.h. ohne die Zahlung von Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben.
2. Wie in der Haushaltswirtschaft werden auch in der Selbstversorgungswirtschaft bestimmte Leistungen (z.B. beim Haus(um)bau oder bei der Wohnungsrenovierung) „schwarz“ erbracht.
3. Die Aktivitäten in der Selbsthilfeökonomie stellen in aller Regel eine Ergänzung der formellen Ökonomie dar, da viele Leistungen (z.B. in Selbsthilfevereinigungen oder in kirchlichen, karitativen und anderen gemeinnützigen Organisationen) ehrenamtlich und auf freiwilliger Grundlage erbracht werden, die andernfalls professionell über formelle Beschäftigungsverhältnisse abgewickelt werden müssten. Zwischen der Selbsthilfeökonomie und der Haushaltswirtschaft gibt es insofern Überschneidungen, als die Nachbarschaftshilfe Entlastungen bei der Hausarbeit, der Erziehung und Betreuung von Kindern sowie der Pflege älterer Menschen mit sich bringen kann.

3 Sektoren der informellen Ökonomie in der Bundesrepublik Deutschland

3.1 Haushaltswirtschaft

3.1.1 Einleitende Bemerkungen

Zur Haushaltswirtschaft zählen die unentgeltlichen Tätigkeiten aller Haushaltsangehörigen, die der Produktion von Gütern und Dienstleistungen für den Eigenverbrauch dienen. Sie lässt sich in vier Bereiche unterteilen (vgl. Teichert 1993, 145f.), nämlich in

- materielle Hausarbeit (Zubereitung von Mahlzeiten, Reinigung und Pflege der Wohnung, Waschen und Bügeln, Vorratshaltung),
- Konsumarbeit (Einkauf von Lebensmitteln, planerische und organisatorische Haushaltsarbeiten),
- psychische Hausarbeit (Schaffung eines psychischen Spannungsausgleichs, Gestaltung des häuslichen Milieus, Vermitteln zwischen der eigenen Familie und Verwandten, Freunden, Nachbarn und Bekannten, Erziehung der Kinder (Körperpflege, Hinbringen und Abholen vom Kindergarten und/oder von der Schule, Hilfe bei den Schularbeiten und Spielen mit den Kindern)) sowie
- Kranken- und Altenpflege (Betreuung alter, kranker und behinderter Haushaltsmitglieder).

In der Literatur finden sich unterschiedliche Definitionen von Hausarbeit. Es gibt die Hausarbeit im eigentlichen Sinne, zu der alle zeitlichen Aufwendungen für die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten wie Kochen, Waschen, Putzen, Bügeln und Nähen sowie für die Vorbereitung dieser Tätigkeiten zählen. Wird der Begriff von Hausarbeit weiter gefasst, so muss auch das Pensum für die psychische Hausarbeit, die Pflege, Betreuung und Erziehung der Kinder sowie für die Betreuung von alten, kranken und behinderten Personen inner- und außerhalb des Haushalts hinzugerechnet werden. Unabhängig davon, ob diesen Überlegungen der engere oder erweiterte Hausarbeitsbegriff zugrunde gelegt wird, steht fest, dass alle vier Hausarbeitsbereiche überwiegend von Frauen ausgeführt werden.

Im Weiteren wird zunächst die Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern im Haushalt analysiert. Von besonderem Interesse für die Entwicklung der Haushaltswirtschaft dürfte auch sein, wie sich die materielle Haus- und Erziehungsarbeit in den zurückliegenden Jahren entwickelt hat: Lässt sich die These erhärten, der zufolge der Zeitaufwand für diese Arbeiten kontinuierlich zurückgegangen ist? Welche Faktoren könnten diese Annahme bestätigen oder widerlegen?

3.1.2 Zum Umfang der Frauenarbeit im Haushalt

a) *Umfang und Verteilung der materiellen Hausarbeit*

Insgesamt bewegt sich der wöchentliche Zeitaufwand für die materielle Hausarbeit je nach Erhebungsmethode (mit Tagebuch oder Fragebogen) und definitorischer Abgrenzung zwischen 39,5 und 20,3 Stunden für erwerbstätige Frauen und zwischen 50,5 und 31,2 Stunden für nicht-erwerbstätige Frauen (vgl. Krüsselberg u.a. 1986; Pross 1976a; Szalai 1972; Zander 1976; Schwarz 1996a). Die materielle Hausarbeit setzt sich aus drei zentralen Arbeitsfeldern zusammen; das sind

1. die Nahrungszubereitung,
2. die Wohnungsreinigung und
3. die Reinigung und Pflege der Wäsche.

(1) Zur Nahrungszubereitung wird im Allgemeinen die Vor- und Zubereitung von Speisen, Backwaren und Getränken gezählt. Ferner umfasst dieser Bereich Vor- und Nacharbeiten, wie z.B. den Tisch decken und abdecken, die Mahlzeiten anrichten und auftragen sowie die Vorratshaltung. Zur Vorratshaltung der Haushalte liegen gegenwärtig keine gesonderten empirischen Daten vor; allerdings wird sie häufig praktiziert. Wie Pross (1976b, 87) in ihrer Untersuchung zeigt, konservieren drei Viertel der von ihr befragten Hausfrauen Lebensmittel durch Einkochen oder Einfrieren.

(2) Zu den häuslichen Reinigungs- und Pflegearbeiten werden in den einzelnen Untersuchungen recht einheitlich folgende Aufgaben gerechnet:

- die täglichen Nacharbeiten in der Küche (wie Spülen, Aufräumen der Küche, Abwischen der Möbel, Ausfegen),
- das Aufräumen der Wohnung sowie Bettenmachen,
- die regelmäßige Reinigung der Wohnung (z.B. Saugen, Bad und WC putzen, Staub wischen),
- unregelmäßig und in größeren Zeitabständen anfallende Reinigungs- und Pflegearbeiten (wie Betten beziehen, Fenster putzen, Schränke reinigen, Zimmer aufräumen).

(3) Die Reinigung und Pflege der Wäsche beinhaltet das Ausbürsten, Entflecken, Waschen, Trocknen, Bügeln und Einordnen. Hinzu kommen das Ausbessern der Wäsche und der Oberbekleidung, also das Stopfen, Knöpfe annähen, Flicker usw., und Schneiderarbeiten. Wie Pross (1976b, 87) aber feststellt, ist dies vergleichsweise unüblich geworden: Nur jede dritte Hausfrau näht für sich und ihre Familie noch Kleidungsstücke (vgl. auch Hegner u.a. 1988, 60ff.). Mit Blick auf die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen dürfte dieser Prozentanteil noch weiter zurückgehen.

b) *Umfang und Verteilung der Konsumarbeit*

Die Zeitaufwendungen für die wöchentlichen Einkäufe (Konsumarbeit) sind über die Jahre nahezu konstant geblieben. Angesichts der Konzentrationsprozesse im Lebensmitteleinzelhandel wäre eigentlich zu vermuten gewesen, dass der zeitliche Aufwand für Einkäufe durch längere Fahrtzeiten mit privaten oder öffentlichen Verkehrsmitteln eher zu- als abgenommen hat, weil immer mehr Einkaufszentren und

Supermärkte auf die „grüne Wiese“ vor die Städte gebaut werden. Diese Wegezeiten scheinen bei den Erhebungen aber nicht berücksichtigt zu werden.

Je nach den persönlichen Transport- und Lagermöglichkeiten werden von den Haushalten in den Einkaufsmärkten in relativ großen Zeitabständen Großeinkäufe getätigt, die durch mehrere kleinere Einkäufe pro Woche ergänzt werden, mit denen der laufende Verbrauch gedeckt wird. Für die erwerbstätigen Frauen scheinen vor allem der Freitag oder Samstag, für die Hausfrauen der Dienstag, Donnerstag oder Freitag die „Einkaufstage“ zu sein (vgl. Krüsselberg u.a. 1986, 167).

c) *Umfang und Verteilung der Kindererziehung*

Was die Erziehung der Kinder angeht, so zeigt Beck-Gernsheim (1991, 55ff.) sehr anschaulich, dass in der heutigen Industriegesellschaft die physische Versorgung des Kindes zwar infolge der Technisierung der Haushalte und durch vorgefertigte Produkte wie Babykost und Wegwerf-Windeln einfacher geworden ist, dass aber gleichzeitig die psychische „Förderarbeit“ am Kind zugenommen hat.

„Viel häufiger als früher werden Spezialisten herangezogen, die vorbeugen oder den Lauf der Natur korrigieren sollen. Diese Experten tun das, was ihre berufliche Aufgabe ist, von der Schutzimpfung bis zur Anweisung therapeutischer Übungen. Aber ‚heranziehen‘ im eigentlichen Sinn lassen sie sich nicht, der Patient muß schon selber kommen. Aber kommt ein Kleinkind allein? Wer also leistet die Vor- und Nacharbeit, die sich stillschweigend ergibt: Wer bringt das Kind zum Kieferorthopäden und zur Heilgymnastik, wer sitzt mit ihm im Wartezimmer, besorgt die Medikamente, fährt das Kind von Training zu Training, sichert den häuslichen Lernerfolg durch Mahnworte, Übungsschritte, Kontrollen? Das macht in den meisten Fällen die Mutter“ (Beck-Gernsheim 1991, 64).

Auch der zeitliche Aufwand für die Erziehungsarbeit wird in den vorliegenden Untersuchungen sehr unterschiedlich ausgewiesen. Er reicht von wöchentlich 3,7 bis 14 Stunden für erwerbstätige Frauen und von 6,5 bis 21 Stunden für nicht-erwerbstätige Frauen. Dies mag damit zusammenhängen, dass Erziehungsarbeit in den einzelnen Zeitbudget-Erhebungen in unterschiedlicher Weise erfasst wird. Pross (1976a, 418ff.; 1976b, 28) zählt zu ihr die Pflege, Beaufsichtigung und Überwachung der Kinder sowie die Hilfe bei den Schularbeiten. Nach Zander (1972, 65) beinhaltet Erziehungsarbeit das Beschäftigen und Überwachen der Kinder zuzüglich der Hilfe bei der Körperpflege. Für Krüsselberg u.a. (1986, 155) besteht die Betreuung der Kinder aus folgenden Aktivitäten: Körperpflege, Schulaufgaben überwachen, in den Kindergarten oder in die Schule bringen und von dort abholen, Beaufsichtigung bei Sport und Spiel, Besuch von Veranstaltungen und Sonstiges (z.B. Vorlesen). Nicht berücksichtigt werden dabei die Gespräche mit den Kindern: Diese werden zur Kategorie „psychische Hausarbeit“ gerechnet. Die vorhandenen Daten lassen indes nur bedingt differenziertere Schlussfolgerungen zu, weil der zeitliche Arbeitsaufwand in den meisten Studien lediglich in aggregierter Form gemessen wurde.

Allein Krüsselberg u.a. (1986, 161ff.) und Schwarz (1996b, 98ff.) haben in ihren Studien familiäre Zeitverwendungsmuster mit ausgewählten Familiencharakteristika korreliert. So haben sie z.B. den Einfluss des Alters der Kinder auf die Erziehungsarbeit untersucht. Danach liegt der wöchentliche Zeitaufwand für die Kinderbetreuung bei Familien mit einem Kind unter 3 Jahren bei ca. 24 Stunden und sinkt bei einem Kind

im Alter zwischen 15 und 18 Jahren bis auf 3,6 Stunden. Schwarz (1996b, 100) hat lediglich den wöchentlichen Zeitaufwand für Kinder im Alter von 12 und 16 Jahren ermittelt; er beträgt rund 2,8 Stunden. Krüsselberg u.a. (1986, 161ff.) haben darüber hinaus die zeitlichen Aufwendungen nach der Zahl der Kinder differenziert: Der Zeitaufwand verringert sich bei zwei und mehr Kindern von 24 auf 4,2 Stunden pro Woche. Allerdings geht nur der zeitliche Aufwand für die Erziehungsarbeit mit zunehmendem Alter der Kinder zurück, nicht jedoch für die Reinigungsarbeiten, die Nahrungszubereitung, das Waschen und Bügeln sowie das Einkaufen. Mit abnehmendem Grad der Kinderbetreuung findet somit eine interne Umverteilung bei der Haushaltswirtschaft zugunsten der materiellen Haus- und Konsumarbeit statt. Verantwortlich für diese Veränderung in den Zeitaufwendungen könnte sein, dass einzelne Arbeiten (wie z.B. die Mahlzeitenzubereitung) wieder stärker in den informellen Haushaltsbereich zurückgeholt werden, nachdem die Haushalte während der Zeit der Kinderbetreuung eher auf Produkte des formellen Sektors zurückgegriffen haben. Bei anderen Arbeiten wie der Wohnungsreinigung führt der wachsende Zeitaufwand zu einer Intensivierung.

Zu erwarten wäre außerdem, dass mit steigender Kinderzahl der Zeitaufwand für die Hausarbeit steigt. Doch die Ergebnisse von Krüsselberg u.a. (1986, 157ff.) unterstreichen, dass kein proportional ansteigender zeitlicher Aufwand festzustellen ist, wenn in einem Haushalt mehrere Kinder zu versorgen sind. So ergibt sich bei der „Reinigung von Wäsche und Bekleidung“ und der „Erledigung von Einkäufen“ kein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem Zeitaufwand und der Anzahl der Kinder. Bei der „Wohnungsreinigung“ und der „Nahrungszubereitung“ zeigen sich dagegen signifikante Unterschiede zwischen den Familien mit drei und mehr Kindern und den kinderlosen Ehepaaren. Die Mütter müssen hierfür jeweils etwa 4 Stunden mehr pro Woche aufwenden. Bei der Kinderbetreuung ist die Korrelation zwischen Zeitaufwand und Kinderzahl am deutlichsten: Das wöchentliche Pensum verdoppelt sich mit steigender Kinderzahl. Bei Familien mit einem Kind beträgt es noch 4,8 Stunden, bei denen mit drei Kindern bereits 9,3 Stunden. Mit zunehmender Kinderzahl lassen sich hinsichtlich der Kinderbetreuung daher nur in geringem Umfang „economies of scale“ realisieren.

d) Umfang und Verteilung der psychischen Hausarbeit

Zur psychischen Hausarbeit liegt kaum empirisches Datenmaterial vor. Lediglich Krüsselberg u.a. (1986, 164ff.) haben diesen Bereich mit Hilfe der Kategorie „Gespräche mit Ehegatten, Kind(ern), Freunden und Verwandten“ zu erfassen versucht. Sie ermitteln für erwerbstätige Frauen einen wöchentlichen Zeitaufwand von 8,4 Stunden, für nicht-erwerbstätige einen von 8,9 Stunden. Ebenso hat das Statistische Bundesamt in seiner Zeitbudgeterhebung den Aspekt der „Beziehungsarbeit“ problematisiert und darauf verwiesen, dass nach der Logik des Dritt-Personen-Kriteriums die entsprechenden Aktivitäten nicht ohne weiteres in die Haushaltswirtschaft einbezogen werden können. Ähnlich wie Krüsselberg u.a. (1986) versucht auch das Statistische Bundesamt (Schäfer/Schwarz 1996, 35ff.), das Ausmaß der Beziehungsarbeit über die Kategorie „Gespräche und Telefonate mit Haushaltsmitgliedern und anderen

Personen“ zu eruieren: Die Angaben liegen mit 3,2 Stunden pro Woche für Frauen deutlich unter denen von Krüsselberg u.a. (1986).

e) *Umfang und Verteilung der Pflegearbeit an Kranken, Alten und Behinderten*

Die Betreuung alter, kranker und behinderter Menschen erfolgt nach den Wohlfahrtssurveys von 1980 und 1984 (Glatzer 1986, 28) mindestens ebenso häufig in Familien und Haushalten (9 Prozent) wie in Heimen oder Pflegeeinrichtungen (7 Prozent). Etwa in jedem 20. bundesdeutschen Haushalt (absolut: rund 1,1 Mio.) wird wenigstens ein pflegebedürftiger, auf Dauer behinderter oder chronisch kranker Familienangehöriger betreut. Rund 190.000 Personen benötigen dabei ständige Betreuung, 468.000 Personen eine tägliche und 465.000 Personen mindestens eine mehrfache Pflege in der Woche. Unter den Betroffenen sind hauptsächlich alte Menschen zu finden: Mehr als 16 Prozent der Gepflegten sind älter als 80 Jahre; von den Personen im Alter ab 65 Jahren sind nochmals fast 8 Prozent pflegebedürftig (vgl. Ehling 1996, 131). Weitere 1,3 Mio. Personen müssen unregelmäßig gepflegt und betreut werden (vgl. Borchers/Miera 1993, 34).

Die häusliche Pflege leisten im Allgemeinen Frauen (vgl. Ostner 1988, 123; Borchers/Miera 1993, 34; Künemund 1999). Gut ein Viertel von ihnen benötigt mehr als sechs Stunden am Tag für die personenbezogenen Tätigkeiten (vgl. Socialdata 1980). Zu ähnlichen Ergebnissen gelangte auch Künemund (1999, 30): „Insgesamt ist der Zeitaufwand für die Pflegetätigkeit mit durchschnittlich 81 Stunden pro Monat wesentlich höher als z.B. jener für die (Enkel-)Kinderbetreuung. Aber auch hier ist die Varianz extrem groß. Wo (Ehe-)Partner gepflegt werden, handelt es sich nicht selten um eine Betreuung ‚rund um die Uhr‘, so daß der durchschnittliche Zeitaufwand hier 240 Stunden pro Monat beträgt. Bei nicht verwandten Personen sind es hingegen ‚nur‘ 64 Stunden pro Monat. Primär aus diesem Grund ist der durchschnittliche Zeitaufwand bei den Älteren mit 115 Stunden auch doppelt so hoch wie bei den Jüngeren (54 Stunden)“. Die Pflegeleistungen reichen von der Zubereitung der Mahlzeiten nach Diätvorschriften über das An- und Auskleiden bis hin zur Reinigung der Wäsche.

Zur den familialen Hilfeleistungen zählen außerdem die Unterstützung bei der Wahrnehmung von Außenkontakten, also die Erledigung von Bank- und Behördengängen, die Sorge für Besuche, die außerhäusliche Begleitung und der Transport des Pflegebedürftigen. Daneben werden manche Tätigkeiten oft nicht als Hilfe begriffen, selbst wenn sie unter der Bedingung der Pflegebedürftigkeit viel Zeit und Aufmerksamkeit beanspruchen. Dazu gehören neben der Hausarbeit insbesondere Betreuung, Trost und Zuspruch sowie Anregungen zum Zeitmanagement (vgl. Articus 1985, 58).

Darüber hinaus musste etwa die Hälfte aller pflegebedürftigen Personen über 65 Jahre mehr als fünf Jahre betreut werden, etwa ein Fünftel sogar mehr als 13 Jahre (vgl. Socialdata 1980, 56). Die zahlreichen Aufgaben der personenbezogenen Eigenarbeit führen bei den Frauen oftmals zu psychischen Belastungen und zu negativen Auswirkungen auf das Ehe- und Familienleben (Braun/Articus 1983, 53ff.; Socialdata 1980). Viele Frauen klagen außerdem über Schwierigkeiten, ihre Erwerbsarbeit mit den Pflegeleistungen zu vereinbaren: Nur wenige von ihnen sind überhaupt lohnabhängig

beschäftigt; 16 Prozent der Frauen haben einen Vollzeitjob, 10 Prozent sind teilzeitbeschäftigt.

f) Umfang und Verteilung der Haushaltswirtschaft

Der von den Frauen geleistete Zeitaufwand für die gesamte Haushaltswirtschaft bewegt sich nach den vorliegenden Studien (vgl. Szalai 1972; Zander 1976; Pross 1976a,b; Krüsselberg u.a. 1986) zwischen 39,5 und 53,5 Stunden für erwerbstätige Frauen und zwischen 48 und 71,5 Stunden für nicht-erwerbstätige Frauen. Die Unterschiede lassen sich teils historisch erklären, teils beruhen sie auch auf den unterschiedlichen Bereichen, die von den Forschern als Haushaltswirtschaft definiert worden sind. Vom Statistischen Bundesamt (Blanke u.a. 1996) lagen für 1992 keine getrennten Erhebungsdaten für erwerbstätige und nicht-erwerbstätige Frauen vor. Sie sind daher mit den anderen Angaben nur bedingt vergleichbar.

Tab. 1: Zeitaufwand erwerbstätiger (et) und nicht-erwerbstätiger (net) Frauen für die Haushaltswirtschaft in Stunden pro Woche

	Szalai (1972)		Zander (1976)		Pross (1976a)		Krüsselberg u.a. (1986)		Schwarz (1996a)
	et	net	et	net	et	net	et	net	isg.
Nahrungszubereitung	11,2	15,3	9,9	11,0	16,5	15,0	8,6	12,3	10,2
Wohnungsreinigung	14,2	18,3	12,8	15,0	19,0	31,0	12,2	17,4	5,6
Wäsche und Bekleidung	6,5	7,3	4,0	5,2	4,0	4,5	5,5	7,6	4,6
Materielle Hausarbeit	31,9	40,9	26,7	31,2	39,5	50,5	26,3	37,3	20,4
Einkaufen	3,7	4,2	3,5	3,8	ne	ne	3,3	4,2	2,8
Organisationsarbeiten	ne	ne	0,8	1,3	ne	ne	ne	ne	1,4
Konsumarbeit	3,7	4,2	4,3	5,1	ne	ne	3,3	4,2	4,2
Betreuung der Kinder	8,3	10,8	5,7	6,5	14,0	21,0	7,2	12,4	3,2
Psychische Hausarbeit	ne	ne	ne	ne	ne	ne	8,4	8,9	0,7
Sonstiges	3,7	6,1	2,8	5,2	ne	ne	ne	ne	0,7
Haushaltswirtschaft	47,6	62,0	39,5	48,0	53,5	71,5	45,2	62,8	30,2

ne = nicht erhoben

Quelle: Krüsselberg u.a. (1986, 167); Pross (1976a, 416ff.); Szalai (1972); Zander (1976, 84); Schwarz (1996a, 73); eigene Berechnungen

Ungefähr zwei Drittel der Arbeitszeit in der Haushaltswirtschaft entfallen auf die drei Tätigkeitsfelder Nahrungszubereitung, Reinigungsarbeiten und Wäschepflege. Etwa 20 Prozent der Hausarbeitszeit wenden die Frauen für die Betreuung der Kinder auf; der Rest bezieht sich auf Einkäufe, sonstige Aktivitäten und die psychische Hausarbeit.

3.1.3 Zum Umfang der Männerarbeit im Haushalt

Das Arbeitspensum der deutschen Männer in den einzelnen Feldern der Haushaltswirtschaft beläuft sich nach den vorliegenden Untersuchungen auf wöchentlich zwischen 6,3 und 10,6 Stunden (vgl. Tab. 2). Im Verhältnis zum Zeitaufwand der Frauen ist die geringste Beteiligung der Männer bei der materiellen Hausarbeit, nämlich der Nahrungszubereitung, der Wohnungsreinigung sowie der Pflege von Wäsche und Bekleidung (vgl. hierzu auch Müller-Andritzky 1984, 278; Hartenstein u.a. 1988, 48; Strümpel u.a. 1988, 112ff.) auszumachen. Leben die Männer mit nicht-erwerbstätigen Frauen zusammen, verwenden sie nur knapp 10 Prozent des Zeitaufwandes der Frauen für diese drei Tätigkeiten. Bei den Partnern von erwerbstätigen Frauen scheint die Bereitschaft in den letzten Jahren gestiegen zu sein, materielle Hausarbeiten zu übernehmen: Während ihr Arbeitsanteil – in Relation zum Zeitaufwand der Frauen – in der Untersuchung von Zander (1976) nur bei 5,6 Prozent lag, ist er in der Studie von Krüsselberg u.a. (1986) bereits auf 12,9 Prozent gestiegen.

Tab. 2: Zeitaufwand der Männer für die Hausarbeit, mit erwerbstätigen (et) und nicht-erwerbstätigen (net) Partnerinnen (in Stunden pro Woche)

	Zander (1976)		Krüsselberg u.a. (1986)		Schwarz (1996a)
	et	net	et	net	insgesamt
Nahrungszubereitung	1,2	0,5	1,2	0,8	2,8
Wohnungsreinigung	0,9	1,0	2,2	1,5	1,8
Wäsche und Bekleidung	0,0	1,5	3,4	2,3	0,4
Materielle Hausarbeit	2,1	1,5	3,4	2,3	5,0
Einkaufen	1,1	0,6	ne	ne	1,4
Betreuung der Kinder	2,2	1,0	2,8	3,0	1,4
Sonstiges	3,4	3,2	2,0	1,1	2,8
Haushaltswirtschaft	8,8	6,3	8,2	6,4	10,6

ne = nicht erhoben

Quelle: Zander (1976, 84); Krüsselberg u.a. (1986, 205); Schwarz (1996a, 73); eigene Berechnungen

Aus diesen Ergebnissen lassen sich allerdings keine deutlichen Entwicklungen ablesen: Zwar hat nach den genannten beiden Erhebungen der absolute Zeitaufwand der Männer in den drei Aktivitätsbereichen zugenommen (vgl. Tab. 2), doch parallel dazu haben die Frauen ihr Pensum verringert, so dass der Anschein einer stärkeren Mithilfe der Ehemänner im Haushalt entsteht. Die Kinderzahl hat auf das jeweilige männliche Engagement keinen Einfluss.

Bei der Betreuung von Kindern im Alter von unter 16 Jahren kommen die erwerbstätigen Väter im Allgemeinen höchstens auf ein bis drei Stunden in der Woche. Sowohl erwerbstätige als auch nicht-erwerbstätige Frauen verbringen durchschnittlich etwa

dreimal soviel Zeit mit den Kindern wie ihre erwerbstätigen Männer (vgl. Krüsselberg u.a. 1986, 202; Schwarz 1996b, 106ff.). Dieses Verhältnis ändert sich erst dann wesentlich, wenn die Frau einer Erwerbsarbeit von mehr als 30 Stunden nachgeht (Krüsselberg u.a. 1986, 201ff.), was jedoch nicht bedeutet, dass die Männer mehr Zeit für die Kinderbetreuung verwendeten; vielmehr schränken sich erwerbstätige Frauen zeitlich ein, wodurch der Zeitaufwand für die Kinderbetreuung insgesamt reduziert wird. Für die zeitliche Beanspruchung ist aber auch das Alter der Kinder entscheidend:

„Daß gerade Kleinkinder besonders ‚arbeitsintensiv‘ sind, zeigt der Vergleich mit Ehefrauen, deren jüngstes Kind zwischen 3 und 6 Jahre alt ist. Mit durchschnittlich knapp 2¼ Stunden reduziert sich für diese Frauen die aktive Kinderbetreuung um 1½ Stunden täglich gegenüber den Frauen mit Kindern unter 3 Jahren. Auf die restliche unbezahlte Arbeit wirkt sich dies jedoch nicht aus: Die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten benötigen nach wie vor gut 4½ Stunden am Tag. Dies ist verständlich, da Essen machen, Kleider waschen und die Wohnung sauber halten bei Kindern im Alter zwischen 3 und 6 Jahren kaum weniger aufwendig ist als bei Kleinkindern“ (Schwarz 1996b, 108).

Um sich mit ihren Kindern beschäftigen zu können, verwenden die Männer von Hausfrauen knapp die Hälfte und die Partner von erwerbstätigen Frauen gut ein Drittel ihrer Hausarbeitszeit für die Beaufsichtigung der Schulaufgaben, zum Spielen und Spaziergehen (vgl. u.a. Müller-Andritzky 1984, 278; Strümpel u.a. 1988, 131ff.). Anders als an den anderen Wochentagen kümmern sie sich besonders am Sonntag sehr intensiv um ihre Kinder (vgl. Kössler 1984a, 51).

Was nun den Gesamtzeitaufwand der Männer angeht, so investieren sie kaum mehr als ein Fünftel der Hausarbeitszeit ihrer Frauen. Die Männer von erwerbstätigen Frauen verbringen nach der Studie von Krüsselberg u.a. (1986) wöchentlich 18,1 Prozent, die Partner von nicht-erwerbstätigen Frauen sogar nur 10,2 Prozent ihres Zeitbudgets in der Haushaltswirtschaft. Insgesamt beschränkt sich die Hausarbeit von Männern auf die Mithilfe im Haushalt und bei der Kindererziehung.

Diese Angaben decken sich mit den Ergebnissen anderer Untersuchungen (vgl. Hartenstein 1988, 46ff.; Künzler 1994; 1995, 115ff.; Garhammer 1997, 55), in denen es um die Frage geht, wie sich beide Partner bestimmte Zuständigkeiten im Haushalt aufteilen. Die Frauen sind demnach mit Anteilen von über 80 Prozent für folgende Arbeiten verantwortlich: Nähen, Bügeln, Waschen, Fußboden wischen, Betten machen, Fenster putzen und Kochen. Handwerkliche Arbeiten, Reparaturen und Autowaschen fallen dagegen eindeutig in die Zuständigkeit der Männer. Zwar sind nach Alter und Bildung gewisse Unterschiede festzustellen, doch ist daraus kein anderes Verhaltensmuster abzuleiten (vgl. hierzu auch Thiessen/Rohlinger 1988). In einer amerikanischen Studie (vgl. Geerken/Gove 1983) ergaben sich ähnliche Zuständigkeitsbereiche.

Nach den Auswertungen von Künzler (1995) hat eine repräsentative Befragung im Jahre 1990 zur familialen Arbeitsteilung in zwölf Ländern der Europäischen Gemeinschaft ergeben, dass in Dänemark, den Niederlanden, Belgien und Frankreich eine forcierte Enttraditionalisierung der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zu beobachten ist. Portugal und Spanien bilden in Bezug auf das Aufbrechen traditioneller Strukturen das Schlusslicht. In Großbritannien und der Bundesrepublik Deutsch-

land sind die Verhältnisse in der familialen Arbeitsteilung relativ stabil. „In der Bundesrepublik hat sich (...) in den letzten Jahrzehnten im Haushalt nichts bewegt. Waren die Verhältnisse in den Familien, die ihr erstes Kind vor 1970 bekommen hatten, im europäischen Vergleich eher weniger traditionell (...), so hat das Ausbleiben weiterer Veränderungen dazu geführt, daß mittlerweile nur noch in Portugal und in Spanien traditionellere Verhältnisse zu finden sind“ (Künzler 1995, 129).

Selbst die Frauenerwerbstätigkeit kann das traditionelle Gefüge im Haushalt nicht erschüttern: Obwohl Männer inzwischen zum Teil mehr Arbeiten im Haushalt übernehmen, ändert sich nichts an den Schwerpunkten ihrer Zeitinvestitionen.

3.1.4 Die Entwicklung der Hausarbeit seit Mitte der 50er Jahre in Europa und den Vereinigten Staaten

Seit Mitte der 50er Jahre geht die Arbeitszeit kontinuierlich zurück, die die Frauen im Haushalt verbringen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie vollzeit-, teilzeit- oder nicht erwerbstätig sind. So ging bei den vollzeitbeschäftigten Frauen innerhalb von 40 Jahren der tägliche Zeitaufwand für die Haus- und Erziehungsarbeit um knapp die Hälfte zurück, und zwar von 6,3 Stunden (1953) auf 3,3 Stunden (1992); bei den teilzeiterwerbstätigen Frauen verringerte er sich um 40 Prozent von 8,7 auf 5,2 Stunden und bei den nicht-erwerbstätigen Frauen um 42 Prozent von 10,0 auf 5,8 Stunden (vgl. Tab. 3).

Tab. 3: Täglicher Zeitaufwand der Frauen für materielle Hausarbeit und Erziehungsarbeit zwischen 1953 und 1991/92 (in Stunden)

Studie	Erhebungsjahr	Erwerbsstatus der Frauen		
		Vollzeiterwerbstätig	Teilzeiterwerbstätig	Nicht-erwerbstätig
Schroth-Pritzel (1958)	1953	6,3	8,7	10,0
Saur-Jaumann (1956)	1952/54	4,8	7,1	-
Zander (1972)	1968/69	3,2	5,9	7,5
Schulz-Borck (1980)	1976/77	3,5	-	6,6
Krüsselberg (1986)	1984	3,8	5,2	6,4
Schwarz (1996a)	1991/92	3,3	5,2	5,8

Quelle: Lakemann (1984, 51a); Krüsselberg u.a. (1986, 170); Schwarz (1996a, 84); eigene Berechnungen

Interessanterweise vollzog sich die Reduktion der materiellen Haus- und Erziehungsarbeit vor allem in den 50er und 60er Jahren; seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre hat sich der Rückgang weitgehend stabilisiert. Lakemann (1984, 52) erklärt die Verringerung des täglichen Zeitaufwandes für die Haus- und Erziehungsarbeit ab Mitte der 50er Jahre bis etwa Ende der 60er Jahre mit dem angeblich steigenden Hausarbeitsengagement von Kindern und Ehemännern. Dem widerspricht allerdings das nach wie vor geringe Engagement der Männer, so dass erhebliche Zweifel an dieser

These bestehen. Außerdem unterstreichen amerikanische Untersuchungen im Unterschied zu den deutschen Ergebnissen, dass die Haus- und Erziehungsarbeit der Hausfrauen bis Mitte der 60er Jahre nahezu unverändert geblieben ist.

Für den ab Ende der 60er Jahre abnehmenden Zeitaufwand für Hausarbeiten macht Lakemann (1984, 53) den vermehrten Einsatz technischer Haushaltsgeräte, wie z.B. von Staubsaugern und Waschmaschinen, sowie die veränderte Wohnungsausstattung (pflegeleichte Teppichböden, Vorhänge u.a.m.) verantwortlich.

Dieser These ist partiell zuzustimmen, obwohl nach Kettschau (1982) der Zeitaufwand für die Hausarbeit eher stagniert bzw. sogar zugenommen hat. Zwar hat die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern in Form von „weißer“ oder „brauner“ Ware in der Vergangenheit zu einer erhöhten Arbeitsproduktivität bei der materiellen Hausarbeit geführt; doch dem steht ein steigendes Anspruchsniveau, sowohl bei der materiellen Ausstattung und Versorgung als auch bei der Qualität der Hausarbeit, gegenüber.

Wartungs- und Reparaturarbeiten, höhere hygienische Ansprüche und steigende Leistungsstandards könnten vielfach sogar zu größeren zeitlichen Belastungen bei der materiellen Hausarbeit führen (vgl. u.a. Pfannkuch 1976, 252f.). Daher wird von einzelnen Autoren (vgl. Kerber/Prinz 1988) bereits die These vom übertechnisierten Haushalt vertreten, der durch einen unrationellen Technikeinsatz zusätzliche Arbeit verursacht. Empirische Untersuchungsergebnisse liegen hierzu allerdings nicht vor. Joerges (1983, 1985) erkennt in Anlehnung an Gershuny (1981) in der Kapitalisierung und Technisierung der Haushalte einen unfreiwilligen Professionalisierungsdruck, der sich darin äußert, dass die Konsumenten lernen müssen, mit den kapitalintensiven Sachgütern technisch und wirtschaftlich umzugehen. Andere Autoren (vgl. Fleischmann 1983) sehen indes gerade in der Technisierung der privaten Haushalte eine nützliche Ansammlung von Wissen bei den Haushaltsmitgliedern, weil diese sich bezüglich der Bedarfsplanung, der Wareninformationen, des Erwerbs und der Beschaffung von Gütern, der Finanzierung und Verwaltung, Bedienung, Wartung und Reparatur häuslicher Anlagen ständig weiterqualifizieren.

Was nun die Entwicklung einzelner Aktivitätsfelder im Rahmen der Haushaltswirtschaft angeht, so lassen sich hier folgende Trendaussagen machen: Der Zeitaufwand für Reinigungsarbeiten hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten deutlich reduziert. Während eine Frau 1953 täglich noch ca. 2,5 Stunden für die Reinigung der Wohnung verwendete, benötigte sie 1992 dafür nur noch eine dreiviertel Stunde. Ebenso ist der tägliche Aufwand für die Nahrungszubereitung zwischen 1953 und 1992 zurückgegangen, und zwar von gut zwei auf etwas weniger als 1,5 Stunden. Interessanterweise liegt die Zeit, die für das Einkaufen aufgebracht wird, seit fast zwanzig Jahren bei einer halben Stunde, nachdem die Frauen Anfang der 50er Jahre noch täglich eine dreiviertel Stunde hierfür verwendet hatten (vgl. Hegner u.a. 1988, 68f.; Schwarz 1996a, 73).

Im Unterschied zur materiellen Hausarbeit hat der Zeitaufwand für die Kinderbetreuung in den zurückliegenden vierzig Jahren nicht abgenommen, im Gegenteil: Bei den erwerbstätigen und nicht-erwerbstätigen Frauen hat sich der tägliche Zeit-

aufwand sogar verdoppelt; die erwerbstätigen Frauen verbrachten nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes in den 90er Jahren täglich 1,5 Stunden mit ihren Kindern, die nicht-erwerbstätigen Frauen 2,6 Stunden.

Daher ist die These, derzufolge sich der zeitliche Aufwand für die gesamte Haus- und Erziehungsarbeit kontinuierlich reduziert hat, zweifelhaft. Vielmehr hat sich eine interne Umverteilung ergeben, d.h., es wird weniger Zeit für materielle Hausarbeiten und mehr Zeit für die Erziehungsarbeit verwendet.

Tab. 4: Zeitaufwand der Frauen für die Kinderbetreuung zwischen 1953 und 1992 nach Erwerbsstatus (in Stunden pro Tag)

Jahr \ Erwerbsstatus	1953	1965	1972	1976	1984	1992
erwerbstätig	0,6	0,5	0,8	0,7	0,5	1,5
nicht erwerbstätig	1,1	1,0	0,9	1,2	1,2	2,6

Quelle: Hegner u.a. (1988, 71); Schwarz (1996b, 107)

Zu ähnlichen Ergebnissen kamen Gershuny/Jones in ihrer historischen Rückschau zur Haushaltsproduktion in britischen Familien. Bei den Frauen hat im Zeitraum von 1961 bis 1984 der wöchentliche Zeitaufwand für die materielle Hausarbeit gleichmäßig abgenommen, und zwar von 15,5 auf 13,7 Stunden bei vollbeschäftigten Frauen, von 29,4 auf 23,2 Stunden bei teilzeitbeschäftigten Frauen und von 35,9 auf 26,4 Stunden bei Hausfrauen. Bei den vollzeitbeschäftigten Männern hat sich im Vergleich zu den Frauen die materielle Hausarbeit fast verdoppelt, wenn auch auf einer sehr geringen Grundlage: Zwischen 1961 und 1984 ist ihr Zeitbedarf von 1,5 auf 2,8 Stunden gestiegen. Im Unterschied zur Bundesrepublik ist in Großbritannien der Zeitaufwand für die Einkäufe im Betrachtungszeitraum als Folge des Rückgangs lokaler Einkaufsmöglichkeiten stark gewachsen. Für die Kinderbetreuung wird mittlerweile die meiste Zeit verwendet. „Time spent looking after children, or playing with them, more than doubles for full-time employed men and women over the period, and almost doubles for the other two categories“ (Gershuny/Jones 1987, 26).

Hinsichtlich des Zeitaufwandes für die Haushaltswirtschaft lassen sich insgesamt nur geringe Veränderungen feststellen. Während die vollzeitbeschäftigten Frauen 1984 noch genauso viel im Haushalt arbeiteten wie 1961, ist der zeitliche Input bei den teilzeitbeschäftigten Frauen zwischen 1961 und 1984 um 4,6 Prozent und bei den nicht-erwerbstätigen Frauen um 10,5 Prozent zurückgegangen. Bezieht man die materielle Hausarbeit auf die gesamte Haushaltswirtschaft, so scheinen sich in den britischen Haushalten interne zeitliche Umschichtungen ergeben zu haben: Der Rückgang der materiellen Hausarbeit wird durch den erhöhten Aufwand bei der Kinderbetreuung, für Einkäufe und sonstige Haushaltsarbeiten fast ausgeglichen.

Bezogen auf einzelne Phasen des Familienzyklus' stellen Gershuny/Jones (1987, 30) fest, dass bei vollzeitbeschäftigten Frauen mit kleinen Kindern (unter 5 Jahren) zwischen 1961 und 1984 der größte Rückgang bei der materiellen Hausarbeit zu ver-

zeichnen ist. Die Autoren begründen dies – ähnlich wie Lakemann (1989) – mit der Einführung neuer Haushaltstechnologien. Bei den Hausfrauen vollzog sich der zeitliche Rückgang in der materiellen Hausarbeit weitgehend kontinuierlich. Demgegenüber stieg innerhalb der mehr als zwanzig Jahre der Zeitaufwand für die Betreuung von Kleinkindern unter 5 Jahren beträchtlich an. Der Betreuungsaufwand für die älteren Kindern hat sich zwischen 1961 und 1984/5 nur wenig verändert.

Zu ähnlich gelagerten Ergebnissen gelangt auch Robinson (1988) in seinem Vergleich dreier Umfragen zum Zeitbedarf der Amerikaner, die in den Jahren 1965, 1975 und 1985 durchgeführt worden sind. Die Haushaltswirtschaft wird in der Studie in acht Kategorien unterteilt: Vier davon werden als frauen-dominiert, zwei als männer-dominiert und zwei als zwischen den Partnern aufgeteilt angesehen. Die frauenspezifischen Aktivitäten entsprechen der materiellen Hausarbeit; zu ihnen zählen also Nahrungszubereitung, Geschirr reinigen und aufräumen, Wohnungsreinigung sowie Wäsche waschen, bügeln und in den Schrank einräumen. Die männerdominierten Tätigkeiten umfassen Reparaturen in und außerhalb des Haushalts. Die von beiden Partnern gleichermaßen verantworteten Aktivitäten sind Gartenarbeiten, Tierpflege und organisatorische Arbeiten. Zwischen 1965 und 1985 hat sich der zeitliche Aufwand pro Woche für die amerikanischen Frauen in ihren vier Bereichen um 33,7 Prozent reduziert, und zwar von 24,3 auf 16,1 Stunden. Im gleichen Zeitraum ist die Bereitschaft der Männer stetig gewachsen, Hausarbeiten zu übernehmen. Die größten Veränderungen ergaben sich dabei in den letzten zehn Jahren: Während deren wöchentliche Arbeitszeit im Haushalt von 1965 bis 1975 nur um 9,5 Prozent stieg, veränderte sie sich bis 1985 um 78,3 Prozent. Trotzdem dürfen diese Zahlen nicht überbewertet werden. Immer noch übernahmen die Männer 1985 nur 25 Prozent der von den Frauen geleisteten materiellen Hausarbeit. Was die männerspezifischen und die geteilten Aktivitäten angeht, so ist der Zeitaufwand der Frauen nur um 25,9 Prozent gestiegen, während er sich bei den Männern mehr als verdoppelte.

Im Vergleich zu Großbritannien scheint in den USA der zeitliche Aufwand der Frauen für die Haushaltswirtschaft klar rückläufig zu sein, während er bei den Männern eindeutig zugenommen hat. Freilich – und das gilt es hervorzuheben – fehlen in der Zeitbudgeterhebung von Robinson (1988) Angaben zum zeitlichen Aufwand für Einkäufe und zum Umfang der weiblichen Erwerbstätigkeit.

Gershuny (1996) berichtet in seiner Längsschnittanalyse von Umfragewellen des British Household Panel Survey (BHPS) und des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) aus den 80er Jahren, dass Frauen, die einer vollen Erwerbstätigkeit nachgehen, ihre Hausarbeitszeit um wöchentlich 10 bis 12 Stunden reduzieren. Im Gegenzug weiten die Männer ihre Hausarbeitszeit aus, wenn auch nur in begrenztem Maße.

3.1.5 Ökologische Wirkungen der Haushaltswirtschaft

Zu den ökologischen Folgen des Arbeitens in den privaten Haushalten können bisher nur wenige Studien ausgewertet werden. Gegenwärtig konzentriert sich das Interesse bei der Umweltbilanzierung primär auf die Unternehmen und deren Produkte. Übersehen wird dabei, dass die Produkte der Unternehmen von den privaten Haushalten

verarbeitet oder genutzt werden. Die geringe Beachtung der Privathaushalte beruht sicherlich darauf, dass in den Wirtschaftswissenschaften nach wie vor die These vertreten wird, dort würden Güter lediglich verbraucht: Der Produktionsprozess gilt im Allgemeinen als abgeschlossen, wenn ein Gut in den Haushalt gelangt, weil es hier nur noch für den Eigenverbrauch und nicht für den Markt weiterverarbeitet wird. Unberücksichtigt bleibt, dass die bei der Produktion und beim Konsum anfallenden, nicht gewollten und nicht weiter verwertbaren Miss- oder Ungüter an die Umwelt in Form von Emissionen abgegeben werden. Dabei handelt es sich um Abgase, Abwässer und Abfälle.

Verglichen mit den privaten Unternehmen mangelt es beim Umweltverhalten privater Haushalte vor allem an Studien, wie die Input-Output-Beziehungen zur Umwelt funktionieren: Wie hoch ist die Rate der Eigenproduktion in den Privathaushalten? Gibt es Unterschiede zwischen verschiedenen Haushaltstypen? Welche Auswirkungen haben bestimmte Konsummuster auf den Ressourcenverbrauch? Wie kann das Haushaltsmanagement ökologieverträglicher gestaltet werden, und welche Maßnahmen sind hierzu notwendig?

Schwarz/Stahmer (1996) haben in ihrer Untersuchung zu den umweltökonomischen Trends privater Haushalte für den Zeitraum von 1960 bis 1993 das Mobilitätsverhalten, den Endenergieverbrauch, die Luftemissionen, den Wassereinsatz und die Abfallbilanz privater Haushalte erhoben. Dabei zeigt sich, dass z.B. die Fahrten zum Einkaufen im früheren Bundesgebiet von 1960 mit 31,9 Mrd. Personenkilometer (Pkm) auf 82,2 Mrd. Pkm im Jahre 1993 zugenommen haben. Außerdem verbrauchen private Haushalte Endenergie vor allem für Heizung und Warmwasserzubereitung, für die Zubereitung von Mahlzeiten und die Nutzung von elektrischen Geräten. Zwischen 1960 und 1995 ist der Verbrauch von Strom und Heizöl in den alten Bundesländern um mehr als das Sechsfache gestiegen. Der Gasverbrauch hat sich im gleichen Zeitraum sogar um fast das Zwanzigfache erhöht. Der Einsatz von Fernwärme hat zwar auch erheblich zugenommen, spielte jedoch auch 1995 nur eine geringe Rolle.

Bei den Luftemissionen lagen die direkten CO₂-Emissionen privater Haushalte aus der Nutzung von Heizung und Haushaltsgeräten 1994 nur wenig über denen von 1960; dagegen waren die anteiligen Emissionen durch Strom und Fernwärme auf fast das Vierfache gestiegen. Auf mehr als das Achtfache haben sich bis 1990 die CO₂-Emissionen im Individualverkehr erhöht. Die direkten SO₂-, NO_x- und CO-Emissionen lagen 1994 durchweg niedriger als noch 1960. Durch die gestiegenen Verkehrsleistungen der privaten Haushalte kam es zwischen 1960 und 1990 bei allen drei Schadstoffen zu insgesamt gestiegenen Emissionen. Bei den anteiligen Emissionen zeigt sich ein differenziertes Bild: Im Betrachtungszeitraum halbierten sich die SO₂-Emissionen, während die NO_x-Emissionen um etwa zwei Drittel zunahmen.

Beim Wasserverbrauch ist seit Ende der 80er Jahre ein positiver Trend zur sparsameren Nutzung zu beobachten: Zwischen 1990 und 1997 sank der Trinkwasserverbrauch von privaten Haushalten um 7 Prozent, und zwar von 4.234 auf 3.956 Mio. Kubikmeter. Der tägliche Verbrauch ging damit von 145 auf 128 Liter pro Einwoh-

ner zurück. Dieser Wert liegt aber immer noch deutlich über dem von 1960 mit 92 Litern pro Einwohner.

Durch kommunale und private Entsorgungsunternehmen wurde 1993 bei den privaten Haushalten (einschließlich Kleingewerbe) eine Abfallmenge von 35 Mio. Tonnen Hausmüll eingesammelt (vgl. Statistisches Bundesamt 1997, 393); das sind pro Bundesbürger jährlich etwa 450 kg. Im Vergleich zu 1960 (195 kg) hat sich damit die Abfallmenge mehr als verdoppelt.

Die ökologischen Wirkungen des privaten Konsums lassen sich erstens über Umfragen zum Kaufverhalten und zweitens mit Hilfe der konkreten Entwicklungen ausgewählter Verkaufsmengen relativieren. Die Bereitschaft, umweltgerechtere Produkte zu kaufen, ist in der Regel recht groß (Neitzel u.a. 1995, 157), wobei entsprechende Umfrageergebnisse kaum verallgemeinerbar sind. Wenke (1993) schlägt daher vor, die Entwicklung einiger weniger, aber repräsentativer umweltorientierter Produkte sowie deren Verkaufsmengen zu untersuchen. Von Neitzel u.a. (1995, 158ff.) wurden folgende Produktgruppen analysiert: (1) Pkw mit Dreiwegekatalysator, (2) Kompakt- und Baukastenwaschmittel, (3) Recyclingpapier-Produkte und Hygienepapiere, (4) schadstoffarme Lacke, (5) Mehrweg- und Einweganteile an Getränkeverpackungen, (6) Mehrweg-Getränkeflaschen, (7) Pflanzenschutzmittel, (8) Torfverbrauch, (9) Textilien und (10) Produkte aus dem ökologischen Landbau.

Weitere Ergebnisse zum Umweltverhalten privater Haushalte werden sich dem noch laufenden Projekt „Nachhaltige Konsummuster und postmaterielle Lebensstile“ des Umweltbundesamtes entnehmen lassen, zu dem bisher zwei Veröffentlichungen vorliegen. In einer ersten Teilstudie (Sibum/Hunecke 1997) wurde eine Bestandsaufnahme von Initiativen und Aktionen vorgelegt, die ein nachhaltiges Konsumverhalten in den verschiedenen Handlungsbereichen praktisch entwickelt und erprobt haben. Die zweite Teilstudie (Schultz/Weller 1997) diente der Erfassung der relevanten Literatur und einschlägigen Forschungsergebnisse zu den Themenkreisen Umweltbewusstsein und -verhalten, Wertewandel, neue Lebensstile und neue Wohlstandsmodelle.

3.2 Selbstversorgungswirtschaft

3.2.1 Die Bedeutung von Do-it-yourself-Aktivitäten

Zahlreiche empirische Untersuchungen (vgl. u.a. Parker 1984, 24; Smith 1986, 174; Smith/Wied-Nebbeling 1986, 81; Merz/Wolff 1987, 401; 1988, 215; Petry/Wied-Nebbeling 1987, 112; Institut für Freizeitwirtschaft 1990, 30ff.; Schwarz 1996a) zeigen, dass im Unterschied zur Haushaltswirtschaft die Do-it-yourself-Aktivitäten überwiegend von Männern ausgeführt werden.

Der typische männliche Heimwerker ist ein Arbeiter oder Angestellter/Beamter mittleren Alters (25 bis 59 Jahre), der mit seiner drei- oder vierköpfigen Familie in einem Eigenheim auf dem Land (in Ortschaften mit bis zu 20.000 Einwohnern) lebt und dessen Haushalt ein Monatseinkommen von 2.000 bis 4.000 DM zur Verfügung steht. Etwa ein Drittel aller aktiven und knapp die Hälfte aller gelegentlich tätigen

Heimwerker waren bereits 1989 Frauen (vgl. Institut für Freizeitwirtschaft 1990, 32ff.). Sie übernahmen vor allem Arbeiten, die im Haus anfallen, wie z.B. Tapezieren, Streichen oder das Verlegen von Teppichböden. Die technisch schwierigeren oder körperlich schweren Arbeiten wurden indes von Männern ausgeübt (vgl. Martin 1988, 124). Beim Heimwerken nur wenig aktiv sind Jugendliche und ältere Menschen, Single-Haushalte, untere Einkommensgruppen und Mieter (vgl. Institut für Freizeitwirtschaft 1990, 32ff.; Berger-Schmitt u.a. 1989, 442ff.). Auch in den USA ist der typische Heimwerker männlich, Hausbesitzer und zwischen 25 und 54 Jahren alt. Er hat die Universität besucht und verdient pro Jahr durchschnittlich 20.000 Dollar (vgl. Parker 1984, 24). In Großbritannien heimwerken und reparieren am ehesten die 30- bis 44-jährigen Männer. Sie sind Hauseigentümer und verfügen über ein relativ hohes Einkommen.

Zu den Do-it-yourself-Aktivitäten zählen (1) Reparaturen an Gebrauchsgütern, (2) Renovierungen, Verschönerungen und Sanierungen in Haus und Wohnung bis hin zum Eigenheimbau und (3) Gartenarbeiten. Diese Tätigkeiten werden von den privaten Haushalten durch Eigenarbeit oder mit Unterstützung von Nachbarn und Verwandten erbracht. Freilich wird dadurch die Integration der privaten Haushalte in die formelle Ökonomie nicht aufgehoben, denn aus dieser Sphäre werden weiterhin regelmäßig die notwendigen Materialien, die Energie und die entsprechenden Geräte bezogen.

In den zurückliegenden Jahren haben in allen industrialisierten Ländern die Do-it-yourself-Aktivitäten erhebliche Zuwächse erfahren. Maßgeblich waren dafür in erster Linie wirtschaftliche Argumente: Do-it-yourself-Aktivitäten sind für die privaten Haushalte dann interessant, wenn der Nettostundenlohn des formellen Marktanbieters und der des potentiellen Käufers sehr eng beieinander liegen. Entscheidend ist also, wie viele Stunden der Käufer erwerbstätig sein muss, um sich eine Arbeitsstunde eines Dienstleistungs-Anbieters aus dem formellen Sektor „kaufen“ zu können (vgl. Hinrichs 1989a, 46f.; Institut für Freizeitwirtschaft 1997). Weitere Motive für das Heimwerken sind die reduzierten Erwerbsarbeitszeiten und das Angebot an geeigneten Geräten in zahlreichen Baumärkten. Darüber hinaus spielt die Unzufriedenheit mit Handwerkerleistungen eine entscheidende Rolle (vgl. Institut für Freizeitwirtschaft 1997).

3.2.2 Wohnungsrenovierung und Haus(um)bau mit Hilfe von Do-it-yourself-Aktivitäten der privaten Haushalte

Das Institut für Freizeitwirtschaft (1997) zählt zu den Do-it-yourself-Aktivitäten, die es seit 1984 alle zwei Jahre umfassend untersucht, folgende Heimwerkerarbeiten: Maurer- und Elektroarbeiten, Verlegen von Teppichböden, Schreinern/Tischlern, Tapezieren und Streichen.

1996 wurden nach Angaben des Instituts für Freizeitwirtschaft (1997) in 11,5 Mio. westdeutschen und 4,3 Mio. ostdeutschen Haushalten regelmäßig Heimwerkerarbeiten durchgeführt; damit zählte fast jeder zweite bundesdeutsche Haushalt zu den Heimwerkerhaushalten. In diesen Haushalten lebten und arbeiteten insgesamt ca.

29 Mio. Heimwerker. Ungefähr 50 Prozent von ihnen waren gelegentlich, also weniger als 30 Stunden jährlich tätig; der Rest umfasste die „aktiven“ Heimwerker, die 30 Stunden und mehr mit Heimwerkertätigkeiten zubrachten. Von diesen wendeten mehr als zwei Drittel 30 bis 100 Stunden für Do-it-yourself-Aktivitäten auf; ein Fünftel arbeitete 100 bis 300 Stunden, und knapp 10 Prozent verbrachten mehr als 300 Stunden pro Jahr beim Heimwerken.

Dabei haben sich die Ausgaben für den Heimwerkerbedarf in den westdeutschen Haushalten zwischen 1975 und 1996 mehr als vervierfacht, nämlich von 11,0 auf 48,2 Mrd. DM. Die ostdeutschen Haushalten investierten 1996 16,3 Mrd. DM für Heimwerkerutensilien. Insgesamt wurden damit 1996 64,5 Mrd. DM von den Heimwerkern aufgewandt (Institut für Freizeitwirtschaft 1997). Im Durchschnitt wurden im Jahre 1996 pro Heimwerkerhaushalt in Westdeutschland fast 4.200 DM ausgegeben, in Ostdeutschland waren es immerhin rund 3.800 DM. Obwohl der Boom im Heimwerker-Bereich langsam abflaut, wird auch in den kommenden Jahren mit einer jährlichen Wachstumsrate von 4 bis 5 Prozent gerechnet. Bis zum Jahre 2000 wird auf dem gesamtdeutschen Do-it-yourself-Markt ein Umsatz von rund 70 Mrd. DM erwartet. Die künftige Nachfrage wird vor allem vom Ersatzbedarf, dem Trend zur Spezialisierung und zu umweltfreundlichen Produkten bestimmt werden.

Ein weiterer Bereich, in dem häufig Eigenarbeit geleistet wird, ist der Eigenheimbau. Niessen/Ollmann (1987, 154) ermittelten in ihrer empirischen Untersuchung, dass der Schwerpunkt der Eigenleistungen auf den Rohbauarbeiten und den Arbeiten am Innenausbau lag. Auch Glatzer (1984, 372) kam in seiner Analyse des Wohlfahrtssurveys 1980 zu dem Ergebnis, dass 30 Prozent der Hausbesitzerhaushalte den Rohbau und 37 Prozent den Innenausbau überwiegend selbst durchgeführt haben. Begünstigt wird die zunehmende Verbreitung von Eigenaktivitäten beim Hausbau und bei der Wohnungsrenovierung durch hochwertiges Baumaterial und leistungsfähige Werkzeuge und Maschinen (u.a. Kreissägen, Bohr- und Schleifmaschinen), die häufig in Bau- oder Heimwerkermärkten gekauft werden.

Durch Eigenleistungen lassen sich beim Hausbau durchschnittlich etwa 20 Prozent der gesamten Baukosten einsparen (vgl. Niessen/Ollmann 1987, 154; Schäfer 1985, 161ff.). Ein Fünftel der Bauherren schätzt die möglichen Einsparungen sogar auf mehr als 30 Prozent. Gerade beim Hausbau werden die Eigenaktivitäten oft durch die Hilfeleistungen Dritter ergänzt. Nach Ansicht von Niessen/Ollmann (1987, 43) handelt es sich dabei nicht selten um gelegentliche „weiche Schwarzarbeit“, da die Helfer für ihre Arbeiten geldlich entlohnt werden.

Im Allgemeinen kommen die informellen Helfer aus dem nächsten Verwandtenkreis (Vater, Schwiegervater, Brüder oder Schwäger), manchmal werden zusätzlich noch Freunde oder Personen hinzugezogen, die über bestimmte handwerkliche Fähigkeiten verfügen. Nach dem Wohlfahrtssurvey 1984 halfen in den letzten zwei bis drei Jahren 10,2 Prozent der Verwandten, 5,9 Prozent der Freunde, aber nur 2,3 Prozent der Nachbarn beim Hausbau/Umbau (vgl. Glatzer 1990, 26).

Nach Niessen/Ollmann (1987, 220) zeigen sich darüber hinaus deutliche Unterschiede, was die erzielten Einsparungen aus den informellen Hilfeleistungen Dritter in den

ländlichen und eher großstädtischen Gebieten angeht: In Moers und Südlohn liegen die Einspareffekte wesentlich höher als in den beiden Großstädten Stuttgart und Dortmund. Dies belegt auch die Untersuchung von Jessen u.a. (1988, 60), der zufolge informelle Do-it-yourself-Aktivitäten für ländliche Industriearbeiter der einzige Weg sind, um überhaupt zu Hausbesitz zu kommen.

Die Verrechnung der geleisteten Arbeit erfolgt auf verschiedene Arten, die von der solidarischen Hilfe (u.a. unbezahlte Arbeit, symbolische Gratifikation) über Stundenkonten bis hin zur Bezahlung informeller Hilfe reichen. Gerade die Bezahlung der gegenseitigen Hilfeleistungen macht die Schnittmenge von informeller Ökonomie und Schattenwirtschaft deutlich. Das Anlegen von Stundenkonten, die irgendwann ausgeglichen werden müssen, und die Gewährung von symbolischen oder (Netto-) Stundenlöhnen verweist außerdem auf eine „zunehmende Rationalisierung der informellen Netze“ (Jessen u.a. 1988, 58). Mit der Einführung geldlicher und zeitlicher Größen werden die Beziehungen zu Verwandten, Freunden und Bekannten vereinfacht und Verpflichtungen kalkulierbar gehalten. Die Möglichkeiten des Maschineneinsatzes sind für den Eigenarbeiter allerdings begrenzt: Vieles wird letztlich durch ein höheres Arbeitspensum des Bauherrn und Dritter kompensiert.

Seit Mitte der 70er Jahre zeigt sich ein Trend zu steigender Selbstversorgung: Zwischen 1975 und 1996 stieg die Zahl der Heimwerker von 20 Mio. auf 23,3 Mio. und damit um 16,5 Prozent (vgl. Tab. 5). In Ostdeutschland lag die Heimwerkerzahl 1996 bei 6,7 Mio. Die Zunahme der Do-it-yourself-Aktivitäten beruht insbesondere auf dem ständig steigenden Anteil von Eigenheimbesitzern. Verfügt 1962/63 nur annähernd 30 Prozent der Privathaushalte von abhängig Beschäftigten über Haus- und Grundbesitz, so waren es zwanzig Jahre später bereits 50 Prozent (vgl. Braun 1985, 968). Allerdings werden die in früheren Jahren noch prognostizierten Zuwächse bei den Heimwerkerzahlen nach der neuesten Marktanalyse des Instituts für Freizeitwirtschaft (1997) in den kommenden Jahren geringer ausfallen. Verantwortlich dafür ist erstens die rückläufige Bautätigkeit bei den Ein- und Zweifamilienhäusern, die zu weniger Eigenleistungen im Neubau-Bereich führt. Zweitens sind auch im Do-it-yourself-Bereich die „Grenzen des Wachstums“ erreicht worden; lediglich für Ostdeutschland werden noch größere Zuwachsraten erwartet.

Tab. 5: Entwicklung der Zahl der Heimwerker (in Mio.)

	1975	1983	1987	1989	1996	1996
					West- deutschland	Ost- deutschland
Aktive Heimwerker	9,6	12,7	11,5	11,1	11,5	4,3
Gelegentliche Heimwerker	10,4	11,0	11,6	11,8	11,8	2,4
Alle Heimwerker	20,0	23,7	23,1	22,9	23,3	6,7

Quelle: Martin (1988, 130); Institut für Freizeitwirtschaft (1990, 28 und 71); Institut für Freizeitwirtschaft (1997)

Do-it-yourself-Aktivitäten werden nicht nur zur Wohnungsrenovierung und zum Hausbau eingesetzt, sondern auch, um die vorhandenen Haushaltsgeräte instand zu halten und um den eigenen Garten zu pflegen.

3.2.3 Handwerkliche Eigenleistungen

Handwerkliche Arbeiten umfassen die Instandhaltung, Reparatur und Pflege der technischen Geräte in den privaten Haushalten. Eigentlich sollte man annehmen, dass mit der steigenden technischen Ausstattung auch die Wartungs- und Reparaturarbeiten zugenommen haben. Mit der technologischen Entwicklung der Geräte (Mikroelektronik, Lasertechnik) ist jedoch deren Wartung und Reparatur immer schwieriger geworden, so dass spezialisierteres Wissen erlernt werden muss, das ausschließlich auf dem formellen Markt (u.a. in Hobbyzeitschriften und Volkshochschulkursen) angeboten wird. Hinzu kommt, dass häufig Spezialwerkzeuge und besondere Ersatzteile notwendig sind, die ebenfalls über den formellen Gütermarkt bezogen werden müssen (vgl. Jessen u.a. 1986, 42). Nicht zuletzt macht bei einem Teil der Haushaltsgeräte der hohe Vorfertigungsgrad Reparaturen technisch nahezu unmöglich. In solchen Fällen werden – je nach Einkommen – neue Geräte im formellen Ökonomie-Sektor erworben.

Bei der Reparatur und der Wartung des eigenen Autos, die von bis zu 50 Prozent der Autobesitzer selbst erledigt werden, zeigen sich die Grenzen der Eigenarbeit. Das Hauptgewicht liegt hier bei kleineren Arbeiten wie dem Scheibenwischer-, Reifen- oder Zündkerzenwechsel, der Batteriewartung oder der Ausbesserung von Karosserie- und Lackschäden. Größere Reparaturen werden nur von wenigen selbst durchgeführt (vgl. Heinze u.a. 1986, 106f.).

Gleichzeitig stellt Glatzer (1986, 29) in seiner Auswertung der Wohlfahrtssurveys von 1980 und 1984 fest, dass in dieser Zeit die Häufigkeit, mit der Reparaturen und Wartungsarbeiten am Auto durchgeführt wurden, zurückgegangen ist. Als Grund vermutet er die technische Komplexität der Autos, die dazu geführt habe, viele Reparatur- und Wartungsarbeiten den Werkstätten zu überlassen.

Während beim Hausbau die informellen Do-it-yourself-Aktivitäten vor allen Dingen von männlichen Personen mittleren Alters ausgeübt werden, dominieren im Kfz-Bereich die jüngeren Personen (vgl. Heinze u.a. 1986, 106; Niessen/Ollmann 1987, 157). Rund zwei Drittel der jüngeren Personen (bis 29 Jahre) und der Familien mit einem Kleinkind wollen Wartungs- und Reparaturarbeiten am Auto selbst durchführen. Bei älteren Alleinstehenden (30 bis 59 Jahre) und alten Leuten (über 60 Jahre) liegt der Anteil der aktiven Heimwerker unter 30 Prozent. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass gerade jüngere Leute und junge Familien ein geringeres Einkommen besitzen und deshalb gebrauchte Autos kaufen, die dann entsprechend kostengünstig gewartet und repariert werden müssen. Die Alternative zur Eigenarbeit ist für diese Käuferschicht nicht der Gang in die Werkstatt, sondern der Verzicht auf den eigenen Pkw.

Häufig wird bei handwerklichen Arbeiten – wie auch die Fremdhilfe bei der Wagenpflege zeigt – auf informelle Netzwerke, namentlich Verwandte, Freunde und Ar-

beitskollegen, zurückgegriffen. Interessanterweise werden für Autoreparaturen eher Freunde (7,6 Prozent) als Verwandte (5,9 Prozent) oder Nachbarn (3,2 Prozent) in Anspruch genommen (vgl. Glatzer 1990, 26). Handwerksbetriebe ersetzen erst dann die Selbstversorgung, wenn die Grenzen der eigenen Qualifikationen oder die Dritter erreicht worden sind.

3.2.4 Gartenarbeiten

Ein weiterer Bereich der Selbstversorgung ist die Gartenarbeit, die in mehr als der Hälfte der Haushalte verrichtet wird (vgl. Glatzer 1984, 370f.; 1986, 28; Niessen/Ollmann 1987, 161). 30 Prozent der Haushalte bearbeiten einen Nutzgarten, 36 Prozent einen Ziergarten. Obwohl dies überwiegend für Besitzer von Eigenheimen gilt, verfügen selbst 25 Prozent der Haushalte in Mehrfamilienhäusern über einen Garten. Unterstützung erhalten die privaten Haushalte vor allem von Verwandten (15,4 Prozent) und zu gleichen Teilen (je etwa 6,5 Prozent) von Freunden und Nachbarn (vgl. Glatzer 1990, 26).

In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1993 des Statistischen Bundesamtes (1996) wurden diese Ergebnisse bestätigt; ihr zufolge nutzt knapp die Hälfte aller ost- und westdeutschen Haushalte einen Garten. Die durchschnittliche Gartenfläche betrug im früheren Bundesgebiet 515 qm; in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin lag sie mit 568 qm etwas höher. Nicht alle Haushalte mit Garten bewirtschafteten diesen im Sinne eines Nutzgartens: Während im früheren Bundesgebiet „nur“ 75 Prozent der Gartenbesitzer angaben, ihren Grund und Boden ertragbringend zu bearbeiten, waren es in den neuen Bundesländern immerhin rund 95 Prozent. Die Nutzfläche hat sich aber in den letzten Jahrzehnten verringert, weil angesichts steigender Einkommen und billiger angebotener Agrarprodukte immer mehr Haushalte ihre Nahrungsmittel über den formellen Gütermarkt beziehen. Aus der Gartenarbeit ergeben sich nach Jessen u.a. (1988, 67) heutzutage drei Versorgungsgrade:

- die vollständige Versorgung des Haushalts mit Obst und Gemüse; nur in Ausnahmen erfolgt der Bezug von Agrarprodukten über den formellen Gütermarkt;
- die geringfügige Versorgung durch Gartenarbeiten und
- die teilweise Versorgung des Haushalts mit Obst und Gemüse.

Allerdings haben sich die Motive für die Gartenbewirtschaftung im Vergleich zu früher verschoben: Im Vordergrund steht nicht mehr der Zwang zur billigeren Produktion von Nahrungsmitteln, sondern die Freude an der Erholung. Gartenarbeit bietet körperliche Bewegung und Betätigung an der frischen Luft, fördert nachbarschaftliche Kontakte und gewährleistet hochwertiges Obst und Gemüse (vgl. Jessen u.a. 1988, 73).

Nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes (1996) lassen sich die Haushalte mit Garten nach verschiedenen sozioökonomischen Merkmalen unterteilen. In Westdeutschland besaß unter den Angestellten (44,7 Prozent) und den Nichterwerbstätigen (45,4 Prozent) etwa jeder zweite Haushalt einen Garten. Von den Selbstständigen- (60,5 Prozent), den Beamten- (57,8 Prozent) und

den Arbeiter-Haushalten (51,2 Prozent) bewirtschaftete mehr als die Hälfte einen Garten. In den neuen Bundesländern war die Verteilung zwischen den sozialen Schichten nicht so ausgeprägt wie im Westen: Unter den Angestellten-, Arbeiter- und Selbstständigen-Haushalten bewirtschaftete fast jeder zweite einen Garten. Ob jemand einen Garten besitzt, ist darüber hinaus stark vom Alter abhängig: Nur 24,7 Prozent der westdeutschen jüngeren Personen und 25,8 Prozent der ostdeutschen Personen (unter 35 Jahren) verfügten 1993 über einen Garten; mit steigendem Alter (bis 55 Jahre) nahm die Bereitschaft sowohl im früheren Bundesgebiet (58 Prozent) als auch in den neuen Ländern (61,6 Prozent) stetig zu, in einem eigenen Garten Obst und Gemüse anzubauen. Nicht von ungefähr besaßen auch west- und ostdeutsche Familien mit mehreren Kindern (im Vergleich zu den Singles oder Alleinerziehenden) überdurchschnittlich häufig einen Garten, wobei diese Gruppe vor allem daran interessiert ist, „gesünderes“ Obst und Gemüse zu konsumieren.

Schließlich entscheidet auch die Größe des Wohnortes über den Besitz eines Gartens: In den Kleinstädten mit unter 5.000 Einwohnern hatte fast die Hälfte aller Haushalte einen Garten, während es in den Großstädten nur jeder zehnte war. Dort werden Gärten weniger zu Nutz- als vielmehr zu Zier- oder Freizeit Zwecken angelegt.

Was den durchschnittlichen Ertrag aus den Nutzgärten anbelangt, so konnten nach den Ergebnissen von Hertel (1986) die Haushalte Erzeugnisse im Wert von 335 DM ernten. Bezogen auf die durchschnittliche Quadratmeterfläche haben die Haushalte nur eine Mark pro qm erwirtschaftet. Betrachtet man zusätzlich die Wertschöpfung, die sich aus dem Differenzbetrag zwischen den Vorleistungen für die Gartennutzung und -unterhaltung (wie Samen, Pflanzen, Dünger und Gartengeräte) und dem Wert der entnommenen Erzeugnisse errechnet, so ergibt sich ein wesentlich schlechteres Ergebnis: Da die Haushalte im Durchschnitt 480 DM für Vorleistungen ausgegeben hatten, erwirtschafteten die Nutzgartenbesitzer weniger, als sie investiert hatten (vgl. Hertel 1986, 560). Das wirtschaftliche Motiv kann demnach nur eine untergeordnete Rolle bei den Gartenarbeiten spielen.

3.2.5 Ökologische Wirkungen der Selbstversorgungswirtschaft

In aller Regel wird normativ unterstellt, dass die Selbstversorgung ökologischer sei als die Versorgung über die formelle Ökonomie. Aber auch gegenteilige Behauptungen werden laut: „Ähnliches gilt (...) für die Eigenarbeit der Heimwerker, bei der mir angesichts des dabei üblichen Maschinenparks, der in einer typischen Bastlerwerkstatt die meiste Zeit ungenutzt herumliegt und auch der Hemmungslosigkeit, mit der dort häufig mit giftigen Materialien hantiert wird, der ökologische Nutzen bisher ebenfalls verschlossen blieb. Im Gegenteil: Diese Eigenarbeit ist m.E. vom ökologischen Standpunkt aus (Materialverbrauch, Schadstoffproduktion, nachlässig entsorgter Sondermüll usw.) häufig problematischer einzuschätzen als eine entsprechende professionelle Arbeit“ (Becker 1998, 262). Da jedoch zu den ökologischen Wirkungen der Selbstversorgungswirtschaft detailliertere Untersuchungen fehlen, können hierzu noch keine wissenschaftlich fundierten Ergebnisse vorgelegt werden, auf deren Basis ein Vergleich zwischen informeller Selbstversorgungswirtschaft und formeller Ökonomie möglich wäre.

Lediglich aus den Analysen von Neitzel u.a. (1995) lassen sich erste Hinweise zum Umweltverhalten von Hobbygärtnern und Heimwerkern ableiten. Diesen Erhebungen zufolge hat sich z.B. der Anteil der lösemittelarmen Lacke mit Umweltzeichen zwischen 1986 und 1993 fast verdoppelt, wobei der Marktanteil des Heimwerkersektors bei ca. 50 Prozent und der des Handwerksbereiches bei ca. 20 Prozent liegt. Noch in den 70er und frühen 80er Jahren konnten über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (u.a. Herbizide, Fungizide, Insektizide) hohe Zuwachsraten erzielt werden. Seit Mitte der 80er Jahre ist dieser Trend gestoppt; seither hat sich der Umsatz stabilisiert (Neitzel u.a. 1995, 163f.).

Zwischen den verbalisierten Umwelteinstellungen und dem tatsächlichen Umweltverhalten bestehen allerdings große Unterschiede. So zeigt die Analyse des „Umwelt-Gewinnspiels“, das vom „Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewußtes Management“ (B.A.U.M.) und von der „Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung“ (A.U.G.E.) durchgeführt wurde, dass zwar der sparsame Umgang mit Wasser als wichtig angesehen wird, der Anteil derer, die wassersparende Armaturen einsetzen, jedoch vergleichsweise gering ist. Auch beim Lebensmitteleinkauf herrschen Diskrepanzen zwischen den Einstellungen der Befragten und ihrem tatsächlichen Verhalten, was vor allem mit den Produktpreisen zusammenhängt (vgl. Henze/Hoffmann 1999, 99f.).

In einer Auswertung des Haushalts-Panels der Gesellschaft für Konsumforschung, die seit Mitte der 80er Jahre regelmäßig bestimmte Konsumentengruppen miteinander vergleicht, kommen Schultz/Empacher (1998) zu ähnlichen Ergebnissen:

- Bis 1990 hat der Anteil der „umweltorientierten“ Haushalte kontinuierlich zugenommen; anschließend kam es zu einem gewissen Einbruch, doch seit 1996 kommt es wieder zu einer leichten Zunahme. Der Anteil der „umweltorientierten“ Haushalte ist demnach keine stabile Komponente.
- Vor allem Familien mit Kind(ern) unter 6 Jahren machen in den 90er Jahren einen wachsenden Anteil an der Gruppe der „Umweltorientierten“ aus, aber genauso gilt: Familien mit einem Kind zwischen 6 und 14 Jahren verhalten sich überproportional selten umweltorientiert. „Umweltorientierung“ konzentriert sich also auf bestimmte Lebensabschnitte.

Redler (1998) sieht vor diesem Hintergrund die ökologische Bedeutung der Selbstversorgungswirtschaft vor allem in ihrer kulturellen Dimension. „Beim Selbermachen wird die Dynamik des Schneller und Mehr gebrochen, die beim Warenkonsum für steigenden Ressourcenverbrauch und wachsende Abfallberge verantwortlich ist. (...) Die Ökobilanz von Eigenarbeitsprodukten im Vergleich zu Industrieprodukten mag nicht immer positiv ausfallen, doch die Öffnung des Bewußtseins und die Mehrung der Kompetenzen für Alternativen zum Warenkauf dürfen nicht unterschätzt werden. Bei der gegenwärtigen Dominanz der Versorgung über den Markt geht es um erste Schritte in eine andere Richtung, nicht bereits um die Erreichung des Ziels“ (Redler 1998, 66).

3.3 Selbsthilfeökonomie

3.3.1 Die Bedeutung der Selbsthilfeökonomie

In Abgrenzung zur Haushalts- und Selbstversorgungswirtschaft umfasst die Selbsthilfeökonomie jene informellen und vorwiegend unbezahlten Aktivitäten, die außerhalb des Haushalts stattfinden bzw. von Dritten übernommen werden. Sie lässt sich in vier Sektoren untergliedern, die zunächst näher definiert und anschließend einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden sollen. Dabei handelt es sich um die

- Nachbarschaftshilfe, die
- Selbsthilfe-Aktivitäten, die
- ehrenamtlichen Tätigkeiten in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und die
- Mitarbeit in Bürgerinitiativen und politischen/berufsbezogenen Organisationen.

Die Sektoren der Selbsthilfeökonomie lassen sich nach bestimmten Kriterien ordnen; so etwa nach der Zahl der Personen, die in den Netzwerken aktiv sind. Dabei gibt es zwei Extremzustände, nämlich die kleinen, primären Netze der Nachbarschaftshilfe und die kollektiven Netze der Bürgerinitiativen. Im Falle der Nachbarschaftshilfe bilden persönliche Beziehungen die Basis für informelle Hilfeleistungen. Der kollektive Zusammenschluss zu einer Bürgerinitiative setzt dagegen in der Regel keine persönlichen Interaktionen zwischen den Personen voraus. Diese können sich zwar ergeben, sind aber nicht die Grundlage für die Teilnahme an einer Initiative. Für die Mitglieder steht vielmehr im Vordergrund, ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Bei den Netzen mittlerer Größenordnung reduzieren sich sukzessiv Bedeutung und Umfang der persönlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedern. Die ehrenamtliche Mitarbeit unterscheidet sich von der Nachbarschaftshilfe in der Form, dass sie gesellschaftlich organisiert ist und die Arbeit über eine Institution vermittelt wird.

Ein weiteres Kriterium, nach dem die verschiedenen Bereiche der Selbsthilfeökonomie voneinander abgegrenzt werden können, richtet sich nach dem Grad der Selbst- oder Fremdbestimmung: Selbsthilfegruppen organisieren ihre Aktivitäten eigenverantwortlich. Zentraler Anlass für ihre informellen Treffen ist der Umstand, von einem Problem konkret betroffen zu sein und einander helfen zu wollen. Ehrenamtliche Tätigkeiten werden dagegen überwiegend in bereits vorhandenen Organisationen, Verbänden und Gruppen ausgeübt. Unterschiede zwischen der ehrenamtlichen Mitarbeit und den Selbsthilfe-Aktivitäten bestehen darüber hinaus im Autonomieanspruch und im Verhältnis zum formellen Sozial- und Gesundheitssystem.

In Anlehnung an Badelt (1988, 145ff.) gibt es drei verschiedene Muster, um die Bedeutung der Selbsthilfeökonomie zu erklären. Der Altruismus der Individuen wäre demnach ein erstes Kriterium, um die unterschiedlichen Aktivitäten in der Selbsthilfeökonomie zu verstehen. Altruistisches Verhalten ist am Wohle anderer Personen ausgerichtet, denen durch die freiwillig erbrachte Leistung geholfen werden soll. Zweitens kann das entsprechende Handeln dem Leistungsgeber einen Eigenwert vermitteln, mit dem alle (meist immateriellen) Gegenströme erfasst werden, die ihm aufgrund seiner Tätigkeit zufließen, ohne dass dem eine Handlung des Leistungsempfängers zugrunde liegt. Im Einzelnen zählen hierzu

- die Erfüllung sozialer oder ethischer Normen;
- die persönliche Zufriedenheit, die aus der unbezahlten Arbeit gewonnen wird;
- sozialer Status oder soziale Integration.

Der dritte und letzte Erklärungsansatz für die freiwilligen Aktivitäten in der Selbsthilfeökonomie bezieht sich vor allem auf den Tausch von unsichtbaren Leistungen. Beispielsweise werden Dienste erbracht, um in den Genuss künftiger Gegenleistungen zu kommen, um Informationen zu erwerben oder an Entscheidungen beteiligt zu werden.

3.3.2 Nachbarschaftshilfe

Zahlreiche Studien (vgl. Niessen/Ollmann 1987, 163ff.; Diewald 1985; 1986; 1989 a, b; Glatzer 1984; 1990; Borchers/Miera 1993; Galler/Ott 1993, 85ff.) bestätigen, dass die Nachbarschaftshilfe bei der Versorgung und Unterstützung der privaten Haushalte eine zentrale Rolle einnimmt. Etwa 75 Prozent der befragten Haushalte aus den Wohlfahrtssurveys von 1978 und 1984 gaben an, dass sie und die Angehörigen anderer Haushalte sich gegenseitig helfen. Mitte der 80er Jahre wären demnach unter ca. 19,8 Mio. Haushalten nachbarschaftliche Hilfen ausgetauscht worden. Am häufigsten werden Kontakte zu Verwandten gepflegt; es folgen Freunde, Bekannte und Nachbarn (vgl. Deimer/Jaufmann 1986, 191).

Als Gründe für die nachbarschaftlichen Leistungen werden überwiegend die zu teuren Angebote des formellen Sektors genannt. Darüber hinaus gilt es als wichtig, die Kenntnisse von Bekannten und Verwandten zu nutzen (vgl. Schulz-Borck/Cécora 1985, 136f.).

Die Erscheinungsformen der Nachbarschaftshilfe – einzelne Autoren sprechen auch von Gemeinschaftsarbeit (vgl. Scherl 1984, 287) oder von gemeinwesenorientierter privater Ökonomie (vgl. Brandt 1998) – sind äußerst vielfältig, überlappen sich teilweise mit den Do-it-yourself-Aktivitäten der Selbstversorgungswirtschaft und sind folglich von diesen nur schwer abzugrenzen.

Zur Nachbarschaftshilfe zählen das gemeinsame Einkaufen von Lebensmitteln, die Einrichtung von regelmäßigen Mitfahrgelegenheiten und der Austausch von Gegenständen, die man selbst nicht mehr benötigt. Aktivitäten (wie die gemeinsame Nutzung eines Zweitwagens oder die Einrichtung einer Hobbywerkstatt), die größere organisatorische Bemühungen und gemeinsame finanzielle Aufwendungen erfordern, werden von den privaten Haushalten nur selten nachbarschaftlich durchgeführt. Weiter zeigen Niessen/Ollmann (1987, 165), dass die von ihnen Befragten noch sehr viel stärker zu gemeinschaftlichen Hilfeleistungen bereit wären, als sie bisher praktisch verwirklichen konnten. Vor allem junge Personen und Familien mit kleinen Kindern äußern eine durchweg größere Bereitschaft zur nachbarschaftlichen Kooperation als ältere Leute. „Die empirischen Ergebnisse können dahingehend interpretiert werden, daß in einzelnen Lebenszyklusphasen diejenigen Hilfeleistungen favorisiert werden, die man selber aufgrund der eigenen familialen Lebenssituation am ehesten benötigt und somit innerhalb der Nachbarschaft nachfragen würde. Insofern könnte man von

einer ‚kalkulierten Orientierung‘ bei der geäußerten Kooperations- und Hilfsbereitschaft sprechen“ (Niessen/Ollmann 1987, 164).

Bei seiner Auswertung des Wohlfahrtssurveys von 1988 kommt Diewald (1989a, 35ff.) zu dem Ergebnis, dass sich besonders seit 1984 das Hilfepotential unterschiedlich entwickelt hat. Nach seinen Erkenntnissen haben die Unterstützungsleistungen für Freunde oder Bekannte deutlich zugenommen. Dies zeigt sich nicht nur bei den güter-, sondern stärker noch bei den personenbezogenen Leistungen. Bei der Gartenarbeit und bei der Betreuung kleiner Kinder sind die nachbarschaftlichen Hilfen vermehrt ausgetauscht worden. Unter den Verwandten sind zwischen 1980 und 1988 die Hilfebeziehungen nahezu gleich geblieben. Somit hat sich also die relative Bedeutung verschoben, die den einzelnen Personengruppen bei den haushaltsübergreifenden Sozialkontakten zukommt. Waren früher die Verwandten fast durchweg die wichtigste Instanz, die von den Familien bei Problemfällen angesprochen wurde, so werden mittlerweile Freunde und Bekannte ähnlich häufig um Unterstützung gebeten, z.B. bei der Wohnungsrenovierung oder der Beaufsichtigung von Kleinkindern. Im Falle der Umzugshilfe oder der Hilfe bei persönlichen Problemen hat ihre Bedeutung sogar zugenommen. Letztlich haben also die Hilfestellungen von Verwandten nicht abgenommen; vielmehr greifen die privaten Haushalte heute zusätzlich öfter auf Freunde oder Bekannte zurück.

Tab. 6: Erhaltene Hilfeleistungen der Haushalte Anfang der 90er Jahre aus dem privaten Netzwerk nach Art der Hilfeleistung, Bezahlung und Regelmäßigkeit

Art der Hilfeleistung	zusammen	bezahlt	unbezahlt		
			insgesamt	davon	
				regelmäßig	unregelmäßig
Hilfeleistung insgesamt	100	10	90	30	60
davon					
Hilfe im Haushalt	100	13	87	41	46
Betreuung von Kindern	100	(3)	96	38	58
Pflege von Erwachsenen	100	/	92	(34)	58
Handwerkliche Hilfe	100	11	89	14	75

Quelle: Schwarz/Wirth (1996, 150)

Die nachbarlichen Unterstützungspotentiale liegen bei allen informellen Leistungen nach wie vor deutlich hinter denen von Verwandten und Freunden/Bekanntem. Sie werden überdurchschnittlich häufig von Familien mit kleinen Kindern, Alleinerziehenden und von älteren Menschen wahrgenommen (vgl. Schwarz/Wirth 1996, 149). Zu den Nachbarn besteht in aller Regel kein enger und ständiger Kontakt: Nur 19 Prozent der Befragten besuchen ihre Nachbarn fast täglich, 24 Prozent mindestens einmal wöchentlich, 13 Prozent einmal pro Monat; 28 Prozent besuchen sich noch seltener, und 16 Prozent haben gar keinen Kontakt zu ihren Nachbarn (vgl. Diewald

1985, 457). Die Bezahlung der Verwandten, Nachbarn oder Freunde für deren geleistete Hilfe ist allgemein unüblich (vgl. Diewald 1985, 459).

Im Allgemeinen gilt bei der Gewährung von Hilfen das Reziprozitätsprinzip, d.h. hauptsächlich zwischen Nachbarn, Bekannten und Freunden besteht ein Austausch von Leistungen (vgl. Diewald 1986, 80ff.). Freilich wird Hilfe auch nach dem Solidaritätsprinzip angeboten, also ohne entsprechende Gegenleistung. Solidarische Nachbarschaftshilfe wird normalerweise von Verwandten erbracht, da sie stärker als andere Personen in den Familienverband integriert sind und sich dementsprechend bei Notlagen verpflichtet fühlen (vgl. Kerber 1987, 108f.).

Hervorzuheben ist, dass die Nachbarschaftshilfe zumeist in unorganisierter Form eingesetzt wird, sich also konkret an bestimmten Notwendigkeiten und Bedürfnissen ausrichtet. 6,1 Prozent der von Deimer/Jaufmann (1986, 192) befragten Personen leisten nachbarschaftliche Hilfe in unorganisierter Form; nur knapp 1 Prozent gewährt organisierte Nachbarschaftshilfe. Auch zwischen dem nachbarschaftlichen Engagement von Männern und Frauen gibt es deutliche Unterschiede: 35 Prozent aller Frauen, aber nur 25 Prozent der Männer setzen sich aktiv für andere Haushalte ein: „Vor allem bei der Hilfe im Haushalt sind die Frauen mit einer Beteiligung von 21% dreimal so stark vertreten wie die Männer (7%). Bei der Betreuung von Kindern und der Pflege von Erwachsenen ist der Vorsprung der Frauen sogar noch größer. Lediglich die handwerkliche Hilfe ist eine Domäne der Männer“ (Schwarz/Wirth 1996, 159).

Aus den empirischen Analysen der informellen Hilfeleistungen und Netzwerkkontakte in der Nachbarschaftshilfe lassen sich Trends ableiten: Im Unterschied zu den Netzwerken unter Verwandten haben die haushaltsübergreifenden Unterstützungspotentiale zwischen den Nichtverwandten in den zurückliegenden Jahren, vor allem in den Großstädten (vgl. Schwarz/Wirth 1996, 164f.), vermehrt zugenommen. Für diese Entwicklung kann eine Reihe von Faktoren angeführt werden:

- Immer weniger Familienmitglieder leben in einem gemeinsamen Haushalt zusammen, so dass notgedrungen andere Personengruppen angesprochen werden müssen. Diewald (1989a, 32), der die informellen Hilfebeziehungen zwischen Eltern und Kindern untersucht hat, führt die geringere Bedeutung der Eltern als mögliche Hilfeinstanz nicht allein darauf zurück, dass sie oftmals weiter weg wohnen; vielmehr handele es sich beim Auszug der Kinder aus dem Elternhaus um eine biographische Veränderung, die auch die Kontaktaufnahme zu anderen Bezugsgruppen erfordert. Außerdem sind die Haushalte in Großstädten offener für Kontakte zu anderen Haushalten (vgl. Schwarz/Wirth 1996, 164).
- Des Weiteren scheinen die Familienmitglieder von Nichtverwandten eher als von Verwandten zu erwarten, sich über Hilfe- und Unterstützungsleistungen einen direkten Anspruch auf eine Gegenleistung „erarbeiten“ zu können. Informelle Netzwerke werden von den privaten Haushalten meist dann aufgebaut, wenn gemeinsame Probleme oder ähnliche Lebensumstände vorliegen. Ausschlaggebend für die Kontakte zu Verwandten, Freunden oder Nachbarn sind in erster Linie Ehepartner und Kinder. Dettling (1988, 68) sieht deshalb in der Zunahme kinderloser Ehen auch die Gefahr, dass die „gleichsam naturwüchsigen Solidaritätspotenti-

ale in unserer Gesellschaft“ langsam austrocknen. Sollte sich diese Lebensform weiter etablieren, könnten sich jedoch auch andere Formen der Nachbarschaftshilfe, hauptsächlich im nichtverwandtschaftlichen Bereich, entwickeln (vgl. Diebold 1989a, 41).

Die vorliegenden Ergebnisse zur Nachbarschaftshilfe machen deutlich, dass die These, der zufolge sich die privaten Haushalte immer mehr pluralisieren oder sogar auflösen, nur eine unter vielen möglichen Entwicklungslinien beschreibt. Denn parallel hierzu zeigt sich, dass die Auflösungserscheinungen über kompensierende familiäre, verwandtschaftliche und nichtverwandtschaftliche Kontakte und Hilfebeziehungen teilweise aufgefangen werden.

3.3.3 Selbsthilfevereinigungen

Einen weiteren wichtigen Bereich der Selbsthilfeökonomie bilden die Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeprojekte und Initiativen. Deren wesentliche Merkmale sind (vgl. dazu etwa Itzwerth 1985, 157; Trojan u.a. 1986, 32ff.; Asam u.a. 1989, 16ff.; Ferber 1990, 617; Braun u.a. 1997, 12ff.):

- Selbstbetroffenheit der Mitglieder (eigene Betroffenheit und/oder Mitbetroffenheit bei Angehörigen),
- Fremdbetroffenheit (solidarische Betroffenheit),
- keine oder nur geringe Einbeziehung von professionellen Helfern,
- unentgeltliches Engagement statt Erwerbsarbeit (keine Gewinnerorientierung),
- Selbst- und/oder soziale Veränderung als gemeinsames Ziel,
- gleichberechtigte Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zur Selbsthilfe.

Um die vielfältigen Selbsthilfevereinigungen, die seit Mitte der 70er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland entstanden sind, voneinander abgrenzen zu können, lassen sich je nach ihren Zielen und ihrem Organisationsgrad therapeutische oder lebensproblembezogene Selbsthilfegruppen (Typ 1), sachbezogene Selbsthilfegruppen (Typ 2), Selbsthilfeprojekte mit professionellen Mitarbeitern (Typ 3), Initiativgruppen (Typ 4) und Selbsthilfeorganisationen (Typ 5) unterscheiden (vgl. hierzu u.a. Matzat 1985, 289; Braun/Greiwé 1989, 41ff.; Braun/Röhrig 1987, 99ff.; Kardorff/Oppl 1989, 21f.; Mezger 1990, 163ff.).

- In den therapeutischen oder lebensproblembezogenen Selbsthilfegruppen (Typ 1) schließen sich Betroffene zusammen, die in Gesprächen gemeinsam die psychosozialen Folgen einer Krankheit, einer Behinderung oder eines bestimmten Problemkomplexes bewältigen wollen. Diese sogenannten „Ein-Punkt“-Gruppen sind kleine, meist nur gering organisierte Zusammenschlüsse.
- Anders als bei den lebensproblembezogenen Gruppen ist für die Gründung der sachbezogenen Selbsthilfegruppen (Typ 2) weniger ein individuell-persönliches, als vielmehr ein sachliches Problem ausschlaggebend.
- Selbsthilfeprojekte (Typ 3) bieten ihre Hilfe auch Nichtmitgliedern an. Im Vergleich zu den Selbsthilfegruppen haben sie einen höheren Organisationsgrad, sind häufig einem Dachverband angegliedert und beschäftigen zudem bezahlte Mitarbeiter. Zwar werden diesen professionellen Kräften gewisse Leitungsaufgaben

übertragen, doch gemäß dem Prinzip der Selbsthilfe entscheiden alle Mitglieder über Ziele und Struktur der Gruppe.

- In den Initiativgruppen (Typ 4) haben sich vorrangig Personen zusammengeschlossen, die anderen helfen, die aufklären oder Missstände im formellen (Sozial-)Bereich beseitigen wollen. Ausschlaggebend für ihr Engagement ist weniger die eigene, persönliche Betroffenheit als die Notlage anderer. Informelle, unbezahlte Leistungen werden besonders für sozial Benachteiligte wie Obdachlose, Straffällige, Schwule, Asylbewerber und Ausländer erbracht. Zu den Initiativgruppen können ebenso die Dritte-Welt-Gruppen gezählt werden.
- Selbsthilfeorganisationen (Typ 5) sind komplexe Sozialsysteme und bilden zu meist den überregionalen Zusammenschluss einzelner Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeprojekte und Initiativgruppen. Sie verstehen sich als deren Interessenvertretung, die das Ziel verfolgt, ein öffentliches Problembewusstsein zu entwickeln, um bestimmte Forderungen durchsetzen zu können.

Gruppen, Initiativen, Projekte und Organisationen fasse ich unter dem Oberbegriff „Selbsthilfevereinigung“ zusammen.

Das skizzierte Spektrum der verschiedenen Formen von Selbsthilfevereinigungen macht deutlich, dass insbesondere die Selbsthilfeprojekte (Typ 3) und -organisationen (Typ 5) nur schwer von der formellen Ökonomie abzugrenzen sind: Sie beschäftigen oftmals hauptamtliche, bezahlte Arbeitskräfte, verfügen über bürokratische Strukturen (Vereinsstatus, Geschäftsführer und Mitgliedsbeiträge), und in einigen Fällen sind sie sogar Träger von professionellen Einrichtungen. An dieser Stelle ist der Übergang zur Fremdhilfe des formellen Sektors relativ fließend, ergeben sich doch bei den Selbsthilfeorganisationen des intermediären Sektors (zu diesem Begriff vgl. Teichert 1988, 24) fast ähnliche Strukturen wie bei den traditionellen Wohlfahrtsverbänden. Im Folgenden sollen daher die Selbsthilfeprojekte und -organisationen nicht weiter betrachtet werden.

Abb. 5: Typologie von Selbsthilfevereinigungen (Auswahl einiger Beispiele)

GRUPPENTYPEN	BEISPIELE FÜR SELBSTHILFEVEREINIGUNGEN
Therapeutische Selbsthilfegruppen (Typ 1)	Anonyme Alkoholiker, Anonyme Spieler, Stotterer, Frauen- und Männergruppen, Gruppen psychisch Kranker, Phobien-gruppen
Sachbezogene Selbsthilfegruppen (Typ 2)	Stillgruppen, Elternselbsthilfe, Jugendzentren, Mütterzentren, Rentner-Selbsthilfegruppen, Lebensmittelkooperativen
Selbsthilfeprojekte (Typ 3)	Multiple-Sklerose-Gruppen, Rheuma-Liga, Elternvereine leukämie- und tumorkranker Kinder, Krebsnachsorge
Initiativgruppen(Typ 4)	Arbeitsloseninitiativen, Vereine zur Wiedereingliederung von Straffälligen, Ausländerkomitees, Dritte-Welt-Gruppen
Selbsthilfeorganisationen (Typ 5)	Verband alleinstehender Frauen, Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker, Bundesverband Homosexualität

Quelle: eigene Zusammenstellung

Die Inanspruchnahme von Selbsthilfevereinigungen ist in den zurückliegenden Jahren durch verschiedene Begleitforschungsprojekte (vgl. Braun/Röhrig 1987; Braun/Opielka 1992; Braun u.a. 1997) untersucht worden. In der Selbsthilfe sind demnach überwiegend jüngere Menschen engagiert. In nahezu einem Drittel der Selbsthilfevereinigungen sind die Teilnehmer noch keine 30 Jahre alt, in Ostdeutschland sind es 21 Prozent. Im Vergleich zu Westdeutschland kommen in den neuen Bundesländern mehr ältere Menschen (über 50 Jahre) in die Selbsthilfevereinigungen (29 Prozent in Ost- versus 18 Prozent in Westdeutschland).

Knapp ein Drittel der westdeutschen Selbsthilfevereinigungen verfügt über sehr geringe Finanzmittel. Jeweils ein Viertel von ihnen kalkuliert jährlich mit bis zu 1.000 DM (26 Prozent) oder mit bis zu 5.000 DM (27 Prozent). Nur 18 Prozent können auf mehr als 5.000 DM zurückgreifen (vgl. Braun/Röhrig 1987, 115f.). In Ostdeutschland musste 1994 ein Drittel der Selbsthilfevereinigungen mit höchstens 500 DM auskommen; mit 500 bis 2.000 DM können 39 Prozent der Vereinigungen disponieren, und ein gutes Viertel haushaltet mit mehr als 2.000 DM (vgl. Braun u.a. 1997, 72). In den alten Bundesländern finanzieren sich 60 Prozent der Selbsthilfevereinigungen über Mitgliedsbeiträge, fast die Hälfte erhält Spenden, und nur ca. 5 Prozent der Einrichtungen können auf Geldmittel von den Krankenkassen zurückgreifen. Hier gibt es zwischen West- und Ostdeutschland größere Unterschiede: In Ostdeutschland werden von gut der Hälfte der Selbsthilfevereinigungen als Hauptquelle kommunale Fördermittel genannt. Als zweitwichtigste Quelle fungieren Mitgliedsbeiträge (37 Prozent); Zuwendungen von den Krankenkassen bekommen immerhin 34 Prozent der Vereinigungen. Daneben fallen noch für jede vierte Vereinigung private Spenden ab (vgl. Braun u.a. 1997, 73).

Zur Anzahl und zur Entwicklung der Selbsthilfevereinigungen in der Bundesrepublik liegen mittlerweile vielfältige quantitative Angaben vor. Je nach definitorischer Grundlage und räumlicher Erfassungstiefe ergeben sich recht unterschiedliche Ergebnisse.

Nach einer Studie zu den Selbsthilfe-Aktivitäten (vgl. Jakubowski 1987) in den zentralen Bereichen Gesundheit, Behinderung, psychosoziale Probleme und soziale Schwierigkeiten wurden 1986 in Nordrhein-Westfalen 6.418 Selbsthilfevereinigungen gezählt. Auf ca. 2.600 Einwohner kommt danach etwa eine Vereinigung. Die Grundlage für die Erhebung bildeten die Karteien aller zum Erhebungszeitpunkt bestehenden Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfevereinigungen. Hochgerechnet auf das Bundesgebiet hätte es Mitte der 80er Jahre etwa 23.000 Selbsthilfevereinigungen gegeben. Bestätigt wurde diese Annahme durch die Statistik der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (1987, 24), in deren Reihen 1986 25.327 Vereinigungen organisiert waren. Auch Huber (1987, 27) schätzte für 1986 die Zahl der Selbsthilfevereinigungen auf 17.500 bis 20.000. Anfang der 90er Jahre waren es nach Angaben von Braun u.a. (1997, 73ff.) bereits 46.000 Vereinigungen in den alten Bundesländern. 1995 gab es schließlich 60.000 in den alten und 7.500 Selbsthilfevereinigungen in den neuen Bundesländern. Die Zahl der Selbsthilfevereinigungen hat sich damit in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt.

In den Selbsthilfvereinigungen wirkten in den 80er Jahren durchschnittlich ca. 15 Personen mit, wie eine Reihe unterschiedlicher Untersuchungen ergeben hat (vgl. Braun/Röhrig 1986, 53; Runge/Vilmar 1988, 71). In den annähernd 25.000 Vereinigungen, die damals in der Bundesrepublik existierten, nahmen somit etwa 375.000 Personen an den regelmäßigen Selbsthilfe-Treffen teil. Obwohl in den einzelnen Studien unterschiedliche Zahlen ermittelt worden sind, stimmten sie zumindest darin überein, dass ca. 0,5 bis 1,5 Prozent der Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren in Selbsthilfvereinigungen Mitglied sind (vgl. Bretkopf 1983, 122; Trojan 1986, 306f.; Jakubowski 1987; Runge/Vilmar 1988, 71f.). Mittlerweile engagieren sich 2,65 Mio. Mitglieder in den Selbsthilfvereinigungen. Dies entspricht einem Anteil von etwa 3,2 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Würde man diesen Wert auf die Bürgerinnen und Bürger im Alter zwischen 18 und 80 Jahren beziehen, so läge er sogar bei 4,2 Prozent. In Westdeutschland liegt der Anteil bei 4,8 Prozent und in Ostdeutschland bei 1,7 Prozent (vgl. Braun u.a. 1997, 74).

Freilich ergeben sich Unterschiede im Organisationsgrad der Einrichtungen, wenn man die einzelnen Betroffenengruppen untersucht: Von den Alkoholikern sind nur ca. 2 Prozent Mitglied in einer Selbsthilfvereinigung. Bei den Behinderten sind es rund 3 Prozent, bei von Krebs betroffenen Frauen und Zöliakie-Patienten jeweils ca. 3 bis 4 Prozent. Für die meisten Problemgruppen liegt der Prozentsatz sogar noch niedriger (vgl. Ferber 1990, 622; Wohlfahrt/Bretkopf 1995, 33). Allerdings gaben etwa 2 Prozent der erwachsenen Bevölkerung an, schon früher einmal in einer Selbsthilfvereinigung engagiert gewesen zu sein (vgl. Bretkopf 1983, 122). Dies würde nochmals etwa 800.000 Personen entsprechen.

Wie viel Zeit wird nun von jedem Einzelnen für die Mitarbeit in den Selbsthilfvereinigungen aufgewendet? Nach Braun/Röhrig (1987, 54ff.) engagieren sich die Bundesbürger durchschnittlich 5,5 Stunden monatlich in sozialen und gesundheitsbezogenen Selbsthilfvereinigungen. In einer neueren Studie haben Braun u.a. (1997, 69ff.) ermittelt, dass sich die Mitglieder in Selbsthilfeinitiativen im Durchschnitt 7,3 Stunden pro Monat engagieren, in Selbsthilfgruppen 6,6 Stunden und in außenorientierten Selbsthilfgruppen 4,9 Stunden.

Verschiedene Studien (Moeller 1981; Deneke u.a. 1981, 142; Braun u.a. 1997, 51ff.) gingen davon aus, dass Angehörige der Mittelschicht in den Selbsthilfvereinigungen eindeutig überrepräsentiert sind. Sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland sind in den Selbsthilfvereinigungen die Hauptschulabgänger nur unterdurchschnittlich vertreten.

3.3.4 Ehrenamtliche Tätigkeiten

Selbsthilfe und ehrenamtliches Engagement unterscheiden sich in erster Linie durch den Grad der Betroffenheit, dem das jeweilige Individuum ausgesetzt ist. Für die Gründung von Selbsthilfgruppen steht die eigene Betroffenheit im Vordergrund; für die ehrenamtliche Tätigkeit oder die Mitarbeit in Selbsthilfprojekten und Initiativgruppen entscheidet man sich, weil man anderen Menschen helfen will. Der Ehren-

amtliche leistet seine Hilfe freiwillig, ohne dass er in einer ähnlichen Situation wie der Hilfesuchende ist.

Das empirische Datenmaterial, das bisher zum Umfang der ehrenamtlichen Tätigkeiten vorgelegt wurde, erfasst diese weder systematisch noch flächendeckend und bleibt daher unvollständig. Nach der Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamtes (vgl. Schwarz 1996c, 170ff.) übten in Deutschland 1992 rund 12 Mio. Personen ab zwölf Jahren ein Ehrenamt (ohne soziale Hilfe) aus. Unter Ehrenamt subsumiert das Statistische Bundesamt Aufgaben und Funktionen in Organisationen (wie Vereinen, Kirchen) und öffentlichen Ämtern. „Hierzu gehören unter anderem organisatorische und administrative Tätigkeiten von Vorständen und freiwilligen Helfern sowie Stadtverordnetentätigkeiten und andere freiwillig wahrgenommene öffentliche Funktionen. Zu sozialen Hilfeleistungen gehört die direkte Betreuung und Pflege von Personen im Rahmen von Institutionen wie den Kirchen und Wohlfahrtseinrichtungen, also unter anderem die praktische Unterstützung älterer Menschen im Rahmen von Wohlfahrtsverbänden. Nicht zum Ehrenamt bzw. zur sozialen Hilfe gehört beispielsweise die reine Teilnahme an Veranstaltungen oder der Besuch einer Selbsthilfegruppe“ (Schwarz 1996c, 170). Erhoben wurden die Angaben mit Hilfe der Tagebuchmethode und begleitender Interviews.

Nach dem Sozio-Ökonomischen Panel (SOEP)², einer seit 1984 jährlich wiederholten Befragung von Haushalten und Personen, war 1996 über ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung ehrenamtlich tätig; das sind in etwa 17 Mio. Personen. Der Anteil ehrenamtlich Aktiver lag damit um fast 10 Prozentpunkte höher als 1985. In Ostdeutschland spielt das ehrenamtliche Engagement eine geringere Rolle. 1996 übte jeder vierte Ostdeutsche eine ehrenamtliche Tätigkeit aus. Gegenüber 1992 war der Anteil immerhin um knapp vier Prozentpunkte gestiegen (vgl. Tab. 7). Die unterschiedlichen Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung und des SOEP beruhen auf verschiedenen Fragestellungen. So ermittelt das Statistische Bundesamt in seinen Erhebungen bei den sozialen Diensten einen größeren Personenkreis, weil deren Potential umfassender eruiert wurde, indem es in seine Untersuchungen die über 70jährigen Befragten und die Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 16 Jahren mit einbezieht.

Immerhin fast 10 Prozent der Befragten in Westdeutschland waren jede Woche ehrenamtlich aktiv. Deutlich zugenommen hat überdies der Anteil derer, die eine ehrenamtliche Tätigkeit seltener ausüben, nämlich von rund 10 Prozent (1985) auf 17 Prozent im Jahre 1996. In Ostdeutschland waren 1996 nur knapp 5 Prozent der Befragten regelmäßig ehrenamtlich engagiert (vgl. Erlinghagen u.a. 1997, 33).

Nach der Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamtes (Schwarz 1996d, 262) betrug die wöchentliche Beanspruchung der ehrenamtlich Tätigen im Durchschnitt rund 4,5 Stunden (ohne die dazugehörenden Wegezeiten). Männer waren mit durchschnittlich fünf Stunden mehr als eine Stunde pro Woche länger ehrenamtlich aktiv als Frauen mit 3,8 Stunden. Die Berücksichtigung der Wegezeiten würde den wöchentlichen Zeitaufwand für die ehrenamtlichen Tätigkeiten nochmals um rund 20 Prozent erhöhen. Die Umfrage der Bundesregierung (1996) hat ergeben, dass bei

2 Vgl. zu den Grundlagen des Sozio-ökonomischen Panels: Projektgruppe Panel (1995).

spielsweise die durchschnittliche wöchentliche Beanspruchung der ehrenamtlichen Mitarbeiter in den Sportvereinen in Westdeutschland bei rund vier Stunden liegt, in Ostdeutschland bei ca. fünf Stunden (vgl. hierzu auch Beher u.a. 2000, 157ff.). Für den Umwelt- und Naturschutz wurden durchschnittlich sechs Wochenstunden angenommen.

Tab. 7: Ehrenamtlich Tätige in Ost- und Westdeutschland von 1985 bis 1996 (in Prozent)

	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1985	1988	1992	1994	1996	1992	1994	1996
hochgerechnet in Tsd.	12.466	14.125	14.154	15.630	16.679	2.618	2.455	3.172
in % aller Personen (älter als 16 Jahre)	25,3	27,8	27,2	30,1	34,7	20,8	19,1	24,6
regelmäßig	15,4	16,3	14,8	15,3	17,5	10,6	10,3	11,6
dar.: jede Woche	8,5	9,3	7,6	7,9	8,6	4,3	3,6	4,6
dar.: jeden Monat	6,9	7,0	7,2	7,4	8,9	6,3	6,7	7,1
seltener	9,9	11,5	12,4	14,8	17,2	10,2	8,8	13,0

Quelle: Erlinghagen u.a. (1997, 33)

Eine Umfrage der Bundesregierung (1996, 4ff.) bei rund 200 Dach- oder Spitzenverbänden aus allen gesellschaftlichen Bereichen gibt Aufschluss über den Umfang und die Verteilung ehrenamtlicher Tätigkeiten (vgl. Tab. 8).

Hinsichtlich der finanziellen Vergütung ehrenamtlicher Tätigkeiten liegen nur unvollständige Informationen vor. Die Umfrage der Bundesregierung (1996, 13f.) lässt allerdings für einzelne Bereiche exemplarische Aussagen zu: Mitarbeiter von Seniorenbüros erhalten im Allgemeinen eine Kostenerstattung von monatlich rund 50 DM. Gut ein Drittel der ehrenamtlichen Übungsleiter und Trainer in Sportvereinen bekommt keine Vergütung, ein Viertel von ihnen erhält eine Aufwandsentschädigung und knapp zwei Fünftel erhalten eine „Übungsleiterpauschale“. Insgesamt ergab die Auswertung der Bundesregierung, dass

„der weitaus überwiegende Teil der Ehrenamtlichen ohne jegliches Entgelt oder mit nur geringen Kostenerstattungen oder Aufwandsentschädigungen arbeitet. Meist decken diese Erstattungen den Kostenaufwand nur zum Teil ab. (...) Der Eigenaufwand ist je nach Tätigkeitsfeld unterschiedlich und kann nicht generell beziffert werden. Praxisberichte verweisen darauf, daß viele Ehrenamtliche im Rahmen ihrer Tätigkeit regelmäßig eigene Mittel einsetzen, ohne hierfür einen Auslagenersatz zu verlangen. Nach Einschätzung der erfaßten Organisationen werden zwischen 20 und 80% der für die ehrenamtliche Tätigkeit entstehenden Kosten durch die ehrenamtlich Tätigen selbst erbracht“ (Bundesregierung 1996, 14).

Betrachtet man die Verteilung der ehrenamtlich Tätigen auf verschiedene Berufsgruppen, so ergibt sich ein sehr differenziertes Bild: 32 Prozent der Beamten sind ehrenamtlich tätig; bei den Selbstständigen beträgt der Anteil 26 Prozent, bei den Rent-

nern und Pensionären 19 Prozent. Hausfrauen und Angestellte sind jeweils zu 18 Prozent ehrenamtlich engagiert, Arbeiter zu 15 Prozent und Arbeitslose zu 13 Prozent. Bei Schülerinnen und Schülern sowie Studentinnen und Studenten wird der Anteil der ehrenamtlich Tätigen mit 6 Prozent beziffert, wobei bei dieser Gruppe von einer statistischen Untererfassung auszugehen ist (vgl. Schwarz 1996d, 264). In einer Repräsentativbefragung gab in Niedersachsen jeder fünfte Jugendliche an, ehrenamtlich tätig zu sein. Der Zeitaufwand lag im Schnitt bei 3,8 Stunden in der Woche. Überdurchschnittlich stark engagierten sich Gymnasiasten, vergleichsweise wenig dagegen Hauptschüler (vgl. Bundesregierung 1996, 12f.).

Tab. 8: Anzahl der Ehrenämter Mitte der 90er Jahre, nach Aufgaben aufgeschlüsselt

Ehrenamt in Sportvereinen	2.500.000
Leiter von Kinder- und Jugendgruppen	600.000
Elternbeiräte in Schulen	1.000.000
Schülersprecher/Klassensprecher	750.000
Elternvertreter in Kindergärten	150.000
Ehrenamt in Seniorenverbänden	154.000
Freie Wohlfahrtspflege mit ihren Spitzenverbänden Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden	1.700.000
Stadträte/Gemeinderäte	207.000
Kreistage	22.200
Sachkundige Bürger und Beiräte	8.500
Wahlhelfer	700.000
Volkszähler	510.000
Schöffen/ehrenamtliche Richter	80.000
Schiedsmänner/-frauen	10.000
Ehrenamt Katholische Kirche	2.000.000
Ehrenamt Evangelische Kirche	694.000
Johanniter Krankenhilfe	24.000
Arbeiter-Samariter-Bund	7.200
Malteser Hilfsdienst	31.000
Malteser Jugend	7.300
Technisches Hilfswerk	65.000
DLRG	116.000
Feuerwehr	1.400.000
Ehrenamtliche Tätigkeit im Umweltschutz	175.000

Quelle: eigene Zusammenstellung nach Bundesregierung (1996, 6ff.)

Insgesamt nimmt die Bereitschaft zu ehrenamtlichen Tätigkeiten mit wachsendem Bildungsgrad und steigender beruflicher und sozialer Stellung zu: Personen ohne Berufsabschluss sind unterdurchschnittlich, Personen mit Hochschulabschluss überdurchschnittlich aktiv (vgl. Erlinghagen u.a. 1997, 18f.). Vor allem für das *politische* Ehrenamt zeigt sich (vgl. Braun/Röhrig 1986, 75; Heinze/Keupp 1998, 156; Notz 1998): Der „durchschnittlich“ ehrenamtlich Tätige ist männlich, mittleren Alters, hat eine gute Schul- und Berufsausbildung und geht einer Vollzeitbeschäftigung als Angestellter oder Beamter nach. Die Motive und Motivationen für die Übernahme eines politischen Ehrenamtes dürften weniger vom „Helfer-Syndrom“ geprägt sein, als es bei der sozialen ehrenamtlichen Betätigung der Fall ist.

Das *soziale* Ehrenamt wird vor allem von (Haus-)Frauen ausgeübt (vgl. Kammerer/Deutsch 1986, 202; Notz 1998) und weist gewisse Parallelen zur Haushaltswirtschaft auf: „Wie Hausarbeit ist diese pflegende, betreuende, kommunikative und alltagspraktische Arbeit oft endlos und ergibt allenfalls geringfügige nach außen sichtbare Erfolgserlebnisse“ (Backes 1985a, 90). Im Vordergrund steht für die Frauen, sich soziale Anerkennung zu verschaffen und Kommunikationsnetze aufzubauen; nicht selten wird die ehrenamtliche Hilfe auch als möglicher Einstieg in eine Erwerbstätigkeit angesehen, die die Frauen nach einer „familialen Pause“ wieder anstreben.

„Ein wesentlicher, von Frauen oft genannter Kritikpunkt am sozialen Ehrenamt besteht darin, daß grundsätzlich die Möglichkeit der eigenen psychischen, emotionalen und sozialen Erfüllung gegeben ist, diese Form jedoch tabuisiert wird. Ehrenamt soll ausschließlich um der selbstlosen Liebe willen geleistet werden. Persönliche Motivation und das Bedürfnis, durch diese Arbeit auch selbst weiterzukommen, sollen hinter der karitativen Motivation zurückstehen. Die begrenzte Beteiligung an der Gestaltung des Ehrenamtes wird nicht selten auch damit legitimiert“ (Backes 1985b, 391).

In zahlreichen Publikationen (vgl. u.a. Aves 1973; Niedrig 1977; Notz 1998) wird das soziale Ehrenamt vorwiegend als Domäne der Frauen im mittleren Alter zwischen 40 und 65 Jahren beschrieben, die außerdem noch eine starke Kirchenbindung aufweist (vgl. Braun/Röhrig 1987, 71; Heinze/Keupp 1998, 155). Einer empirischen Untersuchung von Notz (1989, 143ff.) zufolge gehen Frauen fast aller Altersgruppen und unabhängig vom Erwerbsstatus einem sozialen Ehrenamt nach. Männer sind vor allem in der offenen Jugend-, Straffälligen-, Suchtkrankenhilfe und der Bahnhofsmision ehrenamtlich tätig.

Das soziale Ehrenamt befindet sich seit einigen Jahren in einem grundlegenden Strukturwandel. Hierfür gibt es eine Reihe von Gründen: *Erstens* sind immer mehr Frauen erwerbstätig; *zweitens* ist die Bereitschaft, sich dauerhaft und kontinuierlich in traditionelle Organisationen ehrenamtlich einzubringen, rückläufig. Allerdings ist das Bedürfnis gewachsen, sich für eine bestimmte Frist und räumlich begrenzt zu engagieren. Ehrenamtliches Engagement „basiert auf bewußten Entscheidungen für bestimmte Tätigkeiten, die in Hinblick auf Inhalt der Tätigkeit, zeitlichen Einsatz u.ä. immer wieder neu überdacht und verändert werden können. Eine wesentliche Folge dieser Entwicklung ist die Pluralisierung von Motiven: wann sich jemand in einer bestimmten Form und Tätigkeit engagiert, variiert zwischen den Personen, aber auch bei einer Person im Lebenslauf“ (Heinze/Keupp 1998, 156). Die Motive und Motiva-

tionen für eine ehrenamtliche Tätigkeit sind kurzfristiger und nutzenorientierter geworden. Letztere wird nicht mehr als Akt der „selbstlosen Liebe“ angesehen, sondern als Möglichkeit, die eigenen Potentiale zu entfalten und den Erfahrungshorizont zu erweitern. Nach Abschluss dieses Prozesses kann die Entscheidung stehen, sich wieder anderen Arbeits- und Lebensbereichen zuzuwenden (vgl. Evers 1986, 21). Es kann also aus solchen strukturellen Veränderungen nicht gefolgert werden, dass das ehrenamtliche Engagement insgesamt rückläufig ist (vgl. auch Heinze u.a. 1999, 193).

3.3.5 Bürgerinitiativen und politische Organisationen

Zum vierten Bereich der Selbsthilfeökonomie zählen die Bürgerinitiativen, die Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in der Bundesrepublik als Folge der Unzufriedenheit vieler Bürger mit den Entscheidungen staatlicher Organe entstanden sind. Bürgerinitiativen bilden Zusammenschlüsse von Menschen, die aus einer gemeinsamen Betroffenheit heraus ihre Interessen anerkannt und berücksichtigt sehen wollen. Dabei geht es ihnen um bessere Lebens- und Wohnbedingungen, die Beteiligung an staatlicher Planung und um die Bewahrung von Natur und Umwelt.

Nach INFAS waren 1973 etwa 3 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung über 18 Jahren in einer Bürgerinitiative engagiert (vgl. Christiansen/Lehmann 1976, 95). 1984 waren es nach der Erhebung von Braun/Röhrig (1986, 74) schon 4,5 Prozent, die sich in Bürgerinitiativen betätigten. 1993 gaben in einer Umfrage von ipos 5 Prozent der Westdeutschen und 2 Prozent der Ostdeutschen an, Mitglied in einer Bürgerinitiative zu sein (vgl. Wiesendahl 1995, 59ff.). Nach den Ergebnissen des Sozio-Ökonomischen Panels fallen die Werte für Westdeutschland allerdings um einiges geringer aus. Ihnen zufolge waren 1993 nur 2 Prozent der Westdeutschen Mitglied in einer Bürgerinitiative, während in Ostdeutschland ebenfalls 2 Prozent Aktive ermittelt wurden (vgl. Schröder 1994, 556).

Rechnet man die Angaben des Sozio-Ökonomischen Panels hoch, ergibt sich für 1996, dass rund 900.000 Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren in Westdeutschland kontinuierlich in Bürgerinitiativen mitarbeiten; in Ostdeutschland sind es ca. 200.000 Männer und Frauen. Interessant ist dabei, dass – ähnlich wie bei den berufsbezogenen Vereinigungen – Männer in Westdeutschland dreimal häufiger als Frauen in solchen Initiativen vertreten sind (vgl. Schröder 1994). Zudem lässt sich, wie bei der Nachbarschaftshilfe, unter den Mitgliedern der Bürgerinitiativbewegung eine Mittelschichtzentriertheit feststellen.

Bei den politischen Parteien liegt die Beteiligung 1993 bei 5 Prozent der westdeutschen und bei 3 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung (vgl. Schröder 1994, 556). Gut zwei Drittel der westdeutschen Bundesbürger wenden wöchentlich etwa zwei Stunden auf, der Rest engagiert sich in der Woche mehr als zwei Stunden (vgl. Braun/Röhrig 1986, 74; Braun 1987, 23). In den Gewerkschaften beteiligen sich 1993 17 Prozent der Westdeutschen und 25 Prozent der Ostdeutschen. Während in Westdeutschland die Beteiligungsrate seit zehn Jahren relativ konstant bleibt, ist sie in Ostdeutschland innerhalb von nur drei Jahren von 46 auf 25 Prozent gefallen.

Backes (1985a) bezeichnet die freiwillige Tätigkeit in politischen und berufsbezogenen Organisationen als „typisches Männer-Ehrenamt“, weil sie im Gegensatz zum sozialen Ehrenamt sehr viel mehr Aspekte von Erwerbsarbeit beinhaltet und mit Planungs-, Organisations-, Beratungs- und Entscheidungsfunktionen verbunden ist.

„Es ist für die Akteure meist mit weitaus mehr materiellen und immateriellen Gratifikationen verbunden als das soziale Ehrenamt. Hierzu gehören: Macht, Einfluß und Vorteile für das berufliche Weiterkommen sowie soziale Anerkennung. Es erfordert eher berufsbezogene Qualifikationen und ähnelt in Inhalten, Form und gesellschaftlicher Anerkennung eher relativ qualifizierten beruflichen Positionen. Die Aufwandsentschädigungen sind häufig recht hoch, die Arbeit kann nicht selten während der Arbeitszeit mitgeleistet werden. Außerdem handelt es sich nicht selten um weniger aufreibende und gleichzeitig mit mehr Freiheitsgraden und Möglichkeiten der persönlichen Befriedigung verbundene Formen des Ehrenamtes“ (Backes 1985a, 91).

Das Interesse an der Mitgliedschaft in berufsbezogenen und politischen Organisationen dürfte davon geprägt sein, das Ehrenamt positiv in die Erwerbslaufbahn und -biographie zu integrieren. Außerdem ist mit dieser Tätigkeit auch der Gedanke verbunden, verändernd und gestaltend auf gesellschaftliche Zustände einzuwirken. In den berufsbezogenen und politischen Vereinigungen ist daher der Anteil der Männer mehr als viermal so hoch wie der der Frauen.

3.3.6 Ökologische Wirkungen der Selbsthilfeökonomie

Im Unterschied zur Haushalts- und Selbstversorgungswirtschaft liegen zur Selbsthilfeökonomie und deren ökologischen Wirkungen bisher keine empirischen Analysen vor. Besonders die Nachbarschaftshilfe ist daraufhin zu untersuchen, ob und inwieweit sie durch Professionals unterstützt werden sollte, um eine verbesserte Ökobilanz zu gewährleisten. Dafür müssten allerdings zunächst die informell erbrachten Leistungen in Relation zu den professionellen Diensten gesetzt werden. Offenbar werden die ökologischen Effekte der Selbsthilfe und der ehrenamtlichen politischen und sozialen Tätigkeit als umweltverträglich angesehen, da sie bislang nicht näher untersucht worden sind. Dies wäre jedoch im Rahmen einer vergleichenden Erhebung geboten.

3.4 Auslagerung von formeller Erwerbsarbeit in die informelle Ökonomie und umgekehrt

In den zurückliegenden Jahren hat es vielfältige Trends zur Verlagerung formeller Aktivitäten in die informelle Ökonomie gegeben und umgekehrt; damit verbunden sind Veränderungen innerhalb der Erwerbsarbeit, die möglicherweise sogar zu Entlassungen geführt haben. Allerdings lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine eindeutige Bilanz zu den positiven und negativen Beschäftigungseffekten ziehen, da unter Umständen auf der einen Seite einzelne Leistungen im formellen Sektor abgebaut, auf der anderen Seite aber neue Arbeitsfelder geschaffen wurden.

Tab. 9: Auslagerung von formellen Tätigkeiten in die informelle Ökonomie und umgekehrt

<i>1. SUBSTITUTION FORMELLER DIENSTLEISTUNGEN DURCH INFORMELLE AKTIVITÄTEN IN DEN PRIVATEN HAUSHALTEN</i>		
Sport im Verein	⇒	Gymnastik, Joggen, Fitnesstraining etc. zu Hause oder außer Haus
Kinobesuche	⇒	Fernsehen, Eigenproduktion von mentalen Dienstleistungen (Video etc.)
Besuch von Sportveranstaltungen	⇒	Fernsehen und andere Medien
Besuch von Theater, Oper, Volkshochschule	⇒	Mediennutzung und Weiterbildung/Unterrichtung in Eigenarbeit
Besuch von Gaststätten	⇒	Einladungen, Besuche zu Hause, Hobbykochen
Körperpflege durch das Friseurgewerbe	⇒	Körper- und Schönheitspflege zu Hause
Öffentlicher Nahverkehr	⇒	Nutzung des eigenen Autos
Bus-, Bahnreisen	⇒	Reisen mit dem privaten Kraftfahrzeug
Beherbergung in Gaststätten und Hotels	⇒	(Dauer-)camping und -caravanning, Ferienwohnungen und -häuser
Banken und Tankstellen	⇒	Self-Service bei der Autowäsche und beim Tanken, Self-Service am Kontoauszugsdrucker und beim Geldabheben
Erwerbsarbeit in formellen Organisationen	⇒	Telearbeit im privaten Haushalt
Lernen in privaten und öffentlichen Weiterbildungseinrichtungen	⇒	Self-Learning durch Internet und CD-ROM
<i>2. SUBSTITUTION VON GÜTERBEZOGENEN DIENSTLEISTUNGEN DES HANDWERKS DURCH DO-IT-YOURSELF</i>		
Kfz-Handwerk	⇒	Reparatur von Kraftfahrzeugen in Eigenarbeit
Maler-, Tapezier- und Lackier-, Fliesenleger- und Bodenverleger-Handwerk	⇒	Wohnungsrenovierung durch informelle Eigenleistungen
Maurer- und Elektro-Handwerk	⇒	Neubau oder Modernisierung eines Hauses bzw. einer Wohnung in Eigenarbeit
<i>3. GEGENLÄUFIGE TRENDS</i>		
Kochen mit frischen Lebensmitteln	⇒	Kauf von Tiefkühlkost, Essen in Fast-Food-Restaurants, Belieferung mit Mahlzeiten durch Bring-Dienste (z.B. Pizzaservice, Essen zum Mitnehmen (z.B. China-Restaurants)
Betreuung älterer Menschen in der Familie	⇒	stationäre Betreuung in Alteneinrichtungen
Waschen in privaten Haushalten	⇒	Nutzung von Münz-Wäschereien

Quelle: eigene Zusammenstellung

Im Folgenden sollen einige Entwicklungen nachgezeichnet werden: Bei den *konsumbezogenen Dienstleistungen* hat es eine Reihe von Auslagerungen in die informelle Ökonomie der privaten Haushalte gegeben, indem Leistungen durch Güter ersetzt wurden, die von den Unternehmen der formellen Ökonomie angeboten werden: Die Waschmaschine ersetzt die Wäscherei, der Fernsehapparat, das Radio, die Hi-Fi-Anlage, der Camcorder, der Videorecorder treten an die Stelle des Kino- oder Theaterbesuchs. Außerdem werden konsumbezogene Dienstleistungen durch Do-it-yourself-Aktivitäten verdrängt; hierzu werden wiederum Produkte, Geräte usw. aus dem formellen Sektor benötigt und entsprechend eingesetzt.

Parallel zur Verlagerung bestimmter Dienstleistungen in die privaten Haushalte wachsen neue Bedürfnisse nach konsumbezogenen Dienstleistungen, wenn beispielsweise Windsurfing-Schulen, Squash-, Bodybuilding- und Sonnen-Studios besucht oder wenn vorhandene Güter (u.a. Fertiggerichte, Tiefkühlkost) und Dienste (mehr Restaurantbesuche, mehr Urlaubsreisen) vermehrt nachgefragt werden.

Auch *distributive Dienstleistungen* werden ausgelagert. Diese umfassen die Warenverteilung sowie die Personen- und Güterbeförderung. So werden z.B. im Einzelhandel, bei den Banken und Tankstellen sowie im Gaststätten- und Hotelgewerbe bestimmte Dienstleistungen durch Selbstbedienung ersetzt. Was die *personenbezogenen Dienstleistungen* angeht, so wurden seit Mitte der 70er Jahre vor allem die psychosozialen Leistungen verstärkt in Selbsthilfeaktivitäten überführt.

4 Umfang und Entwicklung der informellen Ökonomie in der Bundesrepublik Deutschland

4.1 Methoden zur Erfassung der informellen Ökonomie

4.1.1 Der Ansatz des Statistischen Bundesamtes

Die Debatte darüber, wie die unentgeltlich und großenteils unsichtbar geleisteten Aktivitäten in der informellen Ökonomie gemessen und bewertet werden können, hält schon lange an. Nachdem in anderen europäischen Ländern und in den USA seit etwa Ende der 60er Jahre hierzu bereits zahlreiche Studien vorgelegt worden sind (als Überblick vgl. Goldschmidt-Clermont 1982), hat das Statistische Bundesamt (1995a, b, c, d) in den Jahren 1991/92 in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder Daten zum Zeitbudget der privaten Haushalte erhoben und vergleichend gegenübergestellt. Der Stichprobenumfang lag bei 10.000 Personen in 7.200 Privathaushalten. Als Schichtungsmerkmale wurden Haushaltsgröße, Alter des jüngsten Kindes, Erwerbstätigkeit der Haushaltsmitglieder, Stellung im Beruf (für den Hauptverdiener) und Gemeindegröße ausgewählt (vgl. Statistisches Bundesamt 1995a; Ehling/Bihler 1996, 247ff.).

Diese Merkmale wurden zu einem Satellitensystem „Haushaltsproduktion“ zusammengefasst, um die in der informellen Ökonomie hergestellten Güter und Dienstleistungen in ihrer Gesamtheit zu ermitteln. Damit ging der Erfassungsbereich weit über das hinaus, was bisher im Bruttosozialprodukt ausgewiesen wurde. Um beide Konzepte sinnvoll verknüpfen zu können, sollte sich das Satellitensystem bei vergleichbaren Tatbeständen an der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung orientieren, indem ähnliche Definitionen und Bewertungsmaßstäbe zugrunde gelegt wurden.

Das Statistische Bundesamt versuchte mit einer Aktivitätenliste, die unentgeltlich geleistete Produktion von Gütern und Dienstleistungen zu systematisieren (vgl. Ehling/Bihler 1996, 243ff.; Schäfer/Schwarz 1996, 15ff.; Schwarz 1996a, 70ff.). Zur Haushaltsproduktion zählen folgende Aktivitätsbereiche:

- hauswirtschaftliche Tätigkeiten (u.a. Zubereitung von Mahlzeiten, Tischdecken, Geschirreinigung, Wäschepflege, Wohnungsreinigung, Pflanzen- und Tierpflege, Einkäufe, Behördengänge, Organisation, Wegezeiten);
- handwerkliche Tätigkeiten (darunter Reparatur von Autos, Herstellung und Reparatur von Gebrauchsgütern, Bauen und Renovieren);
- Pflege und Betreuung von Personen (u.a. Kinderbetreuung, Betreuung von Pflegebedürftigen, Fahrdienste, Wegezeiten);
- Ehrenämter und soziale Hilfeleistungen.

Zur Erfassung der Haushaltsproduktion wurde vom Statistischen Bundesamt (Schäfer/Schwarz 1996, 49ff.) sowohl die Marktpreis- als auch die Opportunitätskostenme-

thode herangezogen. Die *Opportunitätskostenmethode* beruht auf der Annahme, der Einzelne könne nach ökonomisch-rationalen Kriterien zwischen der formellen Erwerbstätigkeit und den informellen Aktivitäten im privaten Haushalt entscheiden. Hausarbeit wird nur dann ausgeführt, wenn die informell geschaffenen Werte fast ebenso hoch eingeschätzt werden wie der Verdienst, der in der gleichen Zeit mit einer Erwerbstätigkeit in der formellen Ökonomie erzielt werden könnte. Nach diesem theoretischen Modell ist der Umfang der Haushaltswirtschaft das Produkt aus der Arbeitszeit im Haushalt und dem vergleichbaren Stundenverdienst im formellen Erwerbssystem. Danach läge der Wert der Hausarbeit, die von einer höher qualifizierten und besser bezahlten Person erledigt wird, über dem Wert, den eine Person ohne Berufsausbildung erzielen kann. Das Opportunitätskostenprinzip sagt also mehr über die berufliche Qualifikation als über den Wert der Hausarbeit aus.

Die *Marktpreismethode* geht von einzelnen Hausarbeitsaktivitäten aus und versucht, diese mit den „Marktkosten“, d.h. mit dem Lohn einer entsprechenden Ersatzkraft aus der formellen Ökonomie, zu bewerten. Dabei ist von zwei unterschiedlichen Möglichkeiten auszugehen:

1. Es kann das Gehalt einer Hausangestellten, die für die vielfältigen Haushaltsaktivitäten ganz allein verantwortlich ist, zugrunde gelegt werden (*Generalistenmethode*). Diese Methode ist eigentlich am gebräuchlichsten, um die Wertschöpfung der Haushaltswirtschaft zu messen. Allerdings fehlt es gegenwärtig an allgemeingültigen Daten zu den Arbeitszeiten und Vergütungen von Hausangestellten.
2. Daneben können die einzelnen Haushaltstätigkeiten aber auch mit den Löhnen von spezialisierten Arbeitskräften wie z.B. Küchenangestellten, Putzhilfen oder Handwerkern veranschlagt werden (*Spezialistenmethode*). Bei diesem Ansatz könnten freilich die Löhne überbewertet werden, denn Spezialisten sind wesentlich produktiver und können außerdem auf bessere Arbeitsgeräte zurückgreifen. Deshalb sind die Lohnsätze aus der formellen Ökonomie nur bedingt und mit gewissen Abstrichen auf die Tätigkeiten in der Haushaltswirtschaft übertragbar. Vergleichbare Löhne für Beschäftigte in der informellen Ökonomie sind nicht bekannt.

4.1.2 Kritische Anmerkungen zum Ansatz des Statistischen Bundesamtes

Vor allem von Frauenforscherinnen wird kritisiert, dass mit dem Begriff der Haushaltsproduktion die Unverwechselbarkeit der Hausarbeit nicht ausreichend wiedergegeben würde. Für Kettschau (1990) scheint sich mit der Diskussion über die Haushaltsproduktion „ein Schleier über Hausarbeit als Frauenarbeit zu legen. Schon die Begrifflichkeit abstrahiert von der Alltäglichkeit der Orts- und Personenbindung, die im Wort ‚Hausarbeit‘ enthalten ist: Haushaltsproduktion verknüpft den Haushalt als Institution mit der Kombination von Zeit, Humankapital, Gebrauchs- und Verbrauchsgütern zum Zwecke der Endnutzenerzeugung. Wenn dann gar der Konsument in der häuslichen Ein-Mann-Fabrik ans Werk geht, erfährt die Hausarbeiterin eine nicht nur semantische Geschlechtsumwandlung. Als Haushaltsproduktion wird Hausarbeit – wissenschaftstheoretisch – verallgemeinert und damit vermännlicht“ (Kettschau 1990, 124).

Ein weiterer Aspekt, der im Modell des Statistischen Bundesamtes nicht angemessen berücksichtigt worden sei, betrifft die Mehrfachaktivitäten (vgl. Schweitzer 1990, 20; Kettschau 1990, 117ff.). Das Spezifische an der Hausarbeit sei gerade das „vermischte Tun“ (Ostner/Schmidt-Waldherr 1983), d.h. die Ausführung mehrerer Tätigkeiten gleichzeitig. Hierdurch entstünden Belastungen und Zäsuren, die den Tagesablauf der (Haus-)Frauen immer wieder unterbrechen und zersplittern. Von Schweitzer (1990, 22) schlägt nun vor, Tätigkeiten, die in Verbindung mit Kleinkindern, Behinderten und Kranken, oder die unter Zeitdruck vorgenommen werden, mit sogenannten Belastungs- und Gewichtungsfaktoren zu versehen, um auf diese Weise Doppel- und Dreifachbelastungen erfassen zu können.

4.2 Die Bereiche der informellen Ökonomie und der Versuch ihrer Erfassung und Bewertung

4.2.1 Schätzungen zur Wertschöpfung privater Haushalte in der Haushaltswirtschaft

(a) Der Zeitaufwand in der Haushaltswirtschaft

In der Vergangenheit wurde sowohl in deutschen als auch in angelsächsischen Studien eine Vielzahl von Schätzungen vorgelegt, mit denen das gesamtwirtschaftliche Volumen der informellen Tätigkeiten beschrieben werden sollte. Je nachdem, wie umfassend die Haushaltswirtschaft jeweils definiert wurde, weichen die Schätzungen voneinander ab. Gemessen wird im Allgemeinen der Zeitaufwand für die unentgeltlich erbrachten Hausarbeiten, die anschließend entweder mit der Marktpreis- oder der Opportunitätskostenmethode bewertet werden.

Von Schmucker (1961, 19ff.) wurde erstmalig für das Bundesland Bayern geschätzt, wie viele Stunden verheiratete Frauen im Durchschnitt für ihre Hausarbeit (ohne Kinderbetreuung) aufwendeten: Bezogen auf die rund 9,4 Mio. bundesdeutschen Hausfrauen, die 1958 etwa sieben Stunden am Tag im Haushalt arbeiteten, hätte der jährliche Arbeitsaufwand bei ca. 6 Mrd. Stunden gelegen. Wären den Hausfrauen pro Stunde 1,50 bis 2,- DM gezahlt worden, so hätte die Wertschöpfung der privaten Haushalte bei 9 bis 12 Mrd. DM gelegen, die damit lediglich 34 bis 45,3 Prozent der damaligen gesamten Bruttowertschöpfung entsprochen hätte.

Im Vergleich zum relativ eingeschränkten Betrachtungswinkel bei Schmucker (1961) versuchte Adatia (1980, 129ff.), ihre Schätzung auf den gesamten Haushaltsbereich auszuweiten. Nach ihrer Studie hat sich zwischen 1961 und 1977 der jährliche Zeitaufwand für die Arbeiten im Haushalt um 19,0 Prozent erhöht, und zwar von 42 auf 50 Mrd. Stunden. Für männliche Ein-Personen-Haushalte veranschlagt sie einen wöchentlichen Arbeitszeitaufwand von 20 Stunden; für weibliche Ein-Personen-Haushalte berechnet sie 25 Stunden, für Zwei-Personen-Haushalte 40 Stunden und für Drei- und Mehr-Personen-Haushalte 50 Stunden. Allerdings geht sie von einem Zeitbudget aus, das sich in der Zeit von 1961 bis 1977 nicht verändert hat. Beide Annah-

men werden nicht erläutert, so dass sie zweifellos nur eine gewisse Annäherung darstellen können.

Aus den Angaben von Keller (1984, 159) hat Döhrn (1990, 58f.) für die Haushaltswirtschaft in der Bundesrepublik eine gesamte Arbeitsleistung von 51,2 Mrd. Stunden pro Jahr berechnet. Aus der Umfrage von Kössler (1984b, 114ff.), die 1983 als Zusatzerhebung zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Baden-Württemberg bei ausgewählten Haushalten durchgeführt wurde, leitet er einen jährlichen Arbeitsaufwand von 56,8 Mrd. Stunden ab. Die Grundgesamtheit für die Berechnungen von Adata (1980), Keller (1984) und Kössler (1984a; 1984b) ist jeweils die Zahl der Haushalte.

Nach der Studie von Hilzenbecher (1986, 122) lassen sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Hausarbeitszeiten ermitteln. 1982 gab es ca. 14,3 Mio. Hausfrauen und rund 10,2 Mio. Frauen, die einer Erwerbsarbeit nachgingen. Unterstellt wird ferner ein wöchentlicher Zeitaufwand für Haushaltsaktivitäten von 45,2 Stunden für erwerbstätige und von 62,8 Stunden für nicht-erwerbstätige Frauen. Auf alle Frauen in der Bundesrepublik hochgerechnet, ergibt sich für 1982 ein Zeitaufwand von ca. 62,5 Mrd. Stunden, wobei von 46 Wochen ausgegangen wird, in denen Hausarbeit geleistet wird. Hinzu kommen noch die Arbeiten im Haushalt, die von den Männern erledigt werden. Diese nahmen nach der Untersuchung von Krüsselberg u.a. (1986, 205) wöchentlich 8,2 Stunden bei erwerbstätigen und 6,4 Stunden bei nicht-erwerbstätigen Männern in Anspruch. 1982 übten 16,0 Mio. Männer eine Erwerbsarbeit aus; 5,5 Mio. Männer waren arbeitslos, Rentner oder Hausmänner. Auf die Bundesrepublik hochgerechnet erhält man rund 7,6 Mrd. Stunden. Summa summarum ergab sich also 1982 für die Haushaltswirtschaft ein Zeitaufwand von 70,1 Mrd. Stunden.

Andere Hochrechnungen gelangten dagegen zu einem wesentlich geringeren Zeitbudget. So ermittelten Petry/Wied-Nebbeling (1987, 122) einen „notwendigen“ Aufwand pro Jahr von nur rund 43 Mrd. Stunden. Sie gingen von einem zeitlichen Bedarf von zwei Stunden pro Tag (ohne Kinderbetreuung) aus, den sie dann auf alle 61,6 Mio. Haushaltsmitglieder in der Bundesrepublik hochgerechnet haben. Würde aus den Untersuchungen von Hilzenbecher (1986) und Krüsselberg u.a. (1986) die Kinderbetreuung herausgerechnet werden, ergäbe sich für die materielle Hausarbeit zuzüglich der Einkaufstätigkeit ein jährlicher Arbeitsaufwand von 44,3 Mrd. Stunden.

Nach der Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamtes (Schäfer/Schwarz 1996) hatten 1992 alle Personen ab dem zwölften Lebensjahr in Deutschland 95,5 Mrd. Stunden an unbezahlter Arbeit geleistet – 76,5 Mrd. Stunden im früheren Bundesgebiet und 19 Mrd. Stunden in den neuen Bundesländern. Rund 76 Prozent davon entfielen auf hauswirtschaftliche Tätigkeiten, 11 Prozent auf die Pflege und Betreuung von Personen, 9 Prozent auf handwerkliche und 4 Prozent auf ehrenamtliche Tätigkeiten (vgl. Schwarz 1996d, 265). Das gesamte unbezahlte Arbeitszeitvolumen liegt um rund 59 Prozent über dem der bezahlten Erwerbsarbeit, die 1992 auf etwa 60 Mrd. Stunden beziffert wurde. Etwa zwei Drittel der unbezahlten Arbeit wurden dabei von Frauen geleistet.

Die einzelnen Berechnungen zum jährlichen Zeitaufwand für die Haushaltswirtschaft weichen also in aller Regel doch nicht so stark voneinander ab, wie man auf den ersten Blick meinen könnte. In drei Punkten bestehen allerdings grundlegende Differenzen zwischen den diversen Studien, nämlich

- a) in der *Untersuchungsmethode*: Die Daten werden entweder durch ein Tagebuch, in das die Befragten tagtäglich die Art und Dauer ihrer Tätigkeit im Haushalt eintragen, oder durch eine schriftliche Befragung (inklusive Interview) erhoben, bei der die Befragten ex post angeben müssen, wie viel Zeit sie für bestimmte Haushaltsarbeiten am Vortag aufgewandt haben.
- b) im *Umfang der Hausarbeit*: Je nach Untersuchung beziehen sich die Schätzungen auf die Hausarbeit im engeren Sinne, indem nur die materielle Hausarbeit (mit oder ohne Konsumarbeit) ermittelt wird, oder sie basieren auf einer erweiterten Betrachtungsebene, sofern auch die Betreuung von Kindern mit einbezogen wird.
- c) in der *Grundgesamtheit*: Der jährliche Arbeitszeitaufwand wird entweder auf verschiedene soziale Haushaltstypen (z.B. Ein-Personen-Haushalte, Zwei- oder Mehr-Personen-Haushalte) oder auf einzelne Haushaltsmitglieder (Frauen, Männer, Kinder) bezogen.

Die Zeitbudgetanalysen beschreiben die zeitlichen Dimensionen der Haushaltswirtschaft häufig noch sehr ungenau. Was fehlt, sind Längsschnittuntersuchungen, anhand derer feststellbar wäre, wie sich die zeitlichen Bestandteile in den einzelnen Bereichen der Haushaltswirtschaft über die Jahre hinweg verändern und neu gewichten. Versucht man in einer ersten Annäherung, die informelle Haushaltswirtschaft mit der formellen Erwerbsarbeit zu vergleichen, so wird von den Frauen für die Arbeiten im Haushalt etwa viermal soviel Zeit aufgewendet wie für die Erwerbsarbeit in der formellen Ökonomie. Bei den Männern verhält es sich dagegen genau umgekehrt: Sie verbringen nur knapp ein Drittel ihres gesamten Zeitvolumens im Haushalt und mehr als zwei Drittel im Büro, im Betrieb oder in der Behörde. Der Vergleich von Erwerbs- und Hausarbeit (inklusive Kinderbetreuung) macht außerdem deutlich, dass Männer und Frauen für die Haushaltswirtschaft rund drei Fünftel und für die entlohnte und erwerbsmäßig geleistete Arbeit ungefähr zwei Fünftel der Zeit aufwenden.

Tab. 10: Schätzungen zum zeitlichen Aufwand für die informelle Haushaltswirtschaft und die formelle Erwerbsarbeit 1992 in Ost- und Westdeutschland (in Mrd. Stunden)

	MÄNNER	FRAUEN	INSGESAMT
Erwerbsarbeit	45,0	15,0	60,0
Haushaltswirtschaft*	20,8	62,3	83,1
Insgesamt	65,8	77,3	143,1

* ohne handwerkliche Tätigkeiten, Ehrenamt und soziale Hilfeleistungen

Quelle: Schäfer/Schwarz (1996, 41f.); eigene Berechnungen

(b) *Wertschöpfung der Haushaltswirtschaft*

Multipliziert man den Arbeitsaufwand im Haushalt mit dem fiktiven Stundenlohnsatz einer Hausangestellten oder eines Industriearbeiters, erhält man die Wertschöpfung der Haushaltswirtschaft. So kamen Petry/Wied-Nebbeling (1987, 123) in ihrer Minimalschätzung (ohne Betreuung von Kindern) mit 43 Mrd. Stunden zu einer Bruttowertschöpfung von etwa 572 Mrd. DM, wobei sie einen Stundenlohn von 13,30 DM zugrunde gelegt hatten. Die Maximalschätzung mit 67,9 Mrd. Stunden, bei der die zeitlichen Aufwendungen für die Kinderbetreuung mit einbezogen wurden, ergab eine Wertschöpfung von 903 Mrd. DM. Bezogen auf die gesamtwirtschaftlich bereinigte Bruttowertschöpfung lag der Anteil der Haushaltswirtschaft zwischen 37 und 59 Prozent.

Im Gegensatz zu den Berechnungen von Adatia (1980, 144), die für den Zeitraum zwischen 1971 und 1977 von einem konstanten Stundenlohnsatz der Hausangestellten ausgeht, werden von Döhrn (1990, 59) die tariflichen Anpassungen berücksichtigt. Würde man danach den Arbeitszeitaufwand, so wie ihn Adatia (1980) unterstellt hat, gemäß dem Marktpreisprinzip mit dem entsprechenden tariflichen Stundenlohnsatz einer Hausangestellten bewerten und mit der Anzahl der Haushalte multiplizieren, so wäre die Bruttowertschöpfung der privaten Haushalte im Untersuchungszeitraum um knapp das Viereinhalbfache gestiegen. Wenn nach dem Opportunitätskostenprinzip der Stundenverdienst eines Industriearbeiters angesetzt worden wäre, hätte sich die Wertschöpfung in gleicher Höhe verändert.

Tab. 11: Schätzungen des Arbeitsaufwandes und der Bruttowertschöpfung privater Haushalte in der Haushaltswirtschaft

Erhebungsjahr	1961	1971	1977	1982	1992	1992
					West- deutsch- land	Ost- deutsch- land
Jährlicher Arbeitsaufwand (in Mrd. Stunden)	42	47	50	70,1	66,6	16,5
Bruttowertschöpfung (in Mrd. DM)	80	174	345	638	979	k.A.

k.A. = keine Angaben

Quelle: Döhrn (1990, 59); Krüsselberg u.a. (1986, 165 und 205); Schäfer/Schwarz (1996, 41ff.); eigene Berechnungen

Um die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten (inklusive Kinderbetreuung, Betreuung von Pflegebedürftigen und Fahrdienste) monetär bewerten zu können, wurde vom Statistischen Bundesamt (Schäfer/Schwarz 1996) letztlich der Nettolohn einer Hauswirtschaftlerin ohne bezahlte Ausfallzeiten (Urlaubs-, Krankheits- und Feiertage) herangezogen. Dieser lag 1992 bei 14,70 DM. Orientiert man sich an dieser Vergütung, so ergab sich für das frühere Bundesgebiet hinsichtlich der unbezahlten Arbeit in der Haushaltswirtschaft (inklusive Ausfallszeiten) ein Wert von 979 Mrd. DM, der um

etwas mehr als 20 Prozent unterhalb der Summe aller Bruttolöhne und -gehälter der Volkswirtschaft des vergleichbaren Jahres (1.238 Mrd. DM) lag. Bezogen auf die Gesamtheit der westdeutschen Haushalte ergibt sich ein monatlicher Wert von durchschnittlich rund 2.800 DM an „zusätzlichem Haushaltseinkommen“. Der Wert der Haushaltswirtschaft konnte nur für das frühere Bundesgebiet errechnet werden, da für die neuen Bundesländer die Basisdaten nicht in der nötigen Gliederungstiefe vorhanden waren.

Vergleicht man die internationalen Ergebnisse mit den bundesdeutschen Schätzungen, so bestätigt sich ein allgemeiner Trend, und zwar in der Form, dass die Haushaltswirtschaft ca. 30 bis 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes abdeckt (zu den ausländischen Erfahrungen vgl. Schmid u.a. 1999, 55ff.). Die einzelnen Studien sind jedoch nur sehr bedingt miteinander vergleichbar: Erhebliche Unterschiede ergeben sich bei der Definition von Haushaltswirtschaft, in den zugrundegelegten Angaben darüber, wie viel Zeit für bestimmte Arbeiten im Haushalt verwendet wird, bei den Bewertungsmethoden, also hinsichtlich der Frage, ob nach Marktpreisen oder Opportunitätskosten berechnet wird, und auf welche Vergleichsgröße die Haushaltsaktivitäten (Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt oder Bruttowertschöpfung) bezogen werden. Ein weiterer Grund für die divergierenden Ergebnisse liegt in den Lohnsätzen, die von den Autoren jeweils angenommen werden: In einigen Studien werden Durchschnittslöhne, in anderen Medianlöhne oder die Löhne von Frauen eingesetzt. Deshalb können die vorgestellten Ergebnisse nur einen ersten Überblick über das Volumen der Haushaltswirtschaft und die möglichen Probleme seiner Bewertung und Erfassung bieten.

4.2.2 Schätzungen zur Wertschöpfung privater Haushalte in der Selbstversorgungswirtschaft

Nach den Berechnungen des Instituts für Freizeitwirtschaft (1997) waren 1996 29 Mio. Heimwerker 1,6 Mrd. Stunden mit verschiedensten Do-it-yourself-Tätigkeiten beschäftigt. Dies entspricht 55 Stunden pro Heimwerker. Eine durchschnittliche Heimwerkerstunde kann mit einem Nettostundenlohn von ca. 14,20 DM veranschlagt werden, so dass die Do-it-yourself-Tätigkeiten insgesamt eine Arbeitsleistung von rund 22,7 Mrd. DM ausmachten. Das Statistische Bundesamt (Blanke u.a. 1996) kommt sogar auf 8,6 Mrd. Stunden, weil es die handwerklichen Eigenleistungen mit erfasst hat. Würde man diese Angabe ebenfalls einen Stundensatz von 14,20 DM zugrundelegen, ergäbe sich für 1992 eine Wertschöpfung von 122,7 Mrd. DM. Das sind 4 Prozent des amtlich ausgewiesenen Bruttoinlandsproduktes.

Vergleicht man die Untersuchungen zu den Heimwerker-Tätigkeiten miteinander, so beziehen sich die Ergebnisse des Instituts für Freizeitwirtschaft (1997) hauptsächlich auf die güterbezogenen Do-it-yourself-Aktivitäten; die Berechnungen von Niessen/Ollmann (1987) gehen dagegen weiter und beinhalten neben den güter- auch die personenbezogenen Leistungen. Da aber die Angaben des Instituts für Freizeitwirtschaft aktueller sind, wird bei meinen Berechnungen zur Wertschöpfung auf diese Zahlen zurückgegriffen.

Nach den Angaben von Hertel (1986, 559) gibt es in der Bundesrepublik etwa 11,8 Mio. Haushalte mit einem Garten. Geht man davon aus, dass mindestens ein Haushaltsmitglied in der Zeit von März bis September pro Woche vier Stunden Gartenarbeiten übernimmt, so kommt man auf ein jährliches Volumen von 1.321,6 Mio. Stunden. Wenn auch hier ein Stundensatz von 14,20 DM angenommen wird, ergibt sich eine Wertschöpfung von rund 18,8 Mrd. DM. Entsprechende Aussagen zum Schätzwert der Gartenarbeiten in den neuen Bundesländern können bislang aufgrund fehlender statistischer Ausgangsdaten nicht gemacht werden.

4.2.3 Schätzungen zur Wertschöpfung privater Haushalte in der Selbsthilfeökonomie

Die Selbsthilfeökonomie setzt sich aus der Nachbarschaftshilfe, dem ehrenamtlichen Engagement in den Selbsthilfevereinigungen, den Wohlfahrtsverbänden, den politischen und berufsbezogenen Organisationen sowie den Bürgerinitiativen zusammen. Da über diese Bereiche bislang kaum repräsentative Angaben vorliegen, sind nur grobe Schätzungen zur Wertschöpfung möglich.

Der zeitliche Umfang der personenbezogenen Nachbarschaftshilfe, zu der bisher keine Daten vorliegen, kann bei wöchentlich einer Stunde veranschlagt werden. Dieser vermutete Zeitaufwand ist damit zu rechtfertigen, dass die Nachbarschaftshilfe im Vergleich zu den anderen Aktivitäten der Selbsthilfeökonomie nur selten organisiert und regelmäßig stattfindet. In der Mehrzahl der Fälle erfolgt sie spontan und bei Bedarf. Ausgehend von 26,7 Mio. Haushaltsmitgliedern im Jahre 1994 zwischen 18 und 65 Jahren und von 46 Wochen, in denen Hilfeleistungen getauscht werden, ergibt sich ein Zeitaufwand von 1.228,2 Mio. Stunden. Wird ein Netto-Stundensatz von 14,20 DM zugrundegelegt, folgt daraus ein Wert in Höhe von 17,4 Mrd. DM für die Nachbarschaftshilfe.

Nach den Erhebungen von Braun u.a. (1997, 282) sind 2,65 Mio. Bürgerinnen und Bürger in Selbsthilfevereinigungen engagiert. Insgesamt ist ein Mitglied etwa 6 Stunden pro Monat in einer solchen Vereinigung aktiv. Hochgerechnet ergibt sich ein jährliches zeitliches Engagement in der Selbsthilfe von ca. 191 Mio. Stunden. Bei einem effektiven durchschnittlichen Nettostundenlohn für 1992, der laut Beschäftigtenstatistik im früheren Bundesgebiet für vergleichbare Tätigkeiten im Sozialbereich bei 23,- DM (vgl. Schwarz 1996d, 266) liegt, belief sich der volkswirtschaftliche Beitrag der Selbsthilfevereinigungen auf 4,4 Mrd. DM pro Jahr.

Da ehrenamtliche Tätigkeiten unentgeltlich erfolgen, lässt sich deren Wertschöpfung nicht eindeutig berechnen. Gleichwohl lassen sich Hilfsrechnungen aufstellen, die die Bedeutung der freiwillig und unentgeltlich erbrachten Leistungen unterstreichen. Hierzu werden die tatsächlich gezahlten Stundenlöhne von Arbeitskräften in den Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege, der Sport- und Jugendpflege sowie der politischen Parteien und in anderen Organisationen ohne Erwerbscharakter als Hilfsgröße herangezogen. Bei einem Nettostundenlohn für das Jahr 1992 von 23,- DM liegt der Schätzwert für die ehrenamtlichen Arbeiten (ohne soziale Hilfe) im früheren Bundesgebiet bei rund 75 Mrd. DM. Entsprechende Aussagen zum Schätzwert ehren-

amtlicher Arbeit in den neuen Ländern sind aufgrund fehlender statistischer Ausgangsdaten nicht möglich.

Nach den Erhebungen der Bundesregierung (1996, 20f.) hätte z.B. die ehrenamtliche Arbeit in Sportvereinen bei einer angenommenen Vergütung von 60.000 DM im Jahr für hauptamtliche Mitarbeiter einen Stundensatz von 30,- DM zur Folge. In einem Kleinverein (bis 300 Mitglieder) würde sich der Monatsbeitrag von durchschnittlich 10,- DM auf 119,- DM und im Großverein (über 1.000 Mitglieder) von 23,- DM auf 57,- DM erhöhen. Hieraus ergeben sich folgende Wertschöpfungen je nach Vereinsgröße und der dort durchschnittlich geleisteten ehrenamtlichen Stundenzahl:

Tab. 12: Wertschöpfung ehrenamtlicher Tätigkeiten für einzelne Sportvereine in den alten Bundesländern

Vereinsgröße (Mitglieder)	durchschnittliche Stundenzahl/Monat	Wertschöpfung/Jahr (in DM)
bis 100	98	35.244
101 bis 300	242	87.120
301 bis 1.000	498	175.320
über 1.000	1.341	482.760

Quelle: Bundesregierung (1996, 21)

Auf alle Vereine hochgerechnet würde sich durch ehrenamtliche Tätigkeiten in den Sportvereinen eine Wertschöpfung in Höhe von knapp 7 Mrd. DM pro Jahr ergeben.

Der Deutsche Caritasverband beziffert den Hilfeertrag aus der Freien Wohlfahrtspflege und damit die öffentliche Kostenentlastung auf mehr als 5,3 Mrd. DM im Jahr, indem er den Einsatz von 165.000 Vollzeitkräften zugrundelegt. Wenn man (gemäß der Ermittlungen des Instituts für Demoskopie Allensbach) davon ausgeht, dass die in der Freien Wohlfahrtspflege insgesamt tätigen rund 1,5 Mio. ehrenamtlichen Kräfte nach eigener Einschätzung durchschnittlich 15,8 Stunden monatlich im Einsatz sind, ergibt dies 284,4 Mio. Arbeitsstunden im Jahr.

Der Deutsche Naturschutzring (vgl. Bundesregierung 1996, 21) schätzt den Wert der unentgeltlich erbrachten Arbeit im Umwelt- und Naturschutz auf der Basis von 175.000 ehrenamtlich engagierten Personen, die bei einem Netto-Stundensatz von 23,- DM mehr als 56 Mio. Stunden im Jahr ableisten, auf 1,3 Mrd. DM.

In den insgesamt 25 Seniorenbüros mit durchschnittlich 161 Seniorinnen und Senioren und einer durchschnittlichen Einsatzbereitschaft der freiwilligen Helfer von rund 15 Stunden im Monat beträgt das jährliche ehrenamtliche Engagement 724.500 Stunden, was einer Wertschöpfung von 16,7 Mio. DM entspricht.

In den Bürgerinitiativen betätigen sich rund 3,6 Mio. Bundesbürger; in den politischen und berufsbezogenen Organisationen sind es etwa 7,3 Mio. Im Schnitt wenden die Bürgerinnen und Bürger etwa 5 Stunden monatlich für ihre Aktivitäten auf. Das ergibt ein Arbeitsvolumen in Höhe von ca. 360 Mio. Stunden, wobei ich davon aus-

gehe, dass von den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern nur rund ein Drittel auch wirklich politisch aktiv ist. Legt man einen Netto-Stundensatz von 23,- DM zugrunde, so liegt die Wertschöpfung bei 2,8 Mrd. DM.

4.2.4 Arbeitsvolumen und Wertschöpfung der informellen Ökonomie

In Tabelle 13 werden die einzelnen Bereiche der informellen Ökonomie zusammengefasst: Die Haushaltswirtschaft bildet mit einem Arbeitsvolumen von 83,1 Mrd. Stunden (85 Prozent) den weitaus größten Bereich. In der Selbstversorgungswirtschaft werden dagegen jährlich rund 9,9 Mrd. Stunden an informeller Tätigkeit geleistet, was einem Anteil von ca. 10 Prozent entspricht. Obwohl die Selbsthilfeökonomie relativ vielfältig ist, stellt sie mit 4,8 Mrd. Stunden (5 Prozent) den kleinsten Bereich der informellen Ökonomie dar.

Tab. 13: Arbeitsvolumen und Wertschöpfung in der informellen Ökonomie Mitte der 90er Jahre (Schätzungen)

	ARBEITSVOLUMEN	INFORMELLE WERTSCHÖPFUNG	
	in Mio. Std.	in Mrd. DM	in %
Haushaltswirtschaft	83.100¹⁾	1.221,6¹⁾	83,5
Selbstversorgungswirtschaft	9.922	141,5	9,7
– Do-it-yourself-Aktivitäten und handwerkliche Eigenleistungen	8.600	122,7	
– Gartenarbeiten	1.322 ²⁾	18,8	
Selbsthilfeökonomie	4.799	99,6	6,8
– Nachbarschaftshilfe	1.228	17,4	
– Selbsthilfevereinigungen	191	4,4	
– Ehrenamtliche Tätigkeiten	3.260	75,0	
– Bürgerinitiativen und politische/berufsbezogene Organisationen	120	2,8	
INFORMELLE ÖKONOMIE INSGESAMT	97.821	1.462,7	100

¹⁾ Diese Berechnungen gelten für Ost- und Westdeutschland.

²⁾ Arbeitsvolumen in den alten Bundesländern

Quelle: eigene Zusammenstellung

Die Haushaltswirtschaft (inklusive Kinderbetreuung und der Betreuung Pflegebedürftiger) macht 83,5 Prozent der gesamten informellen Wertschöpfung aus; der Anteil der Selbstversorgungswirtschaft liegt bei 9,7 Prozent und der der Selbsthilfeökonomie bei 6,8 Prozent.

5 Ausbau der informellen Eigenversorgung

5.1 Geldliche Unterstützungssysteme

5.1.1 Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Ausgangslage

Der Grundgedanke der bedarfsorientierten Mindestsicherung liegt in der bedürftigkeitsabhängigen Sockelung von Sozialversicherungsleistungen: Im Falle fehlender oder zu geringer Versicherungsansprüche werden die Zahlungen des betreffenden Leistungssystems (Arbeitslosen- oder Rentenversicherung) automatisch auf die Höhe des Existenzminimums angehoben. Auf diese Weise soll erstens die Zahl der jeweils zuständigen Behörden reduziert und zweitens die verdeckte Armut (infolge der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Leistungen) verringert werden. Das Konzept der bedarfsorientierten Mindestsicherung wurde in Deutschland gegen Mitte der 80er Jahre entwickelt und wird mittlerweile – trotz gewisser Unterschiede und Abweichungen – von der SPD (1994), von Bündnis 90/Die Grünen (1997), der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (1996, 96ff.) und vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (1992; 1995) getragen.

Beispiel: Die Vorstellungen der SPD und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zur Mindestsicherung

Das Konzept der SPD (1994) sieht vor, dass die Grundsicherung das vorgelagerte lohn- und beitragsbezogene Sozialversicherungssystem ergänzen, aber nicht abbauen oder ersetzen soll. Die soziale Grundsicherung soll vor allem für Arbeitslose, Ältere, Berufs- oder Erwerbsunfähige und Alleinerziehende in Frage kommen. Längerfristig sollen aber auch weitere Personengruppen, die z.B. die unentgeltliche Pflege von Angehörigen übernehmen, infolge Krankheit arbeitsunfähig sind oder sich in der Ausbildung befinden, mit einbezogen werden. Bezugsberechtigt ist die gesamte volljährige inländische Bevölkerung, wobei keine versicherungsrechtlichen Anspruchsvoraussetzungen bestehen, d.h. alle Arbeitslosen wären – unabhängig von Anwartschaften und der Ausübung einer beitragspflichtigen Tätigkeit – leistungsberechtigt. Trotzdem soll die Grundsicherung natürlich nicht bedingungslos erfolgen: Die Bezugsberechtigten müssen ein unzureichendes Einkommen aufweisen, und Arbeitslose müssen als solche anerkannt sein und dem Arbeitsmarkt nach den Kriterien des Arbeitsförderungsgesetzes (AfG) zur Verfügung stehen. Nach Auffassung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) (1992; 1995) sollen auch Personen im erwerbsfähigen Alter, die eine gesellschaftlich anerkannte Tätigkeit außerhalb des Arbeitsmarktes – wie Kindererziehung und Pflege – ausüben, leistungsberechtigt sein. Letztlich gilt der Grundsatz: Erwerbsarbeit geht vor Grundsicherung.

Die Grundsicherung ist bedarfsorientiert und wird nur gezahlt, wenn der Lebensunterhalt nicht durch anderweitiges Einkommen bzw. durch Vermögen gedeckt werden

kann. Das Leistungsniveau soll dem materiellen und kulturellen Entwicklungsstand der Gesellschaft entsprechen und diesem stetig angepasst werden. Die Berechnung der Leistung soll möglichst stark pauschaliert werden, wobei Differenzierungen, wie z.B. nach der Zahl der Kinder oder den Wohnungskosten, durchaus vorgesehen sind. Falls erforderlich sollen auch Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung gezahlt werden. Für einander unterhaltspflichtig sollen nur noch Ehegatten sein, wobei eheähnliche Lebensgemeinschaften nicht berücksichtigt werden. Organisatorisch gesehen ist die soziale Grundsicherung eine eigenständige steuerfinanzierte Sozialleistung, die der Bund finanziert; der Bewilligungszeitraum beträgt ein Jahr. „Als Bemessungsgrundlage soll bei Einkünften, die regelmäßig in monatlichen Festbeträgen anfallen, der letzte Zahlbetrag dienen und bei anderen regelmäßigen Einkünften der Durchschnitt der letzten zwölf Monate maßgeblich sein. Unregelmäßige Einkünfte sollen bei der erstmaligen Bewilligung lediglich als Vermögen berücksichtigt werden“ (Kaltenborn 1997, 80).

Effekte

Im Vergleich mit der negativen Einkommensteuer wird bei der Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung prinzipiell mit einem geringeren Kostenaufwand gerechnet. So erwartet Bödecker (1992) beim Modell des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (1992) einen Mehraufwand in Höhe von 16,7 Mrd. DM. Für das SPD-Modell liegen keine eigenen Berechnungen vor.

In aller Regel wird bei den meisten Mindestsicherungsmodellen die Zahl der Behörden verringert, die für die Verwaltung zuständig sind. Doch im Unterschied zum DPWV will die SPD die Aufgaben auf mehrere Stellen verteilen: Für Alte, Berufs- und Erwerbsunfähige soll der Rentenversicherungsträger, für Arbeitslose die Bundesanstalt für Arbeit zuständig sein; für Alleinerziehende sollen die jeweiligen Regelungen der Bundesländer gelten, und für die Berechnung der Unterkunftskosten sollen die Wohnungsämter in die Pflicht genommen werden.

Weitere Beispiele

Das Grundsicherungsmodell der Grünen (Bündnis 90/Die Grünen 1994a; 1994b) sieht vor, dass alle Bürgerinnen und Bürger, die aus eigener Kraft kein existenzsicherndes Einkommen erzielen können, einen Anspruch auf Grundsicherung erhalten sollen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt soll durch eine Grundsicherung ersetzt werden, die in die Arbeitslosenversicherung, die Rentenversicherung und in die Sozialleistungen als Mindestsockel eingefügt wird. Die Höhe der Grundsicherung wird pauschaliert und jährlich vom Bundestag neu festgelegt. Dabei sollen die Kosten des Lebensunterhaltes, der Teilnahme am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben sowie angemessene Wohnungskosten gedeckt werden. Ziel ist es, möglichst bald zu erreichen, dass niemand mehr unter die Armutsgrenze von 50 Prozent des durchschnittlich verfügbaren Einkommens sinkt. Die Unterhaltspflicht wird auf zusammenlebende Paare und Eltern gegenüber ihren minderjährigen bzw. in Erstausbildung befindlichen Kindern beschränkt. Bei diesem Modell wird keine Verfügbarkeitsanforderung gestellt, der Zuverdienst aus der Erwerbsarbeit soll erst ab einer bestimmten Grenze auf die Grundsicherung angerechnet werden. Vermögen soll be-

rücksichtigt werden, wobei die momentane Vermögensfreigrenze von 2.500 DM aber deutlich zu erhöhen ist. Die Grundsicherung muss weiterhin an ein Mindestlohnge-
setz gekoppelt werden. Die Kosten trägt der Bund, wobei mit Mehrausgaben von
30 Mrd. DM zu rechnen ist, die über eine Erhöhung der Grund- und Erbschaftssteuer
kompensiert werden sollen.

5.1.2 Negative Einkommensteuer

Ausgangslage

Die Idee der negativen Einkommensteuer geht auf die Ausführungen von Rhys-Wil-
liams (1953) zurück. Zu einer Umsetzung ihres Vorschlags kam es jedoch nicht; erst
1962 griff Friedman (1962) ihn mit seinem Konzept zur Bekämpfung der Armut in
Amerika wieder auf. Das Modell der negativen Einkommensteuer (als Überblick vgl.
Kress 1996) ist bisher noch nicht verwirklicht worden.

Beispiel: Das Bürgergeld

Ein wesentlicher Bestandteil des Vorschlags von Mitschke (1985, 1994, 1995, 1999)
zur Einführung eines Bürgergeldes ist eine grundlegende Steuerreform. Diese beinhal-
tet, dass die Einkommensbesteuerung durch eine persönliche periodische Konsum-
steuer und eine Reinvermögenszuwachssteuer am Lebensende mit konstanten Grenz-
steuersätzen ersetzt wird. In diese Steuer soll – als negativer Ast – das Bürgergeld mit
einer konstanten Transferenzugsrate integriert werden. Die Finanzierung ist so kon-
zipiert, dass sie sich haushaltsneutral verhalten würde. Die Einkommens-, die Vermö-
gens-, die Schenkungs- und die Erbschaftsteuer sollen, ebenso wie alle Transfers von
Sozialbehörden, redistributiven Geldleistungen der Sozialversicherung und zahlrei-
chen Objektförderungen, durch die Konsumbesteuerung und das Bürgergeld ersetzt
werden.

Der Personenkreis, für den dieses Bürgergeld Anwendung finden soll, erstreckt sich
auf alle Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland. Für Zuge-
zogene, mit Ausnahme von politisch Verfolgten oder Asylbewerbern, soll eine War-
tefrist gelten. Zu einem Veranlagungssubjekt werden nicht dauernd getrennt lebende
Ehegatten und unverheiratete minderjährige, im Haushalt lebende Kinder zusam-
mengefasst. Für die Bedarfsbemessung sollte nur das Individuum maßgeblich sein.
Der Bedarf richtet sich nach einem Grundbedarf und den Mehrbedarfszuschlägen.
Der Grundbedarf setzt sich aus einem Grundbetrag, der je nach Alter differenziert
ist, und dem Wohnbedarf, der sich nach der Haushaltsgröße und der Einwohnerzahl
der Gemeinde staffelt, zusammen. Nach der Datenlage von 1982 würde das Bürger-
geld mindestens 680 DM für eine allein lebende Person betragen, wobei die Dynami-
sierung, entsprechend der Entwicklung der Lebenshaltungskosten, vorgesehen ist; der
Bemessungszeitraum beträgt ein Kalenderjahr. Die Bemessungsgrundlage soll der
Konsum sein, wobei die Transferenzugsrate bezüglich des Konsums 50 Prozent
betragen sollte.

Effekte

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Meinhardt u.a. 1996) hat im Auftrag des Bundesministers für Finanzen die fiskalischen Auswirkungen eines Bürgergeldes berechnet. Dabei wurde festgestellt, dass die meisten Varianten mit immensen Mindereinnahmen verbunden sind. Für eine Transferentzugsrate von 50 Prozent wurden z.B. Nettokosten von 170 Mrd. DM errechnet. Um diese Kosten zu kompensieren, wurde eine spürbare Erhöhung des Grenzsteuersatzes vorgeschlagen.

Ein weiterer, in diesem Zusammenhang immer wieder diskutierter Effekt ist die positive Beeinflussung der Arbeitsnachfrage durch ein Bürgergeld, das gewissermaßen als Lohnsubvention wirken würde: Die Nachfrage nach gering qualifizierter Arbeit würde steigen, da kostendeckend niedrigere Löhne gezahlt werden könnten, die durch die Aufstockung durch das Bürgergeld auch für Arbeitsuchende attraktiv wären.

In der internationalen Literatur herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Beschäftigungseffekte eines Bürgergeldes relativ gering wären: Für gegenwärtig nicht erwerbstätige Personen wird eine Erhöhung des Arbeitsanreizes angenommen; für Personen, die nur in geringem Umfang erwerbstätig sind, ist dieser Effekt offen, da diese mit dem Bürgergeld ein höheres Einkommen erzielen würden.

Weitere Beispiele

Ein weiterer Vorschlag wurde von Spermann (1996) formuliert, der mit einem „Einstiegsgeld“ die sogenannte Armutsfalle beseitigen will. Die Zielgruppe seines Modells sind arbeitsfähige Langzeitarbeitslose, die Arbeitslosenhilfe und/oder ergänzende Sozialhilfe erhalten. Das Einstiegsgeld soll diese beiden Sozialleistungen ersetzen und über die Arbeitsämter ausbezahlt werden. Ziel ist es, den Einstieg in den regulären Arbeitsmarkt zu erleichtern. Das Einstiegsgeld soll sowohl Teilzeitbeschäftigungen als auch untertarifliche Entlohnungen zu „Einstiegstarifen“ für Hilfeempfänger attraktiv machen. Wie beim Bürgergeld sollen Zusatzverdienste nur zu 50 Prozent angerechnet werden, wobei außerdem die ersten 200 DM völlig anrechnungsfrei bleiben sollen.

5.1.3 Erziehungsgehalt und Familienversicherung als Modelle zur Aufwertung von Erziehungsarbeit

Ausgangslage

Das Familienleben hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten relativ einschneidend verändert: Zum einen ist die Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen ständig gestiegen; zum anderen ist aber parallel dazu keine höhere Beteiligung der Männer am Familienleben zu beobachten. Wie Beck-Gernsheim (1992, 274f.) beschreibt, haben sich neben den „äußeren“ Vorgaben auch die inneren Leitbilder der Frauen verändert. „Die Familie spielt zwar weiter eine wichtige Rolle, aber gleichzeitig – und das ist das Neue – werden weit stärker als früher Werte betont, die auf Selbstständigkeit, Unabhängigkeit, persönlichen Freiraum verweisen. Eben deshalb wird der Beruf zu einem Teil des Lebensentwurfs, weil er Anerkennung, eigenes Geld, Entfaltung jenseits der

Abb. 6: Übersicht über verschiedene Modelle zur Grundsicherung

Konzepte	Soziale Grundsicherung/ Bedarfsorientierte Mindestsicherung	Bedarfsorientierte Grundsicherung (1), auch Bedarfsorientierte Mindestsicherung	Bedarfsorientierte Grundsicherung (2)	Einstiegsgeld für Langzeitarbeitslose (= zielgruppenorientierte negative Einkommensteuer)	Bürgergeld/Negative Einkommensteuer (NES)
Vertreter/Autor; Unterstützer	SPD-Bundesvorstand (1994)	Bündnis 90/Die Grünen (1994a, 1994b, 1997)	DPWD (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband 1995); Hanesch/Klein (1988); Meinhardt (1991)	Spermann (1996); Jerger/Spermann (1997)	Rhys-Williams (1953); Mitschke (1985, 1994, 1995, 1999); Experimente in den USA (Killingsworth 1983)
Vorrangige Ziele	Verschwinden der verschämten Armut; organisatorische und finanzielle Entlastung der Sozialhilfe von Massentatbeständen, dadurch qualitative Verbesserung der Sozialhilfe	„Recht auf soziale Teilhabe möglichst uneingeschränkt sichern“	Verhinderung von Armut und Ausgrenzung	Entbürokratisierung, Vereinfachung, höhere Transparenz des Transfersystems	Entbürokratisierung, Vereinfachung, höhere Transparenz von Transfer- und Steuersystemen; Integration beider Systeme
Einbezogener Personenkreis	Aufenthalt im Inland; nur Volljährige in standardisierbaren Lebenslagen; Kinder, solange Kindergeld nicht bedarfsdeckend; Ausländer außerhalb EU nur mit Aufenthaltsberechtigung	alle in Deutschland lebenden Personen außer Touristen	alle, die sich in Deutschland aufhalten	Langzeitarbeitslose	alle bisherigen Bezieher von Sozialhilfe und Geringverdienende
Bedarfe in den Grundsicherungsmodellen	1.333,- DM	1.250,- DM	1.193,- DM (für Alleinstehende/n ohne Kind)	1.000,- DM (für Alleinstehende/n ohne Kind)	950,- DM (für Alleinstehende/n ohne Kind)

Familie verheißt. Dabei werden auch Erwartungen an Gleichheit und Gerechtigkeit im Geschlechterverhältnis entwickelt – zumindest partiell, vielfach implizit, manchmal explizit“ (Beck-Gernsheim 1992, 275).

Den Gleichheitserwartungen sind nur wenige Taten gefolgt: Um die vielfältigen Anforderungen der Erwerbstätigkeit einerseits und der Haus- und Erziehungsarbeit auf der anderen Seite besser miteinander vereinbaren zu können, sind erwerbstätige Mütter hauptsächlich teilzeit- oder gering beschäftigt. Allerdings ist die weibliche Erwerbsbeteiligung auch in hohem Maße vom Alter und von der Zahl der Kinder abhängig. Gerade bei Müttern mit jüngeren Kindern ist eine Erwerbsunterbrechung die Regel; nur beginnen sie heute, im Gegensatz zu den 60er und 70er Jahren, ihre zweite Erwerbsphase nach der Geburt der Kinder wesentlich früher. Trotz des (frühzeitigen) Wiedereinstiegs in die Erwerbsarbeit haben sich die Arbeitsmarktchancen der Frauen nicht wesentlich verbessert, weil Erwerbsunterbrechungen immer noch Auswirkungen auf Qualifikation, Karrieremöglichkeiten und Altersrente haben. Selbst wenn sie heute kürzer ausfallen, bleiben sie eine Variante der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung: Unter der Hand werden neue Ungleichheiten, neue Hierarchisierungen im Geschlechterverhältnis festgeschrieben.

Beispiel: Erziehungsgehalt 2000

Leipert/Opielka (1998) haben für den Deutschen Arbeitskreis für Familienhilfe das Modell eines Erziehungsgebhaltes vorgelegt, mit dem die Erziehung von Kindern aufgewertet werden soll und das für alle Eltern eine Geldleistung in Höhe von 2.000 DM pro Monat für das erste Kind und von 1.000 DM für alle weiteren Kinder bis zum Alter von 7 Jahren vorsieht. Alleinerziehende sollen einen Zuschlag von 15 Prozent auf das Erziehungsgehalt erhalten.

Das Modell soll in drei Stufen verwirklicht werden (vgl. Abb. 7): In der ersten Phase sollen vor allem Familien mit Kindern im Alter von bis zu drei Jahren in den Genuss eines einkommensunabhängigen Erziehungsgebhaltes kommen. Für die zweite Phase ist vorgesehen, dass Familien mit Kindern zwischen 4 und 7 Jahren einen Erziehungsgehalt in Anspruch nehmen können. Dieser soll die durchschnittlichen Kosten einer qualifizierten Halbtagsbetreuung decken und kann nur bei anerkannten Kinderbetreuungseinrichtungen bzw. Tageseltern eingelöst werden (vgl. Leipert/Opielka 1998, 45f.; Opielka 1998, 103ff.).

Darüber hinaus diskutierten die Autoren die Option eines erwerbszeitunabhängigen und erwerbszeitabhängigen Erziehungsgebhaltes: Bei der erwerbszeitunabhängigen Variante sind Anspruch und Höhe des Erziehungsgebhaltes unabhängig von der Erwerbstätigkeit der Erziehungspersonen. Die erwerbszeitabhängige Variante sieht vor, das Leistungsniveau degressiv abzustufen.

In einer dritten Phase soll nach Ansicht von Leipert/Opielka (1998, 38ff.) das Erziehungsgehalt II für Eltern mit Kindern über 7 Jahren eingeführt werden, das ebenfalls in zwei Varianten erörtert wird: Bei der einkommensabhängigen Variante soll für das erste Kind monatlich ein Grundbetrag von 1.400 DM und für jedes weitere Kind (bis zum Alter von 18 Jahren) ein Betrag von 600 DM gezahlt werden. Die einkommensunabhängige Variante würde ein Erziehungsgehalt von 1.000 DM vorsehen und für

jedes weitere Kind einen Zusatzbetrag von 500 DM. Kinder mit eigenem Einkommen hätten keinen Anspruch auf das Erziehungsgehalt II.

Abb. 7: Varianten des Erziehungsgehaltes

Erziehungsgehalt I	Alter der Kinder	1. Kind		2. und weitere Kinder	
	0 bis 3 Jahre erwerbszeitunabhängig Phase 1	2.000,- DM p.M.		je 1.000,- DM p.M.	
4 bis 7 Jahre erwerbszeitunabhängig Phase 2	1.400,- DM Geldleistung	600 DM evtl. Erziehungsgut- schein	400,- DM Geldleistung	600,- DM evtl. Erzie- hungsgut- schein	
Erziehungsgehalt II	8 bis 17 Jahre einkommensabhängig Phase 3	1.400,- DM p.M.		je 600,- DM p.M.	
	ab 18 Jahre einkommensabhängig Grundsicherung	1.400,- DM p.M.			
		Alleinerziehende erhalten einen Zuschlag von 15% auf die Beiträge für das erste Kind und für weitere Kinder.			

Quelle: Leipert/Opielka (1998, 29 und 39)

Daneben sollen Eltern nach den Vorschlägen der Autoren bis zum Rentenbezug eine Grundsicherung in Form einer negativen Einkommensteuer in Höhe von 1.400 DM erhalten. Mit dem Erziehungsgehalt sollen die durch die elterliche Verantwortung entstehenden Existenz- und Arbeitsmarktrisiken finanziell abgedeckt werden. „Es scheint eben nicht ausreichend, den häuslichen Arbeitsbereich zwar normativ aufzuwerten, aber ohne Bezahlung zu belassen“ (Leipert/Opielka 1998, 69f.).

Der Finanzaufwand für die erste Phase beläuft sich nach den Berechnungen der Autoren auf ca. 57 Mrd. DM; für die erste und zweite Phase veranschlagen sie insgesamt rund 115 Mrd. DM. Die Finanzierung des Erziehungsgehaltes soll insbesondere über Umschichtungen erfolgen, die durch automatische Einsparungen beim Erziehungs- und Wohngeld sowie bei der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe erzielt werden (vgl. Leipert/Opielka 1998, 131ff.). Das sind nach den Berechnungen der Autoren 12,3 Mrd. DM.

Daneben sind zusätzliche Einnahmen zu erwarten, weil das Erziehungsgehalt zu versteuern ist. „Die Pflicht zur Versteuerung des Erziehungsgehalts hat zur Folge, daß auch bei einer Universalleistung Gesichtspunkten der sozialen Gerechtigkeit Rechnung getragen werden kann. Die Nettowirkung des Erziehungsgehalts hängt nun ganz von der Höhe des insgesamt erzielten Haushaltseinkommens ab. Sie verringert

Abb. 8: Finanzierung des Erziehungsgehalts

		in Mrd. DM	
Kosten	Erziehungsgehalt		57,0
Einnahmen, Einsparungen	zusätzliche Steuern	39,7	
	Erziehungsgeld (Bund, Land)	7,6	
	Sozialhilfe	2,4	
	Arbeitslosenhilfe	1,4	
	Wohngeld	0,9	
	Zuschüsse für Kindertagesstätten	1,2	
Summe		53,2	-53,2
Restkosten	mögliche Finanzierung: 1% Familienzuschlag	3,7	-3,7
Restbetrag			0,0

Quelle: Leipert/Opielka (1998, 137)

sich bei steigendem Haushaltseinkommen“ (Leipert/ Opielka 1998, 128). Ebenso soll das Ehegatten-Splitting nur noch Familien mit Kindern zwischen 3 und 18 Jahren gewährt werden. Für das Restdefizit von etwa 3,7 Mrd. DM werden zwei Finanzierungsoptionen vorgeschlagen, nämlich (a) Abstriche bei den Familienzuschlägen im Öffentlichen Dienst und (b) ein Familien-Zuschlag in Höhe von einem Prozentpunkt.

Effekte

Mit dem Modell des Erziehungsgehaltes wird die Erziehung von Kindern und die damit verbundene Hausarbeit gesellschaftlich honoriert, indem jeder erwerbstätige Bürger mit dem Familien-Zuschlag für die Erziehung und Betreuung von Kindern bezahlt. Damit würde sich sicherlich das Verhältnis zwischen Erwerbs- und informell erbrachter Erziehungs- und Hausarbeit ändern. Außerdem würde mit diesem Konzept den gesellschaftlichen Veränderungen entsprochen, nach denen die Frauen immer häufiger Erwerbsarbeit und Familie miteinander vereinbaren wollen. Der Ausbau des bestehenden Erziehungsurlaubs ist zwar zu begrüßen; doch angesichts der finanziellen Bedingungen reicht diese Lösung nicht aus. Außerdem zeigen die neuesten Zahlen, dass nach wie vor fast ausschließlich Mütter Erziehungsurlaub nehmen; nur etwa 2 Prozent der Väter machen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Eine wirksame Entlastung ist nur zu realisieren, wenn Männer ihre Erwerbsarbeit ohne wirtschaftliche und persönliche Probleme einschränken können. Derzeit sehen sich jedoch selbst die engagiertesten Männer großen Schwierigkeiten gegenüber, wenn sie für einen kurzen Zeitraum aus der formellen Erwerbswirtschaft ausscheiden wollen, weil dies häufig mit verschlechterten Arbeitsbedingungen (Qualifikation, Einkommen, beruflicher Status) verbunden ist. Hinzu kommt, dass künftig immer weniger Großmütter die Familien bei der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder entlasten können, da sie selbst erwerbstätig sein werden. In diesem Falle besteht für Frauen

und Männer gegenwärtig nur die Option, entweder zu Hause zu bleiben oder ihr Kind fremd betreuen zu lassen.

Mit dem Modell des Erziehungsgehaltes könnte die herrschende Trennung zwischen der Männerwelt Beruf und der Frauenwelt Familie und Haushalt überwunden werden; es könnte die Diskriminierung der Frauen im Erwerbsleben beseitigen helfen und Männern die Chance eröffnen, sich mehr dem Familienbereich zu widmen: Sowohl Frauen als auch Männer würden ihre Erwerbsarbeit unterbrechen, damit sie sich um ihre Kinder kümmern können – das männliche Normalarbeitsverhältnis würde anfangen zu bröckeln.

Grundsätzlich sollte weiterhin die Möglichkeit bestehen, zwischen dem Modell der Familienversicherung und dem herkömmlichen Erziehungsurlaub im Sinne gleichwertiger Alternativen zu wählen. Allerdings wird das Modell des Erziehungsgehaltes gerade von Frauenforscherinnen heftig kritisiert (vgl. Merkel 1997, 126f.), weil es ihrer Ansicht nach die patriarchale Arbeitsteilung zementiert.

Weitere Beispiele

Die Einführung einer Familienversicherung (vgl. Teichert 1994) scheint in Deutschland dringend geboten, wenn sich die Lebensentwürfe von Männern und Frauen künftig nicht diametral auseinanderentwickeln sollen. Nach wie vor stellen nämlich Mütter nach der Geburt des ersten Kindes ihren Wunsch nach Erwerbstätigkeit erst einmal zurück. Während sie die Aufgaben im Haushalt übernehmen, sind die Väter, im Rahmen des immer noch vorherrschenden Modells der Versorgerehe, für die finanzielle Absicherung ihrer Familien verantwortlich. Um die Männer stärker in die Erziehungs- und Hausarbeit einzubeziehen, sind mehrere Schritte notwendig:

- Zunächst sollte – wie bereits in Schweden eingeführt und auch nachhaltig in Anspruch genommen – für alle Väter ein bezahlter Geburtsurlaub von acht Wochen vorgesehen sein, damit sie sich schon frühzeitig mit den wachsenden Aufgaben in der Familie vertraut machen können. So lernen sie den (Haus-)Arbeits- und Familienalltag wahrzunehmen und zu respektieren.
- Mit den achtwöchigen Schutzfristen für beide Elternteile sollte außerdem das Recht auf geschützte Teilzeitarbeit für Mütter und Väter einhergehen, bis das Kind das dritte Lebensjahr vollendet hat. Konkret würde dieses Recht bedeuten, dass im ersten Lebensjahr des Kindes – im Anschluss an die Schutzfristen – die Arbeitszeit für die Eltern bei jeweils acht bezahlten Stunden pro Woche liegt. Anschließend sollte die Arbeitszeit bis zum dritten Lebensjahr des Kindes sukzessive um sechs Stunden pro Jahr ausgedehnt werden, also im zweiten Lebensjahr des Kindes auf wöchentlich 14 Stunden und im dritten Lebensjahr auf 20 Stunden. Während dieser drei Jahre muss ein Kündigungsschutz bestehen, der in einem Arbeitszeitgesetz oder in Tarifvereinbarungen verankert sein sollte.

Was die Finanzierung dieses Modells angeht, so sollten in den drei Jahren grundsätzlich für beide Elternteile 30 Stunden durch Erwerbs- und Ersatzeinkommen finanziell abgedeckt werden; entsprechend dem Alter der Kinder reduziert sich die subventionierte Familienarbeit. Diese könnte langfristig aus einer Familienversicherung finanziert werden, in die jeder Erwerbstätige einzuzahlen hätte. Nach Berechnungen des

Bundesministeriums des Innern müssten die Erwerbstätigen etwa ein bis zwei Prozent der Sozialversicherung monatlich zusätzlich entrichten. Aus der Familienversicherung würde ein Elterngeld in Höhe von 73 Prozent des Bruttoeinkommens (wie für Teilnehmer mit Kindern an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung) gewährt, das sowohl von verheirateten und unverheirateten Paaren als auch von alleinerziehenden Müttern und Vätern beantragt werden könnte. Die Familienversicherung sollte am ehesten an die Arbeitslosenversicherung angeschlossen werden, da hier auf Bundesebene ein einziger Versicherungsträger gegeben ist.

Trotz der positiven Anreize ist davon auszugehen, dass sich die Zahl der Väter, die die Familienversicherung beanspruchen, höchstens verdoppeln würde. Erhöhen dürfte sich allerdings die Zahl der Alleinerziehenden, die dieses Modell annehmen würden, sofern sie für ihre Kinder alternative Betreuungsmöglichkeiten für die Zeit ihrer Abwesenheit finden.

Um zu dieser Problematik einigermaßen verlässliche und valide Daten zu erhalten, wäre es sinnvoll, eine Studie in Auftrag zu geben, mit dem Ziel, in der Bundesrepublik die tatsächliche Inanspruchnahme einer Familienversicherung zu ermitteln. Zu diesem Zweck sollten Eltern und Alleinerziehende, die bisher Erziehungsgeld beansprucht haben, nach ihren Erfahrungen befragt werden. Außerdem sollten Experteninterviews mit Vertretern von Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungsträgern, von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sowie von einzelnen Bundesministerien durchgeführt werden, um die möglichen Auswirkungen der Familienversicherung noch besser abschätzen zu können.

5.1.4 Grundrente

Ausgangslage

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, der Diskontinuität von Erwerbsbiographien und der demographischen Veränderungen wird die bisherige Form der Altersversorgung zunehmend problematisch. Die Abgabenbelastung der Arbeitnehmer wird in den kommenden vier Jahrzehnten deutlich steigen: Prognos (Eckerle/Schlesinger 1995) sieht in einem Gutachten voraus, dass die Abgabenquote der gesetzlichen Rentenversicherung – je nach Bevölkerungsentwicklung – von 17,7 Prozent (1992) auf 26,3 Prozent oder 28,7 Prozent im Jahre 2040 steigen würde. Vor diesem Hintergrund werden verschiedene Rentenreformvorschläge zur Grundrente diskutiert, wobei angestrebt wird, das bisherige Versicherungsprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung durch ein finalorientiertes Versorgungsprinzip zu ersetzen.

Beispiel: Beitragsfinanzierte Grundrentenmodelle

Die Modelle einer beitragsfinanzierten Grundrente lassen sich unterscheiden in: rein beitragsfinanzierte Grundsicherungen mit Einheitsbeiträgen („Kopfbeiträge“) und einkommensbezogene Alterssicherungen mit Mindestbeiträgen („integriertes Mindestbeitragssystem“). Beim Ersteren wird das gegenwärtige einkommensbezogene Rentenversicherungssystem von einer – aus einheitlich hohen Beiträgen finanzierten – bedarfsorientierten Mindestsicherung abgelöst (vgl. Kirner 1988; Opielka/Zander 1988, 27ff.; Neumann/Schaper 1998, 182f.; Bäcker 2000). Eine weitergehende Alters-

versorgung bleibt der freiwilligen privaten Initiative überlassen. Wie im jetzigen Rentenversicherungssystem ist auch hier eine Mindestversicherungsdauer notwendig. Das integrierte Mindestbeitragssystem sieht vor, Mindestbeiträge in das jetzige Rentenversicherungssystem zu integrieren, die im Niveau höher lägen als beim Einheitsbeitragssystem.

Effekte

Eine individuelle armutsvermeidende Alterssicherung wäre – außer bei ungewöhnlich hohem Bedarf – nach der Einführung einer Grundrente auch ohne langjährige Vollzeitbeschäftigung sichergestellt. Die Bedarfsprüfung, wie sie bei der Gewährung von Sozialhilfe üblich ist, würde entfallen; es gäbe also keine verschämte Altersarmut mehr. Die Sozialleistungsquote würde, in Abhängigkeit von der Grundrentenhöhe, langfristig gesenkt. Allerdings ist beim Übergang von der einkommensabhängigen Alterssicherung zur einkommensunabhängigen Grundsicherung mit fiskalischen und distributiven Zusatzbelastungen über einen langen Zeitraum zu rechnen.

Weitere Beispiele

Das zweite Grundmodell zur Grundrente ist die steuerfinanzierte (Staatsbürger-) Grundrente, die unabhängig von früheren Beiträgen an alle Staatsbürger oder Einwohner ab dem 65. Lebensjahr in einheitlicher Höhe gezahlt werden soll (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen 1997), vorausgesetzt, es wurden 25 Jahre lang Steuern abgeführt. Die Grundrente soll 55 Prozent des durchschnittlichen Volkseinkommens pro Kopf der Bevölkerung (einschließlich Wohngeld) betragen, was nur wenig über dem gegenwärtigen Sozialhilfesatz liegt. Das Modell wird seit ca. 15 Jahren diskutiert und hat – nicht zuletzt aufgrund der Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung – große öffentliche Resonanz gefunden.

5.1.5 Job-Rotations-Modelle für den flexiblen Übergang zwischen informeller und formeller Ökonomie

Ausgangslage

Sowohl in Schweden als auch in Dänemark existieren seit Anfang der 90er Jahre verschiedene Job-Rotations-Modelle, mit denen mehrere Ziele verfolgt werden:

1. Entlastung des Arbeitsmarktes durch die Beurlaubung von Arbeitnehmern;
2. Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit durch die Weiterbildung der Beschäftigten;
3. Reintegration von Arbeitslosen durch deren befristete Beschäftigung auf den Arbeitsplätzen der beurlaubten Arbeitnehmer.

Beispiel: Die arbeitsmarktpolitischen Regelungen und Erfahrungen in Dänemark

In Dänemark gibt es gegenwärtig drei verschiedene Rotations-Modelle, nämlich den Bildungs-, den Erziehungs- und den Sabbaturlaub (vgl. hierzu u.a. Reissert 1995; Ministry of Labour 1996; Arbejdsministeriet 1996; Döhrn u.a. 1998; Madsen 1998). Der *Bildungsurlaub* wird für anerkannte öffentliche Ausbildungen gewährt und kann zwischen einer Woche und einem ganzen Jahr dauern. Die Zielgruppe sind Arbeitslose,

Lohnempfänger und Selbstständige, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Voraussetzung ist, dass die Betroffenen Mitglieder in einer Arbeitslosenkasse sowie leistungsberechtigt sind. Lohnempfänger und Selbstständige müssen ferner innerhalb der letzten fünf Jahre drei Jahre lang beschäftigt gewesen sein. Für Lohnempfänger ist der Urlaub schließlich auch von entsprechenden Vereinbarungen mit ihren Arbeitgebern abhängig. Arbeitslose, die Bildungsurlaub haben, sind verpflichtet, einen Job anzunehmen, wenn sie ein Angebot erhalten. Während des Urlaubs wird eine Urlaubsbeihilfe in Höhe von (bis zu) 100 Prozent des höchsten Leistungssatzes gewährt, der zum 1. Januar 1996 2.615 DKK (~700 DM) pro Woche betrug.

Der *Erziehungsurlaub* zur Kinderbetreuung kann in zusammenhängenden Perioden für 13 bis zu 52 Wochen gewährt werden. Die Zielgruppe sind Lohnempfänger, Selbstständige und Arbeitslose, die Kinder im Alter zwischen 0 und 8 Jahren haben. Beide Eltern können gemeinsam oder jeder für sich bis zu 52 Wochen Urlaub für jedes dieser Kinder bekommen. Die Gewährung des Erziehungsurlaubs ist für Lohnempfänger und Selbstständige davon abhängig, ob der/die Betroffene Anspruch auf Krankengeld und Mutterschaftsgeld hat. Für Arbeitslose ist entscheidend, dass der/die Betroffene entweder Anspruch auf Arbeitslosengeld hat oder Sozialhilfe bekommt. Lohnempfänger und Arbeitslose dürfen 13 Wochen Urlaub nehmen, jedoch 26 Wochen, wenn das Kind das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Zusätzlicher Urlaub setzt eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeber oder der Arbeitsvermittlung voraus.

Während des Erziehungsurlaubs wird ein Erziehungsgeld gewährt, das (bis zu) 70 Prozent des höchsten Leistungssatzes beträgt. Am 1. April 1997 wurde es aufgrund der hohen Inanspruchnahme auf 60 Prozent herabgesetzt.

Sabbaturlaub (Beurlaubung/Freistellung zu wahlfreien Zwecken) kann für eine Dauer von 13 bis 52 Wochen gewährt werden. Die Zielgruppe sind Lohnempfänger, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Der Urlaub ist jeweils mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren und im Übrigen davon abhängig, ob der Betroffene Mitglied einer Arbeitslosenkasse und leistungsberechtigt ist und ob er innerhalb der letzten fünf Jahre drei Jahre beschäftigt gewesen ist. Schließlich muss während der Urlaubsperiode ein Arbeitsloser beschäftigt werden, der mindestens ein Jahr lang arbeitslos gewesen ist. Während des Urlaubs wird eine Urlaubsbeihilfe gezahlt, die (bis zu) 70 Prozent des höchsten Leistungssatzes beträgt. Am 1. April 1997 wurde sie auf 60 Prozent herabgesetzt. Das Sabbatical-Modell ist aufgrund der geringen Nachfrage Ende März 1999 ausgelaufen

Effekte

Die Beurlaubungssysteme wurden nach ihrer Einführung Ende 1994 jährlich etwa von ca. 60.000 dänischen Arbeitnehmern in Anspruch genommen. Bezogen auf fünf Jahre hat damit ca. ein Achtel der dänischen Erwerbspersonen diese Programme beansprucht. Die Hälfte von ihnen war zuvor arbeitslos. Etwa 60 Prozent der freigestellten Personen waren vorher im Öffentlichen Dienst tätig. Die durchschnittliche Dauer der Freistellungen liegt bei etwa 200 Tagen. Der Bildungs- und Erziehungsurlaub wird in Dänemark in nahezu gleichem Maße von den Beschäftigten in Anspruch

genommen; der Sabbaturlaub stößt nur auf eine geringe Nachfrage. Größere Schwierigkeiten gibt es bei der Besetzung der freiwerdenden Stellen mit Ersatzkräften. Die ursprüngliche Absicht, vor allem Arbeitslose einzustellen, erweist sich als relativ problematisch, da die Hälfte der Ersatzkräfte vorher bereits in einem Beschäftigungsverhältnis gestanden hatte. Lediglich eine Minderheit von 13 Prozent gab an, länger als drei Monate arbeitslos gewesen zu sein. „Bei bezahlten Freistellungen, bei denen sich der Arbeitgeber für die Einstellung einer Ersatzkraft entscheidet, haben sich die üblichen Einstellungsmechanismen somit nicht geändert. Einstellungen auf informellem Wege und eine Bevorzugung von Personen, die nicht lange arbeitslos waren, sind immer noch die übliche Praxis“ (Madsen 1998, 621). Immerhin 36 Prozent der Ersatzkräfte verblieben am Ende des Beurlaubungszeitraums bei ihrem Arbeitgeber; 51 Prozent wurden nicht übernommen.

Weitere Beispiele

In Deutschland werden seit 1996 im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative ADAPT in mehreren Berliner Betrieben erste Erfahrungen mit der Job-Rotation gesammelt (vgl. SPI Jobrotation 1998). In einer Begleitstudie (vgl. Schömann u.a. 1998, 46ff.) wurde aufgezeigt, dass die Umsetzung dieses Modells in Deutschland noch vor großen Schwierigkeiten steht: Erstens ist gegenwärtig noch unklar, wie ein befristeter Ausstieg aus der Erwerbsarbeit laut Arbeitsförderungsgesetz (AfG) auszuweisen hat, zweitens sind die Anreize für Arbeitslose zu gering, um sich an Job-Rotations-Maßnahmen zu beteiligen, und drittens ist die Suche nach geeigneten Vertretern für die Unternehmen, die befristet aussteigen wollen, noch mit hohen Transaktionskosten verbunden.

5.2 Geldwerte Systeme zur Unterstützung informeller Aktivitäten

5.2.1 Einführung einer Spezialwährung am Beispiel von Tauschringen

Ausgangslage

Das informelle Wirtschaften könnte auch durch den Aufbau von geldwerten Systemen unterstützt werden, indem der Austausch von Leistungen zwischen den Haushalten geregelt wird. So erlauben beispielsweise Tauschringe ihren Mitgliedern eine eigene „Geldschöpfung“ in Form einer sogenannten Tauschring-Währung und etablieren auf diese Weise einen separaten kleinen lokalen Wertschöpfungskreislauf (vgl. Offe/Heinze 1990, 305ff.; Douthwaite/Diefenbacher 1998, 83ff.). In einigen hundert Gemeinden – vielleicht ist die Tausender-Grenze schon überschritten – wurden mittlerweile Tauschringe aufgebaut. Allein in Deutschland gibt es derzeit über 200 Tauschringe mit meist eigenen Währungen: Man rechnet mit „Talenten“ oder mit „Würzis“ in Würzburg oder „Batzen“ in Mannheim. Manchmal wird auch die Zeit als Maßeinheit verwendet, während wieder andere Systeme mit Produkteinheiten arbeiten – so zum Beispiel mit einem Liter Milch oder einem Klafter Brennholz: In einigen Gegenden Kanadas und der USA kann fast jeder Holz schlagen, so dass die Zeit zu einem sofort messbaren Beitrag zur Heizung im Winter wird.

Beispiel: Der Mannheimer Dienstleistungs-Tauschring (MaDiTa)

Der Mannheimer Dienstleistungs-Tauschring (MaDiTa) wurde im Juni 1996 gegründet; Mitte 1998 gab es etwa 180 Mitglieder. Ziel des Tauschrings ist der Aufbau eines lokalen, sekundären Wirtschaftssystems mit einer eigenen Verrechnungseinheit für die Mitglieder, dem Mannheimer Batzen: Eine Arbeitsstunde – gleichgültig, mit welcher Tätigkeit sie verbracht wird – ist 6 Batzen wert. Einen Umrechnungskurs zur DM gibt es nicht; der Batzen ist nicht konvertibel. An einem wöchentlichen Jour Fixe können sich die Mitglieder treffen, um sich kennen zu lernen, und einmal im Monat gibt es eine „Tauschbörse“ und einen „Batzen-Flohmarkt“, wo die Preise für Waren aller Art frei aushandelbar sind. Jedes Mitglied erhält ein Batzen-Scheckbuch, mit dem es Leistungen anderer Mitglieder oder Einkäufe bezahlen kann. Ohne Rücksprache mit dem Leitungskreis können die Mitglieder ihre Konten bis zu 300 Batzen überziehen. Eine Zeitung, in der alle dauerhafteren Waren- und Dienstleistungsangebote aufgelistet werden, erscheint alle zwei Monate.

In der Regel weisen Tauschringe, wie der MaDiTa, die folgenden fünf Kennzeichen auf:

- Die Verwaltung des Tauschrings wirft keine Gewinne für diejenigen ab, die den Tauschring leiten; die Mitglieder zahlen die Verwaltungskosten in der Tauschringwährung und teilen sich die Verwaltungsarbeit untereinander auf. In den meisten Fällen wird darüber hinaus die Leitung des Tauschrings von den Mitgliedern regelmäßig gewählt.
- Die Konten der Tauschring-Teilnehmer starten bei Null. Es gibt keine Verpflichtung, Tauschring-Aktivitäten in einem bestimmten Umfang zu betreiben.
- Jeder Tauschring-Teilnehmer kann sich jederzeit über den Kontostand und den Umfang der Aktivitäten eines jeden anderen Mitglieds informieren.
- Die Konten der Tauschringe werden in einer anderen als der Landeswährung geführt.
- Guthaben auf den Tauschring-Konten werden nicht verzinst.

Effekte

Je weniger Menschen an dem Austausch von Waren und Dienstleistungen in einer bestimmten Währung partizipieren, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Quantum an Kaufkraft, das eine Person in den Wirtschaftskreislauf einbringt, auch wieder an diese Person „zurückfließt“ – nämlich als Nachfrage von Gütern oder Dienstleistungen, die sie anbietet. Natürlich gibt es Untergrenzen: Wenn sich zu wenig Menschen einer bestimmten Währung bedienen, ist die Angebotspalette der Güter und Dienstleistungen, die mit Hilfe dieser Währung auch nachgefragt werden kann, unvollständig, und es ist sehr unwahrscheinlich, dass sich Angebot und Nachfrage ausgleichen. Ab einer Größe von etwa 80 bis 100 Mitgliedern sind Tauschringe gut aktionsfähig.

Natürlich gibt es auch in erfolgreichen Tauschringen immer wieder das Problem, dass ein neues Mitglied nicht sicher ist, was es anbieten kann, oder dass das Angebot eines Mitglieds kaum nachgefragt wird. Solche Schwierigkeiten lassen sich aber meist durch Beratungen seitens der Leitung des Tauschrings oder durch Gespräche mit anderen

Mitgliedern lösen. Umgekehrt hat jemand mit einem hohen Guthaben kein Druckmittel in der Hand, um ein verschuldetes Mitglied dazu zu bewegen, für ihn zu arbeiten, da es keine Verzinsung gibt.

Weitere Beispiele

1998 waren Tauschringe mit einer Mitgliederzahl von über 750 keine Seltenheit mehr. Ein Tauschring in München hatte über 1.200 Mitglieder, und selbst in einer schweizerischen Kleinstadt wie Aarau gab es einen Tauschring mit 810 Teilnehmern. Dabei gibt es zuweilen auch „unrealistische“ Expansionsphasen: Ein Tauschring in Katoomba, sechzig Kilometer westlich von Sydney in den Blue Mountains gelegen, wuchs bis zum Jahre 1993 auf über 1.000 Mitglieder an, da nach intensiven Werbekampagnen viele Bewohnerinnen und Bewohner der Gegend die Tausch-Idee attraktiv und unterstützenswert fanden. Bis zum Frühjahr 1998 war der Tauschring auf 450 Mitglieder geschrumpft, weil die Mehrheit seiner Sympathisanten nie ins Geschäft eingestiegen ist. Der verbleibende Kern nutzt den Tauschring jedoch regelmäßig.

Die meisten der über 200 deutschen Tauschringe befanden sich 1997 jedoch noch in der Startphase mit einer Mitgliederzahl, die unter 100 lag. Zwischen 50 und 70 Prozent der Teilnehmer werden in der Regel als aktiv eingeschätzt; der Tauschring im Hochschwarzwald hatte Ende 1997 bei ca. 300 Mitgliedern einen Monatsumsatz zwischen 10.000 und 15.000 Talenten, was im Schnitt 50 Talenten pro Mitglied entspricht; die „Kaufkraft“ eines Talents kann in diesem Tauschring etwa der DM gleichgesetzt werden.

5.2.2 Freiwilligen-Agenturen

Ausgangslage

Unter freiwilligem Engagement wird das unentgeltliche Handeln von Bürgerinnen und Bürgern innerhalb eines demokratischen Gemeinwesens verstanden. Es findet in formalen Organisationszusammenhängen, aber auch in selbstorganisierten Gruppen und Initiativen statt und wird kontinuierlich ausgeübt, wobei es sich um befristete oder unbefristete Zeiträume handeln kann. Das freiwillige Engagement bezieht sich auf alle gesellschaftlichen Tätigkeitsfelder wie Kultur, Ökologie, Sport, Politik, und nicht etwa nur auf den Gesundheits- und Sozialbereich. Freiwilligen-Agenturen verstehen sich nicht in erster Linie als Freiwilligen-Vermittlungsbüros oder gar Jobbörsen für unentgeltliche Arbeit, sondern vielmehr als Clearingstellen für Freiwillige und Organisationen.

Beispiel: Die Freiwilligen-Agentur Bremen

Trägerverein der Freiwilligen-Agentur in Bremen ist der Soziale Friedensdienst (SFD), der seit 1971 als gemeinnützig anerkannter Verein die Koordination und Beratung von Zivildienststellen übernimmt. Die Idee, einen neuen Arbeitsbereich für die Förderung des freiwilligen Engagements innerhalb des Vereins zu etablieren, entstand 1992. Nach einer dreijährigen Aufbauphase wurde die Freiwilligen-Agentur in Bremen 1996 als Clearingstelle für Freiwillige und Organisationen aufgebaut (vgl. hierzu Janning u.a. 1998).

Das Konzept der Freiwilligen-Agentur orientiert sich an der These, dass deutsche Organisationen im Umgang mit Freiwilligen in einer Krise stecken. Daraus folgen als wesentliche Prinzipien der Arbeit in den Agenturen: Verbandsunabhängigkeit, Bereitstellung von Angeboten für alle Arbeitsfelder, gemeinnützigen Organisationen und alle Altersgruppen sowie die Vermittlung der Angebote sowohl an Freiwillige als auch an Organisationen. Die Freiwilligen-Agentur Bremen bietet folgende Leistungen: (1) Sie verfolgt eine differenzierte Öffentlichkeitsarbeit, mit der sowohl Kontakt zu den Freiwilligen als auch zu den Organisationen aufgenommen wird. (2) Sie informiert Freiwillige über unterschiedliche Tätigkeiten, bietet ihnen Beratungsgespräche an und steht ihnen für Rückfragen zur Verfügung. (3) Sie vermittelt zwischen den persönlichen Vorstellungen der Freiwilligen und den Anforderungen der konkreten Tätigkeiten in gemeinnützigen Organisationen. (4) Darüber hinaus finden kontinuierlich Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen mit unterschiedlichen Kooperationspartnern statt.

Effekte

Seit 1996 haben ca. 600 Bremer Bürgerinnen und Bürger das Informationsangebot der Freiwilligen-Agentur genutzt. 1998 gab es 61 Organisationen mit insgesamt 111 Tätigkeitsprofilen, für die in der Regel mehrere Freiwillige gesucht wurden. Insgesamt sind ca. 130 Personen mit Unterstützung der Agentur aktiv geworden.

Freiwilligen-Agenturen sind einerseits Kristallisationspunkte und Clearingstellen für Menschen, die sich freiwillig für gemeinnützige Zwecke engagieren wollen. Andererseits gibt es zahlreiche Aufgaben, gemeinnützige Projekte und Ziele, die sich nicht professionell und bezahlt verwirklichen lassen und daher auf freiwilliges Engagement angewiesen sind.

Weitere Beispiele

Clearingstellen für Freiwilligenarbeit existieren mittlerweile in verschiedenen deutschen Städten wie etwa Berlin, Düsseldorf und Mönchengladbach-Rheydt sowie in den Niederlanden (vgl. u.a. Offe/Heinze 1990, 188ff.; Janning 1995) und in den angelsächsischen Ländern (vgl. Offe/Heinze 1990, 131ff.).

In Baden-Württemberg gibt es seit Anfang der 90er Jahre ein landesweites und vom Sozialministerium (1998a, b) koordiniertes Landesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“, das an 28 unterschiedlichen Standorten innovative Modellprojekte durchführt. So werden etwa im Rahmen des Projektes „Bürgerschaftliches Engagement und Tagespflege“ (BETA) an fünf Standorten in Baden-Württemberg (Friedrichshafen, Geislingen, Kirchheim unter Teck, Riedlingen, Steinen) teilstationäre Dienstleistungen zur Pflege Angehöriger gefördert. Durch neuartige Kooperationsformen zwischen den Zielgruppen und Dienstleistungsträgern konnten örtliche Tagespflegezentren entstehen, in denen informelle und formelle Hilfeleistungen miteinander verknüpft werden. Darüber hinaus gehören zu den Modellprojekten Arbeitsloseninitiativen, Besuchsdienstgruppen, Bürgerbüros, Selbsthilfekontaktstellen und Stadtteilprojekte zur Integration von Aussiedlern. Im Dezember 1997 wurde ferner eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierte Nationale Freiwilligenagentur in Berlin eröffnet, die Bestandteil einer weiter auszubauenden

Infrastruktur zur Förderung und Unterstützung freiwilligen Engagements werden soll.

5.2.3 Dienstleistungskonten

Ausgangslage

Dienstleistungskonten funktionieren ähnlich wie Tauschringe: Tätigkeiten werden über Punkte auf Konten abgerechnet und können zu einem späteren Zeitpunkt wieder eingebracht werden.

Beispiel: Die Seniorengenossenschaft Riedlingen

Ein weiteres Beispiel für geldwerte Unterstützungssysteme stellt die Seniorengenossenschaft in Riedlingen dar. Riedlingen ist eine Kleinstadt in Oberschwaben, ca. 80 km nördlich vom Bodensee und hat rund 9.000 Einwohner. Anlass für die Gründung der Seniorengenossenschaft war die Überalterung der innerstädtischen Bevölkerung: Knapp ein Viertel der Einwohner war älter als 60 Jahre. Nach zweijährigen Vorgesprächen wurde 1991 die Genossenschaft ins Leben gerufen, deren Leistungsangebot gegenwärtig folgende Bereiche umfasst: Zum betreuten Wohnen zählen alle erforderlichen Hilfen im Haushalt wie etwa Reinigungsarbeiten, Einkaufen, Essenszubereitung, Gartenarbeiten, Schneeräumen und andere Arbeiten, die nicht mehr selbst verrichtet werden können. Art und Umfang der Leistungen können frei gewählt werden, wobei die beanspruchten Leistungen im betreuten Wohnen gegenwärtig mit einem Stundensatz von 14,50 DM abgerechnet werden; davon erhält die helfende Person einen Betrag von 12,- DM.

Ergänzt wird das betreute Wohnen durch den Essensdienst, den Fahrdienst und den handwerklichen Hilfsdienst. Sämtliche dieser aufgezählten Dienste werden ausschließlich von ehrenamtlichen Helfern erbracht, die hierfür eine anteilige Entschädigung erhalten. Die erbrachten Leistungen können aber auch bei der Seniorengenossenschaft angespart werden und später, wenn der Helfer selbst Hilfe braucht, wieder abgerufen werden. Darüber hinaus unterstützen einzelne Rentner ihre Mitmenschen bei Behördengängen und geben Auskünfte in Steuer- oder anderen rechtlichen Fragen. Für diesen Beratungsservice werden ausschließlich Zeitgutschriften gewährt.

Effekte

Gegenwärtig sind knapp 400 Bürgerinnen und Bürger Mitglied in der Seniorengenossenschaft Riedlingen, die bislang von der Kommune nicht unterstützt wird. Da diese selbstverwaltete Einrichtung vorwiegend von älteren Mitbürgern getragen wird, muss immer wieder mit plötzlichen Ausfällen gerechnet werden. Deshalb sind in den Vorstand mehr Mitarbeiter als notwendig einbezogen, um so bei Ausfall eines Vorstandsmitglieds einen reibungslosen Wechsel vollziehen zu können.

Während sich beim betreuten Wohnen ein stetig steigender Bedarf zeigt, der in aller Regel erfüllt werden kann, ist beim Essensdienst die Nachfrage höher als das Angebot. Der handwerkliche Hilfsdienst konzentriert sich vor allem auf die Zeit von Frühjahr bis Herbst; Schwerpunkte sind dabei Gartenarbeiten und kleinere Reparaturen im und am Haus.

Weitere Beispiele

Weitere Beispiele für Seniorengenossenschaften gibt es in Bietigheim-Bissingen, Königen, Marbach, Stuttgart und Ulm. Bei der Seniorengenossenschaft Ulm-Wiblingen werden alle Tätigkeiten im Verein, bei Verwaltung und Organisation, bei Hilfen für ältere Menschen, bei Kontakten in Schulen und Jugendeinrichtungen und der Leitung von Interessengruppen gleichwertig mit zwei Zeitpunkten pro Stunde vergütet. In den Anfangsjahren sind fast ausschließlich „Haben-Konten“ entstanden, bei denen erst jetzt Abbuchungen vorgenommen werden. Ältere, von denen kein Angebot erwartet werden kann, können auch ohne Bonuspunkte Hilfe bekommen. Es ist inzwischen möglich, solchen Mitgliedern für das „allgemeine Punktekonto“, auf das von persönlichen Konten Punkte bei Wegzug, Tod oder als Spende fließen, ein „Schöpfungsrecht“ für ihr persönliches Konto zu geben, so dass auch dieser Personenkreis am Punkteumlauf beteiligt werden kann (vgl. Bürger engagiert 1996).

Die ersten bargeldlosen lokalen Tausch- und Handelssysteme (Local Exchange Trading Systems [LETS]) entstanden bereits Anfang bzw. Mitte der 80er Jahre in den USA, den Niederlanden, in Kanada, Australien und Neuseeland. In diesen Ländern ist die Vernetzung lokaler Tauschsysteme mittlerweile relativ weit fortgeschritten. Das erste LETS-Projekt wurde 1979 in Comox Valley im kanadischen Bundesstaat British Columbia gegründet (vgl. u.a. Offe/Heinze 1990, 131ff.; Douthwaite/Diefenbacher 1998, 87f.). Ziel eines LETS ist es, den Austausch von Leistungen und Produkten ohne Benutzung der Landeswährung zu ermöglichen. Daraus ergeben sich die folgenden Funktionsprinzipien: Angebot und Nachfrage von Dienstleistungen und Waren richten sich nach den örtlichen Gegebenheiten. Um lange Wege beim Austausch zu vermeiden, sind kleinräumige Strukturen und Gemeinschaften zu fördern, d.h. der Wirkungskreis muss sinnvollerweise auf kleine Regionen beschränkt sein. Teilnehmer können Privatpersonen, Organisationen und Kleinunternehmer auf lokaler Ebene sein. Da Leistung und Gegenleistung im Allgemeinen nicht direkt und gleichzeitig zwischen den Tauschenden getätigt werden, wird ein spezielles Tauschmittel als eigene Währung benötigt. Eine LETS-Zentrale sorgt für die Verwaltung und Organisation des Systems. Zu ihren Aufgaben gehören die Kontenführung und die Vermittlung der Teilnehmer durch regelmäßig erscheinende Marktzeitungen oder durch Markttag.

5.3 Infrastrukturelle Förderung der informellen Ökonomie

5.3.1 Öffentliche Einrichtungen als Ort der Eigenarbeit

Ausgangslage

In der Vergangenheit wurde immer wieder deutlich, dass es vielerorts an Einrichtungen fehlt, in denen die privaten Haushalte Artikel für den Eigenbedarf herstellen, Reparaturen durchführen und Weiterbildungskurse in Elektronik, Computertechnik und anderen Fächern besuchen können. Offe/Heinze (1990, 77ff.) haben die geringe Bereitschaft zur Eigenarbeit und zur gemeinsamen Nutzung von Gütern an zwei Phänomenen festgemacht, nämlich (a) an der individualistischen Privatisierung der

Lebens- und Konsumweise und (b) an der ausgeprägten Priorität für qualitative Höchststandards. „Solche kulturellen Muster des Konsums und der Lebensweise bieten wiederum der Strategie des ‚trading-up‘, des Qualitäts- und Innovationswettbewerbs der Angebotsseite auf Gütermärkten und dem staatlich lizenzierten Professionalismus der Dienstleistungsanbieter einen fruchtbaren Boden – und dementsprechend eher dürftige Wachstumsbedingungen für nicht-formelle, auf Eigenarbeit beruhende und weniger ‚qualitätsintensive‘, dafür aber eventuell kostengünstigere Arrangements des Bedarfsausgleichs“ (Offe/Heinze 1990, 78f.).

Beispiel: Das Haus der Eigenarbeit in München

In München gibt es seit Oktober 1987 das Haus der Eigenarbeit (HEi), eine Einrichtung mit öffentlichen Werkstätten (vgl. Offe/Heinze 1990, 255ff.; Dauschek/Hüsch 1998; Redler 1999), die als Zentrum zur Förderung von handwerklicher, kultureller und sozialer Eigenarbeit fungieren soll. Im HEi können Menschen im eigenen Auftrag, nach eigenem Konzept kreativ sein und sich auf diese Weise von den herrschenden Konsum- und Produktionsnormen absetzen. Dabei werden auch Personen angesprochen, die nicht (mehr) im Erwerbsleben stehen. Das HEi wurde von einer gemeinnützigen Forschungsgesellschaft, der „anstiftung“, initiiert und eingerichtet. Die „anstiftung“ verfolgt das Geschehen im HEi im Rahmen eines praxisorientierten, empirischen Forschungsprojektes (vgl. Mutz u.a. 1997).

Das Haus für Eigenarbeit befindet sich in einem Hinterhof im Münchner Stadtteil Haidhausen. Es umfasst drei Etagen und bietet auf 400m² Platz für Metall-, Holz-, Keramik-, Papier-, Buchbinde-, Polster-, Schmuck- und Steinwerkstätten. Die Werkstätten sind von Dienstag bis Samstag nachmittags und abends geöffnet und werden von Fachberaterinnen und Fachberatern betreut. Im HEi sind Festangestellte, ABM-Kräfte, Zivildienstleistende und Honorarkräfte beschäftigt. Die Werkstätten sind professionell eingerichtet; sie bieten auch Kurse an und stehen allen Altersgruppen zur Verfügung. Außerdem können im HEi Gruppenräume für soziale und kulturelle Aktivitäten genutzt werden, wie z.B. für Kindergruppen, für Gesprächskreise von Arbeitslosen und für den Tauschring. Kommunikations- und Veranstaltungsort im HEi ist das „Schrott-Café“. Das HEi steht jedem offen, der Eintritt ist frei; lediglich für die Werkstattnutzung und die Fachberatung müssen 5,50 bis 12,- DM pro Stunde gezahlt werden. Seit Jahren benutzen täglich durchschnittlich etwa 50 Menschen jeden Alters und aus allen sozio-ökonomischen Gruppen die Einrichtungen. Seit sich die „anstiftung“ 1994 aus der aktiven finanziellen Förderung zurückgezogen hat, trägt sich das HEi zu 50 Prozent selbst, über die Gebühren, den Cafébetrieb und aus Spendenmitteln. Die restlichen 50 Prozent werden von der Stadt München, dem Arbeitsamt und von Stiftungen übernommen.

Die Nutzerinnen und Nutzer des HEi haben vier grundlegende Motive für ihre Besuche: Zum einen nutzen geübte Heim- und Handwerker das HEi wegen der Ausstattung seiner Werkstätten, sozusagen als genossenschaftliche Einrichtung. Das zweite Motiv ist die künstlerisch-kreative Betätigung, um die eigenen Potentiale zu entdecken und zu erweitern. Weiterhin wird das HEi auch als allgemeine Bildungs- und Entwicklungseinrichtung angesehen. Das Motiv der sozial-kommunikativen Nutzung ergibt sich aus dem Bedürfnis nach neuer Lebensqualität, die dadurch entsteht, dass

verschiedene Lebensbereiche wieder zusammengeführt werden und eine Integration der Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus stattfindet.

Effekte

Die Eigenarbeit soll die Erwerbsarbeit nicht ersetzen, sondern Teilaspekt einer zukünftigen Tätigkeitsgesellschaft werden, die sich auch durch neue Kombinationen von Erwerbsarbeit und anderen Arbeitsformen auszeichnet. Voraussetzung dafür ist, dass die formelle Arbeit in der Gesellschaft gerechter verteilt wird, indem z.B. mehr Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden und die Lebensarbeitszeit verkürzt wird. Eine Möglichkeit ist auch die Grundsicherung der Bevölkerung durch ein Bürgergeld. Mit dem Modell Eigenarbeit soll die Verknüpfung von „Leben“ und „Arbeiten“ wieder neu belebt werden. Für eine zukunftsfähige Gesellschaft ist dies von großer Bedeutung, denn es werden neue Formen des Tätigseins notwendig werden, genauso wie neue Formen des Konsums. Die Eigenarbeit soll dazu beitragen, das Verständnis von Arbeit neu zu definieren; rein monetäre Werte sollen dabei ihre Vorrangstellung verlieren.

Diesen Aspekt verdeutlicht auch die Befragung der Nutzerinnen und Nutzer des HEi. Sie gaben unter anderem an, dass das „Selbermachen statt Kaufen“ für sie besonders wichtig sei. Im Zuge dessen meinte rund ein Drittel der Befragten, dass sie ein höheres Qualitätsbewusstsein entwickelt hätten und mit Gegenständen jetzt anders umgingen. Besonders wichtig erscheint im Hinblick auf eine nachhaltige Zukunftsentwicklung, dass immerhin über 20 Prozent der Befragten bei sich ein verändertes Konsumverhalten und ein gestiegenes Umweltbewusstsein feststellten.

Weitere Beispiele

Ein weiteres „Haus der Eigenarbeit“ existiert seit Oktober 1998 in Wolfen. Im dortigen Kreativ-Zentrum Wolfen gibt es drei Werkstätten für Eigenarbeit, nämlich eine Holz-, eine Keramik- und eine Metallwerkstätte. Wie in München werden diese Werkstätten mit Maschinen und Werkzeugen ausgestattet; daneben stehen den Nutzern noch ein Holz- und Metallexperte sowie eine Töpfermeisterin als Fachberater zur Verfügung. Die Material- und Personalkostenzuschüsse wurden von der Forschungsgesellschaft „anstiftung“ für drei Jahre übernommen. Die „anstiftung“ engagiert sich in Wolfen, weil zum einen die Münchner Erfahrungen auf einen anderen sozialen Kontext übertragen werden sollen; andererseits soll mit dem HEi auch ein Beitrag zur sozialen Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in einer ostdeutschen Plattenbausiedlung geleistet werden. Gleichmaßen werden die im Wolfener HEi gemachten Erfahrungen daraufhin untersucht, ob und inwieweit Eigenarbeit von der ostdeutschen Bevölkerung angenommen und inhaltlich definiert wird. Verschieden sind nicht nur die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Ost- und Westdeutschland, unterschiedlich sind auch die Traditionen der Nachbarschaft.

5.3.2 Nutzung von Gemeinschaftswaschmaschinen und Einküchenhäusern

Ausgangslage

Normalerweise kaufen Haushalte Gebrauchsgüter, um bei Bedarf beliebig über sie verfügen zu können. Das individuelle Eigentum fördert aber den Verbrauch an natürlichen Rohstoffen, die in kürzester Zeit zu Abfall werden; außerdem ist an die Anschaffung, Unterbringung und Instandhaltung von Gebrauchsgütern mehr Geld, Material, Energie und persönlicher Aufwand gebunden, als den Nutzern bewusst ist. Die gemeinschaftliche und intensivere Nutzung von Gebrauchsgütern in den Privathaushalten soll mehreren Personen die gleichen Vorteile bei deutlich geringerem persönlichen Aufwand und Ressourcenverbrauch bzw. Abfallaufkommen bieten.

Beispiel: Die gemeinsame Nutzung von Waschmaschinen und Trocknern in der Wohnstadt Asemwald

Die Wohnstadt Asemwald im Süden von Stuttgart erstreckt sich auf eine Gesamtfläche von 140.985 m² und besteht seit über 25 Jahren. 3.600 Einwohner leben in 1.143 Wohneinheiten, die sich auf Ein- bis Sechs-Zimmer-Wohnungen verteilen. Im Asemwald wurde versucht, durch architektonische Maßnahmen der typisch anonymen Hochhausatmosphäre entgegen zu wirken. Asemwald ist – nicht zuletzt aus vorgenannten Gründen – bis heute ein beliebter Wohnort. Die Wohnstadt besteht aus drei über 20-stöckigen Hochhäusern. Jedes dieser Hochhäuser ist in sechs „Häuser“ unterteilt, in denen den Mietern jeweils bis zu zwei Waschmaschinen, ein Trockner, eine Schleuder und ein Trockenraum im Erdgeschoss zur Verfügung stehen; darüber hinaus gibt es in jedem Hochhaus eine Bügelmaschine (vgl. Hoffmann/Pansegrau 1996).

Für die Nutzung der Waschmaschinen und Trockner müssen die Bewohner Waschmarken kaufen. Diese kosten für die Waschmaschine 1,50 DM (5-kg-Maschine) bzw. 2,50 DM (7-kg-Maschine) und für den Trockner 0,50 bzw. 1,00 DM. In diese Preise sind anteilig die Kosten für Strom, Wasser, Abwasser und Reparatur einkalkuliert; Gewinne werden jedoch nicht erwirtschaftet. Die Waschräume können von den Bewohnern an Werktagen zwischen 7.00 und 20.00 Uhr benutzt werden, wobei die Mieter per Listeneintrag die Maschinen zu einem bestimmten Termin reservieren können.

Effekte

Die Befragung von Hoffmann/Pansegrau (1996, 122ff.) hat ergeben, dass zwei Drittel der Bewohner im Asemwald die gemeinschaftlichen Trockner und Waschmaschinen mehr oder weniger häufig in Anspruch nehmen. Als Gründe für die Nutzung wurden in erster Linie die Platz- und Kostenersparnis und die Umweltentlastung genannt. Probleme bereiten aber die geringe Flexibilität der Waschzeiten und des Waschmarken-Verkaufs sowie der weite Weg zu den Waschräumen. Beanstandet wurden darüber hinaus die Atmosphäre und die hygienischen Zustände im Waschraum sowie Diebstähle.

Weitere Beispiele

Das Konzept der gemeinschaftlichen Haushaltsführung existiert bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts: Der Engländer Howard (1850 bis 1928) entwickelte ein Stadtmodell, in dem zentrale Küchenhäuser vorgesehen waren. Allerdings enthielt sein Plan kaum konkrete Aussagen zu der Organisation des Zusammenlebens der Bewohner. In Deutschland wurde die Idee von den Einküchenhäusern vor allem von Lily Braun (1901) verbreitet. „An Stelle der 50-60 Wohnungen, in denen eine gleiche Zahl Frauen zu wirtschaften pflegt, tritt eine im Erdgeschoß befindliche Zentralküche, die mit allen modernen arbeitssparenden Maschinen ausgestattet ist. (...) Die Mahlzeiten werden, je nach Wunsch und Neigung, im gemeinsamen Eßsaal eingenommen oder durch besondere Speiseaufzüge in alle Stockwerke befördert“ (Braun 1901, 21f.). Mitte der 20er Jahre verlor das Thema Einküchenhaus allerdings endgültig an Bedeutung, nachdem es zuvor von der gehobenen Mittelschicht aufgegriffen worden war, und weniger von der Arbeiterklasse, die Lily Braun eigentlich im Blickfeld hatte.

Das erste Einküchenhaus gab es 1905 in Kopenhagen. Es umfasste 26 Drei- bis Fünfzimmerwohnungen, in denen in aller Regel die Küche fehlte. An deren Stelle befand sich ein Speiseaufzug, der alle Wohnungen direkt mit der im Tiefparterre vorhandenen Großküche verband. Über ein Hausteleson konnten die Bewohner dreimal täglich eine warme Mahlzeit in ihre Wohnung bestellen und anschließend das Geschirr zum Abwasch wieder nach unten schicken. Darüber hinaus wurden noch allgemeine Wäsche-, Putz- und Reinigungsarbeiten für jede Wohnung angeboten. Weitere fünf Einküchenhäuser mit rund 75 Wohnungen wurden 1909 in den Berliner Bezirken Friedenau und Lichterfelde, vor allem für höhere Beamte, eröffnet. In den 20er Jahren wurden die Wohnungen umgebaut, so dass jede Einheit eine eigene Küche erhielt (vgl. Dörhöfer/Terlinden 1988; Dörr 1996, 69ff).

Heutzutage bieten solche Servicehäuser den Mietern eine Vielzahl von Dienstleistungen an, die von der Kinderbetreuung und Wohnungsreinigung über das Wäschewaschen bis hin zu Einkaufsdiensten und der medizinischen Betreuung alter Menschen reichen. Allerdings sind diese Einrichtungen hauptsächlich für Personen mit höherem Einkommen konzipiert. Die ursprüngliche Idee, die Haushaltswirtschaft auf gesellschaftlicher Ebene so zu organisieren, dass die Hausfrauen von der Hausarbeit befreit werden, ist in Vergessenheit geraten.

5.3.3 Konsumgüter-Sharing

Ausgangslage

Während die Idee der gemeinschaftlichen Nutzung von Autos bundesweit auf Akzeptanz stößt, steht das Konsumgüter-Sharing erst am Anfang. Zwar verleihen einzelne Car-Sharing-Organisationen inzwischen auch Motorräder, Fahrräder, Boote und Autzubehör, doch nur wenige haben ihre Angebotspalette auf das gesamte Spektrum der langlebigen Konsumgüter ausgeweitet.

Beispiel: Die Ökostadt Rhein-Neckar

Der Verein Ökostadt Rhein-Neckar wurde im Frühsommer 1992 gegründet. Neben dem Car-Sharing konzentrierten sich die Aktivitäten der Ökostadt von Anfang an darauf, die gemeinschaftliche Nutzung von Konsumgütern zu fördern und zu initiieren.

Orientiert am Vorbild der Mobility Car Sharing (früher ShareCom) in der Schweiz wurde von der Ökostadt Rhein-Neckar eine Börse für die kollektive Verwendung von Gebrauchsgegenständen geschaffen. Der Verein übernimmt dabei die Funktion, zwischen den Privatpersonen, die ein Konsumgut verleihen oder ausleihen wollen, zu vermitteln. Einmal im Vierteljahr wird eine Übersicht von allen Konsumgütern erstellt, die ausgeliehen werden können. Die Auswahl reicht gegenwärtig von Gartengeräten, inklusive Rasenmäher und Motorsense, über diverse Leitern, Nähmaschinen und Staubsauger bis hin zu Maschinen für Heimwerker, wie Stichsägen und Akku-Schrauber. Auch für die Durchführung von Sport- und Urlaubsaktivitäten gibt es ein reichhaltiges Angebot: So können Zelte, Boote, Reiseführer, Koffer, Ski und Fahrradtaschen gemeinsam genutzt werden.

Mit nur etwa 100 beteiligten Personen im Rhein-Neckar-Raum stößt das Verleihen von Konsumgütern bisher auf wenig Gegenliebe. Die geringe Resonanz führt ihrerseits dazu, dass Nutzer in zumutbarer Entfernung nur schwer zu finden sind. Unter den Akteuren dominieren zwei Gruppen, nämlich jene, die Kosten sparen, und jene, die die Umwelt schonen will. Bei den „Leihwilligen“ handelt es sich überwiegend um höhergebildete, engagierte Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen.

Effekte

Die wirtschaftlichen Vorteile der gemeinsamen Nutzung von Konsumgütern liegen vor allem darin, dass die Investitionen für deren Neuanschaffung weitgehend entfallen. Ob und inwieweit diese finanziellen Einspareffekte einen Anreiz zum Konsumgüter-Sharing bieten, hängt von der Höhe des Haushaltseinkommens und von den Vorteilen ab, die der private Haushalt mit der Gemeinschaftsnutzung verbindet. Die ökologischen Wirkungen einer intensiveren Verwendung von Gebrauchsgütern durch privates Leihen, Mieten oder Teilen bestimmen sich danach, ob die Transaktionen regional begrenzt werden können: Der Transport muss sich auf kurze Wege beschränken. Dies deutet auf nachbarschaftliche Lösungen hin, die unter Umständen in ländlichen Regionen leichter zu verwirklichen sind als in Ballungszentren und städtischen Einzugsgebieten. Doch gerade hier sind, vor allem unter den Single-Haushalten, die potentiellen Gemeinschaftsnutzer zu finden.

Durch den kollektiven Konsum von Gütern werden diese besser ausgelastet, denn jedes nicht hergestellte Produkt spart Rohstoffe und Energie und reduziert das Abfallaufkommen. Allgemein ergeben sich durch das Teilen und Verleihen ökologische Vorteile, sofern sich das Sharing auf die nähere Nachbarschaft beschränkt; ansonsten kann sich die gemeinschaftliche Nutzung als ökologisch kontraproduktiv erweisen. Auch wirtschaftlich verspricht das Konsumgüter-Sharing durchaus positive Effekte, weil die Anschaffungskosten auf mehrere Haushalte verteilt werden.

Weitere Beispiele

Die Mobility Car Sharing in der Schweiz hat das Konsumgüter-Sharing, wie bereits erwähnt, erstmalig auf breiter Grundlage angeboten. Auch Mobility begann zunächst mit dem Vermieten von Fahrzeugen, dehnte jedoch parallel dazu in verschiedenen Schweizer Städten ihre Produktpalette auf Videokameras, Photoapparate, Werkzeuge und Elektrowerkzeuge, Rasenmäher, Sportausrüstungen (u.a. Surfbretter, Snowboards, Rucksäcke), Campingartikel und Personalcomputer aus. Die Voraussetzung für die Teilnahme am Produkt-Sharing ist die Zeichnung eines Anteilscheins, der sich z.B. für ein Auto auf 1.000 Franken beläuft.

Die Stadt Rheda-Wiedenbrück hat 1997 erstmals eine Broschüre zum Thema „Mieten statt Kaufen“ herausgegeben. Sie dokumentiert, wie Gegenstände des täglichen Bedarfs billig gemietet oder aus zweiter Hand gekauft werden können. Aufgeführt werden ausschließlich Anbieter aus dem Stadtgebiet.

5.4 Neue Formen der Kooperation („Soziale Netze“)

5.4.1 Mütterzentren

Ausgangslage

Mütterzentren sind Treffpunkte, die Müttern ein Aktivitätsfeld außerhalb der Familie bieten. Sie sind als Selbsthilfeprojekte konzipiert, in denen die Frauen für ihre Arbeit bezahlt werden. Die Zentren schaffen neue nachbarschaftliche und gemeinwesenbezogene Netzwerke und verstehen sich als „halböffentliche“ Räume, die die strukturellen Voraussetzungen dafür bieten, dass sich Eigeninitiative und gegenseitige Unterstützung überhaupt entfalten können. Ihre Gründung dient nicht allein der Entlastung der Familien, sondern sie bereichert zugleich den Familienalltag durch dessen Integration in größere soziale Zusammenhänge.

Seit Anfang der 80er Jahre sind mittlerweile 500 Mütterzentren und -initiativen in West- und Ostdeutschland entstanden.

Beispiel: Das Mütterzentrum „Café Mütterauflauf“ in Duisburg

Im „Café Mütterauflauf“ in Duisburg werden jene vier Prinzipien, die das Deutsche Jugendinstitut (vgl. Jaeckel/Tüllmann 1988) entwickelt hat, größtenteils umgesetzt. Dazu gehören: (1) Das Laien-mit-Laien-Prinzip: Betroffenen wird der eigenverantwortliche Umgang mit ihren Belangen zugesprochen. (2) Das Prinzip der freien Angebote: Das Café hat möglichst ganztägig geöffnet und gestaltet sein Programm selbst. (3) Das Prinzip „Gleiches Honorar für alle“: Arbeiten, die normalerweise ehrenamtlich geleistet werden, werden bezahlt. Alle Formen geleisteter Arbeit werden gleich bewertet. (4) Das Prinzip „Kinder gehören dazu“: Kinder sind im Zentrum jederzeit willkommen. Abweichungen von diesem Konzept (wie etwa die Professionalisierung der Kinderbetreuung und der hauswirtschaftlichen Arbeiten sowie unbezahlte, ehrenamtliche Arbeit) kommen in Mütterzentren jedoch häufig vor.

Mütterzentren versuchen u.a. auch, neue Formen der ehrenamtlichen Arbeit zu etablieren. Durch gezielte Laienfortbildungen (z.B. zu Fragen der Kinderbetreuung, der Geschäftsführung oder der Öffentlichkeitsarbeit) soll eine tendenzielle Angleichung an die Kompetenzen professioneller Helfer erfolgen. Der Honorierung ehrenamtlicher Arbeiten, die traditionellerweise dem Reproduktionsbereich zugeordnet werden, kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu: Mütter erhalten die Möglichkeit, mit der Kinderbetreuung und anderen kommerziellen Angeboten (wie etwa Kosmetikberatung, Massage, Reparaturdiensten für kleinere alltägliche Pannen im Haushalt oder Diätlehrgängen) Geld zu verdienen.

Viele Mütter, die das Mütterzentrum „Café Mütterauflauf“ besuchen, sind erwerbstätig und sind somit einer Doppelbelastung ausgesetzt. Da bei Vätern immer noch die berufliche Orientierung im Vordergrund steht, besuchen sie das Mütterzentrum in der Regel nur, wenn ihre soziale Lage (alleinerziehend oder arbeitslos) der der Mütter ähnlich ist. Hauptsächlich wird das Mütterzentrum genutzt, wenn die Kinder noch klein sind und noch nicht in den Kindergarten gehen. Die Besucher nehmen primär folgende Bereiche in Anspruch: die Dienstleistungen des Mütterzentrums (vor allem die Kinderbetreuung), den Meinungsaustausch über Erziehungs- und Gesundheitsfragen, das Kursangebot und die Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten (vgl. Becker-Richter/Kortendiek 1995; Kortendiek 1999).

In ihrer „Bilanz einer Selbsthilfebewegung“ kommen Jaeckel u.a. (1997) zu folgendem Ergebnis: „Aus drei sind inzwischen 480 Mütterzentren und Mütterzentrumsinitiativen geworden in den alten sowie in den neuen Bundesländern. Es gibt regionale Mütterbüros in drei Bundesländern, die die Mütterzentren regional vernetzen und regelmäßige Treffen und Fortbildungen veranstalten. (...) Finanziert werden die Mütterzentren hauptsächlich durch kommunale Mittel der Kinder- und Jugendhilfe, in den seltensten Fällen als Regelförderung. Einige Länder haben einen landesweiten Mütterzentrums-Topf eingerichtet, der Bund gibt Zuschüsse für bundesweite Fortbildungs- und Vernetzungsarbeit. Dazu kommen Mittel von Stiftungen, Spenden und viel selbstveranstaltetes ‚Fundraising‘ der einzelnen Mütterzentren“ (Jaeckel u.a. 1997, 9). Inzwischen hat die Bewegung auch die Nachbarländer erreicht: Mütterzentren nach deutschem Beispiel gibt es in Österreich, Holland, der Schweiz und in der Tschechischen Republik.

Effekte

Der in den Mütterzentren vertretene Ansatz, auf der Eigenkompetenz der Frauen aufzubauen, hat zur Folge, dass die Mütter eine Anerkennung von Fertigkeiten, Talenten oder Kenntnissen erfahren, die ihnen selbst bislang unzugänglich waren, weil sich ihr Erfahrungswissen nicht in die üblichen Qualifikationsanforderungen einfügen lässt und deshalb auch für sie selbst unsichtbar und ohne Wert bleiben musste. Die Anerkennung ist somit ambivalent besetzt, da die Wahrnehmung der eigenen Kompetenzen unweigerlich an die Zurkenntnisnahme ihrer gesellschaftlichen Abwertung gebunden ist. Zugleich setzt dieser Prozess aber Kräfte frei, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu gewinnen und sie sich im Austausch mit anderen bewusst zu machen. Die Projektmitarbeiterinnen bezeichnen diesen Vorgang als Qualifizie-

rungsprozess und meinen damit das Zutagetreten der „verschwiegenen“ Qualifikationen.

Auch am Beispiel der (geringen) Bezahlung von manchen Arbeiten in den Zentren lassen sich solche Widersprüchlichkeiten aufzeigen: Vergütungen sind für Frauen insofern Bestandteil eines Politisierungsprozesses, als Geld in dieser Gesellschaft Anerkennung vermittelt, die den Frauen dadurch vorenthalten wird, dass Frauenarbeit schlecht bezahlt wird bzw. häufig unentgeltlich erfolgt. Die Zielsetzung der Arbeit in den Zentren, auf eigenen Erfahrungen aufzubauen und Verbesserungen für das eigene Leben oder das anderer Frauen zu verwirklichen, ist, schon ohne den Aspekt der Bezahlung zu berücksichtigen, für Frauen ungewohnt. Für sich selbst etwas zu tun und daran Spaß zu haben, können Frauen sich immer noch schwer vorstellen. Ist die Bezahlung der Arbeit hier wesentlich, um deren Bedeutung zu unterstreichen, ruft sie zugleich Abwertungserfahrungen hervor. Diese liegen in der ideologischen Argumentation begründet, dass die Unentgeltlichkeit nicht-berufsförmiger Frauenarbeit auf moralische Werte zurückzuführen sei, die in Geld nicht zu messen seien und durch Quantifizierungsaspekte sogar zerstört würden.

Die Bezahlung der Arbeit bedroht die Selbstentwicklung der Frauen noch in einer anderen Weise: Sie überlagert den Prozess der Selbstentwicklung nämlich mit den Leistungs- und Effizienzkriterien, die an das Verständnis von Lohnarbeit gekoppelt sind.

Weitere Beispiele

In den neuen Bundesländern sind seit 1992 ebenfalls Mütterzentren entstanden (vgl. Helbrecht-Jordan u.a. 1995), die sich am westdeutschen Vorbild orientieren. Der „Mütterzentren Bundesverband e.V.“ hat eine Kontaktstelle Ost-West eingerichtet, die den Aufbau solcher Einrichtungen inhaltlich und organisatorisch unterstützen sollte. Ende 1994 gab es in den neuen Bundesländern bereits 14 Mütterzentren, und zwar in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen. Eine „Besonderheit“ der Mütterzentren in Ostdeutschland ist, dass viele schon sehr frühzeitig mit der Einrichtung von ABM- bzw. § 249h-gestützten Arbeitsstellen begonnen haben. Dies ergab sich vor allem aus der besonders angespannten Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern, wird aber unter dem Aspekt des Prinzips „Gleiches Honorar für alle“ kontrovers diskutiert.

5.4.2 Seniorenbüros

Ausgangslage

Seniorenbüros richten sich an Menschen, die nach den Lebensphasen Erwerbsarbeit und Familie etwas für sich und andere tun wollen und ihre Erfahrungen, Kenntnisse und Kompetenzen weitergeben möchten. In diesem Sinne werden Konzepte und Strategien zur Aktivierung und Förderung des Engagements entwickelt und umgesetzt. Bundesweit gibt es gegenwärtig etwa 33 Seniorenbüros.

Die Büros nehmen folgende Funktionen wahr: (1) die Aktivierung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe, (2) die Erschließung von neuen Tätigkeitsfeldern,

(3) die lokale Vernetzung der Engagementförderung und (4) die Aufwertung des freiwilligen Engagements durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Ihre Aufgaben erstrecken sich daher im Wesentlichen auf die Information, Beratung und Vermittlung von Senioren, auf die Beratung und Unterstützung von Gruppen und Projekten für Senioren, auf die Zusammenarbeit mit Fachleuten zur Unterstützung des freiwilligen Engagements, auf die Öffentlichkeitsarbeit sowie auf die Organisation der Seniorenbüros (vgl. Braun/Claussen 1997, 38ff.). Träger der Seniorenbüros sind meist Verbände, Initiativen und die Kommunen.

Beispiel: Das Seniorenbüro Neubrandenburg

In den neuen Bundesländern ist die Zahl derer, die nach der Wiedervereinigung frühzeitig aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, recht hoch. Die Mehrheit der Nutzer des Seniorenbüros Neubrandenburg ist deshalb zwischen 55 und 65 Jahren alt. In den alten Bundesländern ist die Klientel in der Regel etwas älter. Eine weitere ostdeutsche „Besonderheit“, die auf Erfahrungen aus DDR-Zeiten zurückgeht, ist die anfänglich sehr starke Ablehnung des freiwilligen Engagements. Deshalb bestand die zentrale Aufgabe des Seniorenbüros zunächst darin, Strategien, Kampagnen und Projekte zu entwickeln, mit denen die Kontakte zu den älteren Menschen hergestellt werden konnten.

1995 wurde in der Innenstadt von Neubrandenburg eine Informations- und Kontaktstelle für ältere Bürgerinnen und Bürger eingerichtet, in der seither ehrenamtliche Ansprechpartner tätig sind, die entsprechende Kontakte zu Behörden, sozialen Diensten oder Freizeitpartnern ermöglichen. Weiterhin wurden Aktionstage, Info-Tische oder Ausstellungen organisiert; selbstorganisierte Interessengruppen fanden sich in den Räumen des Seniorenbüros zusammen. Das Büro lud Besucher ein und bot zur Gruppengründung seine fachliche Unterstützung und Öffentlichkeitsarbeit an. Interessengruppen entstanden bisher z.B. zu den Themen: Sprache, Computer, Pilzkunde, Kochen, Tanz, Fotografie und Radwandern. Nicht zuletzt wird auch freiwilliges Engagement vermittelt. „Die Förderung von Interessengruppen als Schwerpunkt der Arbeit des Seniorenbüros Neubrandenburg bietet für die Älteren viele Möglichkeiten, aktiv zu werden. Die niedrighwelligen Gruppenangebote tragen dazu bei, daß auch denjenigen der Weg zum Seniorenbüro geebnet wird, die zurückhaltend und vorsichtig (geworden) sind und durch vorschnelles Fordern von Verbindlichkeit abgeschreckt würden. Gemeinsames Merkmal aller Gruppen ist, daß sie den Selbsthilfegedanken befördern und den Weg für informelle soziale Netzwerke bereiten. Im Mittelpunkt steht dabei nicht, was die Seniorinnen und Senioren in den Interessengruppen tun, sondern daß sie etwas tun“ (Braun/Claussen 1997, 224). Mittlerweile ist es in zunehmendem Maße möglich, Ehrenamtliche auch an andere Verbände, Vereine und kulturelle Einrichtungen zu vermitteln.

Getragen wird das Seniorenbüro von der Stadt Neubrandenburg und von der Behindertenalternative Arbeitsbeschaffung e.V. Hauptamtliche Arbeitskräfte sind eine Leiterin, eine Verwaltungskraft und drei ABM-Kräfte auf Teilzeitbasis.

Effekte

Die Reichweiten von Seniorenbüros liegen bei etwa 10 Prozent der Altersbevölkerung im Einzugsgebiet. Dies ist ein vergleichsweise hoher Wert für Einrichtungen, die einen relativ neuen Typus verkörpern. „Es ist zu erwarten, daß die Nutzung wie die Reichweite weiter steigen werden, da der Anteil von Senioren, die mit einem Seniorenbüro erstmalig in Kontakt treten, im zweiten Jahr mit durchschnittlich 42% an allen Kontakten auch nach dem Aufbau eines ersten Kreises an Stammbesuchern hoch geblieben ist“ (Braun/Claussen 1997, 70). Die Seniorinnen und Senioren stellen – wie nicht anders zu erwarten war – mit 71 Prozent die größte Nutzergruppe dar. Über den direkten Kontakt mit den Seniorenbüros hinaus konnten weitere Senioren über Gruppen und Vereine mit dem Angebot vertraut gemacht werden. Bemerkenswert ist, dass sich an zweiter Stelle Fachleute um intensive Kooperationsbeziehungen mit den Büros bemühten. Hauptsächlich Experten aus kommunalen und sozialen Institutionen und Einrichtungen der Altenarbeit sowie Fachvertreter aus Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Sporteinrichtungen treten mit den Seniorenbüros in Kontakt. Die drittstärkste Nutzergruppe sind Gruppen und Vereine; sie frequentieren die Seniorenbüros besonders häufig, was auf eine enge Zusammenarbeit hinweist. Die Gruppen treten in Beziehung zu den Seniorenbüros, um zu neuen Kontakten zu kommen und gemeinsame Unternehmungen durchzuführen. Bildung und Kultur sowie Hilfen im Alltag und soziale Selbsthilfe werden als weitere Motive für die Kontaktaufnahme genannt. Für handwerkliche und wirtschaftliche Tätigkeiten (z.B. in einer Nähwerkstatt, einem Kleinreparaturdienst oder einer Elektronikgruppe) sowie für die Themen Wohnen und Umweltschutz wird die Unterstützung der Seniorenbüros nur selten von anderen Gruppen in Anspruch genommen (vgl. Braun/Claussen 1997, 77ff.).

Weitere Beispiele

Der Oma Hilfsdienst (OHD) e.V. in Hamburg leistet intergenerative Familienhilfe. Unter dem Motto „Senioren helfen jungen Familien“ haben sich 150 Seniorinnen und Senioren zur Verfügung gestellt, um Familien bei der Kinderbetreuung zu helfen oder um beim Babysitting einzuspringen. Der OHD machte 1979 in einer Kleinanzeige auf sich aufmerksam, woraufhin sich spontan 50 ältere Damen und Herren meldeten, die sich engagieren wollten. Die aktive Kommunikation zwischen den Generationen zu fördern, ist dem OHD ein wichtiges Anliegen. Gerade älteren Menschen hilft der OHD dabei, die Anonymität und die Einsamkeit in der Großstadt zu überwinden. Der OHD beruht auf Freiwilligkeit: Die Helfer werden vor jedem Einsatz genau über die Dauer ihrer Betreuungsleistungen informiert und können dann entscheiden, ob sie den Fall annehmen wollen oder nicht. Die Einsätze erfolgen in der Regel in dem Stadtteil, wo beide, Helfer und Nutzer, wohnen; dahinter steht die Grundidee der aktiven Nachbarschaftshilfe.

5.4.3 Nachbarschaftsläden

Ausgangslage

Nachbarschaftsläden können als Dienstleistungseinrichtung und Kommunikationstreffpunkt das regionale Versorgungsangebot verbessern und das dörfliche Leben bereichern, wobei die aktive Beteiligung der Bevölkerung die Voraussetzung für den langfristigen Bestand der Einrichtungen ist. Darüber hinaus ist für deren Gründung oder Revitalisierung eine öffentliche Förderung unabdingbar.

Beispiel: Der Nachbarschaftsladen Hutten

Hutten in der Nähe von Schlüchtern ist ein Dorf mit knapp 900 Einwohnern im Main-Kinzig-Kreis. Nachdem in den 70er Jahren drei Lebensmittelgeschäfte geschlossen worden waren, war die wohnortnahe Versorgung mit Lebensmitteln seit 1987 nicht mehr möglich. Drei Jahre lang kaufte die Bevölkerung im neun Kilometer entfernten Schlüchtern ein, bevor sich 1990 einige Bürger dazu entschlossen, ein neues Lebensmittelgeschäft aufzubauen.

Durch Öffentlichkeitsarbeit, Pressemitteilungen, Flugblätter und Veranstaltungen wurde die Huttener Bevölkerung über das geplante Projekt informiert. Als Standort wurde die ehemalige Dorfschule ausgewählt. Die Stadt Schlüchtern und das Land Hessen übernahmen die Umbauarbeiten. Seit September 1991 besteht nun der Nachbarschaftsladen unter dem Namen „Unser Laden“. Sechs Frauen aus dem Ort erledigen die anfallenden Verkaufs-, Bestell- und Reinigungsarbeiten für einen Stundenlohn von etwa 12,- DM; als Gesellschafterinnen beschäftigen sie sich quasi selbst. Der Personaleinsatz erfolgt in gegenseitiger Absprache. Die Öffnungszeiten sind beschränkt und den Einkaufsgewohnheiten der örtlichen Bevölkerung angepasst. Werktags ist der Laden jeweils von 8.30 bis 11.30 Uhr geöffnet, samstags von 8.00 bis 12.00 Uhr; am Freitag Nachmittag hat das Geschäft zusätzlich von 16.00 bis 18.00 Uhr auf.

Zusätzlich betreibt „Unser Laden“ ein Infobrett mit kommunalen Mitteilungen und verkauft Textilien auf Kommissionsbasis. Eine Ausweitung um Post- und Bankdienstleistungen ist aufgrund vorhandener Niederlassungen gegenwärtig nicht möglich. Diese Angebote sollen eventuell später mit einbezogen werden, sofern weitere Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Effekte

Das Konzept des Nachbarschaftsladens berücksichtigt nicht nur die materielle Versorgungskomponente, sondern fördert auch die „dörfliche Selbstorganisation“, was zur (Re-)Aktivierung der Dorfgemeinschaft beitragen kann. Ein Interesse der Verbraucher an neuen Nahversorgungskonzepten ist erkennbar; allerdings ist die Bereitschaft der Bevölkerung, vielfältige ehrenamtliche Tätigkeiten zu übernehmen, noch nicht überall gleichermaßen ausgeprägt. Das Engagement konzentriert sich vor allem auf die Sicherung der Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs.

Weitere Beispiele

Im Rahmen des Modellprojekts „Nachbarschaftsladen 2000“ wurden neben dem Huttener Laden noch insgesamt elf weitere Läden in Gilserberg-Heimbach (Hessen),

Simmern-Sargenroth (Rheinland-Pfalz), Nordhackstedt (Schleswig-Holstein), Groß-Briesen, Großwoltersdorf, Reichenhain und Mildenberg (alle Brandenburg), in Gremersdorf (Mecklenburg-Vorpommern), Hennersdorf und Gallen (beide Sachsen) und in Jetze (Sachsen-Anhalt) untersucht. Ähnliche Projekte wurden vom Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz und vom Landwirtschaftsministerium Schleswig-Holstein realisiert.

6 Perspektiven der informellen Ökonomie

6.1 Die Notwendigkeit von Standards („Professionalisierung“) in der informellen Ökonomie

Die Notwendigkeit zur Festlegung von sozialen Standards ergibt sich zunächst für die haushaltsbezogenen Dienstleistungen: Während die amtliche Statistik für das Jahr 1995 nur von ca. 35.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den privaten Haushalten ausgeht (Munz 1996), ermittelte das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik für 1997 1,3 Mio. geringfügig Beschäftigte (vgl. Friedrich 1997). Nach den Erhebungen des Sozioökonomischen Panels wird die Zahl der Haushalte, die in der Bundesrepublik regelmäßig oder gelegentlich eine Haushaltshilfe beschäftigen, auf 4,234 Mio. (davon 2,756 Mio. mit regelmäßiger Hilfe) geschätzt (Schupp u.a. 1997, 692). Neben der informell erbrachten Hausarbeit gibt es also noch einen beträchtlichen Bedarf an externer Unterstützung der privaten Haushalte. Haushaltshilfen arbeiten entweder „schwarz“ und sind somit Teil der Schattenwirtschaft, oder sie werden als geringfügig Beschäftigte unterhalb der Sozialversicherungsgrenze eingestellt und zählen zur formellen Ökonomie.

Die obigen Zahlen machen deutlich, dass viele informelle (Haus-)Arbeiten mittlerweile ausgegliedert wurden: Unterstellt man eine wöchentliche Arbeitszeit von ca. 10 Stunden für die Haushaltshilfen, so ergibt sich ein Arbeitsaufwand von 1,268 Mrd. Stunden pro Jahr, der oftmals bei der Diskussion ausgeblendet wird. Dienstleistungen in den privaten Haushalten bilden also schon heute einen nicht zu unterschätzenden Arbeitsmarkt, der allerdings kaum geregelt und abgesichert ist. Vor dem Hintergrund der wachsenden Frauenerwerbstätigkeit sind in diesem Bereich weitere Zuwächse zu erwarten. Hier besteht also ein Regelungsbedarf, gerade mit Blick auf die vielen „Schatten“-Arbeitsverhältnisse.

Eine weitere Möglichkeit zur Standardisierung der informellen Ökonomie könnte darin liegen, Hausarbeit, Kindererziehung, die Betreuung und Pflege alter Menschen, Sabbaticals sowie ehrenamtliche Tätigkeiten in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Um eine Durchschnittsrente in Höhe von etwa 2.100 DM pro Monat beziehen zu können, muss die/der Betreffende über 45 Jahre lang einen Monatsbetrag von gegenwärtig knapp 860 DM erbringen (vgl. Zukunftskommission Gesellschaft 2000 1999, 202). Sowohl die Dauer der Einzahlung als auch die Höhe des Beitrages dürften kaum eine Anwartschaft auf eine angemessene Altersrente, die hoch genug ist, um den Lebensunterhalt im Alter zu sichern, *allein* aus einer informellen Tätigkeit zulassen. Staatliche Subventionen oder Umschichtungen innerhalb der Rentenkasse scheiden nach Ansicht der Zukunftskommission Gesellschaft 2000 (1999, 202) aus, da sie als versicherungsfremde Leistungen eine schwere Belastung für die übrigen Beitragszahler und somit eine Verteuerung des Produktionsfaktors „Arbeit“ darstellen würden.

Dagegen sei der Erwerb von ergänzenden Rentenanwartschaften zusätzlich zu einem bestehenden Rentenanspruch aus einer reduzierten Erwerbsarbeit durchaus realistisch. Dies solle v.a. für informelle Aktivitäten gelten, die ergänzend zu einer Teilzeit-Erwerbsarbeit ausgeübt werden. Hier wäre eine Übertragung des Alters-Teilzeit-Modells ebenso denkbar wie eine Modifizierung des Verfahrens, das schon heute im Falle von Unterbrechungen durch Fortbildungsmaßnahmen angewandt wird. Zu klären wäre im Einzelfall, ob die notwendigen Ergänzungsbeiträge, mit denen die Beitragszahlungen aus der Erwerbsarbeit aufgestockt werden, von der betroffenen Person selbst oder auch vom Träger der Maßnahme übernommen werden könnten. „Zweifellos bietet sich hier auch für die Arbeitgeber eine Möglichkeit, auf freiwilliger Basis das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern und ihre soziale Verantwortung im Sinne einer ‚corporate identity‘ zu demonstrieren“ (Zukunftskommission Gesellschaft 2000 1999, 202).

Ein weiterer Vorschlag zielt darauf, Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung durch Sozialversicherungsgutscheine aufzubauen (Gretschmann u.a. 1987, 47ff.), die sowohl den zeitlichen Einsatz, z.B. auf Wochen- oder Monatsbasis, berücksichtigen als auch den Nützlichkeitswert der informellen Tätigkeiten. Dieser wird auf der Basis eines Index' bestimmt, der Zuschläge für wenig attraktive, aber gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten und Abschläge für den gegenteiligen Fall vorsieht. Dieser Ansatz steckt zwar noch in den Kinderschuhen, könnte aber durchaus weiterverfolgt werden.

Um Arbeiten jenseits der Erwerbstätigkeit zu fördern, könnte der Austausch von Leistungen auch über sogenannte Dienstleistungskonten handelbar gemacht werden, indem alle Dienstleistungen in Zeiteinheiten bewertet werden, beispielsweise nach dem Muster: Eine Stunde Geigenunterricht kostet eine Stunde Gartenarbeit. Vorstellbar wäre aber auch die Einführung einer Spezialwährung in Form von Leistungsgutscheinen.

Außerdem sollte es möglich sein, Zeit in die Zukunft zu transferieren, indem auf einer „Zeit-Bank“ („time banking“) Zeit „gespart“ wird. Auf diese Weise könnten heute über informelle Leistungen Forderungen aufgebaut werden, die morgen eingelöst und aktualisiert würden. Problematisch bleibt bei dieser Lösung die Frage, wie die erworbenen Zeiteinheiten vom jeweiligen Privathaushalt zurückgegeben werden sollen. Kann z.B. ein Haushalt seine Leistungen auch von anderen, haushaltsfremden Personen „erledigen“ lassen?

6.2 Informelle Eigenversorgung als Grundlage für eine nachhaltige Gesellschaft

In allen industrialisierten Ländern hat in den zurückliegenden Jahrzehnten ein tiefgreifender Wandel in der formellen Ökonomie der Erwerbsarbeit stattgefunden. Das benötigte Erwerbsarbeitsvolumen ist rückläufig: Allein in Westdeutschland ist es seit 1980 um 17 Prozent geschrumpft, seit 1965 sogar um 32 Prozent (Gorz 1998, 350); eine Entwicklung, die sich weltweit fortsetzen wird: „Beratungsbüros haben die An-

zahl der Arbeitsplätze berechnet, die durch eine Reorganisierung, verbunden mit der vollen Ausnutzung von Informationstechnologien, in den verschiedenen Branchen eingespart (also wegrationalisiert) werden können. Für die Vereinigten Staaten sind sie zu dem Ergebnis gekommen, dass von den 90 Millionen Arbeitsplätzen im privaten Sektor 25 Millionen wegfallen werden. Für Deutschland lauten die Prognosen ähnlich: Von den 33 Millionen vorhandenen Arbeitsplätzen könnten durch die Anwendung der zur Zeit effektivsten Methoden 9 Millionen entfallen“ (Gorz 2000, 71).

Parallel dazu bewegt sich in Deutschland die Zahl der jährlich geleisteten Mehrarbeitsstunden seit Jahren auf einem gleichbleibenden Niveau: 1990 waren es 1,96 Mrd., 1998 1,85 Mrd. geleistete Überstunden. Würden diese Mehrarbeitsstunden in normale Arbeitsverhältnisse „überführt“, könnten jährlich fast 700.000 zusätzliche Vollzeit-Arbeitsplätze geschaffen werden. In der bundesdeutschen Gesellschaft kommt es somit zu einer wachsenden Ungleichverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit: Auf der einen Seite gibt es eine abnehmende Zahl von Beschäftigten, die über einen relativ stabilen Arbeitsplatz mit Einkommenssicherheit verfügen, der allerdings auch Phasen von Mehrarbeit mit einschließt. Auf der anderen Seite steigt die Zahl der Personen, die in ihrem Erwerbsleben mehrfach zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Nicht-Erwerbsarbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen wechseln (müssen). In der gegenwärtigen Diskussion um die Zukunft der Arbeit wird häufig übersehen, dass immer mehr Erwerbstätige nach diesem Lebensmuster arbeiten. Im Verlauf der letzten zwölf Jahre haben 97 Prozent der westdeutschen Erwerbspersonen Phasen der Arbeitslosigkeit durchlebt (vgl. Mutz 1997). Dieses Erwerbssystem kann schon heute nur deshalb funktionieren, weil viele Menschen durch staatliche Transferzahlungen alimentiert werden. Allein die Finanzierung der Arbeitslosigkeit war dieser Gesellschaft im Jahre 1998 ca. 190 Mrd. DM „wert“.

Bezogen auf diese Problematik verfolgt die dänische Arbeitsmarktpolitik – wie oben gesehen – den progressivsten Ansatz: Anstatt die Arbeitslosigkeit zu subventionieren, wird die Nicht-Erwerbsarbeit, sprich die informelle Ökonomie, finanziell unterstützt. Auf diese Weise wird der informellen Tätigkeitsgesellschaft und der formellen Erwerbsgesellschaft der gleiche Stellenwert eingeräumt. „Es kann das erste ohne das zweite nicht geben. Die Arbeitsideologie wird so zugunsten der Arbeitsumverteilung geschwächt. (...) Denn die Arbeitslosigkeit stellt hier keinen von den Arbeitslosen erlittenen Mangel an Arbeit dar (...), sondern eine freiwillige Unterbrechung der Arbeit, die durch eine gesetzliche Bestimmung angeregt wurde“ (Gorz 2000, 139f.).

Darüber hinaus gilt schon heute: Würde das vorhandene Erwerbsarbeitsvolumen gleich verteilt, dürfte – nach den Berechnungen von Bonß (1998, 99) – jeder bundesdeutsche Arbeitnehmer wöchentlich nur noch 27 Stunden, bei einem Jahresurlaub von 40 Tagen, arbeiten. Die Erwerbsbiographie des männlichen „Normalarbeitnehmers“, die in den 60er und 70er Jahren noch bestimmend war, gilt in der Bundesrepublik mittlerweile nur noch für 55 Prozent der Beschäftigten, in Italien und Großbritannien für weniger als die Hälfte der Beschäftigten und in den 500 größten US-amerikanischen Unternehmen bloß für 10 Prozent der Erwerbstätigen (Gorz 1998, 350). Stabile, vollzeitige Arbeitsplätze sind also seltener geworden, so dass ein ständig kleiner werdender Teil der Erwerbsbevölkerung über ein entsprechend festes Er-

werbseinkommen verfügt; die unterbrochenen, diskontinuierlichen Erwerbsverläufe werden angesichts der Massenarbeitslosigkeit zur Normalität und müssen vor diesem Hintergrund in einem künftigen arbeitsmarktpolitischen Konzept der Umverteilung von formeller Erwerbsarbeit und der Subventionierung von informeller Nicht-Erwerbsarbeit mitbedacht werden.

Diskontinuierliche Erwerbsverläufe und Massenarbeitslosigkeit haben ihrerseits Auswirkungen auf das Sozialversicherungssystem, denn aufgrund der Verknüpfung von Erwerbsarbeit und der Zahlung von Sozialleistungen müssen die noch Erwerbstätigen entweder immer mehr Geld an die Sozialversicherungen abführen oder die parallel ausbezahlten Zahlungen an Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, Wohngeld, Renten/Pensionen u.a.m. müssen entsprechend gekürzt werden.

Was sind aber angesichts dieser beschriebenen Trends, die ja bei weitem noch nicht abgeschlossen sind, die möglichen Alternativen?

(a) Die formelle und die informelle Ökonomie müssen als komplementäre Systeme anerkannt werden, in denen sowohl Frauen als auch Männer in ihrem Leben zeitweilig aktiv sind. Zur formellen Ökonomie zählen sämtliche Bereiche der Erwerbswirtschaft, in denen durch den Verkauf der Arbeitskraft Einkommen erzielt wird. Als informell werden nur solche Bereiche der Volkswirtschaft angesehen, in denen (1) gesetzlich erlaubte Aktivitäten stattfinden, (2) die nicht-monetären Austauschprozesse dominieren, (3) die Autonomie und Motivation der menschlichen Arbeit betont wird und (4) das subsistenzwirtschaftliche Kriterium überwiegt.

Erwerbsarbeit hat nach wie vor ihren wirtschaftlichen Stellenwert. Sie „ist notwendige Voraussetzung für die personale und soziale Anerkennung, sie gewährleistet ein Einkommen (ohne das eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben unmöglich wäre), und sie garantiert durch ihre enge Anbindung an die Sozialpolitik soziale Sicherheit. Durch diese Funktionsvielfalt hat die Erwerbsarbeit einen hohen Stellenwert in modernen Industriegesellschaften“ (Holzer u.a. 1998, 181). Doch ihren bestimmenden Faktor für das Leben der Menschen hat sie – auch angesichts des Bedeutungszuwachses der Freizeit – heute bereits verloren, wenn man bedenkt, dass durch längere Bildungszeiten, verkürzte Arbeitszeiten und entsprechende Unterbrechungen aufgrund von Arbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit und Phasen der Nicht-Erwerbsarbeit deren tatsächliche Bedeutung rückläufig ist. Oppolzer (1994; 1997, 101) spricht in diesem Zusammenhang auch von einer „Gleichgewichtsethik“, nämlich dem zunehmenden Streben der Menschen nach einer Vereinbarung von formeller Erwerbsarbeit und informellem Privatleben. Diese Entwicklung hat sich allerdings in der individuellen und gesellschaftlichen Wahrnehmung noch nicht entsprechend niedergeschlagen.

Eine notwendige Abkehr von der Erwerbszentriertheit wird erst dann gelingen, wenn auf breiter Ebene deutlich wird, dass zwischen formeller und informeller Ökonomie eine wechselseitige Abhängigkeit besteht (vgl. Teichert 1993) und die Erwerbsarbeit sich stärker den Bedürfnissen im informellen Bereich anpassen muss. Eine solche Debatte ist gegenwärtig nicht erkennbar, muss aber in allen gesellschaftlichen Gruppen intensiv geführt werden, denn nach wie vor ist diese Gesellschaft von dem Bewusstsein durchdrungen, dass nur Erwerbsarbeit zählt, d.h. die realen Entwicklun-

gen hatten bisher nicht zur Folge, dieses Phänomen tatsächlich in Frage zu stellen. Alle gesellschaftlichen Hoffnungen (auch die der jetzigen Bundesregierung) zielen immer noch darauf ab, wieder einen Zustand der Vollbeschäftigung zu erreichen, an dem sowohl Frauen als auch Männer partizipieren (sollen). Diese Illusion gilt es zu relativieren und in Frage zu stellen: Die Alternative für die Zukunft wird es sein, dass sich Männer und Frauen sowohl in der formellen als auch der informellen Ökonomie bewegen und die Erwerbsarbeit nur noch eine Quelle der Einkommenserzielung ist, die je nach Lebensphase eine unterschiedlich starke Bedeutung für den Einzelnen hat.

Wichtig ist dabei auch, dass das Verhältnis von formeller und informeller Arbeitszeit verändert wird, d.h., das formelle System muss stärker den Interessen und Bedürfnissen der Menschen nach informellen Tätigkeiten entsprechen. Derzeit verhält es sich nämlich genau umgekehrt: Die Aktivitäten im informellen Bereich müssen sich an den vorgegebenen Zeitstrukturen der Erwerbsarbeit ausrichten. Um eine neue Arbeitszeitpolitik durchzusetzen, mit deren Hilfe formelle und informelle Ökonomie besser miteinander vereinbart werden können, wäre es notwendig, dass sich die Tarifparteien verstärkt an der Diskussion um informelles und formelles Arbeiten beteiligen. Bisher wurde die Debatte, speziell von den Gewerkschaften, sehr stark auf die abhängige Erwerbsarbeit bezogen; der informellen Ökonomie stand man zumeist skeptisch bis ablehnend gegenüber und ließ deren Anreiz- und Beispielfunktion, die sich etwa in Eigeninitiative, Mit- und Selbstbestimmungspotentialen und gesellschaftlich sinnvoller Arbeit äußert, unberücksichtigt.

Gleichzeitig ist die informelle Bedarfswirtschaft – nach Ansicht von Hegner (1987) – zumindest partiell von der formellen Erwerbswirtschaft abzuschotten. Abschottung meint, dass es zwar für nahezu jede informelle Produktionstätigkeit ein Äquivalent im Erwerbssystem gibt; doch erst die andere Qualität und der andere Preis der informell erbrachten Arbeit macht sie notwendig und vor allen Dingen unentbehrlich. Daneben erweitern und ergänzen auch viele der Bedarfstätigkeiten in Bürgerinitiativen, Nonprofit-Organisationen und Selbsthilfegruppen die formelle Erwerbswirtschaft. Diese lassen sich quasi als Korrektiv auffassen, denn letztlich profitiert die formelle Arbeits- und Lebenswelt von der informellen Ökonomie. Ebenso ist mit dem Begriff Abschottung gemeint, zum einen die informelle Ökonomie durch demonstratives ‚Vorzeigen‘ eigener Konturen der Bedarfsdeckung und Bedürfnisbefriedigung zu profilieren sowie zum anderen die unbezahlte Arbeit aus ihrer ‚Ausbeutung‘ und Vereinnahmung durch die Erwerbswirtschaft herauszulösen, in der das Handeln besonderen ‚formellen‘ Rationalitätskriterien unterworfen ist. „Nur durch eine partielle Abschottung gegen die Eigendynamik der Erwerbswirtschaft sowie durch eine damit verbundene eigenständige Profilierung und Konturierung der Bedarfsarbeitsrollen können sich die Kooperationsformen, Qualifikationen, Arbeitsweisen und -instrumente sowie Arbeitsergebnisse (Produkte i.w.S.) der Bedarfswirtschaft als dauerhaft attraktives und gleichgewichtiges Komplement zur Fremdversorgung über Markt und Staat behaupten“ (Hegner 1987, 36). Abschotten würde dabei bedeuten, die Leistungen der informellen Ökonomie materiell oder immateriell zu entgelten, z.B. durch den Aufbau von solidaritätsstiftenden Institutionen oder durch die Anrechnung von Eigenaktivitäten in der Rentenversicherung. Auf diese Weise könnte die informelle Ökonomie bis zu einem bestimmten Grad vor ökonomischem

Druck geschützt werden, denn nur der Zugang zur Erwerbswirtschaft lässt eine Entscheidung für die Eigenarbeit in der informellen Ökonomie zu.

(b) Um allerdings ein solches Zukunftsszenarium verwirklichen zu können, ist es notwendig, informelles Arbeiten durch finanzielle Hilfeleistungen zu unterstützen und attraktiver zu machen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass der Begriff der informellen Ökonomie nur beschönigend beschreibt, was Karl Marx schon vor mehr als hundert Jahren als industrielle Reservearmee definiert hat. Wie Pahl (1980) bereits in seinen theoretischen Entwürfen zur informellen Ökonomie ausgeführt hat, würde in diesem Falle das informelle Wirtschaftssystem lediglich als Überlebens- oder Überwinterungsstrategie dienen: Sobald die Menschen einen Arbeitsplatz im formellen Bereich haben, verliert die informelle Ökonomie an Bedeutung.

Bereits seit Mitte der 80er Jahre wird in der Bundesrepublik verstärkt darüber diskutiert, wie Beschäftigung und soziale Sicherung entkoppelt werden können. Diese Debatte kann für ein besseres und ausgewogeneres Verhältnis von formeller und informeller Ökonomie nutzbar gemacht werden. Erste Vorschläge aus den 80er Jahren zielten darauf ab, jedem Bundesbürger eine Grundsicherung zuzugestehen. Mittlerweile wurden solche Vorstellungen weiterentwickelt, auch vor dem Hintergrund einer gewissen Skepsis gegenüber solchen Konzepten. Erörtert werden gegenwärtig (1) Modelle einer bedarfsorientierten Mindestsicherung, (2) Entwürfe für eine negative Einkommensteuer und (3) Konzepte einer lebensphasenspezifischen Sicherung:

(1) Das *Modell einer bedarfsorientierten Mindestsicherung*, das – wie oben beschrieben – u.a. von der SPD (1994), dem Bündnis 90/Die Grünen (1997) und vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (Kaltenborn 1997) vorgeschlagen wurde, sieht eine bedürftigkeitsabhängige Sockelung von Sozialversicherungsleistungen vor: Im Falle fehlender oder zu geringer Versicherungsansprüche werden die Zahlungen des betreffenden Leistungssystems (Arbeitslosen- und Rentenversicherung) automatisch auf die Höhe des Existenzminimums aufgestockt (vgl. zusammenfassend die Arbeit von Kaltenborn (1998, 64ff.), der insgesamt dreizehn konkurrierende Grundsicherungsmodelle miteinander verglichen hat).

(2) Beim *Konzept der negativen Einkommensteuer* oder *eines Bürgergeldes* sollen Steuer- und Transfersystem miteinander verknüpft werden, indem jeder Steuerpflichtige, der zu wenig verdient, um Steuern zahlen zu können, stattdessen negative Steuern, also staatliche Transferzahlungen, erhält. Die wissenschaftliche Diskussion um die negative Einkommensteuer hat sich, vor allem als Folge der Massenarbeitslosigkeit, verstärkt der Frage gewidmet, wie durch verschiedene Varianten der negativen Einkommensteuer die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Arbeitslosigkeit beseitigt werden können. Nur wenige Autoren denken darüber nach, ob und inwieweit ein solches Konzept auch dazu geeignet sein könnte, die Durchlässigkeit zwischen formeller und informeller Ökonomie zu stärken (u.a. BUND/Misereor 1996; Wohlgenannt 1998, 254ff.). Zu diesem Thema gibt es noch erheblichen Forschungsbedarf.

(3) Darüber hinaus werden *lebensphasenspezifische Finanzierungssysteme* vorgeschlagen (vgl. hierzu u.a. auch Opielka 1999): So votieren etwa Leipert/Opielka (1998) für ein Erziehungsgehalt, mit der die Kindererziehung aufgewertet werden soll. „Die Grund-

idee liegt in einer monetären Anerkennung der Erziehungsleistung durch die Gesellschaft mittels eines Erziehungsgehalts, das den auf dem Arbeitsmarkt erzielten Einkommen vergleichbar ist“ (Opielka 1998, 103). Durch das Erziehungsgehalt oder die Einführung einer Familienversicherung könnte die herrschende Trennung zwischen der Männerwelt Beruf und der Frauenwelt Familie und Haushalt überwunden, die Diskriminierung der Frauen im Erwerbsleben beseitigt und den Männern die Chance eröffnet werden, sich mehr dem Familienbereich zu widmen. Sowohl Frauen als auch Männer hätten die Möglichkeit, ihre Erwerbsarbeit zu unterbrechen, um sich um ihre Kinder zu kümmern.

Des Weiteren wäre im Rahmen eines lebensphasenspezifischen Modells für die Pflege und Betreuung alter und kranker Menschen ein Pflegegehalt zu zahlen. Auch diese Arbeit ist in der Vergangenheit – trotz Einführung der Pflegeversicherung – nicht angemessen gewürdigt worden. Nach wie vor herrscht ein Ungleichgewicht in der Risikostruktur zwischen der stationären Unterbringung und der ambulanten Betreuung in den familiären Netzwerken, weil kinderlose Lebensformen erneut von den Leistungen der Familien profitieren. Außerdem wird die ambulante Betreuung finanziell schlechter honoriert als die (teil-)stationäre Unterbringung.

Daneben wäre zur Beseitigung der Altersarmut, von der vor allem ältere Frauen betroffen sind, ein Grundrentenmodell (als Überblick vgl. Bäcker 1998) einzuführen. Mit diesem Konzept soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Frauen aufgrund ihrer informellen Aktivitäten im Haushalt und in der Familie im Alter oftmals vor finanziellen Risiken stehen, weil diese Leistungen bislang nur ansatzweise in der Rentenversicherung berücksichtigt werden. Jene Generation, deren informelle Tätigkeiten bisher (noch) nicht finanziell alimentiert wurden, müsste zur Absicherung im Alter eine Grundrente erhalten.

Zudem sollte es möglich sein, zu Weiterbildungszwecken oder im Rahmen von Sabbaticals befristet aus dem Erwerbsleben auszusteigen. In Deutschland wurden seit 1996 in mehreren Berliner Betrieben erste Erfahrungen mit der Job-Rotation gesammelt. Eine umfassende Umsetzung dieses Modells steht jedoch noch vor großen Schwierigkeiten: Erstens gibt es im Arbeitsförderungsgesetz (AfG) gegenwärtig noch einen Regelungsbedarf zu der Frage, wie ein befristeter Ausstieg aus der Erwerbsarbeit auszusehen hat, zweitens sind die Anreize für Arbeitslose zu gering, um sich an Job-Rotations-Maßnahmen zu beteiligen, und drittens ist die Suche nach geeigneten Vertretern, die befristet aussteigen wollen, für die Unternehmen noch mit hohen Transaktionskosten verbunden.

Vor dem Hintergrund der vorgestellten Konzeptionen sollten über eine lebensphasenspezifische Mindestsicherung gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten wie die Erziehung und Betreuung von Kindern und die Pflege von alten und kranken Menschen geldlich unterstützt werden, denn: Ein allgemeines Grundeinkommen für alle Bundesbürger ist gegenwärtig nicht finanzierbar. Die Berechnungen von Gretschmann u.a. (1989, 172ff.) machen deutlich, dass die entstehenden Mehrausgaben für ein bedarfsunabhängiges Grundeinkommen fiskalisch nicht zu tragen sind. So würde ein Grundeinkommen in Höhe von 400 DM für Kinder und Jugendliche bis zu 18 Jahren, von 800 DM für Erwachsene zwischen 19 und 64 Jahren und von 1.000 DM für

alle Personen, die 65 Jahre und älter sind, die Volkswirtschaft mit einem Anteil von ca. 20 Prozent des Bruttosozialproduktes belasten. Huber (1998, 80ff.) hat in seinem Konzept des bezugsberechtigten Grundeinkommens, das mit dem Modell der negativen Einkommensteuer vergleichbar ist, einen Finanzbedarf in Höhe von ca. 100 Mrd. DM errechnet.

Beim lebensphasenspezifischen Mindestsicherungsmodell wäre es notwendig, für die Kindererziehung ein Erziehungsgehalt und für die Pflege von alten und kranken Menschen ein Pflegegehalt zu zahlen. Darüber hinaus wäre zu erörtern, ob informelle Tätigkeiten nicht auch dadurch aufgewertet werden könnten, dass im Alter zumindest eine Grundrente gewährt würde. Daneben sollte auch die Möglichkeit eröffnet werden, befristet aus dem Erwerbsleben auszusteigen, sei es im Rahmen eines Sabbaticals oder zur Weiterbildung. Hierfür müssten über das Arbeitsamt entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

(c) Erst wenn diese Grundlagen geschaffen wären, ließe sich darüber nachdenken, ob und inwieweit die informelle Ökonomie integraler Bestandteil eines Wohlfahrtsmix' (Evers/Wintersberger 1990) sein könnte. „Nicht ‚mehr Staat‘, ‚mehr Markt‘ oder ‚mehr Selbsthilfe und Eigenvorsorge‘ ist die Devise, vielmehr geht es um neue Möglichkeiten der wechselseitigen Ergänzung und Unterstützung zwischen Staat, Markt und Selbsthilfe- bzw. Selbstorganisation“ (Heinze u.a. 1999, 184). Allerdings dürfen die Substitutionseffekte bzw. Kostenverlagerungen durch Selbsthilfeaktivitäten und Selbstorganisation nicht überschätzt werden. Die Kostenentlastung wäre wahrscheinlich geringer als der immaterielle Effekt, der sich darin zeigt, dass die Menschen die Sinnhaftigkeit ihres eigenen Handelns wiederentdecken und so der weitverbreiteten Betreuungsmentalität widerstehen. Selbsthilfeangebote würden also in erster Linie als bedürfnisorientierte Ergänzung der personenbezogenen Dienstleistungen im formellen Sektor fungieren. Baldock/Evers (1991), die in einer internationalen Vergleichsstudie die informellen Möglichkeiten in der Altenpflege untersucht haben, nennen eine Reihe von Elementen, die ihrer Ansicht nach gegeben sein müssen, damit die informellen „Leistungsgeber“ nicht „kolonisiert“ werden. Dazu zählen u.a.

- garantierte Zeiten für Pflegetätigkeiten, indem die arbeitsrechtlichen und Arbeitszeitregelungen verändert werden,
- die finanzielle Anerkennung und soziale Absicherung von Pflegetätigkeiten,
- variable Angebote aus dem formellen Erwerbssystem, wie z.B. Tagespflege und zeitweise/unmittelbar abrufbare professionelle Hilfen,
- die Unterstützung der informell tätigen Pflegekräfte (Ausbildungsmöglichkeiten, Gesprächsgruppen) sowie
- Einrichtungen, in denen sich die privaten Haushalte über die verschiedenen Pflegearrangements informieren können.

Um die informelle Ökonomie in einen Wohlfahrtsmix von Markt und Staat integrieren zu können, müssen also infrastrukturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ein informelles Wirtschaften ermöglichen. Denkbar wäre die lokale Gründung von Gemeinschaftswerkstätten, die den ortsansässigen Bürgern erlauben, Artikel für den Eigenbedarf herzustellen, Reparaturen durchzuführen und Weiterbildungskurse zu besuchen. Ansätze sind hierzu mit dem „Haus der Eigenarbeit“ und

dem „Kreativ-Zentrum Wolfen“ bereits gegeben und sollten in verschiedenen Regionen Deutschlands kopiert und ausgebaut werden. Ebenso sollten Informations- und Kontaktstellen (wie etwa Freiwilligen-Agenturen und/oder Seniorenbüros) in jeder größeren Gemeinde eingerichtet werden, damit die Selbsthilfevereinigungen und ehrenamtlich Tätigen gezielt durch Informationen unterstützt und in vielfältigen Fragen beraten werden können.

Daneben sollte vermehrt darüber nachgedacht werden, ob und inwieweit Tauschringe in die formelle Ökonomie integriert werden können. Denkbar wäre, Tauschringe mit dem Konsumgüter-Sharing, dem Oma-Hilfsdienst oder den Nachbarschaftsläden zu verknüpfen, um so deren Existenz zu stabilisieren. Auf diese Weise könnte die lokale Währung zur Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen genutzt werden. Allerdings zeigen sich hierbei nach wie vor größere Schwierigkeiten (vgl. die Beispiele bei Douthwaite/Diefenbacher 1998, 97ff.).

Heuser (1999, 47) hat in einem äußerst lesenswerten Artikel die entscheidende Frage zum Wohlfahrtsmix von Markt, Staat und informeller Ökonomie aufgeworfen: „Abschotten, einkapseln, ausgrenzen. Oder: Die Netze nutzen“ und darauf folgende Antwort gegeben: „Aber, und das ist neu. Bürger helfen sich auch über enge Gruppengrenzen hinweg gegen die Risiken und Überforderungen, die der intensiviertere Markt hervorruft. So entstehen neue Sozialstrukturen. Dezentral zwar und noch vereinzelt, aber vielfältig vernetzt, wie es sich in der Informationsgesellschaft gehört. Im Internet tauschen Konsumenten ihre Erfahrungen aus und helfen einander, im Preisgerangel vieler Märkte den Überblick zu behalten. (...) Junge Familien schließen sich zu einem Bauprojekt zusammen, damit sie billiger ins Eigenheim gelangen und sich später gegenseitig unterstützen können. Neue Einrichtungen bieten sowohl Werkstätten als auch Anleitung für Eigenarbeit gegen eine geringe Gebühr an. Seniorengemeinschaften organisieren Dienste von Alten für Alte, und wer etwas leistet, hat später seinerseits Anspruch auf Hilfe. Kleine Beispiele. Die Zivilgesellschaft entwickelt viele Antworten auf die Marktrevolution. Sie schließt Lücken, deren sich der Staat nicht annimmt oder die er durch sein realitätsfernes Verhalten gar erst aufreißt. Darin liegt wenig Grund zum Vorwurf: Innovationen entstehen meistens in kleinen Einheiten, soziale Neuerungen auch“ (Heuser 1999, 47).

Deutlich wird also: Diese Gesellschaft steht erst am Anfang eines „Wohlfahrtspluralismus“ (Evers/Olk 1996) oder einer „Wohlfahrtsproduktion“ (Kaufmann 1994). Das Konzept der Wohlfahrtsproduktion bezeichnet die Umwandlung von Ressourcen, von Gütern, Dienstleistungen und Zeit, in Endprodukte, wobei das Niveau der Wohlfahrt – so dürfte deutlich geworden sein – entweder über den Kauf von Gütern, die Nutzung von Dienstleistungen oder durch informelle Aktivitäten, die in aller Regel mehr Zeit erfordern, verbessert oder erhöht werden kann.

Die Diskussion um Wohlfahrtspluralismus und Wohlfahrtsproduktion könnte nun sehr gut mit dem Modell einer nachhaltigen Gesellschaft verknüpft werden: Eine nachhaltige Gesellschaft verfolgt in der Regel nicht nur soziale und ökonomische, sondern auch ökologische Ziele. Dabei sollte die einseitige Ausrichtung auf eines der drei Ziele vermieden werden. So bedeutsam der Schutz unserer Umwelt ist, letztlich muss er doch in Einklang mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen ge-

bracht werden. Gleichmaßen darf aber auch die Erreichung wirtschaftlicher Ziele nicht auf Kosten der ökologischen Zustände und des sozialen Ausgleichs gehen. Die Forderung nach Nachhaltigkeit kommt daher der „Quadratur des Kreises“ nahe. Die idealtypisch formulierten Entwicklungen im wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Bereich sind in der Praxis den realen Verhältnissen anzupassen, ohne dass die Blickrichtung auf die vorgegebenen Zielgrößen verloren gehen darf.

Mit den „Zauberscheiben der Nachhaltigkeit“ (Diefenbacher u.a. 1997) soll ausgedrückt werden, dass – ähnlich wie zwischen formeller und informeller Ökonomie – auch zwischen den drei Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft/Soziales eine gegenseitige Abhängigkeit besteht: Keiner der drei Bereiche kann ohne die Berücksichtigung der beiden anderen bearbeitet werden. Vergleichbar mit dem „magischen Viereck“ aus der wirtschaftspolitischen Diskussion kann und wird es immer wieder zu Zielkonflikten kommen. Änderungen in einer der „Zauberscheiben“ haben demnach Folgewirkungen in den beiden anderen.

Jede der „Zauberscheiben“ ist in sechs Teil-Ziele untergliedert. Im Umweltbereich wird mit diesen sechs Teil-Zielen versucht, die ökologische Diskussion der zurückliegenden Jahre zu erfassen, nämlich anhand der Kriterien *Abfall* (Reduzierung der vorhandenen Abfallmengen), *Ressourcenverbrauch* (geringe Entnahme von nicht-erneuerbaren Ressourcen), *Ressourcenschonung* (Erhaltung des Bestandes an erneuerbaren Ressourcen), *Naturschutz* (Erhaltung der Ökosysteme und der Artenvielfalt), *Emissionen* (Verringerung von Luftbelastungen) und *Umweltinvestitionen* (Verbesserung des betrieblichen und staatlichen Umweltschutzes).

Die „Zauberscheibe“ zum Bereich Wirtschaft orientiert sich teils an den „klassischen“ Zielen des Stabilitätsgesetzes, teils an den Vorgaben für eine ausgeglichene regionale Wirtschaftsstruktur. Zudem sollen mit den Teil-Zielen auch die wirtschaftlichen Problemfelder abgebildet werden, mit denen sich die Ökonomie seit einigen Jahrzehnten auseinanderzusetzen hat. Zu diesen Handlungsfeldern zählen im Einzelnen: *Arbeitslosigkeit* (gleichmäßige Verteilung von Arbeit), *Konsum* (angemessener privater Verbrauch und Ausstattung der Haushalte), *regionales Wirtschaften* (möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad), *Wachstum* (ausgeglichene Wirtschaftsstruktur), *Inflation* (Preisniveaustabilität) und *Verschuldung* (gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte).

Im Bereich Gesellschaft/Soziales werden sechs Teil-Ziele formuliert, die die soziale und gesellschaftliche Realität annähernd abbilden sollen. Im Einzelnen lassen sich dabei die Teil-Ziele *sozio-ökonomische Teilhabe* (gleichmäßige Einkommens- und Vermögensverteilung), *Kultur und Bildung* (hohes kulturelles und Bildungsniveau), *Altersstruktur der Bevölkerung* und *Stadt-Land-Beziehungen* (ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur), *Verkehr* (sozial- und umweltverträgliche Mobilität), *Gesundheit* (hohes Gesundheitsniveau) und *individuelle Sicherheit* (hohes Sicherheitsniveau) unterscheiden.

Gemeinsames Kennzeichen aller Ziele ist ihre „unscharfe“ Formulierung, d.h. es werden keine quantitativ messbaren Ziele vorgegeben. Zum einen scheint dies beim derzeitigen Stand des Wissens auch gar nicht möglich zu sein: Allenfalls kann angeregt

werden, in welche Richtung sich eine Gesellschaft entwickeln sollte, um dem Ziel der Nachhaltigkeit näher zu kommen, ohne dass sich bestimmen ließe, wann dieses Ziel erreicht sein könnte. Zum anderen würden zeitliche Vorgaben den Gestaltungsspielraum der Gesellschaft einengen. Es erscheint vor allem wichtig, bezüglich der verschiedenen Teil-Ziele Diskussionsprozesse in Gang zu bringen, um die Nachhaltigkeit der ökologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen zu thematisieren.

Für die Perspektiven der informellen Ökonomie in einer nachhaltigen Gesellschaft heißt dies, die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen eines Wohlfahrtspluralismus in seiner Verflechtung zu untersuchen. Bislang wurden vorrangig die sozialpolitischen Belange (vgl. Evers/Olk 1996, 33ff.) erörtert, ohne dass das Geflecht der sozio-ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Beziehungen, das durch einen derartigen gesellschaftspolitischen Wandel ausgelöst würde, betrachtet worden wäre. Schließlich ist noch nicht eindeutig erwiesen, dass informell erbrachte Leistungen generell ökologischer, wirtschaftlich effizienter oder sozialpolitisch verträglicher sind als die Nutzung formeller Güter und Dienstleistungen. In Zukunft wird es also darauf ankommen, eine Wohlfahrtspolitik zu formulieren, die darauf abzielt, die informellen Bereiche mit der formellen Ökonomie so zu verschränken, dass jeweils in beiden Sektoren die oben dargelegten Teil-Ziele erfüllt werden (können). Die informelle Ökonomie wird unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit sicherlich zu ganz neuen Bündnissen zwischen Kommunen, Unternehmen und privaten Personen führen, die im Folgenden nur kurz angedeutet werden sollen und keineswegs als vollzählig angesehen werden können:

- Kommunen könnten sich an regionalen informellen Initiativen beteiligen und deren Arbeit immateriell und materiell unterstützen, z.B. in Form einer Beteiligung an Konsumgüter-Sharing-Initiativen, an öffentlichen Orten für die Eigenarbeit („Haus der Eigenarbeit“, „Kreativ-Zentrum Wolfen“), an Seniorengenossenschaften oder Tauschringen.
- Unternehmen, Kommunen und private Sponsoren könnten Selbsthilfevereinigungen unterstützen, etwa indem sie sich selbst finanziell an ihnen beteiligen oder indem sie sie durch infrastrukturelle Maßnahmen mittragen.
- In Kooperation mit Kommunen und Unternehmen könnten Informations- und Kontaktstellen für Selbsthilfevereinigungen eingerichtet, Informationsbroschüren und Internet-Hinweise veröffentlicht sowie Vermiet- und Verleihführer erstellt werden.

Wir stehen also erst am Anfang, was die Verknüpfung von formeller und informeller Ökonomie angeht, und daher ist zu dieser Frage noch eine Vielzahl von Forschungsarbeiten, Modellprojekten und Experimenten notwendig.

Wichtig ist allerdings, dass die in der Gesellschaft geführten Diskussionen um Beschäftigungsbündnisse um die Aspekte der informellen Ökonomie erweitert werden. Die Bemühungen können nicht mehr allein darauf gerichtet sein, für alle Erwerbspersonen eine Beschäftigung zu finden; sie müssen auch die Verflechtungen zwischen Erwerbsarbeit und Nicht-Erwerbsarbeit berücksichtigen und damit jene Optionen aufgreifen, die aus einer größeren Durchlässigkeit zwischen der informellen und der formellen Ökonomie resultieren.

Literaturverzeichnis

- Adata, Yasmin (1980): *Der produktive Beitrag privater Haushalte*. Ein Ansatz zur Erweiterung des Einkommensbegriffs. Augsburg: unveröffentlichte Dissertation
- Arbeitsministeriet (1996): *Offers to the Unemployed and Leave Schemes*. Kopenhagen
- Articus, Stephan (1985): Die anonyme Selbsthilfe: Betreuungs- und Versorgungsleistungen in Familie und Nachbarschaft. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): *Selbsthilfe*. Frankfurt a.M.: Eigenverlag, 53-65
- Asam, Walter H./Heck, Michael/Knerr, Iris/Krings, Michael (1989): *Hilfe zur Selbsthilfe*. Ein Konzept zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen. München: Saur
- Aves, Geraldine M. (1973): *Freie Mitarbeiter in sozialen Diensten*. Bericht eines vom Council of Social Service und dem National Institute for Social Work Training berufenen Komitees. Freiburg: Lambertus
- Backes, Gertrud (1985a): Ehrenamt oder das „soziale Kapital“ der Hausfrau? In: Asam, Walter H./Heck, Michael (Hrsg.): *Subsidiarität und Selbsthilfe*. München: Minerva, 86-109
- dies. (1985b): Ehrenamtliche Dienste in der Sozialpolitik – Folgen für die Frauen. In: *WSI-Mitteilungen*, Heft 7, 386-393
- Badelt, Christoph (1984): Empirische Befunde zur „Parallelen Wirtschaft“ in Österreich. In: Skolka, Jiri (Hrsg.): *Die andere Wirtschaft*. Schwarzarbeit und Do-it-yourself in Österreich. Wien: Signum, 59-79
- dies. (1985): *Politische Ökonomie der Freiwilligenarbeit*. Theoretische Grundlegung und Anwendung in der Sozialpolitik. Frankfurt a.M./New York: Campus
- dies. (1988): Wie „alternativ“ ist „unbezahlte“ Arbeit? In: Teichert, Volker (Hrsg.): *Alternativen zur Erwerbsarbeit?* Entwicklungstendenzen informeller und alternativer Ökonomie. Opladen. Westdeutscher Verlag, 143-157
- dies. (1990): „Unbezahlte Arbeit“ in den Sozialen Diensten. In: Heinze, Rolf G./Offe, Claus (Hrsg.): *Formen der Eigenarbeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 107-124
- dies. (1997): Ehrenamtliche Arbeit im Nonprofit Sektor. In: Badelt, Christoph (Hrsg.): *Handbuch der Nonprofit Organisation*. Strukturen und Management. Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 359-386
- Bäcker, Gerhard (1998): Zukunft der Arbeit und Herausforderungen für das System der Sozialen Sicherung – Das Beispiel Alterssicherung. In: Bosch, Gerhard (Hrsg.): *Zukunft der Erwerbsarbeit*. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt a.M./New York: Campus, 359-388
- dies. (2000): Veränderung von Erwerbs- und Familienbiographien: Reformbedarf der deutschen Rentenversicherung? In: Dingeldey, Irene (Hrsg.): *Erwerbstätigkeit und Familie in Steuer- und Sozialversicherungssystemen*. Begünstigung und Belastungen verschiedener familialer Erwerbsmuster im Ländervergleich. Opladen: Leske + Budrich, 130-159
- Baldock, John/Evers, Adalbert (1991): Beiträge zu einer neuen Dienstleistungskultur. Beispiele aus dem Bereich der Altenpflege in den Niederlanden, Schweden und England. In: *Soziale Welt*, Heft 2, 232-257
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1991): Was Eltern das Leben erschwert: Neue Anforderungen und Konflikte in der Kindererziehung. In: Teichert, Volker (Hrsg.): *Junge Familien in der Bundesrepublik*. Familienalltag – Familienumwelt – Familienpolitik. Opladen: Leske + Budrich, 55-73
- dies. (1992): Arbeitsteilung, Selbstbild und Lebensentwurf. Neue Konfliktlagen in der Familie. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Heft 2, 273-291
- Becker, Ruth (1998): Eigenarbeit – Modell für ökologisches Wirtschaften oder patriarchale Falle für Frauen? In: Bierter, Willy/Winterfeld, Uta von (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?* Berlin/Basel/Boston: Birkhäuser, 257-291

- Becker-Richter, Marion/Kortendiek, Beate (1995): Mütterzentrum – ein frauenpolitisches Selbsthilfe-projekt. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung im „Café Mütterauflauf“ in Duisburg. In: *Zeitschrift für Frauenforschung*, Heft 4, 107-124
- Behr, Karin/Liebig, Reinhard/Rauschenbach, Thomas (2000): *Strukturwandel des Ehrenamts*. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozeß. Weinheim/München: Juventa
- Bell, Daniel (1976): *Die nachindustrielle Gesellschaft*. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Berger, Johannes (1982): Zur Zukunft der Dualwirtschaft. In: Benseler, Frank/Heinze, Rolf G./Klönne, Arno (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit. Eigenarbeit, Alternativökonomie?* Hamburg: VSA-Verlag, 97-117
- Berger-Schmitt, Regina/Hampel, Jürgen/Weber, Ursula (1989): Der private Haushalt. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 1989*. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 442-449
- Bergmann, Fritjof (1997): Die Neue Arbeit: Skizze mit Vorschlag. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Heft 9-10, 524-534
- ders. (1998a): New Work. Neue Arbeitszeitmodelle für die Zukunft. In: *Zukünfte*, Heft 23, 18-19
- ders. (1998b): Raum der Möglichkeiten. In Zentren für Neue Arbeit zukunftsfähige Lebensstile ausprobieren. In: *Politische Ökologie*, Heft 54, 55-58
- Blanke, Karen/Ehling, Manfred/Schwarz, Norbert (1996): *Zeit im Blickfeld*. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Bd. 121 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer
- Bödecker, Wilhelm (1992): Die Kosten der bedarfsorientierten Grundsicherung. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, Heft 3, 78-83
- Bonß, Wolfgang (1998): Arbeitsmarktbezogene Zukunftsszenarien. In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland*. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Bd. 3: Zukunft der Arbeit sowie Entkopplung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung. Bonn, 49-106
- Borchers, Andreas/Miera, Stephanie (1993): *Zwischen Enkelbetreuung und Altenpflege*. Die mittlere Generation im Spiegel der Netzwerkforschung. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Brandt, Torsten (1998): *Zur Kategorisierung von Nicht-Erwerbsarbeit*. Wuppertal: unveröffentlichtes Manuskript
- Braun, Hans/Articus, Stephan (1983): *Hilfeleistungen in Familie und Nachbarschaft als Ansatzpunkte kommunaler Sozialpolitik*. Melle: Knoth
- Braun, Hans-Ulrich (1985): Grundvermögen privater Haushalte Ende 1983. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 12, 967-974
- Braun, Joachim (1987): Einschätzungen zum sozialen Engagement der Bevölkerung. In: *Sozialer Fortschritt*, Heft 1/2, 21-28
- ders./Claussen, Frauke (1997): *Freiwilliges Engagement im Alter*. Nutzer und Leistungen von Seniorbüros. Bd. 142 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer
- ders./Greiwe, Andreas (1989): *Kontaktstellen und Selbsthilfe*. Bilanz und Perspektiven der Selbsthilfeförderung in Städten und ländlichen Regionen. Köln: ISAB-Verlag
- ders./Kettler, Ulrich/Becker, Ingo (1997): *Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland*. Aufgaben und Leistungen der Selbsthilfekontaktstellen in den neuen und alten Bundesländern. Bd. 136 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer
- ders./Opielka, Michael (1992): *Selbsthilfeförderung durch Selbsthilfekontaktstellen*. Bd. 14 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer

- ders./Röhrig, Peter (1986): Umfang und Unterstützung ehrenamtlicher Mitarbeit und Selbsthilfe im kommunalen Sozial- und Gesundheitsbereich. In: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): *Freiwilliges soziales Engagement und Weiterbildung*. Studien zu Bildung und Wissenschaft, Bd. 32. Bonn: Bock, 1-167
- ders./Röhrig, Peter (1987): *Praxis der Selbsthilfeförderung*. Das freiwillige Engagement am Beispiel von vier Städten. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Braun, Lily (1901): *Frauenarbeit und Hauswirtschaft*. Berlin
- Braverman, Harry (1977): *Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß*. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Breitkopf, Helmut (1983): Voraussetzungen und Motive der Bevölkerung für die Beteiligung an Gesundheitsselbsthilfegruppen. In: Grunow, Dieter/Breitkopf, Helmut/Dahme, Heinz-Jürgen/Engfer, Renate/Grunow-Lutter, Vera/Paulus, Wolfgang: *Gesundheitsselbsthilfe im Alltag*. Ergebnisse einer repräsentativen Haushaltsbefragung über gesundheitsbezogene Selbsthilfeeferfahrungen und -potentiale. Stuttgart: Enke, 119-148
- Bündnis 90/Die Grünen (1994a): *Eckpunkte eines bedürfnisorientierten Grundsicherungsmodells von Bündnis 90/Die Grünen*. Bonn: unveröffentlichtes Manuskript
- dies. (1994b): *Nur mit uns*. Programm zur Bundestagswahl 1994. Bonn
- dies. (1997): *Bedarfsorientierte Grundsicherung*. Ein soziales Netz gegen die Armut. Bonn
- Bürger engagiert (1996): *Infodienst der Seniorenengossenschaften, Bürgerbüros und Gemeinschaftsinitiativen*, Nr. 4-6/96
- BUND/Misereor (1996): *Zukunftsfähiges Deutschland*. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Berlin/Basel/Boston: Birkhäuser
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (1987): *Gesamtstatistik der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege*. Bonn
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (1997): *Altern verbindet*. Bonn
- Bundesregierung (1996): *Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft*. Bundestags-Drucksache 13/5674. Bonn
- Burns, Scott (1975): *The Household Economy*. Its Shape, Origins, and Future. Boston: Beacon Press
- Cassel, Dieter (1982): Schattenwirtschaft – eine Wachstumsbranche. In: *List-Forum*, Bd. 11, 343-363
- ders. (1984): Stabilitätspolitik und Schattenwirtschaft. In: Schäfer, Wolf (Hrsg.): *Schattenökonomie*. Theoretische Grundlagen und wirtschaftspolitische Konsequenzen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 159-183
- ders. (1985): *Funktionen der Schattenwirtschaft im Koordinationsmechanismus der Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft*. Diskussionsbeiträge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität-Gesamthochschule Duisburg Nr. 79
- ders./Caspers, Anja (1984): Was ist Schattenwirtschaft? Begriff und Erscheinungsformen der Second Economy. In: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, Heft 1, 1-7
- Christiansen, G./Lehmann, K.D. (1976): *Chancenungleichheit in der Freizeit*. Bd. 101 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Stuttgart/Berlin/ Köln/Mainz: Kohlhammer
- Dauschek, Anja/Hüsch, Hans-Peter (1998): Eigenarbeit für alle? Öffentliche Eigenarbeit als Perspektive in der Tätigkeitsgesellschaft. In: *Zukünfte*, Heft 23, 34-35
- Deimer, Klaus/Jaufmann, Dieter (1986): Subsidiaritätsprinzip, Neue Subsidiarität und Nachbarschaftshilfe. In: Heinze, Rolf G. (Hrsg.): *Neue Subsidiarität: Leitidee für eine zukünftige Sozialpolitik?* Opladen: Westdeutscher Verlag, 178-201
- Deneke, Christiane/Kegler, Reinhard/Sloty, Angela (1981): Selbsthilfegruppen aus der Sicht der Betroffenen. In: Kickbusch, Ilona/Trojan, Alf (Hrsg.): *Gemeinsam sind wir stärker!* Selbsthilfegruppen und Gesundheit. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 139-148

- Dettling, Warnfried (1988): Jenseits von Markt und Macht. In: Fink, Ulf (Hrsg.): *Der neue Generationenvertrag*. München: Piper, 65-69
- ders. (1998a): Bürgergesellschaft. Möglichkeiten, Voraussetzungen und Grenzen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, B 38, 22-28
- ders. (1998b): *Wirtschaftskummerland? Wege aus der Globalisierungsfalle*. München: Kindler
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (1992): Bedarfsorientierte Grundsicherung. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, Heft 2, 72-78
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (1995): *Für ein einkommens- und bedarfsorientiertes Kindergeld*. Frankfurt a. M.: unveröffentlichtes Manuskript
- Diefenbacher, Hans/Karcher, Holger/Stahmer, Carsten/Teichert, Volker (1997): *Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich*. Ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren. Reihe A, Nr. 42. Heidelberg: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft
- Diewald, Martin (1985): Private Netzwerke. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 1985*. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 454-461
- ders. (1986): Sozialkontakte und Hilfeleistungen in informellen Netzwerken. In: Glatzer, Wolfgang/Berger-Schmitt, Regina (Hrsg.): *Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe*. Die alltäglichen Leistungen der Familien und Haushalte. Frankfurt a.M./New York: Campus, 51-84
- ders. (1989a): *Der Wandel von Lebensformen und seine Folgen für die soziale Integration*. Discussion paper. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin, 89-104
- ders. (1989b): Private Netzwerke. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 1989*. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 460-469
- Döhrn, Roland (1990): *Schattenwirtschaft und Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot
- ders./Heilemann, Ullrich/Schäfer, Günter (1998): Ein dänisches „Beschäftigungswunder“? In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Heft 2, 312-323
- Dörhöfer, Kerstin/Terlinden, Ulla (1988): Orte und Räume der Hauswirtschaft. In: Tornieporth, Gerda (Hrsg.): *Arbeitsplatz Haushalt*. Zur Theorie und Praxis der Hausarbeit. Berlin: Reimer Verlag, 285-316
- Dörr, Gisela (1996): *Der technisierte Rückzug ins Private*. Zum Wandel der Hausarbeit. Frankfurt a.M./New York: Campus
- DTI Industrial Analyses (1997): *Job Rotation Schemes in Denmark*. Final Report. o.O.: unveröffentlichtes Manuskript
- Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998): *Jenseits der Globalisierung*. Handbuch für lokales Wirtschaften. Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag
- Eckerle, K./Schlesinger, M. (1995): *Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung für Gesamtdeutschland vor dem Hintergrund veränderter politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen*. Frankfurt a.M.: Prognos
- Effinger, Herbert (1992): Informeller Sektor. In: Bauer, Rudolph (Hrsg.): *Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens*. München/Wien: Oldenbourg, 996-999
- Ehling, Manfred (1996): Pflegebedürftige in privaten Haushalten. In: Blanke, Karen/Ehling, Manfred/Schwarz, Norbert: *Zeit im Blickfeld*. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Bd. 121 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, 129-140
- ders./Bihler, Wolf (1996): Methodische Anlage der Zeitbudgeterhebung. In: Blanke, Karen/Ehling, Manfred/Schwarz, Norbert: *Zeit im Blickfeld*. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Bd. 121 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, 237-274

- Erlinghagen, Marcel/Rinne, Karin/Schwarze, Johannes (1997): *Ehrenamtliche Tätigkeiten in Deutschland – komplementär oder substitutiv?* Analysen mit dem Sozio-ökonomischen Panel 1985 bis 1996. Diskussionspapier Nr. 97-10. Bochum: Lehrstuhl für Sozialpolitik und öffentliche Wirtschaft
- Erlinghagen, Marcel/Wagner, Gert (1998): *Klassifikation der Arbeit*. Berlin: unveröffentlichtes Manuskript
- Etzioni, Amitai (1997): *Die Verantwortungsgesellschaft*. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Evers, Adalbert (1986): Zwischen Arbeitsamt und Ehrenamt. Unkonventionelle lokale Initiativen im Schnittpunkt von Arbeit und sozialen Diensten. In: Blanke, Bernhard/Evers, Adalbert/Wollmann, Hellmut (Hrsg.): *Die zweite Stadt*. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik. Leviathan-Sonderheft 7. Opladen: Westdeutscher Verlag, 15-50
- ders./Olk, Thomas (1996): Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs. In: dies. (Hrsg.): *Wohlfahrtspluralismus*. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, 9-60
- ders./Wintersberger, Helmut, Hrsg. (1990): *Shifts in the Welfare Mix*. Their Impact on Work, Social Services and Welfare Policies. Frankfurt a.M./Boulder, Colorado: Campus/Westview Press
- Evers, Hans-Dieter (1987): Schattenwirtschaft, Subsistenzproduktion und informeller Sektor. Wirtschaftliches Handeln jenseits von Markt und Staat. In: Heinemann, Klaus (Hrsg.): *Soziologie wirtschaftlichen Handelns*. Sonderheft 28/1987 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen: Westdeutscher Verlag, 353-366
- Ferber, Christian von (1990): Selbsthilfe. In: Blüm, Norbert/Zacher, Hans F. (Hrsg.): *40 Jahre Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 609-627
- Fleischmann, Gerd (1983): Zur Produktionstheorie des Haushalts: Neuer Handlungsspielraum durch Eigenarbeit. In: Nutzinger, Hans G. (Hrsg.): *Konsum und Produktion*. Neuere Entwicklungen im Verbraucherverhalten. Heidelberg: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, 85-114
- Fourastié, Jean (1954): *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*. Köln-Deutz: Bund
- Friedman, Milton (1962): *Capitalism and Freedom*. Chicago: University of Chicago Press
- Friedrich, Werner (1997): *Stellungnahme der ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik zur Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages zum Thema „Geringfügige Beschäftigung“* am 10. Dezember 1997. Köln: unveröffentlichtes Manuskript
- Galler, Heinz P./Ott, Notburga (1993): *Empirische Haushaltsforschung*. Erhebungskonzepte und Analyseansätze angesichts neuer Lebensformen. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Garhammer, Manfred (1997): Familiäre und gesellschaftliche Arbeitsteilung – ein europäischer Vergleich. In: *Zeitschrift für Familienforschung*, Heft 1, 28-70
- Geerken, Michael/Gove, Walter R. (1983): *At Home and at Work*. The Family's Allocation of Labor. Beverly Hills/London/New Delhi: Sage
- Gershuny, Jonathan (1979): The Informal Economy. Its Role in Post-Industrial Society. In: *Futures*, Heft 1, 3-15
- ders. (1981): *Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft*. Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen. Frankfurt a.M./New York: Campus
- ders. (1983): *Social Innovation and the Division of Labour*. Oxford: Oxford University Press
- ders. (1985a): *Prospects and Policies for the Informal Economy*. o.O.: unveröffentlichtes Manuskript
- ders. (1985b): Economic Development and Change in the Mode of Provisions of Services. In: Redclift, Nanneke/Minigione, Enzo (eds.): *Beyond Employment Household*. Gender and Subsistence. Oxford/New York: Basil Blackwell, 128-164
- ders. (1996): Veränderungen bei der Arbeitsteilung im Haushalt: Mikro-soziologische Analysen. In: Zapf, Wolfgang/Schupp, Jürgen/Habich, Roland (Hrsg.): *Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt*. Frankfurt a.M./New York: Campus, 97-124

- ders./Jones, Sally (1987): The changing work/leisure balance in Britain, 1961-1984. In: Horne, John/Jary, David/Tomlinson, Alan (eds.): *Sport, Leisure and Social Relations*. London/New York: Routledge & Kegan Paul, 9-50
- ders./Miles, Ian/Jones, Sally/Mullings, C./Thomas, G./Wyatt, S. (1986): Time of Budgets: Preliminary Analyses of a National Survey. In: *The Quarterly Journal of Social Affairs*, No. 1, 13-39
- ders./Pahl, Raymond (1979): Work Outside Employment: Some Preliminary Speculations. In: *New Universities Quarterly*, vol. 34, 120-135
- dies. (1980): Britain in the Decade of the Three Economies. In: *New Society*, 3, January, 7-9
- Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (1996): *Zur Diskussion gestellt: Die bedarfsorientierte Mindestsicherung*. Stuttgart: unveröffentlichtes Manuskript
- Giarini, Orio/Liedtke, Patrick M. (1998): *Wie wir arbeiten werden*. Der neue Bericht an den Club of Rome. Hamburg: Hoffmann & Campe
- Glatzer, Wolfgang (1984): Haushaltproduktion. In: Glatzer, Wolfgang/Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt a.M./New York: Campus, 366-388
- ders. (1986): Haushaltproduktion, wirtschaftliche Stagnation und sozialer Wandel. In: Glatzer, Wolfgang/Berger-Schmitt, Regina, (Hrsg.): *Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe*. Die alltäglichen Leistungen der Familien und Haushalte. Frankfurt a.M./New York: Campus, 9-15
- ders. (1990): Die Rolle der privaten Haushalte im Prozeß der Wohlfahrtsproduktion. In: Heinze, Rolf G./Offe, Claus (Hrsg.): *Formen der Eigenarbeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 15-29
- ders./Dörr, Gisela/Hübinger, Werner/Prinz, Karin/Bös, Mathias/Neumann, Uwe (1991): *Haushalts-technisierung und gesellschaftliche Arbeitsteilung*. Frankfurt a.M./New York: Campus
- ders./Fleischmann, Gerd/Heimer, Thomas (1998): *Revolution in der Haushaltstechnologie*. Die Entstehung des Intelligent Home. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Goldschmidt-Clermont, Luisella (1982): *Unpaid Work in the Household*. A Review of Economic Evaluation Methods. Geneva: International Labour Organisation
- Gorz, André (1983): *Wege ins Paradies*. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit. Berlin: Rotbuch Verlag
- ders. (1989): *Kritik der ökonomischen Vernunft*. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Berlin: Rotbuch Verlag
- ders. (1998): Enteignung und Wiederaneignung der Arbeit. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Heft 6-7, 349-352
- ders. (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Graß, Rolf-Dieter (1984): Schattenwirtschaft – Teil I: Kriterien einer begrifflichen Abgrenzung. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Heft 2, 274-281
- Gretschmann, Klaus (1983): *Wirtschaft im Schatten von Markt und Staat*. Grenzen und Möglichkeiten einer Alternativökonomie. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag
- ders. (1984): Wohlfahrtseffekte schattenwirtschaftlicher Aktivitäten. In: Gretschmann, Klaus/Heinze, Rolf G./Mettelsiefen, Bernd (Hrsg.): *Schattenwirtschaft*. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte, internationale Erfahrungen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 97-129
- ders. (1985): Schattenwirtschaft: Qualität statt Quantität? In: *Politische Bildung*, Heft 3, 40-49
- ders./Mettelsiefen, Bernd (1984): Die Schattenwirtschaftsdebatte – eine Retrospektive. In: Gretschmann, Klaus/Heinze, Rolf G./Mettelsiefen, Bernd (Hrsg.): *Schattenwirtschaft*. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte, internationale Erfahrungen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 11-42
- ders./Heinze, Rolf G./Hilbert, Josef/Voelzkow, Helmut (1987): Durch die Krise zur Reform: Finanzierungs- und Leistungsalternativen in der Sozialen Sicherung. In: Heinze, Rolf G./Hombach, Bodo/Scherf, Henning (Hrsg.): *Sozialstaat 2000*. Auf dem Weg zu neuen Grundlagen der sozialen Sicherung. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, 15-52

- ders./Heinze, Rolf G./Hilbert, Josef/Schulz, Erika/Voelzkow, Helmut (1989): *Neue Technologien und soziale Sicherung*. Antworten auf Herausforderungen des Wohlfahrtsstaats: Maschinensteuer – Mindestsicherung – Sozialgutscheine. Opladen: Westdeutscher Verlag
- ders./Schulz, Frank (1988): Ende des Wirtschaftens oder Wirtschaften ohne Ende? Mikroökonomische Bedingungen und makroökonomische Wirkungen der Selbsthilfeökonomie. In: Teichert, Volker (Hrsg.): *Alternativen zur Erwerbsarbeit?* Entwicklungstendenzen informeller und alternativer Ökonomie. Opladen: Westdeutscher Verlag, 81-95
- Haarland, Hans Peter/Niessen, Hans-Joachim/Schröder, Antonius (1990): *Erwerbsarbeit und Unterhaltungswirtschaft*. Strukturelle Änderungen der Erwerbsarbeit und ihre Wechselwirkungen zu unterhaltungswirtschaftlichen Aktivitäten. Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo: Springer
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1987): *Neue Urbanität*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- dies. (1995): *Dienstleistungsgesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Handy, Charles (1984): *The Future of Work*. A Guide to a Changing Society. Oxford/New York: Basil Blackwell
- Hanesch, Walter/Klein, Thomas (1988): Eine integrierte Grundsicherung in AFG und BSHG. In: Opielka, Michael/Zander, Margherita (Hrsg.): *Freiheit von Armut*. Das Grüne Grundsicherungsmodell in der Diskussion. Essen: Klartext, 126-160
- Hart, Keith (1973): Informal Income Opportunities and Urban Employment in Ghane. In: *Journal of Modern African Studies*, vol. 11, 61-89
- Hartenstein, Wolfgang/Bergmann-Gries, Jutta/Burkhardt, Wolfgang/Rudat, Reinhard (1988): *Geschlechtsrollen im Wandel*. Partnerschaft und Aufgabenteilung in der Familie. Bd. 235 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer
- Hawrylyshyn, Oli (1977): Towards a Definition of Non-Market Activities. In: *The Review of In and Wealth*, No. 1, 79-96
- Hegner, Friedhart (1987): Haushaltsfamilie und Familienhaushalt: Vorüberlegungen zu einer Typologie der Verknüpfung familiärer und ökonomischer Aktivitäten. In: Kaufmann, Franz Xaver (Hrsg.): *Staatliche Sozialpolitik und Familie*. München/Wien: Oldenburg, 23-47
- ders./Kramer, Ulrich/Lakemann, Ulrich (1988): *Erwerbsgebundene und erwerbsfreie Zeit*. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland nach 1950 und Zukunftsszenarios mit Anhang über Schweden und Großbritannien. ILS-Schriften 18. Dortmund: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
- Heinze, Johannes/Schedl, Hans/Vogler-Ludwig, Kurt (1986): *Wachstumsfelder am Rande der offiziellen Wirtschaft*. Auswirkungen expandierender Produktions- und Beschäftigungsformen auf Produktivität und Strukturwandel. ifo-Studien zur Strukturforschung, Band 7. München: ifo-Institut
- Heinze, Rolf G./Keupp, Heiner (1998): Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland*. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Anlageband. Band 3: Zukunft der Arbeit sowie Entkopplung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung. Bonn, 107-241
- Heinze, Rolf G./Offe, Claus (1990): *Formen der Eigenarbeit*. Theorie, Empirie, Vorschläge. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Heinze, Rolf G./Schmid, Josef/Strünck, Christoph (1999): *Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat*. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den 90er Jahren. Opladen: Leske + Budrich
- Helbrecht-Jordan, Ingrid/Gonser, Ute/Buchholz, Elke/Ziemer, Gudula (1995): Frauenleben im Umbruch – Mütterzentren in den neuen Bundesländern. In: *Zeitschrift für Frauenforschung*, Heft 4, 89-106
- Heller, Peter W. (1987): *Zur Theorie des informellen Sektors*. Heidelberg: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft

- ders. (1988): Informelle Ökonomie als klassifikatorischer Begriff. In: Teichert, Volker (Hrsg.): *Alternativen zur Erwerbsarbeit?* Entwicklungstendenzen informeller und alternativer Ökonomie. Opladen: Westdeutscher Verlag, 65-80
- Henry, Stuart (1981): Introduction. In: ders. (ed.): *Can I have it in Cash?* A Study of Informal Institutions and Unorthodox Ways of Doing Things. London: Astragal, 1-23
- ders. (1982): The Working Unemployed: Perspectives on the Informal Economy and Unemployment. In: *Sociological Review*, vol. 30, 460-477
- ders. (1986): *Can the Hidden Economy be Revolutionary?* Toward a Dialectical Analysis of the Relations between Formal and Informal Economies. o.O.: unveröffentlichtes Manuskript
- Henze, Christa/Hoffmann, Dirk J. (1999): Umweltverhalten deutscher Haushalte – Vergleichende Analyse im Rahmen der Kampagne „Umwelt gewinnt – der umweltfreundliche Haushalt 1997“. In: Lob, Reinhold E./Meier, Uta (Hrsg.): *Die umweltfreundlichen Haushalte 1997*. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung der Kampagne „Umwelt gewinnt“. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, 63-105
- Hertel, Jürgen (1986): Haushalte mit Nutzgärten und Kleintierhaltung. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 7, 559-562
- Heuser, Uwe Jean (1999): Armer Homo oeconomicus. In: *Die Zeit*, Nr. 9, 47
- Hilzenbecher, Manfred (1986): Die (schattenwirtschaftliche) Wertschöpfung der Hausarbeit. In: *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik*, Heft 2, 107-130
- Hinrichs, Karl (1989a): *Zeit und Geld in privaten Haushalten*. Gelegenheitsstruktur und Bedarf für Eigenarbeit als Determinanten sozialer Ungleichheit. Bielefeld: AJZ-Verlag
- Hirschman, Albert O. (1970): *Exit, Voice, and Loyalty*. Cambridge, Mass.: MIT Press
- Hoffmann, Arno/Pansegrau, Joachim (1996): Empirische Untersuchungen zur gemeinschaftlichen Nutzung von Gebrauchsgütern. In: Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg (Hrsg.): „*Nutzen statt besitzen*“. Mieten, Teilen, Leihen von Gütern. Ein Zukunftsmodell? Stuttgart: Eigenverlag, 15-148
- Holzer, Boris/Kühnlein, Irene/Röver, Anja (1998): Struktur der Erwerbsorientierungen und Beschäftigungserwartungen west- und ostdeutscher Erwerbspersonen. In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland*. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Bd. 1: Entwicklung, Bewertung und Entlohnung von Erwerbsarbeit sowie Wirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung. Bonn, 175-204
- Huber, Joseph (1984): *Die zwei Gesichter der Arbeit*. Ungenutzte Möglichkeiten der Dualwirtschaft. Frankfurt a.M.: Fischer
- ders. (1987): *Die neuen Helfer*. Das „Berliner Modell“ und die Zukunft der Selbsthilfebewegung. München/Zürich: Piper
- ders. (1998): *Vollgeld*. Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung. Berlin: Duncker & Humblot
- Institut für Freizeitwirtschaft (1990): *Marktanalyse Do-it-yourself 1990*. München
- Institut für Freizeitwirtschaft (1997): *Marktanalyse Do-it-yourself 1997*. Größe, Struktur und Entwicklung der Märkte und Vertriebswege rund um das Heimwerken in West- und Ostdeutschland. München
- Itzwerth, Ralf (1985): Selbsthilfegruppen – erste empirische Befunde und sozialpolitische Aspekte. In: Olk, Thomas/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): *Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit*. Bd. 4. Neuwied/Darmstadt: Luchterhand, 155-171
- Jaeckel, Monika/Tüllmann, Gerda (1988): *Mütter im Zentrum – Mütterzentren*. München: Deutsches Jugendinstitut
- Jaeckel, Monika/Schooss, Hildegard/Weskamp, Hannelore (1997): *Mütter im Zentrum – Mütterzentren*. Bilanz einer Selbsthilfebewegung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Opladen: Leske + Budrich

- Jakubowski, Anita M. (1987): *Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeunterstützung in Nordrhein-Westfalen*. Bottrop: Gesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen
- Janning, Heinz (1995): Ehrenamtlichkeit fällt nicht vom Himmel. Über das niederländische Freiwilligensystem. In: *Sozialmagazin*, Heft 20, 28-29
- dies./Luthe, Detlef/Rubart, Frauke (1998): Qualitätsentwicklung für das Ehrenamt. Die Freiwilligen-Agentur Bremen. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung*, Heft 2, 61-67
- Jerger, Jürgen/Spermann, Alexander (1997): Wege aus der Arbeitslosenfalle – ein Vergleich alternativer Lösungskonzepte. In: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Heft 1, 51-73
- Jessen, Johann/Siebel, Walter/Siebel-Rebell, Christa/Walther, Uwe-Jens/Weyrather, Irmgard (1985): Mythos informelle Ökonomie. In: *Leviathan*, Heft 3, 398-419
- dies. (1986): Die Marktintegration schattenwirtschaftlicher Aktivitäten privater Haushalte. Soziale und politische Konsequenzen. In: *Verbraucherpolitische Hefte*, Nr. 3, 39-53
- dies. (1988): *Arbeit nach der Arbeit*. Schattenwirtschaft, Wertewandel und Industriearbeit. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Jessen, Johann/Siebel, Walter (1989): *Wohnen und informelle Arbeit*. Dortmund: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
- Joerges, Bernward (1983): Konsumarbeit – Zur Soziologie und Ökologie des „informellen Sektors“. In: Matthes, Joachim (Hrsg.): *Krise der Arbeitsgesellschaft*. Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt a.M./New York: Campus, 249-264
- dies. (1985): Eigenarbeit unter industriellen Bedingungen In: Brun, Rudolf (Hrsg.): *Erwerb und Eigenarbeit*. Dualwirtschaft in der Diskussion. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 29-45
- Kaltenborn, Bruno (1997): *Fiskalische Nettokosten der bedarfs- und einkommensorientierten Grundsicherung des Paritätischen Gesamtverbandes*. Frankfurt a.M.: unveröffentlichtes Manuskript
- dies. (1998): *Von der Sozialhilfe zu einer zukunftsfähigen Grundsicherung*, 2. Auflage. Baden-Baden: Nomos
- Kammerer, Guido/Deutsch, Karl-Heinz (1986): Bestimmung des Umfangs ehrenamtlicher Tätigkeiten in sozialen Bereichen und der Weiterbildungsangebote für ehrenamtlich Tätige in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): *Freiwilliges soziales Engagement und Weiterbildung*. Studien zu Bildung und Wissenschaft, Bd. 32. Bonn: Bock, 169-405
- Karcher, Wolfgang/Overwien, Bernd (1998): Zur Bedeutung allgemeiner Kompetenzen im städtischen informellen Sektor und Bedingungen für ihren Erwerb. In: *Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik*, Heft 1, 8-14
- Kardorff, Ernst von/Oppl, Hubert (1989): Selbsthilfe und die Krise der Wohlfahrtsgesellschaft – Wohlfahrtsstaat und Verbände in der politischen Handlungsklemme. In: dies. (Hrsg.): *Selbsthilfe und Krise der Wohlfahrtsgesellschaft*. München: Saur, 13-33
- Kaufmann, Franz-Xaver (1994): Staat und Wohlfahrtsproduktion. In: Derlien, Hans-Ulrich/ Gerhardt, Uta/Scharpf, Fritz W. (Hrsg.): *Systemrationalität und Partialinteresse*. Baden-Baden: Nomos, 357-380
- Keller, Bernhard (1984): *Die Zeit als ökonomisches Gut*. Tübingen: Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung
- Kerber, Ute (1987): Leistungen privater Netzwerke. In: Jarre, Jan (Hrsg.): *Konsum jenseits des Marktes*. Zur gesellschaftlichen und verbraucherpolitischen Bedeutung neuer Formen der Selbstversorgung und Konsumarbeit. Loccumer Protokolle Nr. 63, Rehbürg-Loccum, 101-114
- dies./Prinz, Karin (1988): Zu den sozialen Fragen von Technik und Haushalt. In: Teichert, Volker (Hrsg.): *Alternativen zur Erwerbsarbeit?* Entwicklungstendenzen informeller und alternativer Ökonomie. Opladen: Westdeutscher Verlag, 99-111
- Kettschau, Irmhild (1982): *Wieviel Arbeit macht ein Familienhaushalt?* Zur Analyse von Inhalt, Umfang und Verteilung der Hausarbeit heute. Dortmund: unveröffentlichte Dissertation.

- dies. (1990): Zur Bedeutung und Nutzung von Zeitbudgetdaten in der Diskussion über Hausarbeit in Haushaltswissenschaften und Frauenforschung. In: Schweitzer, Rosemarie von/Ehling, Manfred/Schäfer, Dieter u.a.: *Zeitbudgeterhebungen*. Ziele, Methoden und neue Konzepte. Stuttgart: Metzler-Poeschel, 107-128
- Killingsworth, Mark R. (1983): *Labor Supply*. New York
- Kirner, Ellen (1988): Keine Mindestrente für die Armen, weil sie nichts geleistet haben? Zur Forderung nach einer verbesserten Grundsicherung im Alter. In: Opielka, Michael/Zander, Margherita (Hrsg.): *Freiheit von Armut*. Das Grüne Grundsicherungsmodell in der Diskussion. Essen: Klartext, 104-115
- Kössler, Richard (1984a): *Arbeitszeitbudgets ausgewählter privater Haushalte in Baden-Württemberg*. Heft 12 der „Materialien und Berichte“ der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle. Stuttgart: Eigenverlag
- ders. (1984b): Arbeitszeitbudgets ausgewählter privater Haushalte. In: *Baden-Württemberg in Wort und Zahl*, Heft 5, 114-119
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland*. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Bonn: Eigenverlag
- Kortendiek, Beate (1999): *Mütterzentren: Selbsthilfeprojekte und Frauenöffentlichkeit*. Studie über ambivalente Mutterschaft und alltägliche Lebensführung. Bielefeld: Kleine
- Kress, Ulrike (1996): Die negative Einkommensteuer: Arbeitsmarktwirkungen und sozialpolitische Bedeutung. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Heft 3, 246-254
- Krüsselberg, Hans-Günter/Auge, Michael/Hilzenbecher, Manfred (1986): *Verhaltenshypothesen und Familienzeitbudgets – Die Ansatzpunkte der „Neuen Haushaltsökonomik“ für Familienpolitik*. Bd. 182 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz: Kohlhammer
- Künemund, Harald (1999): Entpflichtung und Produktivität des Alters. In: *WSI-Mitteilungen*, Heft 1, 26-31
- Künzler, Jan (1994): *Familiale Arbeitsteilung*. Die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit. Bielefeld: Kleine
- ders. (1995): Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: Die Beteiligung von Männern im Haushalt im internationalen Vergleich. In: *Zeitschrift für Frauenforschung*, Heft 1+2, 115-132
- Lakemann, Ulrich (1984): *Das Aktivitätsspektrum privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1980: Zeitliche und inhaltliche Veränderungen von Erwerbstätigkeiten, unbezahlten Arbeiten und Freizeitaktivitäten*. Discussion paper IIM/LMP 84-19. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin
- ders. (1989): Veränderungen der Haushaltsproduktion seit 1950. In: *Hauswirtschaft und Wissenschaft*, Heft 3, 129-134
- Langfeldt, Enno (1984a): *Die Schattenwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland*. Tübingen: J.B.C. Mohr
- ders. (1984b): Konsequenzen einer wachsenden Schattenwirtschaft für die geldpolitische Steuerung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Schäfer, Wolf (Hrsg.): *Schattenökonomie*. Theoretische Grundlagen und wirtschaftliche Konsequenzen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 184-203
- Lecher, Wolfgang (1990): Für einen erweiterten gewerkschaftlichen Arbeitsbegriff – Angebotsorientierung und Eigenarbeit. In: Heinze, Rolf G./Offe, Claus (Hrsg.): *Formen der Eigenarbeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 181-196
- Leipert, Christian/Opielka, Michael (1998): *Erziehungsgehalt 2000*. Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit. Freiburg: Deutscher Arbeitskreis für Familienhilfe
- Madsen, Per Kongshoj (1998): Arbeitszeitpolitik und Vereinbarungen über bezahlte Freistellungen. In: *WSI-Mitteilungen*, Heft 9, 614-624

- Märke, Elisabeth (1986): *Ein Weg aus der Abhängigkeit?* Die ungewisse Zukunft des informellen Sektors in Entwicklungsländern. Heidelberg: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft
- Martin, Engelbertine (1988): Do-it-yourself als Form der Schattenwirtschaft. In: Gross, Peter/ Friedrich, Peter (Hrsg.): *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?* Baden-Baden: Nomos, 123-132
- Marx, Karl (1977/1894): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie.* Bd. 3: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. Berlin: Dietz
- Mattera, Philip (1985): *Off the books.* The rise of the underground economy. London/Sydney: Pluto Press
- Matzat, Jürgen (1985): Selbsthilfe – Ursprung und Erfahrungen. In: *Hauswirtschaft und Wissenschaft*, Heft 6, 288-292
- Matzner, Egon (1982): *Der Wohlfahrtsstaat von morgen.* Entwurf eines zeitgemäßen Musters staatlicher Interventionen. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Meinhardt, Volker (1991): *Höhe eines Sozialhilfe-Grundsicherungsniveaus.* Gutachten im Auftrag der Fraktion Die Grünen im Bundestag. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- ders./Svindland, Dagmar/Teichmann, Dieter/Wagner, Gert (1996): *Fiskalische Auswirkungen der Einführung eines Bürgergeldes.* Gutachten im Auftrage des Bundesministers der Finanzen. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Merkel, Hansi-Christiane (1997): Erziehungsgehalt: Fortschritt im Sinne von Frauen? In: Behning, Ute (Hrsg.): *Das Private ist ökonomisch.* Widersprüche der Ökonomisierung privater Familien- und Haushalts-Dienstleistungen. Berlin: edition sigma, 119-130
- Merz, Joachim/Wolff, Klaus (1987): *Eigenarbeit und Erwerbsarbeit in Haupt- und Nebenerwerb.* Arbeitspapier Nr. 191. Frankfurt a.M./Mannheim: Sonderforschungsbereich 3
- dies. (1988): Eigenarbeit, Nebenerwerb und Haupterwerb. Versorgungsstrategien privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Heft 2, 206-221
- dies. (1994): Schattenwirtschaft – Sozioökonomische Determinanten der individuellen Entscheidung für Schwarzarbeit und Eigenarbeit. In: Hauser, Richard (Hrsg.): *Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik.* Bd. 1: Ausgewählte Probleme und Lösungsansätze. Berlin: Duncker & Humblot, 214-239
- Mezger, Erika (1990): „Etablierte“ und „alternative“ staatliche Steuerungsmöglichkeiten und ihre Anwendbarkeit im policy-Feld der Sozialpolitik. München: tuduv
- Miller, Manfred (1985): *Schwarzarbeit zwischen Anerkennung und Bekämpfung.* Konstanz: Hartung-Gorre
- Ministry of Labour (1996): *Evaluation of the Danish Leave Schemes.* Kopenhagen
- Mitschke, Joachim (1985): *Steuer- und Transferordnung aus einem Guß.* Entwurf einer Neugestaltung der direkten Steuern und Sozialtransfers in der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden: Nomos
- ders. (1994): Integration von Steuer- und Sozialleistungssystem – Chancen und Hürden. In: *Steuer und Wirtschaft*, Heft 2, 153-162
- ders. (1995): Steuer- und Sozialpolitik für mehr reguläre Beschäftigung. In: *Wirtschaftsdienst*, Heft 2, 75-83
- ders. (1999): *Grundsicherungsmodelle – Ziele, Gestaltungen und Wirkungen.* Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Republik Österreich und L&R Sozialforschung. Frankfurt/Wien: unveröffentlichtes Manuskript
- Moeller, Michael Lukas (1981): *Anders helfen.* Selbsthilfegruppen und Fachleute arbeiten zusammen. Stuttgart: Klett-Cotta
- Müller-Andritzky, Maria (1984): Arbeitsteilung im Haushalt – empirische Befunde. In: *Hauswirtschaft und Wissenschaft*, Heft 5, 276-279

- Munz, Sonja (1996): Beschäftigungspotentiale im Bereich privater Haushalte. In: *IFO-Schnelldienst*, Heft 17/18, 38-45
- Mutz, Gerd (1997): Dynamische Arbeitslosigkeit und diskontinuierliche Erwerbsverläufe. Wie stehen die Chancen für eine zukünftige Tätigkeitsgesellschaft? In: *Berliner Debatte Initial*, Heft 5, 23-36
- ders. (1998): Tätigkeitsgesellschaft. In: *Politische Ökologie*, Heft 54, 59-60
- ders. (1999): Strukturen einer Neuen Arbeitsgesellschaft. Der Zwang zur Gestaltung der Zeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, B 9/99, 3-11
- ders./Kühnlein, Irene (1998): Die Tätigkeitsgesellschaft. In: *Universitas*, Heft 8, 751-758
- ders./Kühnlein, Irene/Burda-Viering, Martina/Holzer, Boris (1997): *Eigenarbeit hat einen Ort*. Öffentliche Eigenarbeit im Hei. München: anstiftung
- Neitzel, Harald/Landmann, Ute/Pohl, Marian (1995): Zur Empirie der „Sustainable Consumption“ (Verantwortlicher Konsum): Das Umweltverhalten der Verbraucher – Entwicklungen und Tendenzen – Elemente einer „Ökobilanz Haushalte“. In: Seel, Barbara/Stahmer, Carsten (Hrsg.): *Haushaltsproduktion und Umweltbelastung*. Ansätze einer Ökobilanzierung für den privaten Haushalt. Frankfurt a.M./New York: Campus, 129-174
- Neumann, Lothar F./Schaper, Klaus (1998): *Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland*. 4., überarbeitete Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Newson, John (1988): Informelle Ökonomie in Großbritannien. In: Teichert, Volker (Hrsg.): *Alternativen zur Erwerbsarbeit?* Entwicklungstendenzen informeller und alternativer Ökonomie. Opladen: Westdeutscher Verlag, 311-329
- Niedrig, Heinz (1977): Ehrenamtliche Mitarbeit in der freien Wohlfahrtspflege. In: *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen*, Heft 2, 237-239
- Niessen, Hans-Joachim/Ollmann, Rainer (1987): *Schattenwirtschaft in der Bundesrepublik*. Eine empirische Bestandsaufnahme der sozialen und räumlichen Verteilung schattenwirtschaftlicher Aktivitäten. Opladen: Leske + Budrich
- Notz, Gisela (1989): *Frauen im sozialen Ehrenamt*. Freiburg: Lambertus
- ders. (1998): *Die neuen Freiwilligen*. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise? Neu-Ulm: AG SPAK
- Offe, Claus/Heinze, Rolf G. (1990): *Organisierte Eigenarbeit*. Das Modell Kooperationsring. Frankfurt/New York: Campus
- Opielka, Michael (1998): Bezahlte Elternschaft. Voraussetzungen und Folgen einer monetären Anerkennung der Erziehungsarbeit durch ein Erziehungsgehalt. In: Netzler, Andreas/Opielka, Michael (Hrsg.): *Neubewertung der Familienarbeit in der Sozialpolitik*. Opladen: Leske + Budrich, 85-122
- ders. (1999): Endbericht zum Teilgutachten „*Hintergrund der Diskussion um ein Grundeinkommen*“. Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Republik Österreich und L&R Sozialforschung. Bonn: unveröffentlichtes Manuskript
- ders./Zander, Margherita (1988): Freiheit von Armut? Das grüne Modell einer bedarfsorientierten Grundsicherung im sozialpolitischen Kontext. In: Opielka, Michael/Zander, Margherita (Hrsg.): *Freiheit von Armut*. Das Grüne Grundsicherungsmodell in der Diskussion. Essen: Klartext, 7-34
- Oppolzer, Alfred (1994): Wertewandel und Arbeitswelt. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Heft 6, 349-357
- ders. (1997): Wertewandel der Arbeitsmoral und neue Managementstrategien. Zum Zusammenhang von Wertewandel der Arbeitsmoral bei den Beschäftigten und Wandel der Managementstrategien in den Unternehmen. In: Klages, Johanna/Strutynski, Peter (Hrsg.): *Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts*. Hamburg: VSA-Verlag, 99-110
- Ostner, Ilona (1978): *Beruf und Hausarbeit*. Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft. Frankfurt a.M./New York: Campus

- dies. (1988): Eigenarbeit in privaten Haushalten. In: Teichert, Volker (Hrsg.): *Alternativen zur Erwerbsarbeit?* Entwicklungstendenzen informeller und alternativer Ökonomie. Opladen: Westdeutscher Verlag, 113-129
- dies./Schmidt-Waldherr, Hiltraud (1983): Arbeit und weiblicher Lebenszusammenhang. In: Mayer, C./Krüger, H. u.a. (Hrsg.): *Mädchen und Frauen*. Beruf und Biographie. München: Deutsches Jugendinstitut, 221-239
- Pahl, Raymond E. (1980): Employment, Work and the Domestic Division of Labour. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, vol. 4, 1-20
- dies. (1984): *Divisions of Labour*. Oxford/New York: Basil Blackwell
- dies. (1988): Some Remarks on Informal Work. Social Polarization and the Social Structure. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, vol. 12, 247-267
- dies./Wallace, Claire (1985a): Household Work Strategies in Economic Recession. In: Redclift, Nanneke/Minigione, Enzo (eds.): *Beyond Employment*. Household, Gender and Subsistence. Oxford/New York: Basil Blackwell, 189-227
- dies. (1985b): Forms of Work and Privatisation on the Isle of Sheppey. In: Robert, Bryan/Finnegan, Ruth/Gallie, Duncan (eds.): *New Approaches to Economic Life*. Economic Restructuring: Unemployment and the Social Division of Labour. Manchester/New Hampshire: Manchester University Press, 368-386
- Parker, Joel R. (1984): The Do-it-yourself Movement: An Element of the Shadow Economy. In: *Economic Review*, Heft 1, 22-30
- Petersen, Hans-Georg (1984): *Staatstätigkeit, Leistungsanreize und Schattenwirtschaft, Steuerpsychologie*. Wien/New York: Springer
- Petry, Günther/Wied-Nebbeling, Susanne (1987): *Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Schattenwirtschaft*. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Pfannkuch, Erika (1976): Der Einfluß der Technisierung der Hauswirtschaft auf das Zeit- und Geldbudget ausgewählter Haushalte im Familienzyklus. In: Schweitzer, Rosemarie von/Pross, Helge: *Die Familienhaushalte im wirtschaftlichen und sozialen Wandel*. Göttingen: Schwartz, 233-254
- Projektgruppe Panel (1995): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. In: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, Heft 1, 5-15
- Pross, Helge (1976a): Veränderungen im Zeitbudget von Hausfrauen und berufstätigen Frauen. In: Schweitzer, Rosemarie von/Pross, Helge: *Die Familienhaushalte im wirtschaftlichen und sozialen Wandel*. Rationalverhalten, Technisierung, Funktionswandel der Privathaushalte und das Freizeitbudget der Frau. Göttingen: Schwartz, 384-440
- dies. (1976b): *Die Wirklichkeit der Hausfrau*. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag
- Rapin, Hildegard, Hrsg. (1988): *Frauenforschung und Hausarbeit*. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Redler, Elisabeth (1998): Tätigkeit statt Waren. Über Stellenwert, Möglichkeiten und Grenzen der Eigenarbeit. In: *Politische Ökologie*, Heft 54, 65-70
- dies. (1999): *Eigenarbeits- und Reparaturzentren – Ökologische Qualität der Eigenarbeit*. Discussion paper P99-509. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin
- Reissert, Bernd (1995): Perspektiven und Probleme der Umsetzung skandinavischer Urlaubs- und Stellvertretermodelle in Deutschland. In: Höcker, Harald/Reissert, Bernd: *Beschäftigungsbrücken durch Stellvertreterregelung in Dänemark und Schweden*. Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Bd. 9. Berlin: BBJ Verlag
- Resch, Marianne G. (1991): *Haushalt und Familie: Der zweite Arbeitsplatz*. Analyse der Reproduktionsarbeit in Haushalt und Familie auf der Grundlage der Handlungsregulationstheorie. Bern/Göttingen/Toronto: Huber
- Rhys-Williams, Lady Juliet E. (1953): *Taxation and Incentive*. London/Edinburgh/Glasgow: William Hodge

- Rifkin, Jeremy (1995): *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Robinson, John P. (1988): Who's Doing the Housework. In: *American Demographics*, No. 12, 24-28
- Runge, Brigitte/Vilmar, Fritz (1988): *Handbuch Selbsthilfe*. Frankfurt a.M.: Zweitausendeins
- Saur-Jaumann, U. (1956): *Zeitaufwand der Haushaltsführung*. München
- Schäfer, Dieter (1985): Wert des Gebrauchsvermögens der privaten Haushalte. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 2, 110-118
- ders./Schwarz, Norbert (1996): Der Wert der unbezahlten Arbeit der privaten Haushalte – Das Satellitensystem Haushaltsproduktion. In: Blanke, Karen/Ehling, Manfred/Schwarz, Norbert: *Zeit im Blickfeld*. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Bd. 121 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, 15-69
- Scharpf, Fritz W. (1985): Strukturen der post-industriellen Gesellschaft oder: Verschwindet die Massenarbeitslosigkeit in der Dienstleistungs- und Informations-Ökonomie? In: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Heft 1, 9-34
- Scherl, Hermann (1984): Arbeitsteilung, formelle und informelle Arbeit. Zur These einer Renaissance der informellen Arbeit. In: *Angewandte Sozialforschung*, Heft 4, 277-296
- Schmid, Hans/Sousa-Poza, Alfonso/Widmer, Rolf (1999): *Monetäre Bewertung der unbezahlten Arbeit*. Eine empirische Analyse für die Schweiz anhand der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik
- Schmölders, Günter (1980): Der Beitrag der „Schattenwirtschaft“. In: Küng, Emil (Hrsg.): *Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft*. Die Wirtschafts- und die Sozialwissenschaften vor neuen Aufgaben. Tübingen: J.C.B. Mohr, 371-379
- Schmucker, Helga (1961): Über die Hälfte des Volkseinkommens geht durch die Hände der Frau. In: *Bayern in Zahlen*, Heft 1, 19-21
- Schömann, Klaus/Mytzek, Ralf/Gülker, Silke (1998): *Institutionelle und finanzielle Rahmenbedingungen für Jobrotation in neun europäischen Ländern*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin
- Schrage, Horst (1984): Schattenwirtschaft – Abgrenzung, Definition, Methoden der quantitativen Erfassung. In: Schäfer, Wolf (Hrsg.): *Schattenökonomie*. Theoretische Grundlagen und wirtschaftliche Konsequenzen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 11-37
- ders. (1987): *Theoretische Grundlagen der Schattenwirtschaft*. Frankfurt a.M./Bern/New York/Paris: Lang
- Schröder, Helmut (1994): Gesellschaftliche Beteiligung. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 1994*. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Schroth-Pritzel, U. (1958): Der Arbeitsaufwand im städtischen Haushalt. In: *Hauswirtschaft und Wissenschaft*, Heft 1, 7-22
- Schultz, Irmgard/Weller, Ines (1997): Bestandsaufnahme der Ergebnisse der einschlägigen sozialwissenschaftlichen Forschung zu den Themenkreisen Umweltbewußtsein und -verhalten, Wertewandel, neue Lebensstile und neue Wohlstandsmodelle. In: Umweltbundesamt (Hrsg.): *Nachhaltige Konsummuster und postmaterielle Lebensstile*. UBA-Texte 30/97. Berlin, 110-188
- Schultz, Irmgard/Empacher, Claudia (1998): *Umweltrelevante Konsumtrends privater Haushalte*. Erster Arbeitsbericht des UBA-Projektes „Demonstrationsvorhaben zur Fundierung und Evaluierung nachhaltiger Konsummuster und Verhaltensstile (1997-1999). Teilprojekt 2: Haushaltsexplorationen der Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen nachhaltigen Konsumverhaltens“. Berlin: Umweltbundesamt
- Schulz-Borck, Hermann (1980): Zum Arbeitszeitaufwand in privaten Haushalten. In: *Hauswirtschaft und Wissenschaft*, Heft 3, 117-122
- ders./Cécora, James (1985): Zur informellen Tätigkeit von Mitgliedern privater Haushalte. In: *Hauswirtschaft und Wissenschaft*, Heft 3, 133-139

- Schupp, Jürgen/Schwarze, Johannes/Wagner, Gert (1997): Erwerbsstatistik unterschätzt Beschäftigung um 2 Millionen Personen. In: *DIW-Wochenbericht*, Heft 38, 689-694
- Schwarz, Norbert (1996a): Zeit für unbezahlte Arbeit. In: Blanke, Karen/Ehling, Manfred/ Schwarz, Norbert: *Zeit im Blickfeld*. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Bd. 121 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, 70-91
- ders. (1996b): Zeit für Kinder. In: Blanke, Karen/Ehling, Manfred/Schwarz, Norbert: *Zeit im Blickfeld*. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Bd. 121 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, 93-128
- ders. (1996c): Ehrenamtliche Tätigkeiten und soziale Hilfeleistungen. In: Blanke, Karen/Ehling, Manfred/Schwarz, Norbert: *Zeit im Blickfeld*. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Bd. 121 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, 169-178
- ders. (1996d): Ehrenamtliches Engagement in Deutschland. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 4, 259-266
- ders./Stahmer, Carsten (1996): Umweltökonomische Trends bei privaten Haushalten. Teil 2: Ökologische Trends. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 11, 728-742
- ders./Wirth, Norbert (1996): Netzwerkhilfe als Teil der Haushaltsproduktion. In: Blanke, Karen/Ehling, Manfred/Schwarz, Norbert: *Zeit im Blickfeld*. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Bd. 121 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, 141-167
- Schwarze, Johannes (1990): *Nebenerwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland*. Umfang und Ursachen von Mehrfachbeschäftigung und Schattenwirtschaft. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Schweitzer, Rosemarie von (1990): Einführung in die Themenstellung. In: Schweitzer, Rosemarie von/Ehling, Manfred/Schäfer, Dieter u.a.: *Zeitbudgeterhebungen*. Ziele, Methoden und neue Konzepte. Stuttgart: Metzler-Poeschel, 9-22
- Sibum, Doris/Hunecke, Marcel (1997): Bestandsaufnahme von Initiativen und Aktionen – Auswertung der Erhebung. In: Umweltbundesamt (Hrsg.): *Nachhaltige Konsummuster und postmaterielle Lebensstile*. UBA-Texte 30/97. Berlin, 14-109
- Skolka, Jiri (1976): Long-Term Effects of Unbalanced Labour Productivity Growth: On the Way to a Self-Service Society. In: Solari, Luigi/Pasquier, J.-N. du (eds.): *Private and Enlarged Consumption*. Essays in Methodology and Empirical Analysis. Amsterdam/New York/Oxford: North-Holland, 279-301
- ders. (1984): Berufsarbeit und Eigenleistungen. In: Skolka, Jiri (Hrsg.): *Die andere Wirtschaft*. Schwarzarbeit und Do-it-yourself in Österreich. Wien: Signum, 27-38
- ders. (1985): The Parallel Economy in Austria. In: Gaertner, Wulf/Wenig, Alois (eds.): *The Economics of the Shadow Economy*. Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo: Springer, 60-75
- ders. (1990): Eigenleistungen, Zeit und Unabhängigkeit. In: Heinze, Rolf G./Offe, Claus (Hrsg.): *Formen der Eigenarbeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 53-73
- Smith, Stephen (1986): *Britain's Shadow Economy*. Oxford. Clarendon Press
- ders./Wied-Nebbeling, Susanne (1986): *The Shadow Economy in Britain and Germany*. London/Rugby: Anglo-German Foundation
- Socialdata (1980): *Anzahl und Situation zu Hause lebender Pflegebedürftiger*. Bd. 80 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Stuttgart/Berlin/ Köln/Mainz: Kohlhammer
- Sozialministerium Baden-Württemberg (1998a): *Die Projektlandschaft Bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg*. Bürgerschaftliches Engagement, Bd. 14. Stuttgart

- Sozialministerium Baden-Württemberg (1998b): *Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg*. 2. Wissenschaftlicher Jahresbericht 1997/98. Bürgerschaftliches Engagement, Bd. 15. Stuttgart
- SPD-Bundesvorstand (1994): Handlungskonzept zur Bekämpfung von Armut in Deutschland. Bonn
- Spermann, Alexander (1996): Das „Einstieggeld“ für Langzeitarbeitslose. In: *Wirtschaftsdienst*, Heft 4, 240-246
- SPI-Jobrotation (1998): *Status Report ADAPT-Projekt „SPI Jobrotation“*. Berlin
- Statistisches Bundesamt, Hrsg. (1995a): *Die Zeitverwendung der Bevölkerung*. Methode und erste Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/92. Tabellenband I. Wiesbaden: unveröffentlichtes Manuskript
- Statistisches Bundesamt, Hrsg. (1995b): *Die Zeitverwendung der Bevölkerung*. Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/92. Allgemeiner Überblick. Tabellenband II. Wiesbaden: unveröffentlichtes Manuskript
- Statistisches Bundesamt, Hrsg. (1995c): *Die Zeitverwendung der Bevölkerung*. Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/92. Familie und Haushalt. Tabellenband III. Wiesbaden: unveröffentlichtes Manuskript
- Statistisches Bundesamt, Hrsg. (1995d): *Die Zeitverwendung der Bevölkerung*. Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/92. Erwerbstätigkeit und Freizeit. Tabellenband IV. Wiesbaden: unveröffentlichtes Manuskript
- Statistisches Bundesamt, Hrsg. (1996): *Wirtschaftsrechnungen*. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. Sonderheft 1: Private Haushalte mit Garten. Stuttgart: Metzler-Poeschel
- Statistisches Bundesamt, Hrsg. (1997): *Datenreport 1997*. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Strümpel, Burkhard/Prenzel, Wolfgang/Scholz, Joachim/Hoff, Andreas (1988): *Teilzeitarbeitende Männer und Hausmänner*. Motive und Konsequenzen einer eingeschränkten Erwerbstätigkeit von Männern. Berlin: edition sigma
- Szalai, Alexander (1972): *The use of time*. Daily activities of urban and suburban populations in twelve countries. The Hague/Paris: Mouton
- Teichert, Volker (1988): Die informelle und alternative Ökonomie in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. In: Teichert, Volker (Hrsg.): *Alternativen zur Erwerbsarbeit?* Entwicklungstendenzen informeller und alternativer Ökonomie. Opladen: Westdeutscher Verlag, 17-64
- ders. (1993): *Das informelle Wirtschaftssystem*. Analyse und Perspektiven der wechselseitigen Entwicklung von Erwerbs- und Eigenarbeit. Opladen: Westdeutscher Verlag
- ders. (1994): *Gutachten „Familienversicherung“ für die Arbeitsgruppe „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ beim Bundesministerium für Familie und Senioren*. Neckargemünd: unveröffentlichtes Manuskript
- ders./Diefenbacher, Hans/Gramm, Rolf/Karcher, Holger/Wilhelmy, Stefan (1998): *Lokale Agenda 21 in der Praxis*. Kommunale Handlungsspielräume für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik. Reihe A, Nr. 44. Heidelberg: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft
- Thiessen, Victor/Rohlinger, Harald (1988): Die Verteilung von Aufgaben und Pflichten im ehelichen Haushalt. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Heft 4, 640-658
- Toffler, Alvin (1980): *Die Zukunftschance*. Von der Industriegesellschaft zu einer humaneren Zivilisation. München: Bertelsmann
- Tornieporth, Gerda, Hrsg. (1988): *Arbeitsplatz Haushalt*. Zur Theorie und Ökologie der Hausarbeit. Berlin: Reimer
- Trojan, Alf (1986): Jenseits der Grenzen des Sozialstaates ... Selbsthilfegruppen aus dem Blickwinkel der Sozialpolitik. In: ders. (Hrsg.): *Wissen ist Macht*. Eigenständig durch Selbsthilfe in Gruppen. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 284-312

- ders./Deneke, Christiane/Behrendt, Jörn-Uwe/Itzwerth, Ralf (1986): Die Ohnmacht ist nicht total. Persönliches und Politisches über die Selbsthilfegruppen und ihre Entstehung. In: Trojan, Alf (Hrsg.): *Wissen ist Macht*. Eigenständig durch Selbsthilfe in Gruppen. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 12-85
- Tuchtfeldt, Egon (1984): Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Schattenwirtschaft. In: Schäfer, Wolf (Hrsg.): *Schattenökonomie*. Theoretische Grundlagen und wirtschaftspolitische Konsequenzen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 263-282
- Vobruba, Georg (1998): Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft. In: *Zeitschrift für Sozialreform*, Heft 2, 77-99
- Weber, Ursula/Hampel, Jürgen (1989): Technik im privaten Alltag von Familien. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 1989*. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 470-477
- Wenke, Martin (1993): Umweltwirkungen des Privaten Verbrauchs. In: Gräbe, Sylvia (Hrsg.): *Private Haushalte im Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie*. Bd. 20 der Reihe „Stiftung Der Private Haushalt“. Frankfurt a.M./New York: Campus, 61-86
- Wiesendahl, Elmar (1995): Bürgerinitiativen. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Wörterbuch Staat und Politik*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 59-63
- Wohlfahrt, Norbert/Breitkopf, Helmut (1995): *Selbsthilfegruppen und Soziale Arbeit*. Freiburg: Lambertus
- Wohlgenannt, Lieselotte (1998): Flexibel arbeiten – ökonomisch wirtschaften – solidarisch leben. Zur Notwendigkeit eines Grundeinkommens. In: Bierter, Willy/Winterfeld, Uta von (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?* Berlin/Basel/Boston: Birkhäuser, 245-256
- Wolf, Sabine (1998): Erwerbsarbeit und Hausarbeit – Zum dualen Denken in der Ökonomie und seinen Folgen für das Geschlechterverhältnis. In: Bierter, Willy/Winterfeld, Uta von (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?* Berlin/Basel/Boston: Birkhäuser, 194-212
- Wolff, Klaus (1991): *Schwarzarbeit in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Zander, Ernst (1972): Arbeitsaufwand in privaten Haushalten. In: *Hauswirtschaft und Wissenschaft*, Heft 2, 60-67
- ders. (1976): *Zeitaufwand für Hausarbeit in ausgewählten privaten Haushalten*. Ergebnisse von Tagebuchaufzeichnungen in Haushalten von Landwirten und städtischen 4-Personen-Haushalten. Karlsruhe: Bundesforschungsanstalt für Ernährung
- Zapf, Katrin (1986): Soziale Technikfolgen in den privaten Haushalten. In: Glatzer, Wolfgang/ Berger-Schmitt, Regina (Hrsg.): *Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe*. Die alltäglichen Leistungen der Familien und Haushalte. Frankfurt a.M./New York: Campus, 207-241
- Zapf, Wolfgang/Breuer, Sigrid/Hampel, Jürgen (1987): Technikfolgen für Haushaltsorganisation und Familienbeziehungen. In: Lutz, Burkhard (Hrsg.): *Technik und sozialer Wandel*. Verhandlungen des 23. Deutschen Soziologentages in Hamburg 1986. Frankfurt a.M./New York: Campus, 220-232
- Zukunftskommission Gesellschaft 2000 (1999): *Solidarität und Selbstverantwortung*. Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft. Stuttgart: Staatsministerium Baden-Württemberg

Anhang 1: Projekt zur Job-Rotation bei einem Elektronikunternehmen

Das Elektronikunternehmen befindet sich in einer dänischen Region mit hoher Arbeitslosigkeit. Die Produktion von hochwertigen Schweißapparaturen ist eine High-Technology-Produktion und stellt hohe Anforderungen an die Qualifikation der 400 bis 500 Beschäftigten.

Dem Unternehmen ist die kontinuierliche Qualifikation seiner Belegschaft bewusst. Im Frühjahr 1995 führte dies zu ersten innerbetrieblichen Treffen mit dem Ziel, ein Trainingsprogramm für die Beschäftigten einzuführen, das auf dem System der Job-Rotation basiert. Der Grund für das Trainingsprogramm lag darin, die Bedürfnisse des Unternehmens und die der Beschäftigten hinsichtlich einer technischen und allgemeinen Ausbildung miteinander zu verbinden und gleichzeitig sicherzustellen, dass das Unternehmen über Aushilfskräfte verfügt, die Kenntnisse über die Produktion besitzen. Die Kommunalverwaltung zeigte großes Interesse an dem Projekt und entschied, dieses zu unterstützen, um vor allem für junge Leute die Chancen auf einen Arbeitsplatz zu verbessern.

Die Initiative zu dem Projekt wurde von der Fertigungs- und Montageabteilung zusammen mit dem örtlichen Zentrum für Erwachsenenbildungsprogramme, ergriffen. Für das Vortreffen hatte das örtliche Zentrum für Erwachsenenbildungsprogramme Vertreter von North-Job¹, der örtlichen Volkshochschule und der Kommunalverwaltung eingeladen. Für die genauere Ausarbeitung des Kurses wurden der Arbeiterbildungsverein (Workers' Educational Association) und die Vertrauensleute des Unternehmens mit einbezogen, während der gewerkschaftliche Arbeitslosenfonds an der Auswahl der Arbeitslosen beteiligt war. Die frühzeitige Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Organisationen war wichtig für das gesamte Projekt. In wenigen Wochen hatten Job North und VUC² ein Budget und eine detaillierte Projektbeschreibung erarbeitet, und vor den Sommerferien 1995 nahm das erste Team seine Arbeit auf.

Das Projekt zur Job-Rotation bestand insgesamt aus 15 Teams mit jeweils 12 Teilnehmern und dauerte bis Ende 1998/Anfang 1999. Das erste Team setzte sich aus Arbeitslosen zusammen, die sich qualifizierten, um 165 unbefristet Beschäftigte aushilfsweise vertreten zu können, während diese an den anderen Teams teilnahmen. Jeder Kurs dauerte neun Wochen, wobei die ersten fünf Wochen obligatorisch waren. Die folgenden vier Wochen waren freiwillig und wurden vom VUC zusammen mit der Gewerkschaft und den Arbeitnehmern organisiert, deren persönliche Wünsche

1 Firma, die die Umsetzung von Job-Rotation fördern soll.

2 Arbeiterbildungsverein

die Grundlage für die allgemeinen Kursinhalte bildeten. Die erste Gruppe von Arbeitslosen absolvierte eine Ausbildung, die in der Fertigung und in den Montagehallen des Unternehmens stattfand.

Für die ersten Kurse wurden die Arbeitslosen vom Elektronikunternehmen, von der Öffentlichen Arbeitsvermittlung (Public Employment Service, PES) und der Gewerkschaft ausgewählt. Die zu qualifizierenden Arbeitnehmer wurden ebenfalls von diesen Organisationen eingeladen, sich über das Projekt zur Job-Rotation zu informieren. Mittels Gesprächen mit den Arbeitslosen wurde das Team schließlich gebildet. Dabei gab das Unternehmen jenen Arbeitslosen den Vorzug, die zuvor schon auf die eine oder andere Weise mit ihm verbunden gewesen waren.

Das erste Team hat den Job-Rotations-Kurs im Frühjahr 1996 abgeschlossen, und der überwiegenden Mehrheit wurden Anstellungen als Aushilfen angeboten. Dieses Projekt hat andere Elektronikunternehmen angeregt, Job-Rotations-Kurse als einen Weg zu nutzen, um die Qualifikationen ihrer Beschäftigten zu verbessern.

Anhang 2: Das „Dyslexie-Projekt“

Das Job-Rotations-Projekt für Personen mit einer Dyslexie (Lesestörung) hat eine besondere Geschichte, weil die Initiative von der Frauen-Gewerkschaft (KAD) in Zusammenarbeit mit dem Arbeiterbildungsverein (Workers' Educational Association) von Ballerup ausging. Der Kurs richtete sich an eine Gruppe von Beschäftigten aus den Fertigungsabteilungen zweier Unternehmen, die aufgrund ihrer Lesestörung nur über geringe Qualifikationen und eine schlechte Ausbildung verfügte. In Abstimmung mit den Personalabteilungen der beteiligten Unternehmen war die KAD in der Lage, dieser Personengruppe ein ergänzendes Training zu einem Zeitpunkt anzubieten, als diese im Zuge der Einführung der ISO 9000-Standards in der Fertigung der Gefahr ausgesetzt war, entlassen zu werden.

Das Ziel dieses Job-Rotations-Projektes bestand darin, dieser Gruppe von Beschäftigten – durch die Verbesserung ihrer Qualifikationen – die Chance zu geben, ihre Arbeit in den beteiligten Unternehmen zu behalten, nachdem die ISO 9000-Zertifizierung höhere Anforderungen an die Beschäftigten gestellt hatte. (...) In diesem Zusammenhang ist das Job-Rotations-Projekt auch als eine Möglichkeit anzusehen, die schon unternehmensintern eingeleitete Politik, weniger neue Mitarbeiter einzustellen, zu unterstützen. Den arbeitslosen Projektteilnehmern sollte der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden, ohne dass ihnen automatisch Arbeit in den beiden Unternehmen angeboten wurde.

Während des gesamten Kurses war der Arbeiterbildungsverein (Workers' Educational Association) von Ballerup mit der Koordination befasst. Darüber hinaus konnte der Zielgruppe auch der Kontakt zum Dänischen Zentrum für Dyslexie (Dansk Videnscenter for Ordblindhed) an der Universität Kopenhagen ermöglicht werden.

Das Projekt bezog sieben Arbeitslose und sieben Angestellte der Unternehmen mit ein, die alle Lesestörungen hatten. Außerdem wählte die KAD sieben Arbeitslose aus, die die Angestellten während des Kurses ersetzten, aber nicht die Möglichkeit hatten, an der ergänzenden Ausbildung teilzunehmen. Die Angestellten wurden aufgrund ihres Interesses ausgewählt, etwas gegen ihre Leseschwäche zu tun. Lehrplan und Kurs wurden zusammen mit den beteiligten Unternehmen, den Ausbildungsstellen und der KAD als Vertreterin für die Beschäftigten und die Arbeitslosen entwickelt.

Der Job-Rotationskurs dauerte 16 Wochen. Die Anstrengungen zur Verminderung der Lesestörungen der Teilnehmer wurden den individuellen Bedürfnissen angepasst und stellten den weitaus größten Teil des Kurses dar. Die Leseübungen wurden ergänzt durch Psychologie, Grundrechenarten, Qualitätssteuerung etc., um die Leistungen und auch die allgemeinen Qualifikationen der Teilnehmer zu steigern. Die Technische Schule war verantwortlich für den beruflichen Lehrplan des Kurses, wäh-

rend der Arbeiterbildungsverein (Workers' Educational Association) von Ballerup den allgemeinen Stundenplan erstellte.

Für die Angestellten bedeutete „Das Dyslexie-Projekt“, dass jeder seine Arbeit behalten konnte; drei der Teilnehmer wurden sogar befördert. Die Arbeitslosen hatten durch die Verbesserung ihrer Lesefertigkeiten ein häufig auftauchendes Hindernis für eine Anstellung überwunden: Fast alle stehen seit dem Kurs in einem Beschäftigungsverhältnis. Einige der Vertretungskräfte arbeiten jetzt als Aushilfen in den Unternehmen.

(Die beiden Beispiele für die Job-Rotation stammen aus: DTI Industrial Analyses 1997, 59ff.; Übersetzung durch den Autor)

Anhang 3: Adressen und zusätzliche Informationen

Tauschringe

Quellen im Internet

Unter <http://www.talent.ch/adr/lets.html> findet sich eine Adressenliste bestehender Tauschringe im deutschsprachigen Raum.

<http://www.home.t-online.de/home/michael.wuenstel/d0000hpt.htm> bietet ebenfalls Kontaktadressen von Tauschring-Projekten in Deutschland, Europa und Übersee.

<http://www.prairienet.org/community/religion/idf/currency.html> gibt Details über Tauschringe in Australien.

Weitere Adressen können der Publikation von Baukhage, Manon/Wendl, Daniel (1998) entnommen werden: Tauschen statt bezahlen. Die Bewegung für ein Leben ohne Geld und Zinsen. Hamburg: Rotbuch

Adressen

Das LETS-Tauschnetz München, c/o Elisabeth Hollerbach, Sonnentastraße 7, 80995 München, ist besonders aktiv und gibt drei- bis viermal pro Jahr die Zeitschrift LETS-Netz heraus.

Informationen über den Mannheimer Dienstleistungs-Tauschring (MaDiTa) sind bei dessen Geschäftsstelle erhältlich: c/o Arbeitslosentreff, M1, 8-9, 68161 Mannheim, Tel.: 0621-147 62, Fax: 0621-122 02 73

Freiwilligenagenturen

Adressen

Freiwilligen-Agentur Bremen, Dammweg 18, 28211 Bremen, Tel.: 0421-34 20 80, Fax: 0421-34 45 28

Freiwilligen-Agentur Südostniedersachsen, Frankfurter Straße 2-5, 38122 Braunschweig, Tel.: 0531-280 55 21, Fax: 0531-281 30 22

Dienstleistungskonten

Quellen im Internet

Nähere Informationen zum Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement des Sozialministeriums Baden-Württemberg sind unter <http://www.buerger.aktiv.de> zu entnehmen.

Zum BETA-Projekt gibt es Hinweise unter <http://www.beta.aktiv.de>

Zu den Selbsthilfekontaktstellen erhält man weitere Hinweise unter <http://www.kiss.aktiv.de>

Adressen

Dr. Konrad Hummel, Geschäftsstelle Bürgerschaftliches Engagement, Schellingstraße 15, 70174 Stuttgart, Tel.: 0711-123-36 84, Fax: 0711-123-39 99

Johannes Pflüger, Seniorengenossenschaften Steinen, Neumattstraße 5, 79585 Steinen, Tel.: 07627-92 00 11, Fax: 07627-92 00 11

Senioren-genossenschaft Marbach, „WIR FÜR UNS“ e.V., Hauffstraße 7, 71672 Marbach, Tel.: 07144-10 23 14, Fax: 07144-10 23 00

Seniorenengossenschaft, c/o Dachverband für Seniorenarbeit Bietigheim-Bissingen; Farbstraße 19, 74321 Bietigheim-Bissingen, Tel.: 07142-74 309, Fax: 07142-215 90

„Solidargemeinschaft der Generationen“ – Seniorenengossenschaft Ulm-Wiblingen e.V., Buchauer Straße 12, 89079 Ulm, Tel.: 0731-48 21 02, Fax: 0731-48 21 02

Ernst Engler, Seniorenengossenschaft Riedlingen e.V., Rösslegasse 4, 88499 Riedlingen, Tel.: 07371-92 31 70, Fax: 07371-92 31 71

Herbert Tobolski, Seniorenengossenschaft „Hand in Hand aus dem Krankenhaus“ e.V., Im Engert 2, 88213 Ravensburg, Tel.: 0751-352 53 25

Martha Geiger, „Hilfe auf Gegenseitigkeit“ e.V., Seniorenengossenschaft Birkach-Plieningen, Alte Dorfstraße 29, 70599 Stuttgart, Tel.: 0711-47 42 75

Öffentliche Einrichtungen als Ort der Eigenarbeit

Adressen

Dr. Elisabeth Redler, anstiftung gGmbH, Daiserstraße 15, 81371 München, Tel.: 089-74 74 60-0, Fax: 089-74 74 60-30

Haus der Eigenarbeit, Wörthstraße 42, 81667 München, Tel.: 089-448 06 23, Fax: 089-48 95 22 04

Gisela Kiontke, Kreativ-Zentrum Wolfen e.V., Straße der Jugend 16, 06766 Wolfen, Tel.: 03494-226 54, Fax: 03494-226 54

Gemeinsame Nutzung von Gebrauchsgütern und Waschmaschinen

Adressen

Bettina Obschonka, Ökostadt Rhein-Neckar e.V., Hans-Böckler-Straße 2a, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221-16 08 43, Fax: 06221-297 49, e-mail: oekostadt@teilauto.org, Internet: <http://www.teilauto.org>

Mobility Car Sharing Schweiz, Mühlenplatz 10, CH – 6000 Luzern 5, Tel.: 0041-41-419 46 74, Fax: 0041-41-419 46 98

Gotelinde Sedello, Stadt Rheda-Wiedenbrück, Postfach 23 09, 33375 Rheda-Wiedenbrück, Tel.: 05242-963-233, Fax: 05242-963-222

Mütterzentren

Adressen

Mütterzentren Bundesverband e.V., Müggenkampstraße 30a, 20257 Hamburg, Tel.: 040-40 17 06 06, Fax: 040-40 17 06 44

Mütterzentrum Braunschweig, Laffertstraße 10, 38118 Braunschweig, Tel.: 0531-89 54 50

Mütterzentrum Mütterauflauf, Stadtteiltreff für Frauen und Kinder, Albertstraße 40, 47059 Duisburg, Tel.: 0203-31 21 91, Fax: 0203-31 21 91

Mütterzentrum Hannover-Döhren, Querstraße 22, 30519 Hannover, Tel.: 0511-838 78 32, e-mail: muetterzent@aol.com

Mütterzentrum Leipzig, Cunnersdorferstraße 6, 04318 Leipzig, Tel.: 0341-233 46 78, Fax: 0341-689 79 00

Mütterzentrum Stendal, Nicolaistraße 79, 39576 Stendal, Tel.: 03931-71 69 69

Kontaktadresse für die Mütterzentren der neuen Bundesländer: Mütterzentrum SOS Kinderdorf, Kolpingstraße 22, 08058 Zwickau, Tel.: 0375-390 25-0, Fax: 0375-390 25-24

„Orte für Kinder“ im Mütterzentrum Darmstadt, Eva Orth, Emilstraße 26, 64293 Darmstadt, Tel.: 06151-29 52 00

Hessisches Mütterbüro, Bahnstraße 39, 63225 Langen, Tel.: 06103-282 34, Fax: 06103-244 72

Mütterbüro Nordrhein-Westfalen, Birgit Unger/Andrea Bading-Gust, Lange Straße 52, 44137 Dortmund, Tel.: 0231-16 21 32, Fax: 0231-16 07 34

Mütterforum Baden-Württemberg, Andrea Laux, Bismarckstraße 55/1, 70197 Stuttgart, Tel.: 0711-636 17 64, Fax: 0711-636 92 00

Kontaktstelle für die niedersächsischen Mütterzentren: Mütterzentrum Salzgitter-Bad, Erikastraße 11, 38259 Salzgitter, Tel.: 05341-816 70, Fax: 05341-81 67 20

Kontaktadresse für die Mütterzentren in Bayern: Mütter-Väter-Zentrum Neuhausen, Susanne Baier, Nymphenburgerstraße 38, 80335 München, Tel.: 089-18 83 07

Kontaktadresse für die Mütterzentren in Bremen: Mütterzentrum Huchting, Greta Menge, Amersfoorterstraße 8, 28259 Bremen, Tel.: 0421-58 92 00, Fax: 0421-58 78 21

Seniorenbüros

Adressen

Bundesarbeitsgemeinschaft für Senioren-Organisationen (BAGSO), Stockenstraße 14, 53113 Bonn, Tel.: 0228-63 53 91, Fax: 0228-63 53 10

Seniorenbüro, Altenwall 10/11, 28195 Bremen, Tel.: 0421-32 05 49, Fax: 0421-3 37 97 06

Seniorenbüro Hamburg e.V., Steinstraße 19a, 20095 Hamburg, Tel.: 040-30 39 95 07, Fax: 040-30 39 95 08

Seniorenbüro Neubrandenburg, Stargarder Straße 10a, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395-544 13 61, Fax: 0395-544 13 61

Seniorenbüro, Humboldtstraße 11, 06618 Naumburg, Tel.: 03445-70 61 25, Fax: 03445-70 61 25

Seniorenbüro, Obere Straße 11, 97421 Schweinfurt, Tel.: 09721-269 15, Fax: 09721-269 15

Nachbarschaftsläden

Adressen

Artur Graf, Unser Laden, Rhönstraße 13, 36381 Schlüchtern-Hutten, Tel.: 06661-3381

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Technologie und Europaangelegenheiten, Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611-815 - 0, Fax: 0611-815-20 26

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Krausenstraße 17-20, 10117 Berlin, Tel.: 030-2008-0, Fax: 030-2008-19 20/19 22, Internet: <http://www.mvbw.de>

Papers der Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

- P98-501 Jürgen Blazejczak, Eckart Hildebrandt, Joachim H. Spangenberg, Helmut Weidner: Arbeit und Ökologie – Ein neues Forschungsprogramm, 85 S.
- P99-501 IG Metall/WZB: Gewerkschaften und Ökologie. Forschungs- und Betriebsprojekte zu nachhaltiger Entwicklung (Dokumentation). Redaktion: Joachim Beerhorst/Anneli Rüling, 58 S.
- P99-502 Eckart Hildebrandt: Arbeit und Nachhaltigkeit, 39 S.
- P99-503 Felix Beutler, Jörg Brackmann: Neue Mobilitätskonzepte in Deutschland – Ökologische, soziale und wirtschaftliche Perspektiven, 80 S.
- P99-504 Volker Hielscher: Gewerkschaftsarbeit im Wohngebiet: Eine Antwort auf neue Herausforderungen der Gewerkschaften?, 29 S.
- P99-505 Sebastian Brandl, Ulli Lawatsch: Vernetzung von betrieblichen Interessenvertretungen entlang der Stoffströme – Alternativen zu dezentralisierten, den einzelnen Betrieb betreffenden Formen der Interessenvertretung, 46 S.
- P99-506 Carroll Haak, Günther Schmid: Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?, 44 S.
- P99-507 Eckart Hildebrandt: Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, 38 S.
- P99-508 Weert Canzler, Andreas Knie: Neue Mobilitätskonzepte: Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen, 33 S.
- P99-509 Elisabeth Redler: Eigenarbeits- und Reparaturzentren – ökologische Qualität der Eigenarbeit, 36 S.
- P99-510 Ulrike Schumacher: Zwischen Ausgrenzung und neuen Potentialen – Die Modernisierung ehrenamtlicher Arbeit und der individuelle Mix von Tätigkeiten am Beispiel des Engagements in Berliner Umweltschutzorganisationen, 59 S.
- P99-511 Thomas Ritt: Die Beschäftigungsfelder im Umweltschutz und deren Veränderung, 41 S.
- P99-512 Frank Kleemann, Ingo Matuschek, G. Günter Voß: Zur Subjektivierung von Arbeit, 50 S.
- P00-501 Frank H. Witt, Christoph Zydorek: Informations- und Kommunikationstechnologien – Beschäftigung, Arbeitsformen und Umweltschutz, 59 S.
- P00-502 Jürgen P. Rinderspacher: Zeitwohlstand in der Moderne, 76 S.
- P00-503 Klaus Fichter: Beteiligung im betrieblichen Umweltmanagement, 38 S.
- P00-504 Adelheid Biesecker: Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“ – Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff, 23 S.

- P00-505 Heinz-Herbert Noll: Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte, 29 S.
- P00-506 Carsten Schneider: Veränderungen von Arbeits- und Umwelteinstellungen im internationalen Vergleich, 40 S.
- P00-507 Wolfgang Hien: Betrieblicher Gesundheitsschutz und betrieblicher Umweltschutz unter Mitarbeiterbeteiligung: Konflikt- und Synergiepotentiale, 39 S.
- P00-508 Hermann Schäfer: Ökologische Betriebsinitiativen und Beteiligung von Arbeitnehmern an Umweltmanagementsystemen, 31 S.
- P00-509 Josef Hilbert: Vom Kostenfaktor zur Beschäftigungslokomotive – Zur Zukunft der Arbeit in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft, 43 S.
- P00-510 Max Geray: Verbindung der Ökologisierung von Produktionsstrukturen und Produktionsverfahren mit aktiver Gesundheitspolitik im Betrieb, 39 S.
- P00-511 Karin Schulze Buschoff: Über den Wandel der Normalität im Erwerbs- und Familienleben: Vom Normalarbeitsverhältnis und der Normalfamilie zur Flexibilisierung und zu neuen Lebensformen?, 31 S.
- P00-512 Sabine Krüger: Arbeit und Umwelt verbinden – Probleme der Interaktion zwischen Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen, 57 S.
- P00-513 Uta Cupok: Lokales Handwerk: Dienstleistungen und Unternehmensnetzwerke, 50 S.
- P00-514 Martin Prange, Günter Warsewa: Arbeit und nachhaltige Stadtentwicklung – das Handlungsfeld lokale Ökonomie, 37 S.
- P00-515 Eckhard Priller, Jana Rückert-John: Nonprofit-Organisationen im Umweltbereich – Strukturen, Tätigkeitsfelder und Beschäftigungspotentiale, 43 S.
- P00-516 Peter Bleses: Auf zu neuen Ufern? Arbeit und Einkommen in der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte, 43 S.
- P00-517 Antje Vetterlein: Verhandelbarkeit von Arbeitszeitverkürzung. Zum Versuch neokorporatistischer Beschäftigungssteuerung im „Bündnis für Arbeit“, 93 S.
- P00-518 Karin Schulze Buschoff unter Mitarbeit von Jana Rückert-John: Vom Normalarbeitsverhältnis zur Flexibilisierung – über den Wandel der Arbeitszeitmuster: Ausmaß, Bewertung und Präferenzen, 29 S.
- P00-519 Katrin Gillwald: Konzepte sozialer Innovation, 50 S.
- P00-520 Manfred Moldaschl: Neue Arbeitsformen und ökologisches Handeln, 43 S.
- P00-521 Willy Bierter: Dematerialisierung und Beschäftigung im Rahmen einer pluralen Ökonomie, 25 S.

- P00-522** Gerd U. Scholl: Beschäftigungsimplikationen und ökologische Wirkungen einer Verlängerung und Intensivierung der Produktnutzung, 45 S.
- P00-523** Jana Rückert-John: Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit – Der „Runde Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“, 44 S.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie bitte unbedingt einen an Sie adressierten **Aufkleber** mit, sowie **je Paper** eine **Briefmarke im Wert von DM 1,00** oder einen **"Coupon Réponse International"** (für Besteller aus dem Ausland).

Please send a **self-addressed label** and **postage stamps in the amount of 1 DM** or a **"Coupon-Réponse International"** (if you are ordering from outside Germany) for **each WZB-Paper** requested.

Bestellschein

Order Form

Absender • Return Address:

An das
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
PRESSE- UND INFORMATIONSREFERAT
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

*Hiermit bestelle ich folgende(s)
Discussion Paper(s):*

*Please send me the following
Discussion Paper(s):*

Autor(en) / Kurztitel • Author(s) / Title(s) in brief	Bestellnummer • Order no.